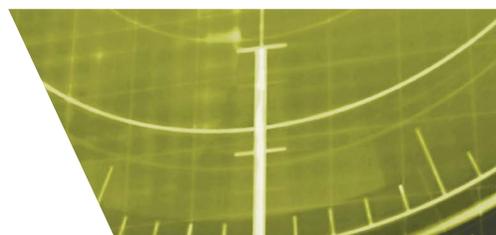


verteidigungspolitik.at

Risikobild 2025

Gewählt! Demokratie und die freie Welt



verteidigungspolitik.at

Risikobild 2025

Gewählt! Demokratie und die freie Welt

Wien, 2025

Die Inhalte der einzelnen Beiträge geben die persönliche Einschätzung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder und entsprechen nicht notwendigerweise den Positionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung oder der Institutionen, für die sie tätig sind.

Impressum

Republik Österreich

Bundesministerium für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Bundesministerium für Landesverteidigung

Roßbauer Lände 1

1090 Wien

Die Gesamtkoordination dieser Publikation erfolgte durch die Leiterin der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie.

Projektleitung, Übersetzung aus dem Englischen und Layout:

Raphael Spötta, BA MA

Redaktion und Lektorat: Mag. Walter Matyas

Projektmitarbeit: Elisabeth Prosser, BSc MSc, Alexander Scheidl, BA MA

Fotos und Grafiken: Heeres-Bild- und Filmstelle, Shutterstock

Druck: Heeresdruckzentrum, 1030 Wien

Erscheinungsjahr: 2025

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling

ISBN: 978-3-902275-60-8

Inhalt

1

Einleitung 8

Geleitwort der Bundesministerin für Landesverteidigung

Klaudia Tanner 10

Die Welt nach den Wahlen

Peter Filzmaier 12

Mittel- und langfristige Trendentwicklungen im Zukunftsraum

Bernhard Richter 20

Herausforderungen erkennen, analysieren und bekämpfen

Ronald Vartok 27

Der „Return of History“

Arnold H. Kammel 32

2

Globale Risiken und Herausforderungen 38

Globale Risiken und Herausforderungen

Nikolaus Rottenberger 40

Das Zeitalter der Fragmentierung

Hal Brands 45

Auf Sinnsuche in der globalen Unordnung

Ayşe Zarakol 50

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten

Jeremy Shapiro 55

Der globale Süden

Ivan Krastev 60

BRICS und andere regionale Zusammenschlüsse	
Miriam Prys-Hansen	65
Chinas außenpolitische Doppelstrategie	
Susanne Weigelin-Schwiedrzik	69
Szenarien für den Taiwan-Konflikt	
Tara Prägler	75
Indiens strategische Autonomie	
Waheguru Pal Singh Sidhu	81
Nuklearwaffen und Rüstungskontrolle	
Günter Greimel und Erwin Toth	85
Die Gefahr strategischer Abhängigkeiten	
Elisabeth Prosser	90
Krisen in Zeiten des Klimawandels	
Kira Vinke	95
Chinas Subventionen verschärfen die globale Industrierezession	
Peter Obinger	100
3	
Krisen und Konflikte im Umfeld Europas.....	104
Das sicherheitspolitische Umfeld Europas 2025	
Günther Barnet	106
Die Sicherheitslage in Osteuropa und im Südkaukasus	
Stephanie Fenkart	114
Die Ukraine im vierten Kriegsjahr	
Christoph Bilban	119
Russland 2025	
Gerhard Mangott.....	123

Sicherheit und Stabilität am Westbalkan	
Vesna Pusić.....	128
Internationale Bemühungen am Westbalkan	
Ulrike Hartmann.....	133
Der Nahe Osten	
Gudrun Harrer	138
Israelische Sicherheitspolitik im Kontext regionaler und globaler Konflikte	
Stephan Stetter	144
Das türkische Sicherheits- und Verteidigungskalkül	
Sinan Ülgen	149
Die Sicherheitslage am Persischen Golf	
Moritz Ehrmann.....	154
Irans strategische Geduld und westliche Antworten	
Shoura Zehetner-Hashemi.....	158
Nordafrika	
Cengiz Günay und Johannes Späth.....	163
Die EU und der Sahel	
Loïc Simonet, Angela Meyer und Johannes Späth.....	168
Das Horn von Afrika	
Jan Pospisil.....	172
Die Sicherheitslage in Zentralasien	
Nargis Kassenova	177
4	
Risiken und Herausforderungen für die EU	182
Risiken und Herausforderungen für die Europäische Union	
Klaus Anderle.....	184

Europas Sicherheitsarchitektur in der Krise	
Ulf Steindl.....	188
Neutralität in der EU	
Franco Algieri.....	193
Europawahlen 2024	
Sébastien Maillard.....	198
Wahlen in EU-Mitgliedsstaaten	
Michael Zinkanell.....	203
Ausländische Einflussnahme und die Unterminierung der Wahrheit	
Daniel Hikes-Wurm.....	209
Hybride Bedrohungen	
Teija Tiilikainen.....	214
Die NATO am Scheideweg	
Raphael Spötta.....	219
5	
Risiken und Herausforderungen für Österreich.....	224
Risiken und Herausforderungen für Österreich	
Silvia Angerbauer.....	226
Die neue Österreichische Sicherheitsstrategie	
Jutta Edthofer und Michael Kugler.....	230
Strategische Abhängigkeiten Österreichs	
Tina Wakolbinger.....	237
Wahlen und Desinformation	
Camillo Nemeč.....	242
Geistige Landesverteidigung	
Jan Sisko.....	247

Migrationsströme nach Österreich	
Gerald Tatzgern	251
Ausländische nachrichtendienstliche Tätigkeiten in Österreich	
Omar Hajjawi-Pirchner	259
Europäische Streitkräfteentwicklung	
Bruno Günter Hofbauer.....	263
Krieg und Kriegszustand	
Ralph Janik.....	268
Konflikte mit Auswirkungen auf Österreich	
Michael Grafl.....	272
Österreich im Einsatz	
Martin Dorfer	277
Künstliche Intelligenz und Autonomie im Militär	
David Song-Pehamberger	282
Aktuelle Cyberbedrohungen und österreichische Gegenmaßnahmen	
Sylvia Mayer, Caroline Schmidt und Julian Vierlinger	287
Verteidigungsforschung im Spannungsfeld von Innovation und Sicherheit	
Christian Resch	292
Autorinnen und Autoren	

1

Einleitung







HBF/Carina Karlovits

Geleitwort der Bundesministerin für Landesverteidigung

Klaudia Tanner

Im Jahr 2024 fand eine Vielzahl von Wahlen statt. In über 60 Staaten der Welt waren etwa vier Milliarden Menschen dazu aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Das entspricht etwa 45 Prozent der Weltbevölkerung. Für demokratisch verfasste Staaten ist die Wahl eines ihrer zentralsten politischen Momente. Hier geht es um die politische Willensbildung, um Mitsprache, und darum, was viel zu lange nicht selbstverständlich war und in vielen Teilen der Welt immer noch nicht ist: die freie und faire Wahl der eigenen politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten.

Wahlen sind aufgrund ihrer Bedeutung aber auch zur Zielscheibe für unterschiedliche Manipulationsversuche geworden. Die Strategie dahinter ist simpel: Unterminiert man das Vertrauen in das Ergebnis, delegitimiert man demokratische Institutionen und schwächt so die gesamte Gesellschaft. Zweifel zu säen ist dafür oftmals ausreichend. Werden nur genug skeptische Botschaften erzeugt, offizielle Informationen in-

frage gestellt, Nachrichten hinterfragt, oder Gerüchte gestreut, schadet das der Demokratie insgesamt. Der Grund für Manipulationsversuche, oder fachsprachlich Desinformation, ist die Bedeutung von Wahlen an sich. Die Auswirkungen des Superwahljahres 2024 werden Europa und die Welt für die kommenden Jahre prägen.

Hier setzt der vorliegende Band an. Die Auswirkungen des Superwahljahres zu analysieren und über die sich nun abzeichnenden Entwicklungen zu informieren ist das Ziel der diesjährigen Publikation „Risikobild 2025 – Gewählt! Demokratie und die freie Welt“. Damit trägt diese Publikation auch zur geistigen Landesverteidigung bei, deren Ziel es unter anderem ist, demokratische Werte zu vermitteln und das Sicherheits- und Verteidigungsbewusstsein bei jeder und jedem Einzelnen zu stärken.

In diesem Lichte ist auch die vorliegende Publikation zu betrachten. Hiermit soll über die aktuelle und auch die künftige Sicherheitslage Österreichs informiert und die Bedeutung der aktuellen Bedrohungen für die Demokratie in Österreich sichtbar gemacht werden. Mein Dank gilt auch in diesem Jahr wieder allen Autorinnen und Autoren dieser Publikation. Sie stellt, wie alljährlich, einen wesentlichen Beitrag zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskussion dar, und verdeutlicht die Herausforderungen, denen Österreich in den kommenden Jahren gegenüberstehen wird. Mein Dank gilt auch den Expertinnen und Experten des Bundesministeriums für Landesverteidigung für ihren unermüdlichen Einsatz.

Poll Card
Date of election
Voting inform

Shutterstock

Die Welt nach den Wahlen

Sicherheit und Politik

Peter Filzmaier

Das Jahr 2024 markierte ein Superwahljahr mit Wahlen für mehr als vier Milliarden Menschen weltweit. Globale und nationale Trends zeigten Erfolge oppositioneller und rechtsgerichteter Parteien, während wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen wie Inflation, Migration und Gesundheit die Debatten dominierten. Sicherheitsthemen spielten vor allem auf EU-ropäischer Ebene eine Rolle, während ein zunehmender Nationalismus und die Schwächung internationaler Organisationen die politische Entwicklung prägten. Realistische Ansätze, die Machtstreben und Konflikte betonen, verdrängen internationalistische Theorien und verdeutlichen die langfristigen Risiken einer Renationalisierung und einer unsicheren globalen Ordnung ohne ausreichende demokratische Kontrollmechanismen.

Das Jahr 2024 galt als Superwahljahr. Mit solchen journalistischen statt wissenschaftlichen Zuschreibungen muss man vorsichtig sein, doch war es diesmal objektiv richtig: Im Vorjahr fanden international innerhalb von zwölf Monaten für so viele Länder und deren Bevölkerung Wahlen statt wie nie zuvor: nämlich insgesamt für über vier Milliarden Menschen, von Indien mit 1,4 Milliarden Einwohnerinnen und Einwohnern bis Tuvalu mit 11000. Gewählt wurde auch in Russland, wo dies nur dem Namen nach eine Wahl war. Heuer fanden auch in den USA und in 27 zeitgleich stattfindenden Wahlgängen Wahlen zum Europäischen Parlament statt.

In Österreich fanden Nationalratswahlen sowie Landtagswahlen in Vorarlberg und der Steiermark statt, wo es jeweils zu großen Stimmverschiebungen kam. Hinzu kamen Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen in Salzburg Stadt und Land sowie in Innsbruck. Ebenfalls 2024 gab es Arbeiterkammerwahlen. Das führt zur Schlüsselfrage, ob es national und international generelle Trends gab, die jenseits der Analyse im jeweiligen Einzelfall feststellbar sind. Logische Folgefrage ist, welche Rolle das Thema Sicherheit in den Wahlen und Wahlkämpfen spielte – gemeint sind entsprechende Wahlmotive. Oder ist die Sicherheit von Wahlen als solche aufgrund von Beeinflussungs- bzw. Manipulationsversuchen ein Thema?

Wahlergebnisse 2024 und Sicherheit als Wahlmotiv

Im internationalen Vergleich haben 2024 tendenziell a) oppositionelle Parteien gewonnen und Amtsinhaber schlecht abgeschnitten, sowie b) Mitte-Rechts-Parteien bzw. rechts orientierte Kandidatinnen und Kandidaten in Wahlen gewonnen oder jedenfalls Stimmenzuwächse verzeichnet. Dies gilt auch für Nationalrats- und Landtagswahlen in Österreich, obwohl beispielweise auf Nationalratsebene große Stimmverschiebungen mehrheitlich rechts der Mitte zwischen ÖVP und FPÖ – letztere gewann laut Wählerstromanalysen knapp 450 000 Stimmen von der Kanzlerpartei ÖVP – und nicht zwischen einem linken und rechten Lager stattfanden. Jedenfalls belegte die FPÖ sowohl in den Parlamentswahlen der Europäischen Union in Österreich als auch in der Nationalratswahl den ersten Platz.

Gleichzeitig ist trotz der teilweisen Unzulänglichkeit eines Rechts-Links-Schemas für die USA Donald Trump als Wahlsieger nicht zuletzt aufgrund seiner Law-and-order-Positionen klar rechts einzuordnen. In der Bundesrepublik Deutschland verzeichnete die rechtsextreme AfD größere Gewinne und war in Thüringen erstmals bei einer Landeswahl stimmenstärkste Partei. Weil rechte Parteien traditionellerweise von Sicherheitsthemen im Mittelpunkt öffentlicher Debatten profitieren, wäre die These naheliegend, dass solche Themen ein zentrales Wahlmotiv waren.

Doch ist dem interessanterweise nur in einem geringen Ausmaß so. In den USA ging es eher um allgemeine Demokratiefragen. Wählerinnen und Wähler der sehr unterschiedlichen – alltagsprachlich oft „rechten“ und „linken“ – Republikanischen oder Demokratischen Partei hatten eine Gemeinsamkeit. Sie sahen durch die jeweils andere Seite die Demokratie in Gefahr. In Summe wählen jedoch in den Präsidentschaftswahlen jene, die die Demokratie eher oder sehr in Gefahr empfanden zu einem signifikant höheren Anteil von 57 zu 43 bzw. 56 zu 44 Prozent Donald Trump und nicht Kamala Harris.

Tabelle 1: Einschätzung der Sicherheit der Demokratie in den USA. Stimmenanteile in Prozent, gerundet. Quelle: CNN, Exit Polls

Die Demokratie in den USA ist...	sehr sicher	eher sicher	eher in Gefahr	sehr in Gefahr
Harris	Nicht verfügbar (zu kleiner Stichprobenanteil)	50	43	44
Trump	Nicht verfügbar (zu kleiner Stichprobenanteil)	49	57	56

Abgesehen davon galt in den USA nachweislich der Grundsatz „It's the Economy, Stupid!“. Das bedeutet, die Wahlentscheidung für Donald Trump und gegen Kamala Harris sowie zugunsten der Republikaner in den gleichzeitigen Kongresswahlen fiel aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der persönlichen Betroffenheit von Teuerungen. Auch in Österreich war – siehe Tabelle 2 – Sicherheit bzw. insbesondere Terrorismus – nicht das hauptsächliche Wahlmotiv, sondern wurde von Teuerung und Zuwanderung sowie Gesundheit und Pflege als Topthemen überlagert. Wenig überraschend spielten bei den EU-Wahlen Sicherheits- und Kriegsthemen am stärksten eine Rolle und waren ebenda das seitens der Wahlbevölkerung am zweithäufigsten diskutierte The-

ma. Auf nationaler und regionaler Ebene hingegen reichte es nur für die Platzziffern vier bzw. fünf.

	EU-Parlamentswahl	Nationalratswahl	Landtagswahl Vorarlberg	Landtagswahl Steiermark
Top-Themen	Zuwanderung	Teuerung	Teuerung	Teuerung
	Sicherheit und Krieg	Zuwanderung	Zuwanderung	Gesundheit
	Umwelt und Klima	Gesundheit	Demokratie	Zuwanderung
Platzziffer (internationale) Sicherheit, Krieg, Terrorismus o.ä.)	2	5	5	4

Tabelle 2: Sicherheit als Wahlkampfthema in Österreich. Fragestellung: „Haben Sie im Wahlkampf folgende Themen sehr oft, ziemlich oft, selten oder gar nicht diskutiert?“ Angaben in Prozent. Themenreihung für Platzziffern nach der Kategorie „sehr oft bzw. häufig diskutiert“. Quelle: Institut für Strategieanalysen (ISA)/Foresight. Wahlbefragungen im Auftrag des ORF.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht schwieriger zu beurteilen ist, inwieweit Wahlen selbst im Sinne ungesetzlicher und/oder fremder Beeinflussung unsicher sind. Hier erscheint das Bild trügerisch, weil Donald Trump und rechte Parteien, die in früheren Jahren das Wahlergebnis bezweifelten – die FPÖ etwa äußerte regelmäßig Zweifel an der Briefwahl und der dortigen Stimmauszählung –, nunmehr als Wahlsieger naturgemäß das Bild der Richtigkeit vermitteln wollten. Das gibt aber keinen Aufschluss darüber, ob und wann mehr oder weniger Manipulationsversuche allenfalls auch durch und aus anderen Nationen stattfanden.

Was nun? Wahlen als Richtungsentscheidung

Bei detaillierter Betrachtung der Wahlkämpfe und Wahlergebnisse zeigte sich 2024, dass – insbesondere, wenn sich internationale Themen im Fokus befanden – die Rolle der Nationalstaaten mehr und stets positiver als in den vorangegangenen Jahren und Wahlen wahrgenommen wurde. Im Umkehrschluss verlieren internationale (Regierungs-) Organisationen an Bedeutung. Sie gelten als unpopulär sowie wenig effektiv. Die politikwissenschaftliche Theorie des Internationalismus befindet sich in einer Schwächephase.

Das Modell der UN und noch mehr der supranationalen EU geht davon aus, dass Einzelstaaten sich Regeln internationaler Organisationen unterwerfen und nicht egoistisch gewaltsam handeln, weil sie sich davon irgendeinen Nutzen versprechen. Warum sollten Staaten aber ihre Hand-

lungsfreiheit einschränken? Weil Regel- und Verhandlungssicherheit für alle Vorteile bringen, während Dauerkonflikte des Typs „Jeder gegen jeden!“ beispielsweise in der internationalen Wirtschaftspolitik – Stichwort Schutzzölle als Trump'scher Protektionismus – allen schaden können.

Das Problem ist jedoch offensichtlich, dass internationale Organisationen als übergeordnete und verbindliche Instanz in Wahlen zum unpopulären und wenig akzeptierten Reibebaum werden. Beispiele dafür finden sich bei den Standpunkten Donald Trumps in der Weltmacht USA genauso wie bei der Skepsis der FPÖ in Österreich gegenüber der Europäischen Union, die oft zur klaren Ablehnung wird. Werden damit Wahlen gewonnen, steigt für politische Akteure die Attraktivität, ähnliche oder noch negativere Positionen zu übernehmen und somit den Internationalismus in die Krise zu führen.

Dem Institutionalismus und Funktionalismus steht gemäß den Wahlergebnissen das Konzept des Realismus gegenüber. Außenpolitik folgt demzufolge dem Prinzip, Macht zu erhalten, zu vermehren und zu demonstrieren. Macht wiederum ist, so der Soziologe Max Weber, die Chance, seinen eigenen Willen gegen Widerstand durchzusetzen. Egal worauf diese Chance beruht. Wer Gewalt und Krieg für chancenreich hält, wird stets militärische Mittel der Diplomatie vorziehen.

Dahinter und hinter den Wahlerfolgen mancher sehr rechtsorientierter Parteien steht eine sehr pessimistische Sicht der menschlichen Natur. Die politische Philosophie der Realisten beruht darauf, dass der Zweck die Mittel heiligen würde und infolge des Machtstrebens bis zum eigenen Tod unser Zusammenleben ein „Krieg aller gegen alle“ wäre. So war es jedenfalls schon vor vielen Jahrhunderten bei den klassischen Staatstheoretikern Niccolò Machiavelli und Thomas Hobbes nachzulesen. Machiavelli argumentierte hier gar für eine allmächtige Zentralgewalt, die über allen Institutionen steht. Moderne Demokratien müssen sich ebenfalls solchen diktatorischen Forderungen stellen, die als Folge des Wahljahres und der Wahlergebnisse 2024 immer öfter erhoben werden.

Wahlen und ihre Folgen

Allgemein ergeben sich aus dem „Superwahljahr“ 2024 nachstehende Trends:

Es gibt eine fortschreitende Polarisierung vom kleinen Österreich bis zur globalen Ebene. Im Wahlverhalten geht es dabei gar nicht so sehr um die klassische Alters- und Geschlechterkluft. Hier zeigte sich, dass a) Traditionsparteien, wie in Österreich ÖVP und SPÖ, oft nur noch bei der Pensionistengeneration punkten sowie b) rechtspopulistische Parteien sich neue weibliche Wählerschichten erschließen konnten. Auch Donald Trump hat gewonnen und Kamala Harris verloren, weil viele konservative Frauen sich nicht wie erwartet von Trump abwandten.

Deutlicher ausgeprägt in den Wahlergebnissen sind jedoch konfliktreiche Gegensätze zwischen Stadt und Land sowie nach dem formalen Bildungsgrad, ethnischer Herkunft bzw. religiöser Überzeugung nach dem verfügbaren Einkommen. Hier können in den kommenden Jahren auch Auseinandersetzungen mit Gewaltausübung entstehen, welche nur scheinbar ideologische Bezüge haben bzw. für solche instrumentalisiert werden.

International nehmen die einstigen Konflikte zwischen Nationalstaaten sowohl auf politischer wie auch auf wirtschaftlicher Ebene wieder zu. Nicht umsonst gibt es für die USA und Präsident Trumps Außenpolitik den Begriff des Isolationismus. Das ist nicht wörtlich gemeint, sondern dass die größte Supermacht ihr Wirken auf bestimmte Gebiete der Erde beschränkt, wo man sich einen Vorteil verspricht. Bündnisverpflichtungen werden von Trump abgelehnt. Die NATO ist für ihn teilweise mehr Gegner als Partner. Gewinnen gleichzeitig anderswo Nationalisten in Wahlen, fehlt jedwede Ordnungsmacht.

Überspitzt formuliert führt das dazu, dass im Unterschied zum Internationalismus die US-Amerikaner jede Gesamtverantwortung für ein friedliches und gutes Leben auf unserem Planeten ablehnen. Die Welt kann im Chaos versinken, solange das für die USA des Donald Trump mehr Nutzen als Schaden hat. Umgekehrt verweisen Kritikerinnen und Kritiker seiner Vorgänger von John F. Kennedy bis Bill Clinton und Barack Obama darauf, dass US-Interventionen Kriege manchmal auslösten und verlängerten statt diese zu beenden.

Aufgrund der gemeinsamen Mehrheit für Trumps Republikanische Partei in beiden Kammern des US-Parlaments sind allerdings Systeme der Trennung der Staatsgewalten und wechselseitiger Kontrolle geschwächt, falls nicht 2026 wie in den oben genannten Fällen das „iron law of midterm loss“ in Zwischenwahlen für die Präsidentschaftspartei eintritt.

Die auch wahlbedingte Re-Nationalisierung bringt für Österreich Unsicherheiten. Man muss sich militärisch neutral verhalten, ist jedoch als Kleinstaat auf Allianzen mehr angewiesen als die USA. Allein würde man von den nationalen Interessen international nichts durchsetzen. Eine „Mir san mia!“-Mentalität ohne Außen- und EU-Politik ist jedoch auch für einzelne Österreicherinnen und Österreicher Unsinn. Zu sagen, dass Dinge im Ausland uns nicht betreffen, das stimmt nicht.

Viele fortgesetzte Entwicklungen der neuen Weltordnung – etwa das 2024 ebenfalls wählende Indien auf dem Weg nach oben und die zunehmenden Einflussphären der Volksrepublik China – werden in Österreich freilich kaum überhaupt Teil der öffentlichen Debatte.

Abschließend zur nach den Wahlen 2024 massiv zunehmenden Rolle des Nationalstaates gegenüber UN und EU: Unter den Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern ist der US-Amerikaner Kenneth Waltz der prominenteste Realist. Er beschreibt, warum ein internationales Ordnungssystem der UN oder auch der EU – wie etwa von Ernest B. Haas theoretisch begründet – nur bedingt funktionieren kann. Es gibt keine logische Aufgabenteilung von Staaten. Jeder Staat will dasselbe machen und erreichen sowie den größtmöglichen Vorteil – zum Beispiel wirtschaftlichen Reichtum – daraus ziehen. Nicht unähnlich argumentiert John Mearsheimer, der daraus sogar Illiberalität bzw. illiberale Demokratien schlussfolgert.

Nach einer Kosten-Nutzen-Analyse ist es da speziell für Großmächte wie die frühere Sowjetunion – Putin sieht Russland unverändert gerne in deren Rolle – verlockend, Armeen zur Vorteilsgewinnung einzusetzen. Man will „der Starke“ sein und nicht in mühsamen Verhandlungen mit anderen und kleineren Staaten auf einen Teil der tatsächlichen oder vermuteten Stärke verzichten.

In der Weltpolitik wissen wir nicht, was passiert – Trump selbst hat stolz verkündet, immer überraschend zu handeln und keinen klaren Kurs zu verfolgen. Dass das Stabilität und Frieden bringt, ist zu bezweifeln. Vielleicht betreibt er einfach Isolationismus und schert sich nicht um den Rest des Erdballs. Dass manche Trumps Unberechenbarkeit als Chance bezeichnen, ist mehr als zynisch.

Apropos Wahl: In der internationalen Politik gibt es – anders als in den einzelnen Staaten – kein Regulativ demokratischer Wahlen, wer „da oben“ Entscheidungen treffen darf und notfalls friedlich abgewählt werden kann. Deshalb sollten wir uns keinerlei Illusionen machen, dass Kriege als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln – so Carl Philipp Gottlieb Clausewitz, preußischer Generalmajor und Militärwissenschaftler im 19. Jahrhundert – jemals Vergangenheit sein werden.

Keynotes

- Über vier Milliarden Menschen wählten 2024 weltweit, mit mehrheitlichen Erfolgen für oppositionelle und rechtsgerichtete Parteien.
- Wirtschaft und Inflation dominierten viele Wahlentscheidungen, während Sicherheit nur punktuell eine zentrale Rolle spielte.
- Gesellschaftliche Spaltungen nach Stadt-Land, formalem Bildungsgrad und Einkommen vertieften sich, teils mit potenziell gewaltsamen Konflikten.
- Nationale Interessen gewinnen gegenüber internationalen Organisationen wie der UN und der supranationalen EU an Bedeutung.
- Machtstreben und geopolitische Konflikte verdrängen internationalistische und kooperative Ansätze.
- Demokratische Kontrollmechanismen stehen weltweit unter Druck, insbesondere durch den Aufstieg illiberaler Systeme.
- Isolationismus und unberechenbare Außenpolitik, insbesondere durch die USA, erhöhen die globale Unsicherheit.

Mittel- und langfristige Trendentwicklungen im Zukunftsraum

Bernhard Richter

Die Ergebnisse einer Analyse von Szenarien zur mittel- und langfristigen Zukunft Europas und des globalen Systems zeigen eine Verschiebung des Erwartungsraums hin zu stabileren, aber pessimistischen Szenarien, geprägt von geopolitischen Unsicherheiten. Die internationale Ordnung entwickelt sich zu einer konfrontativen Multipolarität, in der Rivalitäten zwischen den USA, China und weiteren Akteuren dominieren. Während China mit internen Schwächen kämpft, bleiben die USA global führend, jedoch politisch instabil. Europa sieht sich durch wirtschaftliche Herausforderungen, Spannungen in der Integration und eine Renaissance der NATO geprägt, bleibt aber sicherheits- und verteidigungspolitisch verwundbar. Sowohl die mittel- als auch die langfristigen Aussichten sind von Unsicherheit und Antagonismus der Großmächte geprägt.

Die Prozesse der strategischen Vorausschau

Vor dem Risikobildprozess des Bundesministeriums für Landesverteidigung (BMLV) steht eine langfristige Zukunftsanalyse, die auf sogenannten „Umfeldszenarien“ basiert. Diese Szenarien stellen mögliche Zukunftsalternativen dar und dienen als Orientierungshilfe für die sicherheits- und verteidigungspolitische Entwicklung Österreichs. Im Zentrum der Umfeldszenarien stehen „Schlüsselfaktoren“. Diese zentralen Systemkomponenten werden kontinuierlich hinsichtlich relevanter Trends und Entwicklungen beobachtet, um Hinweise auf künftige Veränderungen im sicherheitsrelevanten Umfeld zu erhalten. Im Zuge des Szenariomonitoring-Prozesses werden Tendenzen für diese Schlüsselfaktoren identifiziert. Während dabei bisher vor allem mittelfristige Entwicklungsperspektiven im Fokus standen, wurden in der aktuellen Analyse erstmals sowohl mittel- als auch langfristige Trendentwicklungen untersucht und beschrieben.

Mittel- und langfristige Trendentwicklungen im Erwartungsraum

Dabei werden die Szenarien hinsichtlich ihrer Nähe zur Gegenwart sowie zur mittel- und langfristigen Zukunft analysiert. Diese Bewertung stützt sich sowohl auf die Ergebnisse des Szenariomonitoring-Prozesses als auch auf die Einschätzungen einer Gruppe von Expertinnen und Experten. Darüber hinaus wurde auch die Nähe der Szenarien zu einer erwünschten Zukunft bewertet. Die Ergebnisse zeigen eine Verschiebung des Erwartungsraums, sowohl im mittel- als auch im langfristigen Bereich.

Mittelfristige und langfristige Szenarienbewertung

Der mittelfristige Erwartungsraum umfasst nun die Szenarien 1, 2 und 4 (vgl. Abbildung 1), während der langfristige Erwartungsraum zusätzlich das Szenario 3 einbezieht (vgl. Abbildung 2). Im Vergleich zur letzten Bewertung ist das Szenario 5, das ein Scheitern der europäischen Integration beinhaltet, nicht mehr im Erwartungsraum enthalten. Diese Entwicklung zeigt, dass die Expertinnen und Experten aktuell nicht mehr von einem Zerfall der EU ausgehen. Die Bewertung der Gegen-

wart zeigt, dass der derzeitige Zustand des Systems als weniger unterschiedlich zur erwarteten Zukunft wahrgenommen wird als bei früheren Bewertungen. Sowohl der mittel- als auch der langfristige Erwartungsraum überschneiden sich mit der Einschätzung der Gegenwart, was darauf hindeutet, dass das Modell relativ stabil ist. Da sich sowohl der Gegenwarts- als auch der Erwartungsraum von den gewünschten Szenarien, die im Wesentlichen eine ideale Zukunft darstellen, unterscheiden, ist dieser Befund eher negativ und drückt einen hohen Pessimismus im Modell aus.

Abbildung 1: Szenariomonitoring –Trendszenario 2027

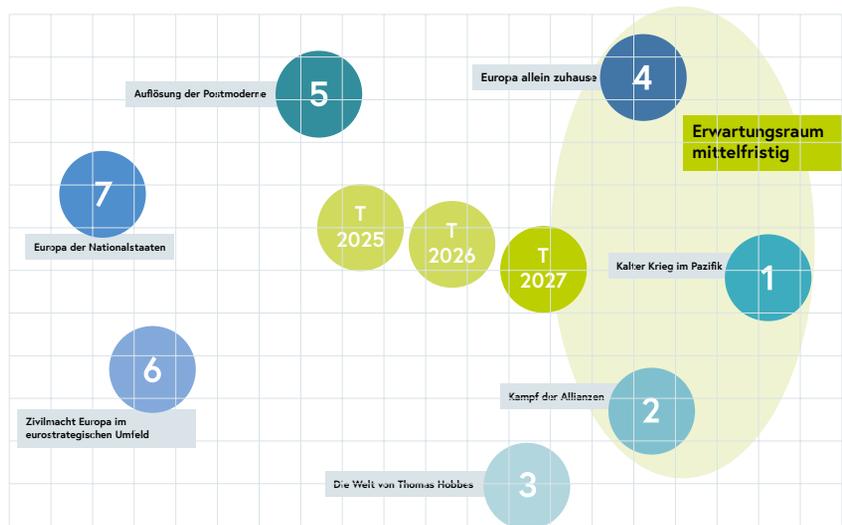
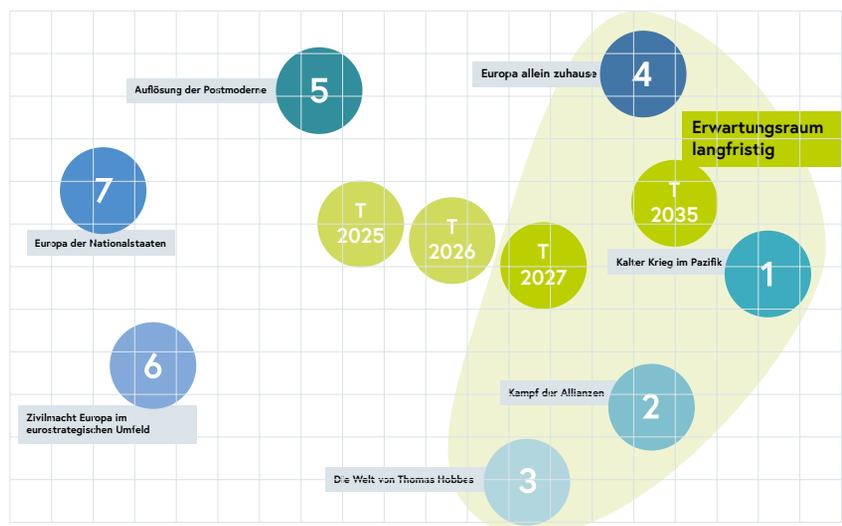


Abbildung 2: Szenariomonitoring –Trendszenario 2035



Konfrontative und fragmentierte internationale Ordnung

Die Szenarien, die in den Erwartungsräumen enthalten sind, weisen auf eine eher konfrontative Ausprägung des internationalen Systems und eine starke Fragmentierung hin. Eine der zentralen Unsicherheiten bleibt die Machtverteilung im globalen System. Dabei steht insbesondere die Frage im Raum, ob China den Aufstieg zu einer globalen Supermacht vollziehen und damit die USA herausfordern beziehungsweise deren Status als einzige Supermacht bedrängen kann. Diese Unsicherheit prägt die geopolitischen Entwicklungen weiterhin maßgeblich. Eine zweite zentrale Unsicherheit betrifft die Entwicklung der europäischen Integration. Auch hier zeigen die Szenarien in den Erwartungsräumen stark unterschiedliche Entwicklungen, ohne dass sich aus der Trendanalyse eine eindeutige Richtung ableiten lässt. Diese Unsicherheit spiegelt die divergierenden Einschätzungen der Zukunft der EU wider, wobei sowohl Fortschritte als auch Rückschläge möglich erscheinen.

Mittel- und langfristige Entwicklungen im sicherheitspolitischen Umfeld

Der Szenariomonitoring-Prozess des BMLV betrachtet einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren. Innerhalb dieses Zeitraums werden Trendentwicklungen analysiert, um Rückschlüsse auf die mittelfristige Entwicklung des Zukunftsraums zu ziehen. Zudem werden langfristige Bewertungen vorgenommen, wo dies möglich ist. Die gegenwärtigen Analysen zeigen, dass nahezu alle Trendentwicklungen im strategischen Umfeld Österreichs und der EU einen negativen Ausblick aufweisen. Es gibt kaum Trends, die auf eine positive Gegenentwicklung hindeuten.

Das sicherheitspolitische Umfeld Europas befindet sich in einem Wandel. Die beobachteten Trends deuten darauf hin, dass die unipolare Vorherrschaft der USA zu Ende geht. Stattdessen entwickelt sich die Welt in Richtung einer multipolaren Ordnung, in der verschiedene Akteure um Macht und Einfluss ringen. Diese Phase des Übergangs ist von Asymmetrie und Unsicherheit geprägt, wobei die USA weiterhin als führende Supermacht agieren, während China sowohl intern als auch extern vor großen Herausforderungen steht.

Multipolarität und Statuskonkurrenz

Die Welt bewegt sich weg von einer unipolaren Ordnung hin zu einer multipolaren Struktur, in der mehrere Großmächte um Einfluss konkurrieren. Diese Entwicklung wird durch die Rivalität zwischen den USA und China sowie das Aufstreben anderer Akteure wie Indien und der EU geprägt. Erwartet wird eine konfrontative Multipolarität, in der Macht diffuser verteilt ist und wechselnde Allianzen sowie Spannungen die internationale Politik bestimmen. Diese Situation ist von starken Asymmetrien geprägt, wobei die USA weiterhin als einzige globale Supermacht agieren und China trotz seiner Ambitionen weiterhin mit erheblichen Einschränkungen sowohl im internen als auch im externen Balancing konfrontiert sein wird.

Chinas duale Strategie

China verfolgt eine duale Strategie, die sowohl internationale als auch regionale Dimensionen aufweist. Global präsentiert sich China als verantwortungsvolle Großmacht, die sich für die Lösung internationaler Probleme einsetzt, insbesondere im Bereich der grünen Transformation. Gleichzeitig verfolgt China im indopazifischen Raum eine hegemoniale Politik und setzt, wo nötig, auch militärische Mittel ein, um seine Interessen durchzusetzen. Intern sieht sich China mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, darunter ungünstige demografische Entwicklungen, eine hohe Verschuldung und ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum. Diese internen Schwächen wirken sich auf Chinas äußere Ambitionen aus und lassen die langfristige Stabilität unsicher erscheinen.

USA – unberechenbare Supermacht

Die polarisierte und volatile Innenpolitik gestaltet die US-Außenpolitik zunehmend unberechenbar. Beide großen politischen Parteien haben sich von einer traditionell internationalistischen Politik abgewandt und verfolgen stattdessen eine Reduzierung von Abhängigkeiten sowie eine konfrontative Haltung gegenüber China. Diese Entwicklungen haben Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen, die zunehmend von Spannungen geprägt sind.

Globale Wirtschaft und geopolitische Spannungen

Die Weltwirtschaft sieht sich mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert, darunter die Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und protektionistische Maßnahmen, die die globalen Lieferketten stören. Das Wirtschaftswachstum hat sich verlangsamt, und die wirtschaftliche Ungleichheit nimmt sowohl zwischen Ländern als auch innerhalb von Gesellschaften zu. Diese Entwicklungen könnten soziale Spannungen verschärfen und den globalen Frieden gefährden. In Europa hat sich die Energiesicherheit zwar etwas verbessert, aber die Abhängigkeit von externen Energiequellen bleibt hoch, was die Region anfällig macht.

NATO und die europäische Sicherheit

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat zu einer Renaissance der NATO geführt, da die Bedrohung durch Russland die Mitgliedsstaaten zur Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben zwingt. Diese Krise hat die Bedeutung der NATO als Sicherheitsgarantie neu beleuchtet und die Diskussion über eine gerechte Lastenverteilung innerhalb der Allianz intensiviert. Trotz erhöhter Verteidigungsausgaben bleibt die Zukunft der NATO unsicher, insbesondere angesichts der erwartbaren politischen Entwicklungen in den USA nach den Wahlen. Langfristig ist von einer stärkeren Verantwortungsübernahme durch europäische Mitglieder auszugehen, was die Dynamik innerhalb des Bündnisses nachhaltig verändern könnte.

Widersprüchliche Entwicklungen in der EU-Integration

Die politische Integration der EU entwickelt sich in unterschiedliche Richtungen. Einerseits gibt es Fortschritte auf institutioneller Ebene, wie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau, andererseits nehmen Renationalisierungstendenzen und politische Spannungen zu. Die emotionale Bindung der Bürgerinnen und Bürger an die EU bleibt schwach, und die Bedrohung durch äußere Krisen führt zu einer Konsolidierung, aber auch zur potenziellen Spaltung der Uni-

on. Langfristig bleibt die Integration instabil und volatil. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zeigt Fortschritte, aber die langfristige militärische Handlungsfähigkeit der EU bleibt ungewiss. Es gibt positive Entwicklungen, wie die Schaffung neuer Missionen und die verstärkte Ausbildung von Truppen, aber finanzielle und politische Herausforderungen bestehen weiterhin.

Keynotes

- Das internationale System befindet sich in einer Übergangsphase von einer unipolaren zu einer multipolaren Ordnung, geprägt durch eine konfrontative Ausprägung und wechselnde Machtverhältnisse zwischen Großmächten wie den USA, China, der EU und Indien.
- China verfolgt eine duale Strategie, bei der es sich global als verantwortungsbewusste Macht präsentiert, während es im indopazifischen Raum hegemoniale Ambitionen zeigt; dennoch bleibt Chinas langfristige geopolitische Entwicklung aufgrund interner und externer Herausforderungen unsicher.
- Die USA werden zunehmend von einer polarisierten Innenpolitik und widersprüchlichen außenpolitischen Strategien geprägt, was die Stabilität ihrer internationalen Beziehungen beeinträchtigt und zu unberechenbaren Reaktionen in sicherheitspolitischen Fragen führt.
- Die europäische Integration verläuft widersprüchlich: Während institutionelle Fortschritte gemacht werden, bleiben die emotionale Bindung der Bürgerinnen und Bürger und die politische Stabilität aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Spannungen fragil.
- Die NATO erlebt durch die Bedrohung Russlands eine Renaissance, während sich das sicherheitspolitische Umfeld Europas grundlegend verändert, was eine verstärkte Verantwortungsübernahme durch die europäischen Mitglieder der Allianz erfordern könnte.



Herausforderungen erkennen, analysieren und bekämpfen

Ronald Vartok

Das Risikobild des Bundesministeriums für Landesverteidigung bietet die Möglichkeit, zukünftige Herausforderungen und Krisen frühzeitig zu erkennen. Dabei zeigt sich, dass die globale Sicherheitslage von der stetigen Abnahme der regelbasierten Weltordnung gefährdet wird. Primäre Gründe sind der russische Angriffskrieg in der Ukraine, die Eskalation im Nahostkonflikt und die Destabilisierung des Westens durch die Achse Russland-China-Iran. Neben diesen Eskalationspotenzialen wird Österreich zunehmend mit der wachsenden Bedeutung globaler Lieferketten und den Folgen von Rohstoffknappheit sowie einer Deindustrialisierung konfrontiert werden.

Das Risikobild

Die vergangenen Jahre waren von einer Vielzahl komplexer Krisen geprägt, die nicht nur die europäischen Gesellschaften vor neue Herausforderungen gestellt, sondern auch die geopolitische Sicherheitslage erheblich beeinflusst und verändert haben. Für das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) und in weiterer Folge für die österreichische Sicherheit ist es daher essenziell, zukünftige Herausforderungen und Krisen frühzeitig zu erkennen und sich darauf vorzubereiten.

Die COVID-19-Pandemie, die Folgen der Klimakrise und die Eskalation geopolitischer Konflikte, etwa im Nahen Osten und in der Ukraine, haben deutlich gemacht, dass wir als Gemeinschaft wieder verstärkt in die Verteidigung und Sicherheit Europas investieren müssen. Getreu dem Grundsatz „Si vis pacem, para bellum“ – „Wenn du den Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor“ – ist eine vorausschauende Sicherheitsvorsorge unerlässlich.

Das Risikobild des BMLV ist ein Instrument der statistischen Vorausschau und dient der frühzeitigen Erkennung und Bewertung von Bedrohungen. Es ermöglicht einen kontinuierlichen Monitoring-Prozess, der Risiken systematisch identifiziert und analysiert. Die Risiken werden dabei nach Kriterien kategorisiert. Auf einer Seite steht die Eintrittswahrscheinlichkeit der Bedrohungen, auf der anderen Seite die politischen Auswirkungen dieser Bedrohungen auf die Republik. Die statistische Vorausschau des BMLV ist wissenschaftlich fundiert und bietet so die empirische Grundlage für ein effektives Krisenmanagement und den Aufbau von Resilienz.

Hierdurch wird sichtbar, dass zu den größten und gefährlichsten Risiken für Österreich unter anderem eine Eskalation des Ukraine-Konflikts, eingeschränkte strategische Handlungsfähigkeit, Migrationsströme aufgrund geopolitischer Krisen, der Wettlauf um die Kontrolle von Computernetzwerken sowie eine intensivere Konfrontation zwischen Russland und der Europäischen Union gehören.

Die globale Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft, geprägt durch eine zunehmende Abkehr von der regelbasierten Weltordnung. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine steht exemplarisch für diese Entwicklung, da er nicht nur das Völkerrecht ver-

letzt, sondern auch die internationale Stabilität und Zusammenarbeit untergräbt. Mit militärischer Aggression und hybrider Kriegsführung versucht Russland, geopolitische Machtverhältnisse zu verschieben und das internationale System zu destabilisieren – mit weitreichenden Auswirkungen auf Europa und darüber hinaus.

Auch nicht-staatliche Akteure wie terroristische Gruppen tragen zur Destabilisierung bei. Terroranschläge in Israel und Europa zeigen, wie gezielte Gewalt Unsicherheit schafft und politische Ziele durchsetzt. Solche Ereignisse destabilisieren ganze Regionen und verstärken Migrationsbewegungen. Diese geopolitischen Konflikte und asymmetrischen Bedrohungen fordern die internationale Sicherheitsarchitektur heraus. Organisationen wie die UN, NATO und OSZE müssen zunehmend auf dynamische Krisen reagieren und ihre Legitimität behaupten.

Die Rolle einer starken Sicherheitsarchitektur

Die europäische Sicherheitsvorsorge steht vor zunehmenden Herausforderungen, die eine ganzheitliche und koordinierte Reaktion erfordern. Insbesondere im Umfeld Europas, beispielsweise am Westbalkan und im Nahen und Mittleren Osten, zeichnen sich zunehmend instabile Situationen ab. Konflikte, politische Spannungen und geopolitische Einflüsse externer Akteure wie Russland oder China drohen, die ohnehin fragile Stabilität in diesen Regionen weiter zu untergraben. Diese Entwicklungen wirken sich direkt auf die Sicherheit Europas aus, insbesondere durch potenzielle Migrationsbewegungen, wirtschaftliche Störungen und das Risiko der Ausweitung lokaler Konflikte.

In diesem Kontext gewinnen Streitkräfte eine zentrale Rolle. Sie sind nicht nur Garant für die territoriale Integrität und Souveränität einzelner Staaten, sondern auch ein entscheidender Faktor für die kollektive Sicherheit Europas. Angesichts der zunehmenden Bedrohungen müssen Streitkräfte modernisiert, umfassend ausgerüstet und strategisch ausgerichtet werden, um im gesamten Spektrum möglicher Risiken und Konfliktszenarien agieren zu können. Ihre Fähigkeit zur Abschreckung und zur aktiven Krisenbewältigung ist unerlässlich, um Europa als Raum der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit zu festigen.

Eine weitere Kernaufgabe besteht darin, diese nationalen Bemühungen in eine umfassende europäische Sicherheitsarchitektur einzubetten. Angesichts der grenzüberschreitenden Natur moderner Bedrohungen – von Cyberangriffen über hybride Kriegsführung bis hin zu globalen Machtverschiebungen – kann kein einzelner Staat diese Herausforderungen allein bewältigen. Es bedarf einer engen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union und mit internationalen Partnern, um Resilienz aufzubauen und effektive Sicherheitsstrategien umzusetzen. Eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge, die nationale und europäische Ansätze vereint, ist dabei von zentraler Bedeutung.

Herausforderungen schaffen Möglichkeiten

Auch wenn das Risikobild eine düstere Zukunft zeichnet und die Vielzahl an Krisen überwältigend erscheint, liegt das Schicksal Österreichs und der Europäischen Union als Werte- und Verteidigungsgemeinschaft dennoch in der eigenen Hand. Es gilt, wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit weiter auszubauen und die Resilienz unserer Lebensweise nachhaltig zu stärken.

Keynotes

- Der Krieg in der Ukraine bleibt eine zentrale Bedrohung für die europäische Sicherheit, da eine Eskalation das Risiko eines großflächigen Konflikts mit Russland erhöhen und die Wirtschaft stark belasten würde.
- Die Eskalation im Nahen Osten und die Bedrohung durch Terroranschläge gefährden die Stabilität und Sicherheit in Europa, beeinflussen Migration sowie Energieversorgung und erfordern verstärkte internationale Zusammenarbeit.
- Migrationsbewegungen infolge des Klimawandels und geopolitischer Konflikte werden Österreich künftig vor wachsende Herausforderungen stellen.
- Die globale Wirtschaft steht vor Herausforderungen, die Österreich dazu zwingen, strategische Ressourcen zu sichern, nachhaltige Industrien zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit durch gezielte Maßnahmen zu stärken.
- Die Klimakrise belastet Gesellschaften, gefährdet Menschenleben, verursacht wirtschaftliche Schäden und zeitigt globale Auswirkungen.
- Hybride und digitale Bedrohungen wie Angriffe auf Computernetze oder Desinformationskampagnen werden die Sicherheitslandschaft der Zukunft nachhaltig gefährden und erfordern hohe Aufmerksamkeit.



Der „Return of History“

Moment der Wahrheit für Europa?

Arnold H. Kammel

Die Wahl Donald Trumps zum 47. US-Präsidenten ist ein weiterer Mosaikstein, der Europa gerade in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor neue Prüfungen stellt. Europa muss stärker in seine eigene Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit investieren und Verantwortung auch auf globaler Ebene übernehmen. Dies wird derzeit jedoch durch interne Differenzen und eine eingeschränkte politische Handlungsfähigkeit erschwert. Österreich muss daran mitwirken, die Kohäsion innerhalb der EU zu stärken und eine offene strategische Autonomie aufzubauen.

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten stellt Europa vor noch nicht abschätzbare, aber keinesfalls überraschende oder unbekannte Herausforderungen, vielmehr bedeutet es eine Rückkehr der Geschichte mit altbekannten Denkmustern und Herausforderungen. Nach der Wahl Donald Trumps zum 47. Präsidenten der USA stehen

die transatlantischen Beziehungen erneut auf dem Prüfstand, während sich die Sicherheitslage Europas von Jahr zu Jahr zunehmend verschlechtert. Das liegt unter anderem daran, dass krisenhafte Entwicklungen und militärisch ausgetragene Konflikte kontinuierlich ansteigen. Neben dem südöstlichen Krisenbogen mit Instabilitäten am Westbalkan und in Osteuropa, stehen auch der afrikanische Kontinent durch zahlreiche Putsche sowie der Nahe Osten vor einer grundlegenden Neuordnung. Dazu bilden sich neue Allianzen, beispielsweise die erweiterten BRICS, die die traditionelle Vormachtstellung des Westens in Frage stellen.

Diese Entwicklungen stellen einen Belastungstest für die europäische Handlungsfähigkeit dar, und sie wirken sich auch auf die österreichische Sicherheit aus. Da die Europäische Union den primären Handlungsrahmen der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellt, ist auch Österreich gefordert, einen seinen Fähigkeiten und Kapazitäten entsprechenden Beitrag zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu leisten und diese aktiv mitzugestalten.

Transatlantische Belastungsprobe

Der seit Jänner 2025 wieder amtierende US-Präsident Donald Trump ist nicht nur in Europa bereits gut bekannt. Trumps politische Agenda wird voraussichtlich eine Rückkehr zum Transaktionalismus in der US-Außenpolitik bedeuten, in deren Zentrum ein Nullsummend Denken steht. Das bedeutet, dass der Vorteil einer Seite, etwa bei einem Handelsabkommen, automatisch als Nachteil der anderen Seite verstanden wird. Dieser Transaktionalismus steht der Kooperation als verteidigungspolitischem Grundprinzip diametral entgegen, die Nachkriegsordnung gerät vermehrt in Bedrängnis. Zu den bestehenden Herausforderungen etwa durch neue Allianzen wie den erweiterten BRICS kommen somit auch aus transatlantischer Perspektive herausfordernde Zeiten auf Europa zu.

Bündnisse, ob politisch oder militärisch, funktionieren dann am besten, wenn sie glaubwürdig sind. Das ist auch bei der transatlantischen Verteidigungsallianz so. Wenn Zweifel bestehen, dass sich alle NATO-Partner an die Verpflichtungen aus dem Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, also der Beistandsklausel, halten, ist die Abschreckungsfähigkeit und damit auch die Verteidigungsfähigkeit der NATO infrage gestellt.

Gerade vor dem Hintergrund der Infragestellung kollektiver Verpflichtungen und aufgrund des Faktums, dass von 27 EU-Mitgliedsstaaten 23 der NATO angehören, stellt sich für die europäischen Staaten die zentrale Frage, wie sie ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik kollektiv ausgestalten, um für die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Dabei sollte der Fokus allerdings weniger auf die Institutionen per se gelegt werden, da alle Mitgliedsstaaten nur über ein Single Set of Forces verfügen und jegliche Anstrengungen in der einen Organisation aufgrund der Überlappung der Mitgliedschaften automatisch auch die andere Organisation stärken. Eine derartige Stärkung bedingt nachhaltige Investitionen in die Verteidigung. Das über viele Jahre zumindest in der NATO fest verankerte Dogma der Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent des BIP, scheint derzeit mehr als überholt, und die aktuelle Debatte in NATO-Kreisen dürfte sich bei rund vier Prozent einpendeln. All diese Verteidigungsausgaben nutzen jedoch nur bedingt, wenn nicht die europäische Verteidigungsindustrie an Kapazitäten zulegt und der gemeinsame europäische Ansatz den derzeit vorherrschenden nationalen Ansatz dominiert.

Mit der neuen institutionellen Struktur der EU wurde diesem Faktum durch die Schaffung eines eigenen Verteidigungs(industrie?)kommissars Rechnung getragen, und da neben der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik auch eine weitere Vizepräsidentin der Kommission Sicherheit per se in ihrem Portfolio hat, wird der Bedeutungszuwachs des Themenkomplexes Sicherheit und Verteidigung in der EU klar erkenntlich.

Institutionelle Änderungen generieren allerdings weder den notwendigen Fähigkeitenzuwachs noch die steigende Bereitschaft, diese Fähigkeiten auch entsprechend den europäischen Interessen einzusetzen. Mit dem in den ersten 100 Tagen von der neuen Kommission zu erwartenden Weißbuch zur Verteidigung sollten, zumindest in Komplementarität zum Strategischen Kompass der EU aus dem Jahr 2022, weitere Weichenstellungen für die Vertiefung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im transatlantischen Kontext erfolgen. Es sei hier nur angemerkt, dass dieses Kommissions-Weißbuch interessanterweise wohl auch Themenbereiche ansprechen wird, die aufgrund des intergouvernementalen Charakters der ehemaligen zweiten Säule der GASP/GSVP traditionell eigentlich den Mitgliedsstaaten vorbehalten waren.

Trotz der aufgrund der Trump-Präsidentschaft erwartbaren Herausforderungen in den transatlantischen Beziehungen bleiben diese für die Sicherheit und Verteidigung Europas essenziell, und jegliche Bemühungen der Weiterentwicklung der GSVP leisten daher auch einen Beitrag zur Erfüllung der amerikanischen Erwartungshaltung einer autonom agierenden EU, auch in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die Welt nach den Wahlen

Die bereits in den vergangenen Jahren bestehenden Trends werden sich in einer Welt nach den Wahlen aller Voraussicht nach weiter verschärfen. Der gemeinsame Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts als wesentliches Fundament des europäischen Integrationsprozesses sowie die von Europa gerne propagierten Werte geraten auf internationaler Ebene immer stärker unter Druck. Die Rückkehr zu einer America-First-Politik mag zwar auf den ersten Blick eine Belastungsprobe darstellen, vielleicht hilft sie aber im Sinn eines Push-Faktors, die europäischen Bemühungen in der Vertiefung der Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter zu intensivieren. Bei all der berechtigten Fokussierung auf die USA dürfen aber sonstige geopolitische Entwicklungen nicht außer Acht gelassen werden, die Auswirkungen auf die politischen Systeme in vielen Ländern und Regionen zeitigen.

Nach einer Vielzahl von Wahlen im Superwahljahr ist zu konstatieren, dass die politischen Ränder Aufwind erhalten haben und es den traditionellen Mitte-Parteien immer schwerer fällt, sich erfolgreich von dieser Tendenz der Zuspitzung der politischen Debatte abzugrenzen. Die Wahl Donald Trumps mag hier als Synonym für die Fokussierung auf die eigene Klientel und den Rückzug aus internationalen Kooperationen und Ordnungsmodellen dienen. Gerade für Europa bringt dies neue Herausforderungen mit sich, ist doch Europa selbst mit einer aufgrund nationaler Entwicklungen eingeschränkten Handlungsfähigkeit konfrontiert. Die anstehenden Wahlen in Deutschland und die innenpolitisch schwierige Lage Frankreichs führen zu einer weiteren Schwächung der Handlungsfähigkeit. Darüber hinaus bedeuten die internationalen Trends auch einen Rückschlag für die Attraktivität des liberal-demokratischen Ordnungsmodells, für das Europa eintritt. Nicht zuletzt würde ein weiteres Infragestellen multilateraler Organisationen und Foren, nicht nur durch die USA, eine fortgesetzte Schwächung der westlich

geprägten regel- und wertebasierten Weltordnung zur Folge haben. Das über Jahrzehnte vom Westen geprägte Narrativ der Ausgestaltung der internationalen Beziehungen verliert zunehmend an Unterstützung, insbesondere auch in den Ländern des globalen Südens.

Ableitungen für Österreich

Auch im Wahljahr 2024 hat sich gezeigt, dass hybride Konfliktformen, die unter anderem auf Desinformationskampagnen oder Cyberangriffen beruhen, an Bedeutung gewinnen. Eine zunehmend fragmentierte Welt setzt auch Europa vermehrt derartigen Risiken aus. Der Schutz demokratischer Werte und Strukturen muss daher im Mittelpunkt stehen. Dabei geht es sowohl um die Integrität von Wahlhandlungen an sich als auch um die Resilienz von Gesellschaften. In Hinblick auf die Resilienz der Gesellschaft sind natürlich auch die geostrategischen Entwicklungen zu berücksichtigen, die es für Europa immer schwerer machen, seine Interessen entsprechend umzusetzen. Der Ruf nach strategischer Autonomie mag zwar vom Ende her gedacht richtig sein, bedarf aber wohlgesetzter Maßnahmen, um sich diesem hehren Ziel anzunähern. In einem ersten Schritt ist es daher notwendig, die – auch als Folge der Globalisierung entstandenen – Abhängigkeiten zu identifizieren, kritische Ressourcen zu definieren und auch ein stärkeres Augenmerk auf Handelsrouten zu legen, um hier besser einen eigenständigen Weg als Europa gehen zu können.

Es gilt etwa, eine eigene europäische verteidigungsindustrielle Basis zu schaffen, Abhängigkeiten von kritischen Ressourcen zu reduzieren, vulnerable Lieferketten zu vermeiden oder zu sichern und vernünftige Regulierungen im Bereich emergenter disruptiver Technologien wie Künstlicher Intelligenz zu verfolgen. Diese Bemühungen sind auch für Österreich von höchster strategischer Bedeutung. Ebenso müssen die Verteidigungskapazitäten der europäischen Staaten schneller als bisher gestärkt werden. Dabei geht es um die Streitkräfte, die im Verbund eine glaubwürdige Abschreckungs- und Verteidigungskapazität erlangen müssen. Jegliche neue Technologie und jeglicher Fähigkeitenzuwachs verkommt jedoch zur Chimäre, wenn es nicht gelingt, die Verteidigungsbereitschaft europäischer Gesellschaften signifikant zu erhöhen.

Dies wurde auf europäischer Ebene durch den vom früheren finnischen Staatspräsidenten Sauli Niinistö vorgelegten Bericht „Strengthening

Europe's civil and military preparedness and readiness“ verdeutlicht. Die in der österreichischen Verfassung als Staatsziel beschriebene umfassende Landesverteidigung im Kontext der Erhöhung der gesellschaftlichen Resilienz rückt auch auf europäischer Ebene verstärkt in den Vordergrund. Dabei kommt insbesondere auch der geistigen Landesverteidigung eine zentrale Rolle zu.

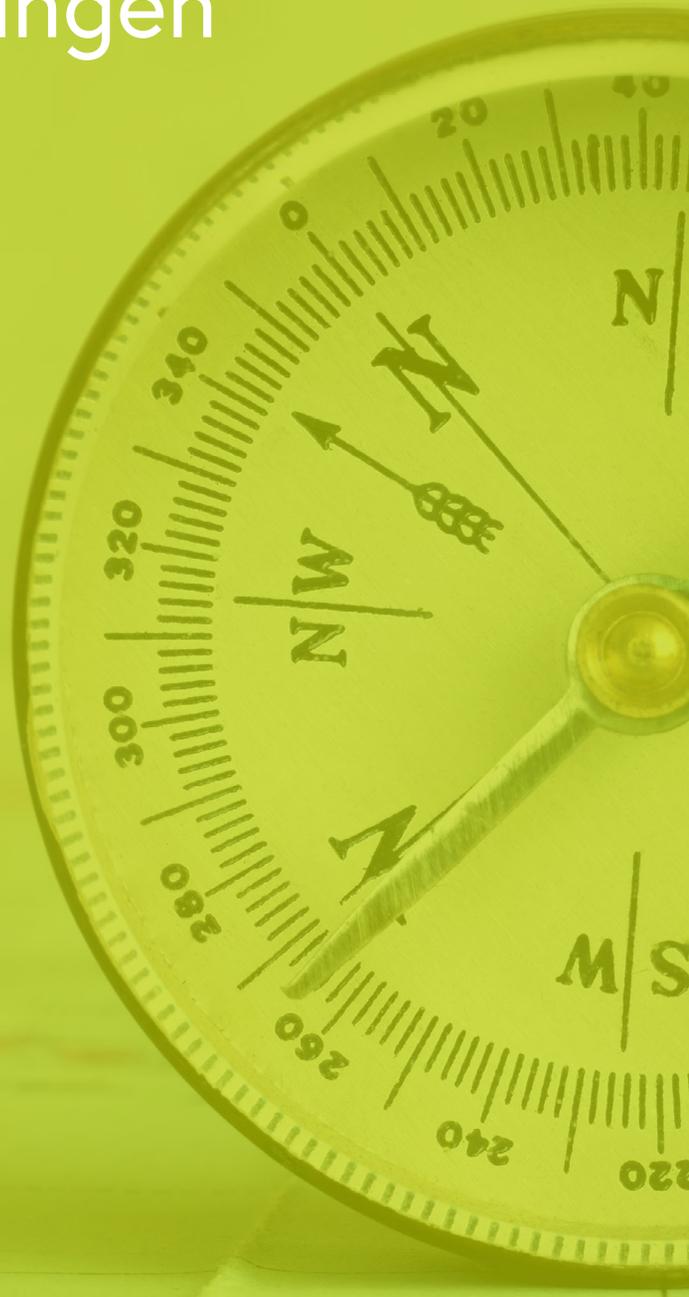
Die Rückkehr zu alten Mustern internationaler Beziehungen gepaart mit neuen Phänomenen wie hybrider Kriegsführung und Konfliktformen bedarf zur Bewältigung der Herausforderungen der Gegenwart einen umfassenden Ansatz. Gerade für Österreich bietet die EU mit ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik den zentralen Handlungsrahmen. Die Stärkung der europäischen Dimension ist daher auch für Österreich von vitalem Interesse. Zurecht wird dies auch in der 2024 vorgelegten Österreichischen Sicherheitsstrategie diagnostiziert. Die Wahl Donald Trumps mag ein weiterer Mosaikstein der komplexer und diffuser erscheinenden neuen Weltordnung sein. Sie stellt aber in diesem Kontext auch einen Moment der Wahrheit für Europa, aber auch für Österreich dar, autonomer und glaubwürdiger seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestalten zu müssen.

Keynotes

- Die Wahl Donald Trumps ist ein weiterer Mosaikstein, dass Europa verstärkt Verantwortung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik übernehmen muss.
- Durch das Infragestellen internationaler Organisationen und Abkommen verliert das europäische Narrativ einer regel- und wertebasierten Weltordnung zunehmend an Einfluss.
- Hybride Bedrohungen wie Desinformation und Cyberangriffe nehmen zu und gefährden demokratische Prozesse.
- Europa muss Abhängigkeiten von kritischen Ressourcen und Technologien reduzieren, um resilienter zu werden.
- Europa aber auch Österreich müssen insbesondere im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit ihre Bereitschaft, umfassender auf Krisen und Konflikte reagieren zu können, erhöhen.
- Österreich sollte eine aktive Rolle in der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik übernehmen, um seine Sicherheit zu stärken.

2

Globale Risiken und Herausforderungen







Shutterstock

Globale Risiken und Herausforderungen

Nikolaus Rottenberger

Die kommenden Jahre stehen im Zeichen einer komplexen Gemengelage aus Chancen und Herausforderungen, die die weltpolitische und damit einhergehend die sicherheitspolitische Landschaft prägen werden. Angesichts dessen strebt die Europäische Union zunehmend danach, eine eigenständige Rolle als sicherheitspolitischer Akteur zu entwickeln. Als neutrale Nation im europäischen Staatenverbund wird Österreich sich der Frage nach der Form seiner Beiträge dazu nicht entziehen können.

Verändertes Risikobild

Während die globale Interkonnektivität einerseits vielfältige Möglichkeiten eröffnet, ist gleichzeitig eine Fragmentierung der Staatengemeinschaft aufgrund von geopolitischen Krisen und wirtschaftlichem Protektionismus wahrnehmbar. In diesem Spannungsfeld von Kooperation und

Konfrontation manifestiert sich die Dualität der Zeit: Auf der einen Seite stehen die NATO-Erweiterung und die Notwendigkeit des gelebten Multilateralismus, auf der anderen Seite das Erstarren von Staatenwettbewerben und Konflikten. Die Kluft zwischen westlich geprägten Nationen und dem Globalen Süden vertieft sich, während innovative Technologien eine entscheidende Rolle im Kampf gegen den Klimawandel und die Umweltzerstörung spielen, gleichzeitig aber auch Herausforderungen wie die demographische Veränderung und organisierte Kriminalität mit sich bringen. Wir erleben sowohl einen Rückgang der Demokratie als auch ein wachsendes Bedürfnis nach Transparenz und öffentlicher Mitgestaltung, während die Gefahr der Desinformation diese Entwicklungen zusätzlich dynamisiert. Um aus diesen komplexen Entwicklungen sicherheitspolitische Imperative ableiten zu können, ist eine differenzierte Betrachtung der Chancen und Risiken der Zukunft unausweichlich.

Weltordnung der Zukunft

Die Weltordnung steht vor bedeutenden Veränderungen, die von einer Vielzahl von einflussreichen Akteuren bestimmt werden, darunter Staaten, internationale Organisationen und nicht-staatliche Akteure. Der gegenwärtige Anstieg globaler Machtkonkurrenz lässt bereits eine Entwicklung in Richtung einer zunehmend multipolaren Welt erkennen.

Die Vereinigten Staaten sind angesichts der zweiten Amtsperiode von Präsident Donald Trump an einem möglichen Scheideweg ihrer Geschichte angelangt. Trotz eines potenziellen Rückgangs ihres relativen Einflusses werden die USA weiterhin als Führer eines umfassenden Netzwerks von Allianzen wahrgenommen. Die US-Außenpolitik wird sich maßgeblich in eine neue Richtung entwickeln und sich gemäß der Ausrichtung ihres Präsidenten verstärkt protektionistisch verhalten. Die sich ankündigende Sezession der USA auf verteidigungspolitischer Ebene gibt Anlass zur prophylaktischen Überlegung einer Neuausrichtung von gemeinsamen Bündnissen und Kooperationen. Die (Bündnis-) Partner der USA und alle Anhänger der in den letzten Jahren ins Wanken geratenen politischen Ordnung sind angehalten, sich mit alternativen Verteidigungsbündnissen und ihrem eigenen Vermögen mit selbstständiger Landesverteidigung auseinanderzusetzen. Gerade Europa wird im Falle starker verteidigungspolitischer Veränderungen während der US-Regierung Trump II davon profitieren, multilaterale Zusammen-

arbeit zu fördern, neue strategische Allianzen zu etablieren und sich auf der Weltbühne als verlässlicher und starker Vertreter für Frieden in und um Europa einzusetzen.

Chinas wirtschaftliche Entwicklung und Ressourcen haben das Land zu einer bedeutenden globalen Macht gemacht. Die Ambitionen, einen adäquaten Platz in einer reformierten Weltordnung einzunehmen, haben zu einem direkten Wettbewerb mit den USA um globale Hegemonie geführt. Chinas Reaktionen auf wirtschaftliche und soziale Herausforderungen werden für die weltpolitische Gemengelage entscheidend sein.

Russlands Status wird maßgeblich von den Ergebnissen des Ukraine-Krieges abhängen. Das Ergebnis der US-Präsidentschaftswahlen kann darauf beachtlichen Einfluss haben, nachdem die USA ein wichtiger Unterstützer der Ukraine sind. Während die Regierung Trump II der Ukraine vermeintlich weniger finanzielle Unterstützung gewähren möchte als die USA es bisher gehandhabt haben, hat auch sie kein Interesse an einem Erstarken Russlands, weswegen die weitere Entwicklung hinsichtlich eines möglichen Ausgangs des Krieges auch unter Trump II schwer abschätzbar ist. Die Fähigkeit Moskaus, die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen des Krieges zu bewältigen, wird seine zukünftige Rolle prägen. Der Wunsch, den Status einer Großmacht zu bewahren, könnte zu einer exponentiell aggressiveren Außenpolitik führen.

Die EU im globalen Spannungsfeld

Die zunehmende System- und Machtkonkurrenz zwischen den Großmächten prägt derzeit das Weltgeschehen und stellt den vom westlichen Europa propagierten Multilateralismus infrage. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Sicherheitsarchitektur in Europa erschüttert und verdeutlicht, dass die bisherigen Modelle kollektiver Sicherheit und wirtschaftlicher Interdependenzen brüchig sind. Diese Erkenntnis hat das Bedürfnis der EU intensiviert, sich stärker auf die eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu konzentrieren.

Gleichzeitig erhöht die Machtkonkurrenz zwischen den USA und China den Druck auf die EU, ihre Interessen eigenständiger zu definieren und sich genauer zu positionieren. Angesichts der wachsenden geopolitischen Spannungen strebt die EU zunehmend danach, eine eigenstän-

dige Rolle als sicherheitspolitischer Akteur zu entwickeln, die über die bisherige Abhängigkeit von den USA hinausgeht. Die Union will gerade angesichts der neuen politischen Ausrichtung der USA in der „neuen“ Weltordnung nicht nur als Teil der westlichen Allianz auftreten, sondern als eigenständiger militärischer Akteur.

Inmitten in der Union: Österreich

Diese Interessen der EU bilden sich auch in der Österreichischen Sicherheitsstrategie und im Aufbauplan ÖBH 2032+ für das Österreichische Bundesheer ab. Mit diesen wegweisenden Dokumenten zeigt Österreich, die relevanten Entwicklungen in ihrer Schlagrichtung erkannt zu haben. Österreich steht zu seinen Bürgerinnen und Bürgern sowie seinen europäischen Partnern in einer Bringschuld der Verteidigungsfähigkeit.

Auch wenn der Weg der Neutralität gangbar ist, so ist zumindest ein Blick auf die Entwicklungen der Neutralität anderer europäischer Akteure von Nöten, um in kritischer Selbstreflektion die Position Österreichs laufend und in Bezug auf die geopolitische Lage entlang der Krisenbögen zu hinterfragen. Die Sicherheitsinteressen Europas und der EU dürfen auch angesichts der Spannungsverhältnisse nicht in Frage gestellt werden, selbst wenn ein Festhalten an diesen Grundsatzinteressen eine Weiterentwicklung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Maßnahmen nach sich zieht.

In Zeiten einer zumeist subkonventionellen und hierorts noch nicht konventionellen Kriegsführung ist es unbedingt notwendig, Streitkräfte gleichermaßen auf hybride Bedrohungen sowie konventionelle militärische Kriegsführung vorzubereiten und die EU-Außengrenzen wie auch die österreichischen Grenzen nicht mehr nur als geografische Grenzen zu verstehen, sondern viel mehr auch als Schutzzonen unseres Freiheits- und Sicherheitsverständnisses.

Das verfassungsmäßig festgeschriebene System der Umfassenden Landesverteidigung muss in den militärischen, geistigen, zivilen und wirtschaftlichen Dimensionen innerhalb Österreichs und der EU erweiternd und inkludierend gedacht werden. Neben neuen Sicherheitsfaktoren wie Ökologie und Gesundheit muss insbesondere die geistige Landesvertei-

digung die Desinformations- und Destabilisierungsinitiativen sowie andere stetig neue Formen der Informationskriegsführung reflektieren.

Europa ist am Zug, sich in eine vorteilhaftere verteidigungspolitische Rolle zu begeben und zu einem stärkeren, multilateralen Akteur zusammenzuwachsen. Als neutrale Nation im europäischen Staatenverbund wird Österreich sich der Frage nach der Art des wachsenden Engagements in diesem Zusammenhang nicht entziehen können.

Keynotes

- Die kommenden Jahre stehen im Zeichen einer komplexen Gemengelage aus Chancen und Herausforderungen.
- In Zeiten eskalierender geopolitischer Konflikte ist die Revitalisierung von Interkonnektivität und Kooperation zwingend erforderlich.
- Demokratische Systeme werden in Zeiten von Desinformations- und Destabilisierungsinitiativen volatiler.
- Der Machtkampf zwischen den USA und China bestimmt die geopolitische Landschaft.
- Die EU wird sich als direkte Folge daraus mit einer autonomen europäischen Verteidigungspolitik auseinandersetzen müssen.
- In Österreich muss das System der Umfassenden Landesverteidigung in seinen militärischen, geistigen, zivilen und wirtschaftlichen Dimensionen weiterentwickelt werden.



Das Zeitalter der Fragmentierung

Hal Brands

Die internationale Ordnung befindet sich in einem grundlegenden Wandel, geprägt von geopolitischen Konflikten und dem Zerfall alter Gewissheiten. Die Ära nach dem Kalten Krieg, geprägt von Demokratie, Globalisierung und US-Vorherrschaft, weicht einer Welt, in der autokratische Mächte wie Russland und China die Bühne dominieren. Ideologische Blöcke verhärten sich, internationale Kooperation schwindet, und die Bedrohung durch Großmachtrivalitäten wächst. Diese Dynamiken gilt es zu verstehen, um den Herausforderungen des neuen Zeitalters der Fragmentierung zu begegnen.

Von Osteuropa bis zum Westpazifik ist die heutige Welt von Krisen erschüttert. Internationale Zusammenarbeit scheint durch strategische Rivalitäten gelähmt zu sein. Technologischer Pessimismus ist allgegenwärtig geworden. Die einzige Supermacht könnte sich nach innen wenden, während mächtige Autokratien sich eilig bewaffnen. Es ist ein Gemeinplatz zu sagen, dass wir in einer Zeit des Umbruchs leben.

Unsere Aufgabe ist es, die Konturen des heraufziehenden Zeitalters genauer zu erfassen.

Ein Vierteljahrhundert nach dem Kalten Krieg wurde die Welt von mehreren Wahrheiten strukturiert – über den Vormarsch der Demokratie gegen die Autokratie, den Triumph der Globalisierung und Innovation, das Versprechen des Friedens zwischen Großmächten und die stabilisierende Rolle des US-Einflusses. Diese Wahrheiten bildeten die Grundlage für eine Welt, die den USA und seinen Verbündeten stark zugutekam – und eine Welt, die für globale Finanzen und den Handel äußerst günstig war. Die heutige Welt wirkt so ungeordnet, weil die alten Wahrheiten zerfallen und die Merkmale einer neuen Ordnung sichtbar werden.

Unsere heraufziehende Ordnung ist eine, in der geopolitische Blöcke zurück sind und Großmächte scharfe ideologische und technologische Kämpfe führen. Die Weltwirtschaft wird zu einem Schlachtfeld, globale Regierungsführung und Problemlösungen gehen zurück. International nimmt die Gewaltausübung zu, während die Bedrohung durch einen Krieg der Großmächte weiter steigt. Gleichzeitig bleibt die Macht der USA beeindruckend, aber ihr Verhalten wird weniger stabil. Zeiten des Umbruchs können immer auch in eine bessere Zukunft führen. Doch zunächst müssen wir das anbrechende Zeitalter der Fragmentierung verstehen.

Die Welt nach dem Kalten Krieg

Die Welt nach dem Kalten Krieg war nie perfekt. Aber die Generation nach 1989 empfand diese Zeit als eine Ära des Fortschritts und der Verheißung. Die Zahl der Demokratien stieg von den frühen 1970er Jahren bis zum Jahr 2000 um das Dreifache. Ausländische Direktinvestitionen verachteten sich zwischen 1992 und 2000. Wirtschaftliche Offenheit war ein Segen für die globalen Lebensstandards. Sie sollte auch internationale Spannungen lindern, indem sie einen gemeinsamen Wohlstand schuf.

Die Globalisierung profitierte wiederum von der informationstechnischen Revolution, die den Handel und die Produktivität erleichterte. Neue Technologien schienen auch die Freiheit zu fördern: Proteste, die durch soziale Medien entfacht wurden, stürzten in den frühen 2010er Jahren illiberale Regime in Ägypten und der Ukraine.

Natürlich war nicht alles rosig. Großterrorismus wie die Anschläge in den USA im Jahr 2001 zeigte, wie schwache Akteure die neue Offenheit ausnutzen konnten, um weltweit zuzuschlagen. Dennoch schien eine Welt, die durch wirtschaftliche Integration beruhigt wurde, zunehmend zu diplomatischer Zusammenarbeit und Frieden zwischen Großmächten zu tendieren.

Im Zentrum dieses Fortschritts standen die USA. Die Allianzen der Vereinigten Staaten sorgten für Stabilität in Europa und Asien. Washington förderte die Ausbreitung der Globalisierung und der Demokratie; es unterstützte die Zusammenarbeit gegen Terrorismus, nukleare Proliferation und andere Übelstände. Die daraus resultierende Ordnung nach dem Kalten Krieg basierte auf US-amerikanischer Macht. Es war auch ein goldenes Zeitalter für Unternehmen, die die Reichweite der Globalisierung ausnutzen konnten. Nichts währt jedoch ewig, und jetzt sind die Schlüsselemente der Ära nach dem Kalten Krieg alle zerfallen.

Das neue Zeitalter

Im Rückblick wurde der Fortschritt nach dem Kalten Krieg oft überschätzt: Viele neue Demokratien waren instabil, was sie anfällig für autokratische Rückschläge machte. Auch andere Phänomene der Zeit nach dem Kalten Krieg hatten ihre Schattenseiten. Die Globalisierung brachte Wohlstand, aber auch Ungleichheit, kulturelle Unsicherheit und eine daraus resultierende populistische Gegenreaktion. Informationstechnologie wird sicher Proteste gestärkt haben, aber sie gab den Herrschenden auch neue Werkzeuge der Repression. Und als die Dominanz der USA und des Westens, die die Ordnung nach dem Kalten Krieg gestützt hatte, verblasste, begannen auch wichtige Elemente dieser Ordnung zu verschwinden. Russland erholte sich, und China stieg dramatisch in der globalisierten Wirtschaft auf, die von den USA gefördert worden war. Washington und viele Verbündete, insbesondere in Europa, reduzierten ihre Militärausgaben.

Mit der Zeit wurden revisionistische Mächte aggressiver. Russland marschierte in Georgien und in der Ukraine ein, China dehnte sich im Südchinesischen Meer aus, der Iran und seine Stellvertreter schürten Chaos im Nahen Osten. Dieser Aufruhr wuchs, gerade als das Engagement der USA für globalen Aktivismus zu schwinden begann.

Die Kriege im Irak und in Afghanistan endeten in Ernüchterung und Rückzug. Die globale Finanzkrise von 2008/09 schwächte die US-Wirtschaft und untergrub die strategische Energie der USA. Die Präsidentschaft von Donald Trump, als Washington auf eine Rivalität mit China zusteuerte, aber auch mit vielen seiner Verbündeten aneinandergeriet, zeigte, wie unberechenbar der Kurs der USA geworden war. Als Russland 2022 erneut in die Ukraine einmarschierte, war klar, dass die Ära nach dem Kalten Krieg vorbei war.

Blöcke und der Kampf der Ideen

Was sind also die Merkmale unserer neuen Ära? Erstens leben wir wieder in einer Welt der Blöcke. In der Ukraine hilft eine Achse eurasischer Autokratien – Nordkorea, Iran und China – Russland bei dem Versuch, die Ukraine zu erobern und die Norm der Nicht-Aggression zu brechen. Sie stehen einer Koalition fortgeschrittener Demokratien aus Nordamerika, Europa und dem Indopazifik gegenüber, die die Ukraine unterstützt, um ein internationales System zu erhalten, das ihnen so viel Nutzen gebracht hat. Diese Ausrichtungen sind nicht allumfassend, aber sie verhärten sich, während die Spannungen in der Welt zunehmen.

Zweitens ist der Kampf der Ideen neu entfacht. Russland und China versuchen, internationale Normen und Organisationen neu zu gestalten, damit Autokratien sicherer werden. Sie zwingen und destabilisieren auch die Demokratien, die sich ihnen widersetzen.

Drittens heizt sich der Kampf um technologische Vorherrschaft auf. China macht große Fortschritte bei Hyperschallraketen und Cyberwaffen. Es investiert massiv in künstliche Intelligenz, Quantencomputing und andere Sektoren. Wenn China die Schlüsseltechnologien dieser Ära dominieren kann, wird es vielleicht auch die Ära dominieren.

Keynotes

- Die Nachkriegsordnung, geprägt von Demokratie, Globalisierung und der US-Führungsrolle, zerfällt zugunsten eines neuen Zeitalters geopolitischer Fragmentierung.
- Mächte wie Russland und China fordern die liberale Weltordnung heraus, stärken ideologische Blöcke und verschärfen internationale Konflikte.
- Globalisierung wird zunehmend von geopolitischen Rivalitäten überschattet, während wirtschaftliche Offenheit zu neuen Spannungen führt.
- Die Fähigkeit globaler Akteure, gemeinsame Lösungen zu finden, nimmt ab, während Großmachtkonflikte und ideologische Kämpfe zunehmen.
- Trotz der Unsicherheiten birgt das Zeitalter der Fragmentierung Chancen, sofern die neuen globalen Dynamiken verstanden und aktiv gestaltet werden.



Shutterstock

Auf Sinnsuche in der globalen Unordnung

Ayşe Zarakol

Das 21. Jahrhundert wird nicht wie das ausgehende 20. Jahrhundert durch den Wettbewerb der Großmächte zwischen den USA und China geprägt sein. Es gibt viele andere Faktoren, die Instabilität im globalen System verursachen. Unsere Welt könnte in den nächsten Jahrzehnten viel unvorhersehbarer sein, als klassische Theorien der internationalen Beziehungen vermuten. Vieles spricht für die Unsicherheit als neue Norm, und darauf sollte sich die Politik einstellen.

Krisen, Umbrüche und Verwerfungen

Unser aktuelles Jahrzehnt hat ein ungewöhnliches Maß an Umbrüchen erlebt. An seinem Beginn lebten wir noch mit den politischen Folgen des Kriegs der USA gegen den Terror auf der einen Seite und mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der globalen Finanzkrise von 2007/08

auf der anderen Seite. Besonders seit dem Jahr 2016, das durch unerwartete Wahlergebnisse und andere politische Überraschungen weltweit geprägt war, hat sich das Gefühl, dass die Weltpolitik im Wandel ist, weltweit verstärkt.

Einhergehend mit diesem Gefühl globaler Malaise sieht man ein weiteres Muster: Die Innenpolitik von Ländern innerhalb und außerhalb des traditionellen Kerns des internationalen Systems steht unter Stress, weil sie zunehmend von Politikerinnen und Politikern geprägt wird, die skeptisch gegenüber bestehenden politischen Institutionen sind – sowohl in ihrem spezifischen nationalen Kontext als oft auch international. Internationale Institutionen wie die EU und die NATO oder Abkommen wie das Pariser Klimaabkommen, die lange als Stützen der Weltpolitik galten, können nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden, selbst wenn liberale Politikerinnen bzw. Politiker verzweifelt versuchen, sie zu stärken und angesichts äußerer Aggression sowie interner Kritik zusammenzuhalten. Die westliche Suprematie der 1990er Jahre wurde durch eine ausgeprägte Angst vor dem Niedergang der USA, der Fragmentierung der liberalen internationalen Ordnung, dem Aufstieg Chinas, der Aggression Russlands gegen die Ukraine und vor der Instabilität von Schwellenländern abgelöst.

Die Sorge um die Tragkraft unserer politischen und wirtschaftlichen Institutionen wird von Bedenken über drohende demografische, ökologische und klimatische Belastungen wie Massenmigration, Pandemien, den Klimawandel oder andere Folgen des Anthropozäns begleitet. Länder auf der ganzen Welt wenden sich zunehmend nach innen und errichten Mauern, während sie immer noch mit den Schäden kämpfen, die durch die COVID-19-Pandemie sowie andere Krisen wie steigende Energiepreise und Störungen der Lieferketten verursacht wurden. Der anhaltende Krieg im Gazastreifen übt zusätzlichen Druck auf eine bereits angeschlagene internationale Rechtsordnung aus und belastet die ohnehin bereits geschwächten Beziehungen des Globalen Südens zum Westen. Langjährige Allianzen werden nun auf die Probe gestellt, einige zerfallen.

Unsicherheit als Begleitmusik des Übergangs?

Die wichtigere Frage ist aber, was als Nächstes kommt. Die Disziplin der internationalen Beziehungen hat einige erwartete Antworten auf diese Frage gegeben. Internationale Realisten wie John Mearshei-

mer glauben, in unserem Jahrzehnt der Umwälzungen vertraute Muster zu erkennen. Sie argumentieren, dass die Großmachtpolitik zurück ist. Das Ergebnis dieser Sichtweise ist das Versprechen einer Rückkehr zur Stabilität, sobald ein Gleichgewicht der Macht, wie wir es aus dem 20. Jahrhundert kennen, wiederhergestellt ist. Eine solche Lesart deutet darauf hin, dass die aktuelle politische Unsicherheit nur darauf zurückzuführen ist, dass wir uns in einem Moment des Übergangs und der Neuausrichtung von Allianzen befinden.

Internationale Liberale wie G. John Ikenberry erkennen ebenfalls einige vertraute Muster. In einem im Jänner 2024 erschienenen Artikel in der Zeitschrift „International Affairs“ argumentiert Ikenberry, dass wir auf eine Zukunft von „drei Welten“ zusteuern: die Welt des Globalen Nordens, wo die liberale internationale Ordnung überlebt, die des Globalen Ostens, eine Allianz von Autokratien wie Russland und China, und die des Globalen Südens, dessen Zukunft noch unklar ist, der sich aber laut Ikenberry eher dem Globalen Norden anschließen wird, dessen Werte letztendlich attraktiver sind. Es versteht sich von selbst, dass dieses Bild stark an die Zeit des Kalten Krieges mit seiner Teilung in Erste, Zweite und Dritte Welt erinnert. Auch dies ist ein Szenario, das eine gewisse Stabilität in nicht allzu ferner Zukunft verspricht.

Unsicherheit als neue Norm?

Vergleiche mit dem 20. Jahrhundert, die einen traditionellen Großmachtwettbewerb zwischen den USA und China vorhersagen, könnten uns dazu verleiten, in Bezug auf unsere Prognosen, wie rasch unsere aktuelle Phase der Unordnung vorbei sein wird, zu optimistisch zu sein.

Wir alle haben so etwas wie eine Status-quo-Voreingenommenheit, und es fällt uns die Vorstellung schwer, dass das 21. ganz anders wird als das 20. Jahrhundert. Wir tun uns auch mit dem Gedanken schwer, dass die unsicheren Zeiten, die wir durchleben, nicht das vorübergehende Intermezzo vor der Etablierung einer neuen Ordnung sind, sondern die neue Norm, die uns für Jahrzehnte begleiten wird. Es gibt jedoch drei wichtige Argumente für die Annahme, dass Unordnung und Unsicherheit diesmal länger andauern werden als im 20. Jahrhundert.

Erstens die Privatisierung/Personalisierung von Staaten, der Trend zum „starken Mann“: Die Außenpolitik wird weniger institutionalisiert und viel kapriziöser, da sie plötzlichen, unvorhersehbaren Veränderungen unterliegt, die auf den Launen einzelner Personen beruhen. Dies ist ein globaler Trend, vor dem selbst die starken Staaten des Westens nicht geschützt sind. Von Xi bis Trump, von Putin bis Erdoğan, von Netanyahu bis Orbán, überall sehen wir „starke Männer“.

Zweitens die zunehmende Eigenständigkeit des sogenannten Globalen Südens: Klassische Analysen der internationalen Beziehungen nehmen an, dass Akteure des Globalen Südens entweder im Sinne des Realismus für die Weltpolitik irrelevant sind oder im Sinne des Liberalismus einen relativ trägen, eher homogenen Block darstellen, der den USA, oder aber Russland bzw. China folgen wird. Doch die Länder, die heute als Globaler Süden bezeichnet werden, sind nicht die sogenannte „Dritte Welt“ der Jahre des Kalten Krieges. Sie haben viel mehr Autonomie, Handlungsfähigkeit und Kapazitäten, eine Rolle in den internationalen Beziehungen zu spielen und die Weltpolitik mitzugestalten. Mehr Akteure in der Weltpolitik bedeuten mehr eigenständige Entscheidungen, was die Unvorhersehbarkeit der Ergebnisse erhöht.

Drittens neue strukturelle Zwänge wie Klimawandel, technologische Revolutionen oder finanzielle Volatilität: Vergleichbares war im 20. Jahrhundert entweder überhaupt nicht oder nicht in diesem Ausmaß präsent. Eine bessere historische Analogie für das 21. Jahrhundert könnte daher das 17. Jahrhundert sein, das Historikern als eine Zeit einer „allgemeinen Krise“ bekannt ist, die aufgrund vergleichbarer struktureller Belastungen viele Jahrzehnte andauerte.

Aus all diesen Gründen könnte unsere Welt in den nächsten Jahrzehnten viel unvorhersehbarer sein, als klassische Theorien der internationalen Beziehungen vermuten. Die nächsten Jahrzehnte werden nicht nur von einem Wettbewerb zwischen den USA und China oder sogar von den USA und der EU gegen China und Russland geprägt sein. Jede politische Entscheidungsfindung muss diese neuen Faktoren ebenso berücksichtigen wie die bekannteren, wenn sie eine realistische Chance auf Erfolg haben soll.

Keynotes

- Der Wettbewerb der Großmächte ist zurück, aber es wäre ein Fehler, anzunehmen, dass er die Weltpolitik im 21. Jahrhundert beherrschen wird.
- Die zunehmende Dominanz „starker Männer“ hat die Außenpolitik anfälliger für schlecht kalkulierbare Launen und Wendungen sowie die internationalen Beziehungen weniger vorhersehbar gemacht.
- Der Globale Süden ist keine homogene Größe, er versammelt heute viele unterschiedliche Akteure, die in der Lage sind, Entwicklungen zu beeinflussen.
- Strukturelle Faktoren wie der Klimawandel werden eine viel größere Rolle in der Weltpolitik spielen.



Shutterstock

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten

Jeremy Shapiro

In seiner zweiten Amtszeit werden wir es voraussichtlich mit einem sowohl innen- als auch außenpolitisch „entfesselten“ US-Präsidenten Donald Trump zu tun haben. Das Chaos und der permanente Tumult seiner ersten Amtszeit werden sicherlich zurückkehren, diesmal jedoch mit größeren politischen Konsequenzen, sowohl in den USA als auch darüber hinaus. Für Europa und vor allem für die europäische Politik könnte Trumps Sieg erhebliche Folgen haben.

Trumps Wahlsieg

Am Ende erwiesen sich die US-Präsidentenwahlen als weniger interessant als erwartet. Es gab weder nennenswerte ausländische Einmischungen noch Kontroversen über die Stimmabgabe, keine langanhaltende Unsicherheit über das Ergebnis und keine zivilen Unruhen.

Das lag vor allem daran, dass der republikanische Kandidat Donald Trump einen klaren Sieg errang.

Es gibt viele Theorien, warum Trump erfolgreich war, von der mangelnden Fähigkeit der demokratischen Kandidatin Kamala Harris, die Arbeiterklasse anzusprechen, bis hin zu anhaltendem Rassismus und Sexismus in der Wählerschaft. Angesichts der tiefen Spaltung des Landes haben fast alle dieser Theorien eine gewisse Gültigkeit. Eine tiefere Analyse zeigt jedoch, dass diese Wahl einen globalen Trend der Anti-Establishment-Stimmung fortsetzt, der ein tiefes kulturelles und wirtschaftliches Unbehagen widerspiegelt, das die westliche Welt erfasst.

Bei jeder demokratischen Wahl im Jahr 2024 verlor die regierende Partei an Stimmen – nach Daten der Financial Times ein Novum in der Geschichte. In den Vereinigten Staaten verlor die regierende Partei bereits zum dritten Mal in Folge die Präsidentschaftswahl, die längste derartige Serie seit 1896. Der zugrundeliegende politische Trend zeigt, dass in fast allen wirtschaftlich erfolgreichen und freien Ländern der Welt die Menschen tief unzufrieden mit ihren Eliten, ihrer Politik und ihren wirtschaftlichen Ergebnissen sind.

Ein „entfesselter“ Trump

Es ist egal, warum: Donald Trump wird der nächste Präsident der Vereinigten Staaten und vielleicht der mächtigste in der Geschichte des Landes. Er wird mit einer republikanischen Mehrheit im Kongress und am Obersten Gerichtshof hinter sich ins Weiße Haus einziehen. Seine Kampagne propagierte, dass illoyale politische Beamte und eine permanent ideologisch feindselige Verwaltung die Agenda seiner ersten Amtszeit behinderten. Das will man diesmal verhindern, indem Loyalität zu Trump und seiner Agenda zur zentralen Qualifikation für politische Ernennungen gemacht wird. Zudem plant die neue Regierung, Hürden für die Kündigung öffentlich Bediensteter abzuschaffen, sodass Trump jede Person entlassen kann, die seine Politik behindert oder verzögert. Da Trump nur wenige normative Einschränkungen seiner Macht anerkennt, wird es weniger Kontrolle für seine Macht geben als jemals zuvor in der Geschichte der US-Präsidentschaft.

Angesichts dieser Machtkonzentration und Trumps langer Liste von Groll und Feinden wird die zweite Amtszeit wohl noch turbulenter als die erste sein. Zwar wird die Öffentlichkeit vermutlich wie schon in der ersten Amtszeit desillusioniert, doch Trump hat mindestens vier Jahre Zeit, um die Nation zu verändern und politische Gegner zu bestrafen.

Seine Prioritäten liegen zunächst auf innenpolitischen Themen, insbesondere Handel und Einwanderung – zwei Hauptthemen seiner Kampagne. Wirtschaftlich gibt es wenig zu tun. Die US-Wirtschaft zeigt starkes Wachstum, Vollbeschäftigung, niedrige Inflation und sinkende Zinsen. Trump wird wohl schnell von seiner apokalyptischen Qualifikation der Wirtschaft zu Aussagen wie „die beste aller Zeiten“ wechseln, weitere Steuersenkungen fordern und sich Verbesserungen zuschreiben, die unter seinem Vorgänger erreicht wurden.

Einige seiner anderen Pläne könnten jedoch tiefgreifende Auswirkungen haben. Die Kampagne versprach massive Zölle – 60 Prozent auf importierte Waren aus China und zehn bis 20 Prozent auf alle anderen. Diese Zölle könnten inflationäre und rezessive Folgen haben, jedoch nicht sofort. Noch bedrohlicher könnten die Pläne zur Massenabschiebung illegaler Migrantinnen und Migranten sein. Die genaueren Details bleiben unklar, aber extreme Versionen des Plans sprechen von zehn bis 20 Millionen Abschiebungen. Selbst ein Bruchteil davon hätte tiefgreifende kulturelle und wirtschaftliche Auswirkungen, da Gemeinden durch Massenverhaftungen zerstört und Arbeitskräftemangel die Wirtschaft belasten würden.

Außenpolitik in der zweiten Reihe

Im Vergleich dazu wird die Außenpolitik in der neuen Trump-Administration eher nachrangig sein. Trump versprach, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten zu beenden, oder zumindest die US-Beteiligung daran. Er wird vermutlich schnelle, öffentlichkeitswirksame Erfolge anstreben, um zu zeigen, dass er Frieden bringen kann, wo Joe Biden nur Krieg brachte. In der Ukraine bedeutet dies wahrscheinlich erheblichen Druck auf Kiew, einen Waffenstillstand oder eine Einigung zu akzeptieren, die größtenteils Russlands Bedingungen entspricht. Ähnlichen Druck auf Israel wird Trump wohl nicht ausüben, aber er würde Anreize bieten, den Konflikt zu beenden, um einen Sieg zu erklären.

Die Politik gegenüber China und Taiwan ist schwerer vorherzusagen. Innerhalb der Republikanischen Partei gibt es Meinungsverschiedenheiten darüber, ob Taiwan verteidigt werden sollte. Einige zurückhaltendere Fraktionen, zu denen auch Trump selbst zählen könnte, halten Taiwan nicht für verteidigungswürdig. Andere bestehen darauf, dass Taiwan zentral für den geopolitischen Wettbewerb mit China sei. Die Trump-Administration wird hoffen, dass in Taiwan in den nächsten vier Jahren keine Krise entsteht, um eine Entscheidung zu vermeiden.

Auswirkungen auf Europa

Für Europa könnte Trumps Sieg erhebliche Folgen haben, vor allem für die europäische Politik. Populistische Führer wie Viktor Orbán in Ungarn und Andrzej Duda in Polen unterstützten Trump offen und feierten seinen Sieg. Populisten werden sich ein Beispiel an Trump nehmen und auf seine Unterstützung in ihren innenpolitischen Kämpfen und Konflikten mit der EU zählen, etwa in Fragen der Migration und der Rechtsstaatlichkeit. Im Gegenzug wird Trump verlangen, dass sie ihren Einfluss in den EU-Institutionen nutzen, um seine Bemühungen zu unterstützen, den Handelsüberschuss der EU mit den USA zu reduzieren.

Keynotes

- Trumps Wahlsieg reflektiert einen globalen Anti-Establishment-Trend, der durch Unzufriedenheit mit Eliten und der Wirtschaft genährt wird. Bei allen demokratischen Wahlen im Jahr 2024 verloren die amtierenden Parteien an Stimmenanteilen.
- Donald Trump wird über eine Republikanische Mehrheit im Kongress und dem Obersten Gerichtshof verfügen, was ihn potenziell zu einem der mächtigsten Präsidenten überhaupt machen könnte.
- Trumps Prioritäten bei politischen Ernennungen liegen auf der Loyalität zu seiner Person und gegenüber seiner Agenda. Zudem wird er versuchen, Hürden im öffentlichen Dienst abzubauen, um politische Veränderungen zu erleichtern.
- Die Trump-Administration könnte massive Zölle und Massenabschiebungen illegaler Migrantinnen und Migranten einführen, was Inflation, Rezession und Arbeitskräftemangel verursachen könnte.
- Die Beendigung der Kriege in der Ukraine und dem Nahen und Mittleren Osten werden Prioritäten darstellen. Trump wird versuchen, frühe Erfolge anzustreben, um seine Fähigkeit zu demonstrieren, Frieden zu schaffen.
- Trumps Wahlsieg ermutigt und stärkt populistische Politikerinnen und Politiker in Europa, was potenziell die Politik der EU in Bezug zu Handel und Migration beeinflusst.



Der globale Süden

Battle of Offers

Ivan Krastev

Die globale geopolitische Landschaft wird zunehmend von den Ambitionen von Mittelmächten wie Indien, der Türkei und Südafrika geprägt, anstatt von den Grand Strategies der Supermächte wie den USA oder China. Diese vielfältigen Nationen, die oft zwischen Bündnissen wie der NATO sowie Russland und China balancieren, haben die internationalen Dynamiken neu gestaltet. Europa sieht sich in diesem Kontext mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert: einem Rückgang seiner wirtschaftlichen Macht und seiner „Soft Power“, einer verminderten Attraktivität seines Sozialmodells und Schwierigkeiten, sich mit der antikolonialen Erzählung zu identifizieren, die den globalen Diskurs prägt. Zudem verkompliziert Europas Rolle als Verbündeter der USA seine Position in der Konfrontation zwischen den USA und China. Um in dieser fragmentierten Welt wettbewerbsfähig zu bleiben, muss die EU ihre Politik anpassen und komplexe Zielkonflikte bewältigen, wie die Balance zwischen Klimaschutz, der Bekämpfung globaler Armut und dem Wohlstand seiner Mittelschicht.

Wir leben in einer Welt, die durch das wachsende Gewicht einer „sich absichernden Mitte“ neu gestaltet wurde. Einfach ausgedrückt, sind es die Unsicherheiten und Ambitionen jener Staaten, die wir als „Mittelmächte“ bezeichnen könnten, und nicht groß angelegte Strategien der Vereinigten Staaten oder des „Reichs der Mitte“, die die aufkommende geopolitische Landschaft prägen. Die Reaktion des Globalen Südens auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine starke Demonstration dieser neuen Realität. Aus der Ferne betrachtet könnte es wie ein Wiederaufleben des Kalten Krieges zwischen der „freien Welt“ und dem russischen (und chinesischen) Autoritarismus erscheinen. Ein genauerer Blick jedoch verkompliziert das Bild.

Während sich die Verbündeten der USA in Europa zur Verteidigung der Ukraine und gegen Pekings stillschweigende Unterstützung für Vladimir Putins Krieg zusammengeschlossen haben, haben andere Staaten, insbesondere im Globalen Süden, unterschiedlich reagiert. Die westlichen Appelle zur Solidarität mit der Ukraine stießen oft auf taube Ohren. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das Engagement der Mittelmächte als treibende Kraft bei der Neugestaltung der internationalen Ordnung ins Rampenlicht gerückt. Sie bilden eine Gruppe von ungleichen Bettgenossen.

Neue Dynamik der Mittelmächte

Südafrika, Indien, Südkorea, Deutschland, die Türkei, Saudi-Arabien und Israel, um nur einige zu nennen, haben wenig gemeinsam. Einige sind Demokratien, andere Autokratien, und wieder andere bewegen sich in einer Grauzone dazwischen. Diese Länder haben ihre Identitäten nach dem Kalten Krieg in einer vernetzten Welt geschmiedet, in der die wichtigsten Handelspartner oft nicht die engsten Verbündeten sind und in der die technologische Entkopplung zwischen den USA und China bedeutsamer sein kann als die ideologischen Unterschiede zwischen ihnen.

Einige der Mittelmächte sind Entwicklungsländer mit boomenden Bevölkerungen, andere sind wirtschaftliche Mächte, die mit demografischem Rückgang zu kämpfen haben. Einige haben ihren Status als Mittelmächte aufgrund ihrer geografischen Größe erlangt, andere aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke. Einige sind konstruktive und kooperative Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, andere sind

transaktional und misstrauisch. Aber sie alle teilen ein grundlegendes Merkmal: Sie sind entschlossen, am Tisch zu sitzen und nicht auf der Speisekarte zu stehen, denn sie alle haben die Macht und den Ehrgeiz, ihre Regionen zu gestalten.

Diese Länder definieren Souveränität auch als das Vorhandensein von Optionen. In allen Clubs (NATO, BRICS) dabei zu sein und nicht nur einem anzugehören, ist der Traum der meisten Mittelmächte. Die meisten von ihnen sehen den Zerfall der US-amerikanisch geführten internationalen Ordnung eher als Chance denn als Risiko. Einige von ihnen können über die Notwendigkeit sprechen, eine neue und gerechtere internationale Ordnung zu schaffen, aber die Strategien der Mittelmächte konzentrieren sich darauf, sich an die Unordnung anzupassen und sie zu steuern, anstatt eine neue Ordnung zu konstruieren. Die Weltanschauung der Mittelmächte ist eher regionaler als globaler Natur.

Wie Shannon O'Neil vom Council on Foreign Relations in ihrem Buch „The Globalization Myth“ argumentiert, bedeutet Globalisierung in den meisten Teilen der Welt Regionalisierung. Dies ist der Schlüssel zum Einfluss der Mittelmächte.

Die Rolle der Türkei im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein Lehrbuchbeispiel für das Engagement der Mittelmächte. Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat sich von Allianzen des Kalten Krieges ferngehalten und geschickt den Ehrgeiz entwickelt, bei jeder Hochzeit die Braut und bei jeder Taufe das Baby zu sein. Ganz in diesem Sinne hat Ankara seine Identität als NATO-Mitglied und US-Verbündeter heruntergespielt, um im Gegenzug die Rolle des Vermittlers zwischen Moskau und Kiew zu übernehmen. Das Engagement der Mittelmächte kann heilsam sein, wenn es darum geht, globale Lösungen wie die Klima-Initiativen der EU zu finden, oder blutig, wenn es Russlands Invasion in der Ukraine duldet. Aber es ist eine neue Normalität, das Markenzeichen der aufkommenden internationalen Ordnung. Eines ist sicher: Es wird keine asiatisch-afrikanische Konferenz wie in Bandung 1955 geben, und keine Wiederbelebung der blockfreien Bewegung des Kalten Krieges.

Es gibt keine gemeinsame Ideologie unter den Mittelmächten. Tatsächlich haben sie oft divergierende oder konkurrierende Interessen. Und die Bewegung ist nicht einmal eine Bewegung. Die Mittelmächte streben danach, den globalen Einfluss von Washington oder Peking zu er-

langen, doch sie sind sich wohl bewusst, wie unwahrscheinlich dieses Ereignis ist. Während sich die Mittelmächte im Kalten Krieg den Launen und Plänen der Supermächte anpassen mussten, sind es heute die USA und China, die sich mit einer Welt auseinandersetzen müssen, die durch das Engagement der Mittelmächte umgestaltet wurde.

Herausforderungen für die EU

Um mit dieser neuen fragmentierten Welt umzugehen, muss die Europäische Union sich zwei neuen Realitäten und drei großen Herausforderungen stellen. Die erste Realität ist der signifikante Rückgang sowohl unserer wirtschaftlichen Macht als auch unserer „Soft Power“. Einfach gesagt, in den kommenden zehn Jahren wird Europa weniger Geld für Entwicklungshilfe haben, und politisch wird es zunehmend schwieriger sein, dieses Geld aufzubringen. An erster Stelle der Agenda wird der Zustrom von Migrantinnen und Migranten nach Europa stehen und nicht das europäische Investment in Entwicklungsländer. Die zweite Realität ist, dass die Attraktivität des europäischen sozialen und wirtschaftlichen Modells außerhalb Europas (und auch innerhalb Europas) zurückgegangen ist.

Um in einer von Mittelmächten geprägten Welt wettbewerbsfähig zu bleiben, muss die EU mit drei großen Herausforderungen umgehen. Die erste betrifft Dani Rodriks neues politisches Trilemma. Im Jahr 2000 schrieb der berühmte Harvard-Ökonom einen Artikel, in dem er argumentierte, dass fortgeschrittene Formen der Globalisierung, der Nationalstaat und die Massenpolitik nicht koexistieren könnten. Gesellschaften würden sich schließlich auf (höchstens) zwei von drei einigen. Er hatte recht. In diesem Jahr stellt er ein neues Trilemma vor: Es wird unmöglich sein, gleichzeitig den Klimawandel zu bekämpfen, die Mittelschicht in fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu stärken und die globale Armut zu reduzieren. Nach den derzeitigen politischen Kursen scheint jede Kombination von zwei Zielen auf Kosten des dritten zu gehen. Um den legitimen Forderungen des Globalen Südens nach Armutsbekämpfung gerecht zu werden, müsste die EU entweder den Klimaschutz oder den Wohlstand der eigenen Mittelschicht aufgeben.

Zweitens wird, was die Narrative betrifft, die neue geopolitische Landschaft durch die Sprache des Anti-Kolonialismus und nicht durch die Sprache des Kalten Krieges geprägt. Dies bringt die EU in eine nachtei-

lige Position. Im antikolonialen Narrativ ist die EU der Nachfolger der alten europäischen Imperien und nicht das Modell der Zukunft.

Die Dynamiken der US-China-Konfrontation stellen den dritten Faktor dar, der die Schwierigkeiten der EU im Umgang mit den Mittelmächten bestimmt. Während in den Tagen der Pax Americana die EU für viele in den Entwicklungsländern als Alternative zu den USA wahrgenommen wurde, wird sie nun primär als Verbündeter der USA in deren Konfrontation mit China gesehen, was bedeutet, dass ein Ausbalancieren zwischen den USA und China keine neuen Chancen für die EU eröffnet.

Für Europa ist eine von den aufstrebenden Mittelmächten geprägte Welt eine „schöne neue Welt“, und sich in dieser Welt zurechtzufinden, wird ganz andere Politiken erfordern als die, die wir heute haben. Wir haben eine schwache Karte in der Hand, und unsere einzige Chance besteht darin, sie klug auszuspielen.

Keynotes

- Mittelmächte gestalten die globale Ordnung neu.
- Europas wirtschaftlicher und politischer Einfluss nimmt ab, während andere Akteure an Bedeutung gewinnen.
- Geopolitische Narrative unterliegen einem Wandel. Diese stellen Europas traditionelle Position infrage und verändern die globale Dynamik.
- Europa steht vor der Herausforderung, seine Prioritäten zu balancieren. Die EU muss Klimaschutz, Armutsbekämpfung und den Erhalt der Mittelschicht miteinander in Einklang bringen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.



Shutterstock

BRICS und andere regionale Zusammenschlüsse

Neue parallele globale Ordnung

Miriam Prys-Hansen

Die Entstehung neuer Institutionen wie beispielsweise der BRICS wird zunehmend als Vorbote der Entstehung einer parallelen globalen Ordnung gesehen. Tatsächlich ist internationale Politik heute von wachsender geopolitischer Rivalität geprägt. Allerdings muss daraus kein neuer Systemwettbewerb werden, da die meisten Staaten des Globalen Südens großes politisches und wirtschaftliches Interesse an den bestehenden Beziehungen zum Westen haben.

Nicht erst seit 2024 scheint die Glanzzeit universeller internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen, der Welthandelsorganisation und der Bretton-Woods-Institutionen sowie die damit verbundene Hegemonie einer durch den Westen dominierten liberalen Weltordnung zu Ende zu gehen. Die Blockade der Welthandelsorganisation, die oft

beklagte mangelnde Legitimität des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und die Unfähigkeit der Bretton-Woods-Institutionen, Reformen durchzuführen, haben dazu beigetragen, dass einerseits über das Ende der liberalen internationalen Ordnung diskutiert wird und sich andererseits neue, zum Teil parallele Institutionen entwickeln oder ihren Einfluss ausweiten. Beispiele sind neue Entwicklungsbanken wie die New Development Bank und die Asian Infrastructure Investment Bank, aber vor allem auch informelle Institutionen wie die BRICS.

Die BRICS – die Staatengruppe, die ursprünglich aus Brasilien, Russland, Indien und China sowie nach Erweiterungsrounden auch Südafrika (seit 2010) bestand und nunmehr auch Ägypten, Äthiopien, den Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate (Jänner 2024) umfasst – sind wohl eine der meistbeachteten Ausprägungen dieses Prozesses. Seit Beginn der Zusammenkünfte der Staats- und Regierungschefs dieser Staaten im Jahr 2009 verbindet sie vor allem ihre Unzufriedenheit mit der westlich dominierten Weltordnung und der Wunsch nach einer Reform internationaler Institutionen wie der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und der Vereinten Nationen. Lange wurde das Bündnis vom Westen ignoriert, doch das ändert sich nun.

Wachsendes politisches und wirtschaftliches Gewicht

Ein deutliches Signal dafür war 2022 die Weigerung der BRICS und anderer Teile des Globalen Südens, die vom Westen geforderten Sanktionen gegen Russland nach dessen Invasion der Ukraine mitzutragen. Die Aufnahme von Staaten wie Saudi-Arabien und dem Iran Anfang 2024 verstärkte die Wahrnehmung von BRICS als eine einflussreiche Kraft. Mit fast der Hälfte der Weltbevölkerung (die G7 im Vergleich dazu nur zehn Prozent) und einem Anteil von über einem Viertel am weltweiten Bruttoinlandsprodukt hat die Gruppe politisches und wirtschaftliches Gewicht erlangt. Die Entwicklung von anfänglich informellen Treffen hin zu einer zunehmend institutionalisierten Zusammenarbeit zeigt, wie aufstrebende Mächte in verschiedenen Politikfeldern eine gemeinsame Basis schaffen. Diese im Westen oft kaum beachteten Prozesse stärken die Attraktivität der BRICS im Globalen Süden.

Die institutionellen Entwicklungen der BRICS sind ein Symptom für eine grundlegende Machtverschiebung und die wachsende Polarisierung in der internationalen Politik. Besonders der (Handels-)Konflikt zwischen den USA und China sowie der Krieg in der Ukraine haben verdeutlicht, dass der Globale Süden nicht automatisch den Vorgaben und Erwartungen des Westens folgt. Der Globale Süden ist zu einem Schauplatz des Wettbewerbs geworden, in dem die USA, die Europäische Union, China, Indien und Russland um Einfluss werben. Neue Allianzen entstehen, die parallele Ordnungen mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Wertvorstellungen schaffen könnten.

Mancherorts wird befürchtet, dass sich aus diesen Entwicklungen drei relativ kohärente Blöcke – der Globale Norden, der Globale Süden und der Globale Osten – herausbilden könnten, die in wachsender Konkurrenz zueinanderstehen. Diese Sichtweise greift jedoch zu kurz, da sie die interne Heterogenität dieser Gruppen übersieht. Innerhalb der BRICS zeigt sich, dass Spannungen zwischen demokratischen und autoritären Mitgliedern bestehen und dass die Interessen der Mitgliedsstaaten oft auseinandergehen. Demokratische Staaten wie Indien, Brasilien und Südafrika haben wenig Interesse daran, als antiwestlich wahrgenommen zu werden, und betonen ihre vielseitigen internationalen Beziehungen. Die Aufnahme autokratischer Staaten wie des Irans stellt eine Herausforderung dar, wird jedoch durch die eigenständigen multilateralen Aktivitäten dieser Länder etwa im Quadrilateralen Sicherheitsdialog (Indien) oder in der G20 ausbalanciert. Innerhalb der BRICS wird es künftig entscheidend sein, wie die Gruppe mit internen Spannungen und konkurrierenden Interessen umgeht.

Plattform für internationale Zusammenarbeit

Dennoch ist es wahrscheinlich, dass die BRICS ihren Einfluss im globalen Machtgefüge weiter ausbauen werden, insbesondere durch ihre Fähigkeit, aufstrebenden Mächten eine Plattform für Zusammenarbeit zu bieten. Für europäische Partner sollte dies bedeuten, in Zukunft die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu insbesondere den demokratischen Staaten des Globalen Südens auszubauen. Die Förderung und Pflege internationaler Institutionen sollte ernsthafter betrieben werden, und gezielte bilaterale Initiativen sollten die multilaterale Zusammenarbeit unterstützen. In vielen Politikbereichen gibt es dazu

Chancen, von Klimaanpassung und -finanzierung über Verteidigung und Terrorismusbekämpfung bis hin zum gesamten Spektrum der Entwicklungszusammenarbeit.

Trotz politischer Differenzen bietet dabei die Zusammenarbeit mit einzelnen BRICS-Staaten Chancen für alle Partner. Insbesondere Kooperationen mit Brasilien, Indien und Südafrika könnten als positive Beispiele dienen. Diese neuen Dynamiken zwischen den Weltregionen werden die kommenden Jahre prägen, und alle Akteure müssen ihre Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitiken darauf anpassen, insbesondere auch im Lichte einer immer unzuverlässigeren transatlantischen Allianz. Die Aussicht auf die Entstehung klar abgrenzbarer paralleler Ordnungen ist dabei aber immer noch gering. Vielmehr ist, insbesondere im Globalen Süden, eine pragmatische Herangehensweise an Partnerschaften und Allianzen mit unterschiedlichen Partnern zu erwarten, die über die Grenzen traditioneller und neuer Bündnisse hinausgehen.

Keynotes

- Die Schwächung universeller Organisationen wie der UN und der WTO sowie die Entstehung paralleler Institutionen wie der BRICS sind Symptome des zunehmenden Bedeutungsverlusts der westlich dominierten liberalen Weltordnung.
- Mit fast der Hälfte der Weltbevölkerung und über einem Viertel des globalen BIP hat BRICS an politischem und wirtschaftlichem Einfluss gewonnen, auch durch die Aufnahme vier neuer Mitglieder im Jänner 2024, aber insbesondere durch die wachsende geopolitische und geoökonomische Stärke Chinas.
- Trotz interner Spannungen vor allem zwischen demokratischen und autoritären Mitgliedern bietet BRICS eine Plattform für aufstrebende Mächte, mittels der sie gemeinsame Interessen formulieren und durchsetzen können.
- Nicht alle BRICS-Staaten streben eine rivalisierende parallele Ordnung in Konkurrenz zu den Vereinigten Staaten und Europa an, manche suchen nach verlässlichen und effektiven Partnerschaften auf allen Seiten.
- Europa sollte noch stärker auf bilaterale Kooperationen mit demokratischen BRICS-Mitgliedern setzen und internationale Institutionen reformieren, um Partnerschaften im Globalen Süden langfristig zu stärken.



Chinas außenpolitische Doppelstrategie

Susanne Weigelin-Schwiedrzik

China verfolgt in seiner Außenpolitik eine Doppelstrategie, die auf der „Taktik des Gehens auf zwei Beinen“ basiert: Einerseits setzt es auf diplomatische Deeskalation, insbesondere in Konflikten außerhalb Ostasiens, andererseits zeigt es militärische Präsenz vor seiner eigenen Haustür. Diese Strategie spiegelt sich auch in Chinas Ansatz zur Multilateralität wider, indem es sowohl die bestehende Weltordnung unterstützt als auch alternative Institutionen stärkt. Während China nicht anstrebt, die USA als globale Hegemonialmacht zu ersetzen, signalisiert es in enger Zusammenarbeit mit Russland militärische Bereitschaft und verfolgt gleichzeitig wirtschaftliche und technologische Rivalität. Die Spannungen um Taiwan und das Südchinesische Meer zeigen seine ambivalente Haltung: diplomatische Zurückhaltung in globalen Fragen versus entschlossene Eskalation bei regionalen Souveränitätsansprüchen. Getrieben von innenpolitischen Herausforderungen wie wirtschaftlicher Schwäche und potenziellen Elitekonflikten bleibt Chinas Politik eine komplexe Mischung aus Stabilitätswahrung und Machtdemonstration.

In der derzeitigen, durch die zunehmende Eskalation von militärischen Konflikten gekennzeichneten Weltlage ist im Vorgehen Chinas eine bewährte Taktik zu beobachten: das „Gehen auf zwei Beinen“. Gemeint ist damit, dass man unterschiedliche Vorgangsweisen gleichzeitig verfolgen kann, auch wenn diese einander widersprechen. Derzeit ist die Führung der VR China im Umgang mit Konflikten außerhalb der Region Ostasien sehr an diplomatischen Lösungen interessiert. Gleichzeitig zeigt die Volksbefreiungsarmee konfliktbereite militärische Präsenz vor der eigenen Haustür. Das Bindeglied zwischen den beiden Vorgangsweisen besteht darin, dass die Führung Chinas nicht ihre deeskalierende Diplomatie als Zeichen der Schwäche interpretiert sehen möchte.

Chinas Haltung zu Fragen der Multilateralität

Die Methode des „auf zwei Beinen Gehens“ ist auch im Zusammenhang der von China verfolgten Form des Multilateralismus zu erkennen. In allen Äußerungen zu diesem Thema unterstreicht die chinesische Seite das Festhalten an der Charta der Vereinten Nationen. China will sich nicht nachsagen lassen, als Revisionist im System der internationalen Beziehungen zu agieren.

Dessen ungeachtet hat China in Zusammenarbeit mit Russland alternative multilaterale Organisationen aufgebaut, die eine immer größere Rolle spielen. Im Zuge der Vorbereitung des BRICS-Treffens der Staatsoberhäupter im russischen Kazan wurde zwar beschlossen, das weitere Wachstum der Organisation vorerst zu bremsen. Doch kamen die Sicherheitsberater der Mitgliedsstaaten zu dem Entschluss, die Tätigkeit von BRICS auch auf den militärischen Bereich auszudehnen.

Chinas Vorgangsweise ist demnach dadurch gekennzeichnet, dass es einerseits explizit im Rahmen der derzeitigen Weltordnung agiert und andererseits alternative Modelle der Multilateralität aufbaut. Ziel dieser Doppeltaktik ist nicht, die selbst geschaffenen Organisationen an die Stelle der UN zu setzen, sondern durch sie jenen Staaten, die sich enger mit China und Russland verbünden wollen, eine sichtbare Plattform zu geben.

Will China die USA als Welthegemon ersetzen?

Im Gegensatz zu den USA ist China nicht weltweit militärisch präsent. Allerdings gibt es auch bereits Anzeichen, die in eine andere Richtung deuten. So wurde auf dem letzten Treffen Chinas mit den 54 Staaten Afrikas vereinbart, dass ca. 600 Offiziere aus Afrika zur Ausbildung nach China entsandt werden. Auch bedingt die Zusammenarbeit zwischen Russland und China eine Ausweitung der Militärpräsenz. Kürzlich haben russische und chinesische Militärflugzeuge gemeinsam einen fünfstündigen Einsatz vor den Küsten Alaskas absolviert, und die russische Flotte zeigte sich zusammen mit der chinesischen vor den Küsten Japans.

In dieser Zusammenarbeit geht es darum, den USA und ihren Verbündeten in der Region, allen voran Australien, Südkorea und Japan, deutlich zu machen, dass sie im Zuge eines Eingriffs in militärisch ausgetragene Konflikte mit den Philippinen oder Taiwan gegen China und Russland zu kämpfen hätten. Indien wird signalisiert, dass eine weitere Annäherung an die USA Konflikte mit Russland heraufbeschwören könnte. Man bereitet sich offensichtlich auf einen möglichen militärischen Konflikt vor, setzt aber nach wie vor auf Koexistenz mit den USA und zeigt sich bereit, in Fragen der internationalen Politik, soweit nicht die eigene Region betroffen ist, mit den USA zusammenzuarbeiten. Noch ist es nicht so weit, dass man sich anmaßen würde, die USA als Welthegemon ersetzen zu können.

Technologische statt militärische Konkurrenz

Die militärische Auseinandersetzung ist nach wie vor dem ökonomischen und technologischen Wettbewerb mit dem Rivalen USA nachgeordnet. Dabei ist zu bedenken, dass sich die ökonomische Lage in China seit 2023 nicht verbessert hat. Unter diesen Umständen ist der ökonomische Wettbewerb mit den USA deutlich erschwert.

Umso mehr gewinnt der Wettbewerb im technologischen Bereich an Bedeutung. Die technologisch-wissenschaftliche Entwicklung weist zwischen den USA und China, aber auch zwischen Europa und China ein hohes Maß an Zusammenarbeit auf. In einigen besonders zukunftssträchtigen Feldern birgt eine sicherheitspolitisch begründete Rücknahme der Zusammenarbeit das Risiko, dass die technologische Entwicklung ohne Zusammenarbeit mit chinesischen Forscherinnen und

Forschern schon aus personellen Gründen mit China nicht mehr mithalten kann. Das gilt insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz. Die Entscheidung darüber, ob der Westen weiterhin mit China kollaborieren kann, ist längst der Entscheidung darüber gewichen, ob China weiterhin bereit ist, mit dem Westen im Bereich der Technologieentwicklung zu kollaborieren.

Spannungen über Taiwan und das Südchinesische Meer

Die Spannungen über Taiwan und das Südchinesische Meer, dort insbesondere in den Beziehungen zu den Philippinen, sind nach wie vor ausgeprägt. Dabei hat sich seit dem Treffen zwischen Joe Biden und Xi Jinping in San Francisco im November 2023 die Lage in und um Taiwan zunächst etwas entspannt. Offenbar haben die beiden ein Einvernehmen darüber herstellen können, dass sie keine Eskalation im Umkreis der im Jänner 2024 stattgefundenen Präsidentschaftswahlen in Taiwan suchen.

Nach der Wahl von Lai Ching-te hat sich dieser, wohl auch, weil von nicht mehr als 40% der abgegebenen Stimmen gewählt, an diese Abmachung gehalten. Doch schon mit seiner Inaugurationsrede im Mai 2024 hat er Festland-China das provokative Angebot gemacht, Gespräche auf Augenhöhe aufzunehmen, d.h. von Staat zu Staat. Die VR China reagierte auf diese Aussage Lais mit einer erneuten kurzen Blockade der Insel.

Der philippinische Präsident Ferdinand Marcos Jr. wählt eine ähnliche Vorgangsweise. Gestützt auf seine engen Beziehungen zu den USA, meint auch er, sich den Ansprüchen der VR China unter Umständen auch militärisch entgegenzusetzen zu können. Beide Politiker setzen darauf, dass die USA sich durch einen plötzlich aufflammenden Konflikt gezwungen sehen würden, direkt oder indirekt militärisch einzugreifen.

Doch die Spannungen im Südchinesischen Meer haben in China auch innenpolitische Gründe. Es muss die Bereitschaft der Menschen, einen militärischen Konflikt vor Chinas Haustür hinzunehmen, wachgehalten und gleichzeitig ein Szenario vorbereitet werden, wonach die eventu-

ell stattfindende kriegerische Auseinandersetzung vom Gegner aufgezwungen wurde.

Fazit

Die derzeitige ökonomische Schwäche der VR China erweist sich als besonders prekär. Einerseits könnte sie dazu führen, dass die innere Stabilität des Landes durch Verwerfungen in der Elite in Frage gestellt wird; andererseits könnte sie auch dazu führen, dass eine mögliche militärische Auseinandersetzung in der Region Ostasien als weniger riskant eingeschätzt wird als ein möglicher Aufstand im Inneren.

In dieser Situation ist sich die Staats- und Parteiführung der Tatsache bewusst, dass ein vorzeitiges Auftrumpfen ein weiteres großes Risiko in sich birgt. Deshalb neigt sie dazu, in allen Konflikten, die nicht ihre Souveränitätsansprüche vor der eigenen Haustür betreffen, für Deeskalation und diplomatische Lösungen einzutreten. Was Taiwan und das Südchinesische Meer betrifft, scheut sie die Eskalation jedoch nicht.

Keynotes

- China kombiniert diplomatische Deeskalation auf globaler Ebene mit militärischer Präsenz in seiner unmittelbaren Nachbarschaft, um Stärke zu demonstrieren, ohne Schwäche zu signalisieren.
- Die Volksrepublik unterstützt offiziell die UN-Charta, etabliert jedoch parallel alternative Organisationen wie BRICS, um Einfluss zu erweitern, ohne die UN direkt zu ersetzen.
- China bleibt technologisch und wirtschaftlich im Wettbewerb mit den USA, zeigt jedoch regional militärische Stärke, um potenzielle Konflikte mit amerikanischen Verbündeten vorzubereiten.
- Die Rivalität mit dem Westen konzentriert sich zunehmend auf technologischen Fortschritt, wobei China verstärkt seine Position im Bereich KI und Forschung verteidigt.
- Spannungen um Taiwan und maritime Konflikte werden gezielt gesteuert, um innenpolitische Stabilität zu sichern und zugleich außenpolitischen Druck zu erhöhen.
- Die wirtschaftliche Lage Chinas birgt Risiken für innere Stabilität und könnte die Hemmschwelle für militärische Konflikte senken.
- Chinas Diplomatie sucht in globalen Konflikten weiterhin nach Lösungen, während es in regionalen Streitigkeiten eine konfrontativere Haltung einnimmt.



Szenarien für den Taiwan-Konflikt

Tara Prägler

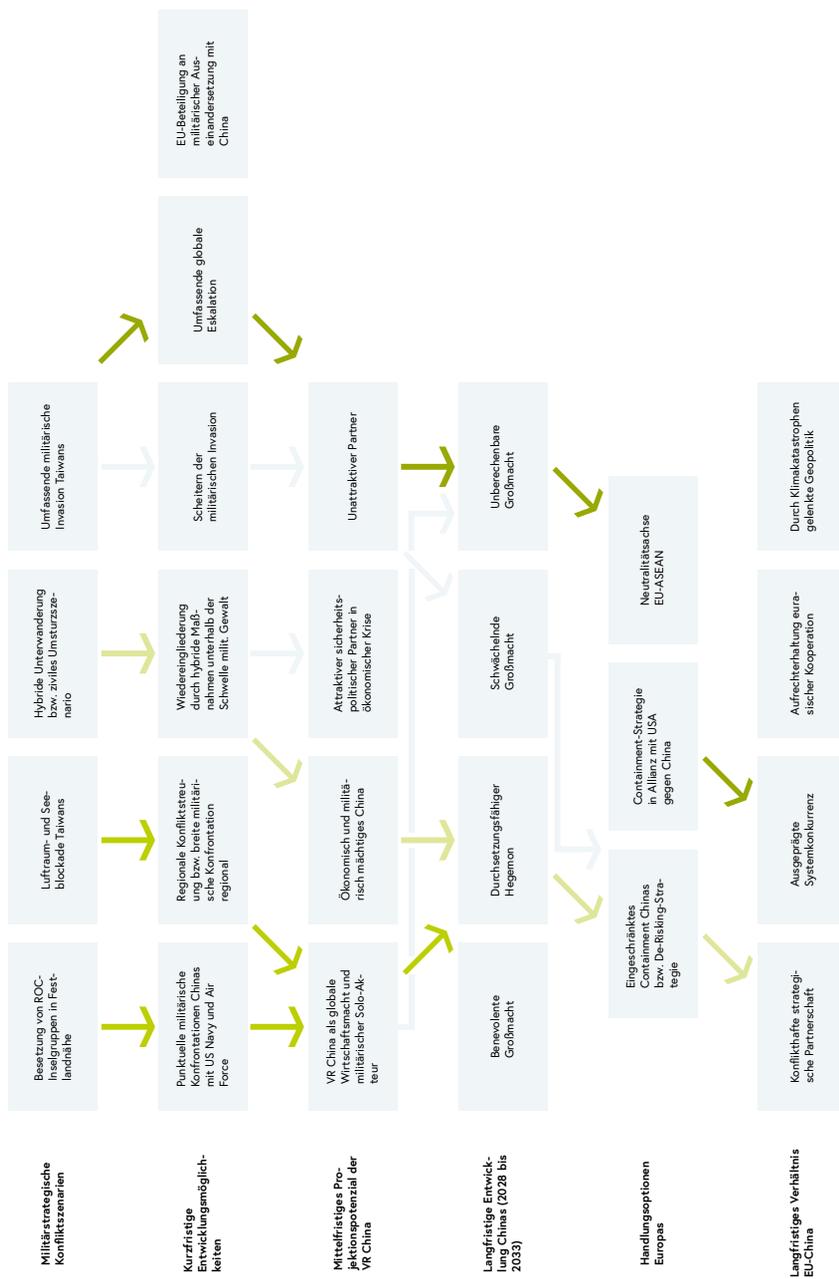
Der Status Taiwans zählt zu den komplexesten Fragen der internationalen Beziehungen, da er die Stabilität in Ostasien und die globalen Machtstrukturen beeinflusst. Das Bundesministerium für Landesverteidigung entwickelte Szenarien zu möglichen Verläufen des Taiwan-Konflikts. Ziel dieser Verlaufsszenarien ist, Konfliktverläufe zu analysieren, Entwicklungspfade für die Beziehungen zwischen der EU und China aufzuzeigen und Wechselwirkungen mit dem Risikobild zu identifizieren.

Taiwans Bedeutung für Chinas Großmachtambitionen

In den vergangenen Jahren präsentiert sich China verstärkt als Alternative zum liberal-demokratischen Modell, engagiert sich aktiver in internationalen Organisationen und positioniert sich als verantwortungs-

volle Großmacht. Zentral dabei ist das Konzept des „Chinesischen Traums“, das Ziel, die nationale und internationale Stärke des Landes wiederzubeleben. China betrachtet Taiwan als unveräußerlichen Bestandteil des Staatsgebiets, und die angestrebte „Wiedervereinigung“ mit Taiwan gilt als eines der zentralen politischen Interessen Chinas.

Abbildung 4: Verlaufsszenarien für den Taiwan-Konflikt



Taiwan ist wirtschaftlich durch seine führende Rolle in der Halbleiterproduktion von zentraler Bedeutung und eng mit der Rivalität zwischen den USA und China verbunden. Chinas Umgang mit Taiwan gefährdet die regelbasierte Weltordnung und birgt das Risiko geopolitischer Kaskadeneffekte, die regionale Akteure und Militärbündnisse einbeziehen könnten, was die globale strategische Bedeutung des Konflikts unterstreicht. Die Abbildung auf S.78 zeigt dabei vier mögliche Verlaufsszenarien.

Militärische Invasion Taiwans

Im Szenario einer umfassenden militärischen Invasion Taiwans durch China könnten die USA und ihre Verbündeten darauf mit militärischer Unterstützung und der Bildung einer internationalen Koalition reagieren, was eine globale Krise auslösen könnte. Wirtschaftliche Turbulenzen, Handelsstörungen und Probleme in den Lieferketten könnten den Welthandel und die Technologieindustrie erheblich beeinträchtigen. Mittelfristig könnte China aufgrund außenpolitischer Isolation, stagnierender Initiativen wie der Belt and Road Initiative (BRI) und wirtschaftlicher Schwächen an Attraktivität und Einfluss verlieren. Langfristig wäre Chinas unberechenbare Außenpolitik eine potenzielle Gefahr für den weltweiten Frieden. Die EU könnte sich von China distanzieren, strategische Partnerschaften beenden und ihre Politik stärker auf ein Containment ausrichten. Trotz dieser Eskalation bliebe die Hoffnung bestehen, dass China unter internationalem Druck wieder zu einer kooperativen Haltung zurückfinden könnte, auch wenn die zukünftige Entwicklung ungewiss bliebe.

Besetzung von Inselgruppen in Festlandnähe

China könnte in einem anderen Szenario strategisch wichtige, festlandnahe Inselgruppen wie Kinmen und die Matsu-Inseln mit minimalem militärischem Aufwand besetzen, unterstützt durch Cyberangriffe und schnelle amphibische Operationen. Diese Annexion würde durch diplomatische Behauptungen legitimiert, die Aktion diene der Wahrung nationaler Souveränität, während punktuelle militärische Konfrontationen mit den USA symbolisch blieben. Mittelfristig verfolgt China eine Strategie der wirtschaftlichen Dominanz und globalen Einflussnahme, gestützt durch Initiativen wie die BRI, den digitalen Yuan und verstärkte

Partnerschaften im Globalen Süden. Dabei wird militärische Zurückhaltung praktiziert, um das „China Threat Narrative“ zu entschärfen und internationale Spannungen zu minimieren. Die EU könnte mit eingeschränktem Containment, enger Zusammenarbeit mit demokratischen Partnerstaaten und Rückverlagerung strategischer Produktionskapazitäten nach Europa reagieren und im Dialog mit China bleiben, um eine konfliktreiche, aber strategische Partnerschaft zu wahren.

See- und Luftraumblockade Taiwans

In diesem Szenario könnte China durch eine Blockade des See- und Luftraums um Taiwan versuchen, seine faktische Kontrolle und Souveränität über die Region zu demonstrieren, ohne eine vollständige Unterbrechung der Versorgung Taiwans zu erzwingen. Solche Maßnahmen würden zu wirtschaftlichen Engpässen und innerer Instabilität in Taiwan führen, begleitet von hybriden Taktiken unterhalb der Schwelle offener Gewalt. Internationale Akteure wie die USA, Großbritannien und Australien könnten versuchen, Blockaden zu durchbrechen, was zu regionalen Eskalationen und konfrontativen Zwischenfällen führen würde, die auch Japan und Südkorea einbeziehen könnten. Mittelfristig würde China seinen Fokus auf wirtschaftliche Stärke und globale Einflussnahme richten, durch die Ausweitung der BRI, die Förderung des digitalen Yuan und die Verstärkung seiner Präsenz in internationalen Organisationen. Militärische Zurückhaltung und das Prinzip der Nichteinmischung würden genutzt, um dem „China Threat Narrative“ zu begegnen und als wohlwollender wirtschaftlicher Akteur aufzutreten. Langfristig strebt China die Etablierung als globale Supermacht und hegemoniale Kraft an, was geopolitische Spannungen und Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft verstärken könnte. Die EU reagiert darauf mit eingeschränktem Containment, verstärkter Zusammenarbeit mit demokratischen Partnern und einer diversifizierten Handelsstrategie, wobei Dialog und Austausch trotz Spannungen aufrechterhalten bleiben. Dieses Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Kooperation und strategischer Rivalität prägt das Verhältnis zwischen der EU und China.

Langfristige hybride Unterwanderung Taiwans

Szenario vier schließlich wäre, dass China mit einer langfristigen, hybriden Strategie durch Desinformation, Cyberangriffe, wirtschaftliche Druckmittel und politische Infiltration Taiwan schrittweise destabilisiert und so „friedlich“ wieder eingliedert. Die fünf Phasen der Operation würden umfassen: Manipulation der öffentlichen Meinung, wirtschaftlicher Druck, politische Spaltung und Infiltration, internationale Isolation Taiwans sowie eine politische Krise, die eine chinafreundliche Regierung an die Macht bringt. Letztlich könnte Taiwan durch schrittweise Integration in das chinesische System de facto annektiert werden, ohne dass es zu einem offenen militärischen Konflikt kommt. Langfristig würde China seinen Status als globale Supermacht festigen, während die internationale Ordnung weiter erodiert. Die EU und andere Akteure könnten eine Containment-Strategie verfolgen, sich jedoch weiterhin auf Dialog und strategische Partnerschaften konzentrieren. Der Erfolg der Strategie hänge davon ab, ob Taiwan und die internationale Gemeinschaft Widerstand leisten oder sich an Chinas Einfluss anpassen.

Zwischen militärischen Drohkulissen und zivilen Zwangsmechanismen

Das Denken in Szenarien ermöglicht es, verschiedene Verläufe zu antizipieren und Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede zu identifizieren. Das wahrscheinlichste Szenario für Chinas Vorgehen gegenüber Taiwan wird in einer langfristigen hybriden Unterwanderung gesehen, die auf eine friedliche Wiedervereinigung abzielt, während eine direkte militärische Eskalation vor dem Hintergrund Chinas Selbstdarstellung als verantwortungsvolle Großmacht und der weitreichenden Folgen für die Region als wenig wahrscheinlich gilt. Generell kann aber aufgrund der geopolitischen Gemengelage eine unbeabsichtigte Eskalation nicht ausgeschlossen werden. Im Kontext des Taiwan-Konflikts werden sich die Beziehungen zwischen Europa und China verschlechtern, bedingt durch ideologische und politische Systemkonkurrenz sowie enge wirtschaftliche Verflechtungen.

Keynotes

- Der Taiwan-Konflikt beeinflusst die Stabilität in Ostasien und die globalen Machtstrukturen.
- Der Taiwan-Konflikt verstärkt bestehende und birgt neue Risiken.
- Im Kontext des Taiwan-Konfliktes ist von einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und China auszugehen.
- Die EU ist auf die USA als Sicherheitsgarant angewiesen, eine Neutralität Europas zwischen den Blöcken ist sowohl mittel- als auch langfristig nahezu undenkbar.



Indiens strategische Autonomie

Waheguru Pal Singh Sidhu

Vor dem Hintergrund der dreifachen Bedrohung durch wachsende zwischenstaatliche Konflikte, den Klimawandel und eine im Gefolge der COVID-19-Pandemie eingeschränkte Globalisierung ist Indiens strategische Autonomie sowohl ein Mittel als auch ein Ziel, um seine langfristigen Interessen zu sichern und sich als unabhängiger Akteur in der aufstrebenden multipolaren Welt zu etablieren. Dies erfordert von Neu-Delhi den Aufbau strategischer Partnerschaften sowohl mit dem Westen als auch mit Gegnern des Westens sowie die Stärkung traditioneller Beziehungen zum Globalen Süden durch verschiedene plurilaterale Vereinbarungen. China stellt die größte Herausforderung dar, bietet aber auch bemerkenswerte Chancen für Indiens Bestrebungen, was Neu-Delhi dazu zwingt, gegenüber Peking eine Doppelstrategie zu verfolgen.

Indien, das von den zwei feindseligen, nuklear bewaffneten Nachbarn China und Pakistan sowie von den politisch zerrütteten Nachbarstaaten

Bangladesch, Myanmar und Pakistan umgeben ist, befindet sich in einem unsicheren geopolitischen Umfeld. Darüber hinaus stellen die Rekordtemperaturen, Städte mit enorm hoher Luftverschmutzung und extreme Klimaereignisse eine wachsende existenzielle Bedrohung dar. Trotz eines robusten Wirtschaftswachstums bedroht die nach der COVID-19-Pandemie entstandene geopolitische Unsicherheit auch Indiens wirtschaftliche Aussichten. Jenseits der unmittelbaren Nachbarschaft Indiens stellen der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die noch beunruhigenderen polykonfliktären Entwicklungen im Nahen Osten zusätzliche Herausforderungen für Indiens globale Ambitionen dar.

Vor diesem düsteren Hintergrund fokussiert Indien drei breite strategische Trends: erstens ein globales Machtgleichgewicht zwischen bestehenden und aufstrebenden Mächten, zweitens das Aufkommen einer multipolaren Welt in wirtschaftlicher und politischer, wenn auch nicht in militärischer Hinsicht und drittens eine Vorliebe für plurilaterale Ad-hoc-Vereinbarungen statt formeller Allianzen oder institutionalisiertem Multilateralismus. Um Indiens Interessen inmitten dieser Herausforderungen zu wahren und von diesen Trends zu profitieren, wird Neu-Delhi seine strategische Autonomie durch den Ausbau seiner wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten sowie durch Multi-Ausrichtung, eine Neuauflage der Nichteinbindung, und Schlüsselpartnerschaften einschließlich seiner größten strategischen Rivalität mit China stärken. Die komplexen Beziehungen zwingen Neu-Delhi dazu, mit Peking sowohl zu verhandeln als auch zu konkurrieren, um Indiens langfristiges Ziel zu verfolgen, als unabhängiger Akteur in der multipolaren Weltordnung aufzutreten.

Ursprung und Konstanz der strategischen Autonomie

Die Wurzeln von Indiens strategischer Autonomie reichen bis zu seinem ersten Premierminister Jawaharlal Nehru zurück. In einer Rede im Jahr 1946 – ein Jahr vor der Unabhängigkeit – antwortete er auf Winston Churchills Eiserne-Vorhang-Rede und erklärte: „Wir beabsichtigen, uns so weit wie möglich von der Machtpolitik von Gruppen fernzuhalten, die gegen einander stehen, was in der Vergangenheit zu Weltkriegen geführt hat und wieder zu Katastrophen von noch größerem Ausmaß führen könnte.“ Während des Kalten Krieges ermöglichte es die Nicht-

einbindung Indiens, eine grüne Revolution mit Unterstützung der USA zu starten, US-amerikanische Kernreaktoren zu erwerben und gleichzeitig Stahlwerke und Waffen aus der Sowjetunion sowie fortschrittliche Waffen aus Europa zu erhalten. Die Nichteinbindung verhinderte zudem, dass sich der Kalte Krieg 1979 bis nach Südasien ausbreitete, als die Sowjets in Afghanistan einmarschierten.

Als Indien nicht mehr durch die Spannungen des Kalten Krieges eingeschränkt war und seine eigenen Wirtschaftsreformen durchführte, konnte es seine strategische Autonomie durch den raschen Übergang von der Nichteinbindung zur Multi-Ausrichtung stärken und strategische bilaterale Partnerschaften mit dem Westen, insbesondere den USA, aufbauen. Indiens Vorliebe für plurilaterale Vereinbarungen zeigte sich bei der Gründung von Organisationen wie der Indian Ocean Regional Association (IORA) und seiner Mitgliedschaft im ASEAN Regional Forum (ARF), im East Asia Summit (EAS), in der Shanghai Cooperation Organization (SCO), in der BRICS-Gruppe und anderen.

Das China-Dilemma

Die Ursprünge des sino-indischen Wettbewerbs lassen sich bis zur Bandung-Konferenz von 1955 zurückverfolgen, während die konfliktbehaftete Beziehung im bitteren Krieg von 1962 ihren Höhepunkt fand. Seitdem stellt China für Indien auf bilateraler, regionaler und globaler Ebene ein strategisches Dilemma dar.

Auf bilateraler Ebene haben sich die Spannungen und Konfrontationen entlang der Line of Actual Control (LAC) im 21. Jahrhundert nach Jahrzehnten des Friedens wiederbelebt. Trotz der Spannungen ist der bilaterale Handel auf über 135 Milliarden US-Dollar gestiegen, was die tiefe Verflechtung und strategische Komplexität zwischen beiden Ländern verdeutlicht.

Indiens Doppelstrategie

Angesichts des Dilemmas, das China für Indien darstellt, könnte man erwarten, dass Neu-Delhi eine engere Allianz mit dem Westen sucht und sich als Bollwerk gegen China im Indopazifik positioniert. Neu-Delhi wird

jedoch wahrscheinlich keine formelle Allianz mit dem Westen eingehen und seine Beziehungen zu Peking durch plurilaterale Arrangements wie BRICS und die SCO aufrechterhalten.

Erstens glaubt Indien, dass weder die USA noch eine andere westliche Allianz bereit wären, sich direkt in einen zukünftigen sino-indischen Konflikt einzumischen. Zweitens befürchtet Indien, dass eine formelle Allianz mit den USA es in einen Konflikt verwickeln könnte, der nicht in seinem Interesse liegt. Folglich bevorzugt Indien den Quadrilateral Security Dialogue (Quad), eine informelle plurilaterale Vereinbarung zwischen Australien, Indien, Japan und den USA, da es einen breiten und nachhaltigen Ansatz verfolgt. Gleichzeitig wird Indien weiterhin in BRICS aktiv bleiben, wo China die dominierende Rolle spielt, um die einseitige Dominanz der USA und des Westens zu bremsen. Indien ist der Ansicht, dass seine strategische Autonomie ihm den Raum geben wird, sowohl mit dem Westen als auch mit China zu konkurrieren und zusammenzuarbeiten. Die Frage bleibt jedoch: Wird dieser Ansatz erfolgreich sein?

Keynotes

- Indiens strategische Autonomie hat dem Land während des Kalten Krieges und in der frühen Post-Kalten-Kriegs-Ära gut gedient.
- Indien pflegt seine strategische Autonomie weiter, um die Bedrohungen durch wachsende zwischenstaatliche Konflikte, den Klimawandel und die eingeschränkte Globalisierung zu bewältigen.
- Die strategische Autonomie ermöglicht es Indien, Partnerschaften sowohl mit dem Westen als auch mit Gegnern des Westens aufzubauen und die Beziehungen zum Globalen Süden zu stärken.
- China stellt die größte strategische Herausforderung für Indien dar, bietet aber auch Chancen.



Shutterstock

Nuklearwaffen und Rüstungskontrolle

Günter Greimel und Erwin Toth

Nukleare Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung befinden sich aufgrund der derzeitigen sicherheits- und geopolitischen Lage in einer erodierenden Situation. Dies hat zweifellos negative, jedoch bis dato keine schwerwiegenden Auswirkungen auf die internationale Politik. Die Gefahr eines Einsatzes von Nuklearwaffen ist trotz der bröckelnden Rüstungskontrollarchitektur sowie Drohungen im Zuge des Ukraine-Kriegs seitens Russland minimal. Aufgrund jahrzehntelanger erprobter Krisenkommunikation zwischen den ehemaligen beiden Supermächten sind die Eskalationsmöglichkeiten minimiert.

Der schwindende Wille zur Rüstungskontrolle muss auf verschiedenste Entwicklungen zurückgeführt werden. Erwähnenswert sind hier allenfalls jene Nuklearwaffenstaaten, die keinem Reglement unterliegen. Die bisherigen Verträge und Abkommen zur Rüstungsbegrenzung sind bilateral und somit auf die USA und Russland beschränkt. Derzeit er-

scheint es unrealistisch, dass sich die beiden nuklearen Großmächte durch neue Verträge selbst binden. Vielmehr werden bestehende Abkommen laufend aufgekündigt respektive nicht mehr verlängert, um in derzeitigen Krisenzeiten einen größtmöglichen Handlungsspielraum zu gewinnen. Das einzig verbliebene bilaterale Abkommen zur Reduzierung strategischer Offensivwaffen (New-START) ist derzeit ausgesetzt und läuft Anfang 2026 fristgerecht aus. Eine Verlängerung, respektive Neuverhandlung erscheint aus derzeitiger Sicht unwahrscheinlich.

Renaissance der nuklearen Abschreckung

Mehr als zwei Jahrzehnte determinierte der Kampf gegen den Terrorismus die sicherheitspolitischen Beziehungen. Die Strategie der nuklearen Abschreckung ist in ihrer Funktionsfähigkeit gegenüber substaatlichen Akteuren und terroristischen Gruppierungen jedoch stark eingeschränkt. Nach dem Ende der Bipolarität erfuhr das scheinbar veraltete Denkmuster in den militärstrategischen Ausrichtungen der globalen Mächte daher nur mehr eine eingeschränkte Aufmerksamkeit. Mit der Rückkehr der klassischen Staatenkriege gewann aber auch die über 70 Jahre alte nukleare Abschreckung wieder an Aktualität. Umfangreiche Modernisierungspläne, die vor allem durch die fünf offiziellen Nuklearwaffenstaaten während der letzten Jahre in Umsetzung begriffen sind, betreffen neben den Trägersystemen und Sprengköpfen auch die komplexe Infrastruktur, die für eine nukleare Kriegsführung benötigt wird.

Vor diesem Hintergrund geraten multilaterale Abkommen wie beispielsweise das umfassende nukleare Testverbot (CTBT) zunehmend in Gefahr. Auch der noch junge Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen (TPNW) wird sowohl von den Nuklearwaffenstaaten als auch von allen NATO-Staaten rigoros abgelehnt. Das einzig verbliebene multilaterale Forum in dem noch über Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Nuklearwaffen diskutiert wird, ist der 1970 in Kraft getretene Atomwaffensperrvertrag (NPT). Jedoch werden bei den alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenzen kaum nennenswerte Ergebnisse erzielt. Mit seinen 191 Vertragsstaaten bleibt er aber das weitreichendste und wichtigste multilaterale Abkommen in diesem Themenbereich.

Neue und alte Nuklearmächte rüsten auf

Alle Nuklearwaffenstaaten modernisieren seit Jahren ihre strategischen Abschreckungsarsenale. Waren in dieser Hinsicht in der Vergangenheit die Augen auf die beiden ehemaligen Supermächte gerichtet, rücken nun vermehrt auch die vermeintlich kleineren sowie die sogenannten „neuen“ Atommächte in den Fokus. Alte und neue Allianzen, sowie eine breit gestreute nukleare Teilhabe sind gegenwärtig ein wesentlicher Teil der globalen Sicherheitspolitik. Eine nicht zu unterschätzende Gefahr geht derzeit von Staaten wie China oder Nordkorea aus, da dort die aus der Zeit des Kalten Kriegs erprobten Gesprächskanäle mit der NATO und den USA fehlen. Aufgrund dessen sind die Möglichkeiten eingeschränkt, Spannungen zeitgerecht zu klären und ein effektives Eskalationsmanagement zu betreiben. Die atomare Aufrüstung Chinas innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte erscheint sowohl aus quantitativer als auch aus qualitativer Sicht signifikant. Dies ist ein Indikator dafür, dass China zukünftig seine Nuklearwaffen als strategische Assets im Zuge einer zunehmenden globalen Machtausrichtung begreift.

Die jahrzehntelangen Sanktionen gegen den Iran und Nordkorea, die im UN-Sicherheitsrat von Russland stets mitgetragen wurden, sind mittlerweile obsolet. Das verschafft den Staaten Zeit, um ihre militärstrategischen Kooperationen mit China und Russland zu intensivieren. Der jüngste bilaterale Vertrag zwischen Nordkorea und Russland über eine umfassende strategische Partnerschaft lässt beiden Vertragspartnern einen breiten Handlungsspielraum. Demzufolge ist im Laufe der kommenden Jahre von einer qualitativen und quantitativen Zunahme des derzeit noch bescheidenen nuklearen Abschreckungspotenzials im Norden der koreanischen Halbinsel auszugehen.

Als Antwort darauf wurden bestehende Allianzen in der Region unter der Führung der USA mit den Partnern Japan, Südkorea und den Philippinen stetig ausgeweitet. Diese militärstrategischen Kooperationen umfassen, abseits verstärkter Übungen im maritimen Bereich, auch nukleare Einsatzplanungen. Erwähnenswert ist auch die Partnerschaft zwischen den USA, Großbritannien und Australien, die sich derzeit noch auf die Lieferung von nuklear betriebenen U-Booten für die australische Marine beschränkt. Auch der Iran wird aufgrund der Kriege im Nahen Osten seine nuklearen Ambitionen nicht reduzieren. Die endgültige Rückkehr der gegenseitigen nuklearen Abschreckung umfasst nun

nicht mehr ausschließlich die beiden gewohnten Akteure wie zur Zeit der Bipolarität. Daher muss das Konzept gegenwärtig sowohl raumspezifisch als auch multipolar betrachtet werden.

Funktionsfähigkeit der nuklearen Abschreckung

Die Renaissance der nuklearen Abschreckung als sicherheitspolitische Strategie resultiert in einer weltweiten nuklearen Aufrüstung. China als neuer globaler Akteur ist abseits von seinen multilateralen Verpflichtungen an keine spezifischen rüstungskontrollpolitischen Verpflichtungen gebunden. Das hat wesentlich dazu beigetragen, bestehende bilaterale Verträge der beiden nuklearen Großmächte zu diskreditieren. Die von den USA getragenen diplomatischen Bemühungen, strategische Rüstungskontrollgespräche in einer trilateralen Runde gemeinsam mit China und Russland auszutragen, werden auch künftig nicht nachlassen. Die Chancen dafür sind jedoch aufgrund der vorhandenen globalen Bruchlinien sowie der derzeitig offen ausgetragenen Konflikte sehr gering.

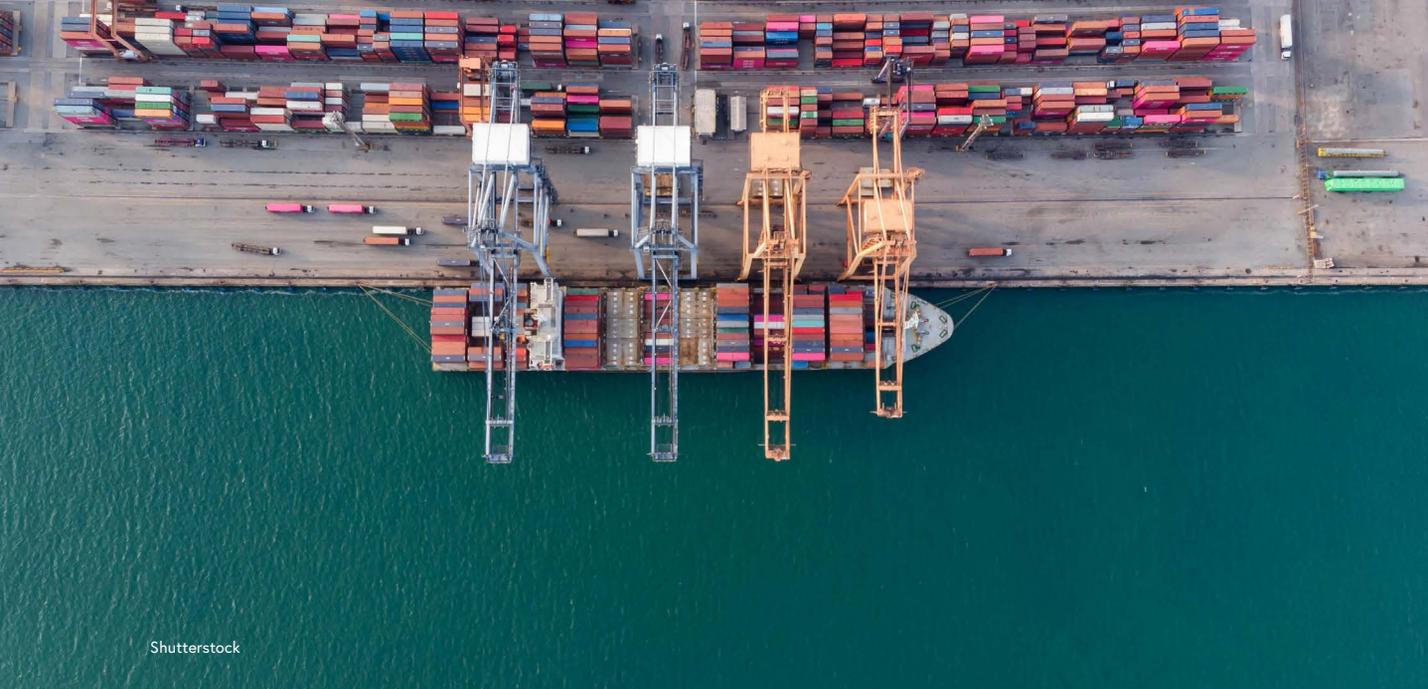
Rüstungskontrolle und die Implementierung von Verifikationsmechanismen bedingen ein gewisses Maß an Transparenz und Vertrauen. In Zeiten globaler Spannungen haben alle globalen Akteure von Beidem kaum etwas vorrätig. Eine geänderte Nuklearwaffenpolitik Chinas wird jedenfalls die bilateralen militärstrategischen Beziehungen zu den USA mit der hauptsächlichen Projektionsfläche in der Indo-Pazifik-Region determinieren. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Konflikts in der Ukraine ist auch nicht von einer Verlängerung des noch bestehenden START- Abkommens zwischen den USA und Russland auszugehen.

Durch den Krieg in der Ukraine rückt die nukleare Bedrohung in Europa wieder in den Vordergrund. Die geplante Stationierung russischer taktischer Nuklearwaffen in Belarus im Zuge der nuklearen Teilhabe verdeutlicht der EU sowie den NATO-Staaten abermals Bedrohungsperzeptionen, die während der letzten beiden Jahrzehnte nahezu in Vergessenheit gerieten. Der Einsatz von taktischen Nuklearwaffen als Antwort auf die eigene konventionelle Unterlegenheit erscheint jedoch keinesfalls neu. Bereits während des Kalten Krieges hat dieses Verhalten auf Seiten der NATO mit der Flexible-Response-Strategie Einzug gehalten.

Sobald eine Nuklearmacht in einer kriegerischen Auseinandersetzung als Konfliktpartei agiert, besteht per se die theoretische Gefahr eines Aufbrechens des seit 1945 vorherrschenden nuklearen Tabus. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine verdeutlicht dieses Problem. Das militärisch zurückhaltende Verhalten der NATO ist von daher erklärbar und macht deutlich, dass die Funktionsfähigkeit der gegenseitigen nuklearen Abschreckung auch 70 Jahre nach ihrem erstmaligen Erscheinen, sofern rationale Akteure im Spiel sind, gegeben ist. Ferner ist davon auszugehen, dass ihr aufgrund der gegenwärtigen globalen Entwicklungen auch zukünftig kein wesentlicher Bedeutungsverlust zukommen wird.

Keynotes

- Nukleare Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung befinden sich in einer erodierenden Situation. Verantwortlich dafür sind verschiedenste globale Entwicklungen.
- Manche Staaten, allen voran China, unterliegen keiner Limitierung und können daher, im Gegensatz zu USA und Russland, ihre Arsenale aufrüsten.
- Alte, bilaterale Rüstungskontrollverträge zur Reduzierung wurden ausgesetzt oder gekündigt. Neue Abkommen werden kaum beschlossen und wenn doch, erfüllen sie die Erwartungen nicht.
- Durch den Krieg in der Ukraine rückt die nukleare Bedrohung in Europa wieder in den Vordergrund. Die geplante Stationierung russischer, taktischer Nuklearwaffen in Belarus stellt die EU, sowie die NATO vor neue Herausforderungen.
- Trotz der derzeit angespannten geo- und sicherheitspolitischen Lage und trotz Drohungen seitens Russland, ist die Gefahr eines Einsatzes von Nuklearwaffen eher minimal. Auch die Möglichkeit einer Eskalation ist aufgrund jahrzehntelanger erprobter Krisenkommunikation zwischen den beiden Akteuren stark minimiert.



Shutterstock

Die Gefahr strategischer Abhängigkeiten

Politische Risiken und gefährliche Versorgungsengpässe

Elisabeth Prosser

Die Globalisierung hat Wohlstand geschaffen, jedoch auch strategische Abhängigkeiten und geopolitische Risiken offenbart, wie die Energie- und Lieferkettenkrisen zeigen. Autokratien nutzen wirtschaftliche Verflechtungen gezielt als Druckmittel, während Demokratien Zielkonflikte zwischen wirtschaftlichen Interessen und demokratischen Werten erleben. Vollständige Autarkie ist unrealistisch, doch westliche Staaten müssen durch Diversifikation von Lieferketten und Securitisation kritischer Infrastrukturen ihre Resilienz stärken. Langfristige Sicherheitsrisiken müssen bei politischen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden.

Lehren aus der Vergangenheit

Die Diskussion über strategische Abhängigkeiten ist keineswegs neu. Bereits in der Mitte des 20. Jahrhunderts legten Institutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, ganz nach John Maynard Keynes, die Grundsteine für die Globalisierung. Ziel war es, durch wirtschaftliche Interdependenzen internationale Stabilität und Wohlstand zu sichern. 1973 machte die Ölkrise deutlich, wie wirtschaftliche Abhängigkeiten durch politische Konflikte zum Druckmittel werden. Der vervierfachte Ölpreis führte zu einer weltweiten Rezession und legte die Verletzlichkeit westlicher Volkswirtschaften offen. Eine Reduktion der Abhängigkeiten und Absicherung systemrelevanter Lieferketten wären augenscheinliche „Lessons Learned“ dieser Entwicklungen gewesen.

Abhängigkeiten als geopolitisches Druckmittel

Im 21. Jahrhundert hat sich die ökonomische Vulnerabilität durch die voranschreitende Globalisierung und technologische Spezialisierung weiter verschärft. Staaten und Unternehmen stehen vor einem Dilemma: Was wirtschaftlich effizient erscheint, kann geopolitisch riskant sein. So hat die COVID-19-Pandemie die Abhängigkeit Europas von pharmazeutischen Produkten aus Asien offenbart, während der Konflikt zwischen den USA und China die kritische Rolle Taiwans in der Chipproduktion ins Rampenlicht rückte.

Zudem decken angesichts einer nur schleppenden Annäherung an die Klimaneutralität und Energiesouveränität westliche Volkswirtschaften ihren Energiebedarf weiterhin mit fossilen Energieträgern. Die Energiekrise 2022 offenbarte dabei augenscheinlich die strukturellen Schwächen der europäischen Energieversorgung. Steigenden Produktionskosten folgten rasant steigende Verbraucherpreise, die letztlich zu elektoralen Konsequenzen in vielen europäischen Demokratien führten. Während Russland selbst im Kalten Krieg als verlässlicher Energielieferant galt, zeigte sich, dass die damit verbundenen Risiken unterschätzt und langfristig falsch bewertet wurden.

Unfälle wie die Blockade des Suezkanals 2021 durch das Containerschiff „Ever Given“ oder weitreichende wirtschaftliche Unterbrechungen durch Pandemien zeigen, wie fragil globale Lieferketten sind.

Zudem können Extremwetterereignisse, politische Instabilität oder gezielte Angriffe auf systemrelevante Infrastruktur massive Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und die wirtschaftliche Stabilität ganzer Länder und Regionen haben. Es wäre in diesem Zusammenhang blauäugig, davon auszugehen, dass sich politische und wirtschaftliche Konkurrenten dessen nicht bewusst sind.

Komparativer Vorteil als politisches Risiko

Die Theorie des komparativen Vorteils von David Ricardo bildet die Grundlage der globalisierten Wirtschaft: Unternehmen produzieren dort, wo die Kosten am niedrigsten sind, vernetzen sich international und etablieren Lieferketten global. Doch diese wirtschaftlichen Vorteile haben auch neue Risiken geschaffen. Niedrige Produktionskosten in Schwellenländern basieren oft auf niedrigen Arbeits- und Umweltstandards und spiegeln somit keinesfalls die tatsächliche Kostenwahrheit wider. Die zunehmende Spezialisierung hat außerdem hohe Markteintrittsbarrieren für neue Marktteilnehmer geschaffen. Dies hat für abhängige Volkswirtschaften in einem volatilen politischen Umfeld potenziell gravierende Folgen. Diese Abhängigkeiten können bewusst genutzt werden, um politischen Druck auszuüben.

Politische Risiken und die Grenzen der Globalisierung

Die politischen Risiken, die mit strategischen Abhängigkeiten einhergehen, stellen insbesondere Demokratien vor Herausforderungen. Beziehungen zu Staaten, die Werte wie Menschenrechte und Demokratie nicht teilen, schaffen Zielkonflikte zwischen wirtschaftlichen Interessen und demokratischen Prinzipien. Diese Diskrepanz führt zunehmend auch zu einem Glaubwürdigkeitsproblem – sowohl national als auch international. Hinzu kommt, dass, wie am Beispiel der USA deutlich wird, das Bekenntnis hochrelevanter wirtschaftspolitischer Partner zum Freihandel nicht in Stein gemeißelt ist. Die Ambiguität ökonomischer Interdependenz als Stabilitätsgarant und Sicherheitsrisiko wird in einem zunehmend konfliktreichen internationalen Umfeld immer deutlicher. Staaten nutzen wirtschaftliche Verflechtungen gezielt, um ihre

eigenen geopolitischen Interessen zu verfolgen. Europäische Demokratien müssen sich dieser Realität stellen.

Wege aus der Abhängigkeit: Securitisations und Diversifikation

Vollständige Autarkie ist weder realistisch noch ökonomisch sinnvoll. Stattdessen müssen westliche Demokratien ihre wirtschaftliche Resilienz stärken, indem sie strategische Abhängigkeiten reduzieren und bestehende Lieferketten absichern. Zwei zentrale Maßnahmen sind daher notwendig: Securitisations und Diversifikation.

Systemrelevante Infrastruktur und Lieferketten müssen, sofern nicht anders möglich, gegen den Zugriff Dritter abgesichert werden. Dazu gehört die Sicherung von Handelsrouten sowie der Schutz kritischer Infrastruktur wie Unterseekabel oder der Energieversorgung. Diese Maßnahmen sind essenziell, um geopolitischen Destabilisierungs- und Erpressungsversuchen entgegenzuwirken. Um die Abhängigkeit von wenigen Lieferantenländern – wie etwa in der Halbleiterindustrie – zu minimieren, müssen bestehende Monopole durch gezielte Investitionen aufgebrochen werden. Diese Diversifikation reduziert das Risiko, dass gezielte Angriffe geopolitischer Konkurrenten oder unvorhersehbare Störungen der Lieferketten die wirtschaftliche Stabilität und Prosperität europäischer Länder gefährden.

Ein Appell für mehr Weitsicht

Die Globalisierung hat zweifellos Wohlstand geschaffen, doch sie hat auch neue Verwundbarkeiten mit sich gebracht. Politische Entscheidungen dürfen nicht nur kurzfristige wirtschaftliche Vorteile berücksichtigen, sondern müssen langfristige Sicherheitsrisiken in den Blick nehmen. Demokratien müssen ihre wirtschaftliche Glaubwürdigkeit wiederherstellen, indem sie sich für ein nachhaltigeres und diversifiziertes Wirtschaftsleben einsetzen. Die Lösung liegt in einer ausgewogenen Strategie: Securitisations, Diversifikation und einer damit verbundenen Umsicht in der Wirtschaftspolitik. Der Westen muss aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und proaktiv handeln, um die Risiken globaler Abhängig-

keiten zu minimieren. Nur so können Demokratien ihre wirtschaftliche Prosperität und politische Resilienz langfristig absichern.

Keynotes

- Die Globalisierung hat Wohlstand geschaffen, aber auch politische Risiken durch einseitige Abhängigkeiten erzeugt.
- Autokratien und instabile Staaten nutzen wirtschaftliche Verflechtungen gezielt als geopolitisches Druckmittel.
- Eine vollständige Autarkie ist unrealistisch, doch westliche Demokratien müssen durch Diversifikation und Securitisation ihre wirtschaftliche Resilienz stärken und sich so gegen politische Erpressung absichern.
- Politische Entscheidungen müssen langfristige Sicherheitsrisiken berücksichtigen und sollten nicht nur im Sinne kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteile getroffen werden.



Shutterstock

Krisen in Zeiten des Klimawandels

Kira Vinke

Die Sicherheitsrisiken infolge des Klimawandels treten zunehmend deutlich in Erscheinung. Als Bedrohungsmultiplikator verschärft er Konflikte in fragilen Staaten und gefährdet Lieferketten sowie wirtschaftliche Sicherheit. Neben Anpassungsmaßnahmen sind umfassende Emissionsminderungen und die Dekarbonisierung des Sicherheitssektors notwendig, um langfristige Risiken zu minimieren. Die strategischen Anforderungen an Vorausschau, Anpassung und Nachhaltigkeit im Sicherheitssektor werden dadurch deutlich steigen.

Die Auswirkungen des Klimawandels werden gemeinhin zu den nicht-traditionellen Sicherheitsrisiken gezählt. Extremwetterereignisse wie Stürme, Dürren oder Überflutungen erzeugen erhebliche ökonomische Schäden und können Lebensgrundlagen gefährden. Klimafolgen können aber auch harte Sicherheitsbereiche tangieren, etwa wenn Territorien durch den Meeresspiegelanstieg unbewohnbar werden, oder wenn Ressour-

cenknappheit zu gewaltsamen Verteilungskonflikten führt. Darüber hinaus können inter alia extreme Temperaturen auch die Einsatzfähigkeit von Truppen einschränken und Umweltkatastrophen zivile wie militärische Infrastruktur beschädigen. Gleichzeitig fordern schwere Naturkatastrophen auch immer wieder den Einsatz von Militär, um Katastrophenhilfe zu leisten, oder die öffentliche Ordnung sicherzustellen.

Die indirekte und zeitversetzte Wirkung von Klimafolgen hemmt aber oft die Wahrnehmung ihrer vielschichtigen Sicherheitsrisiken. Da viele Klimafolgen stark nichtlinear verlaufen, kann dies fatale Folgen haben, falls etwa erst dann eingeschritten wird, wenn die Auswirkungen bereits nicht mehr beherrschbar sind, zunehmend viele Menschenleben fordern und hohe wirtschaftliche Schäden verursachen.

Veränderungen im Erdsystem

Besonders unterdurchschnittlich verläuft das Risikomanagement, wenn es um Veränderungen im Erdsystem geht, deren Eintrittswahrscheinlichkeit zwar gering ist, aber deren Schäden erheblich, oder gar zivilisationsbedrohend wären. Dies ist etwa der Fall bei einem möglichen klimawandelinduzierten Kollaps des Golfstroms, der sich laut einer 2023 in der Fachzeitschrift Nature Communications erschienen Studie schon bereits im Zeitraum von 2025 bis 2095 vollziehen könnte. Die beste Schätzung der Autoren für den Zeitpunkt des Eintritts einer solchen Katastrophe liegt auf der Mitte des Jahrhunderts. Die Studie geht dabei von einer Fortschreibung des globalen Treibhausgasausstoßes aus. Die Auswirkungen wären katastrophal, auch für Europa und die USA. So könnte dies zu einer schnellen Absenkung der Temperaturen in Nordeuropa führen, zu regional in die Höhe schnellenden Meeresspiegeln und extrem veränderten Regenfallmustern. Zwar verweist die Studie selbst auf Unsicherheiten, und sie ist Gegenstand wissenschaftlicher Debatten, jedoch sollte die bereits von anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftern dokumentierte Abschwächung des Golfstroms ein deutliches Warnsignal sein. Denn überschreitet das Zirkulationssystem seinen kritischen Punkt, wird es kein Zurück in den vorherigen Zustand geben und auch die technologischen und finanziellen Möglichkeiten zur Anpassung schwinden.

Auch andere Teile des Erdsystems wie etwa der Amazonasregenwald, das grönländische Eisschild oder die Permafrost-Landschaften in Sibirien

könnten sich durch die Überschreitung der planetaren Grenzen durch den Menschen unwiederbringlich verändern – mit weltweiten Folgen. Sie werden deswegen auch als Kippelemente des Erdsystems bezeichnet. Diese Kippelemente stehen teilweise in Beziehung zueinander, denn verändert sich ein großer Bestandteil des Erdsystems, geschieht das nicht in Isolation.

Klimawandel als Bedrohungsmultiplikator

Neben solch möglichen radikalen Veränderungen in der Zukunft, gibt es eine Reihe von Gefahren, die bereits in Erscheinung treten. So insbesondere Extremwetterlagen, die intensiver und häufiger geworden sind. Treffen diese Naturkatastrophen auf schwache Staatlichkeit in Ländern, die stark von der Landwirtschaft abhängig sind und möglicherweise bereits eine Polarisierung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen aufweisen, können sich Konfliktrisiken erhöhen. Der Klimawandel wird somit aufgrund seiner weitverzweigten Implikationen für die menschliche Sicherheit oft auch als Bedrohungsmultiplikator beschrieben.

Es gibt die Vermutung, dass 2025 ein La-Niña-Ereignis einsetzen könnte, also eine unregelmäßig auftretende Zirkulationsanomalie, die im tropischen Pazifik zu einer Temperatursenkung der oberen Wassermassen führt und somit auch als Kaltphase bezeichnet wird. Sollte es durch das La-Niña-Ereignis zu einer relativen Abkühlung im Vergleich zu den beiden Vorjahren kommen, ist davon auszugehen, dass etwa populistische Parteien sich dies zunutze machen, um Zweifel am Trend der globalen Erwärmung zu säen. Darüber hinaus kann es in bestimmten Weltregionen auch zu vermehrten Extremwetterereignissen kommen, so erhöhen sich zum Beispiel die Risiken für Extremniederschläge in Australien und im südlichen Afrika, während es in Ostafrika und Teilen der USA und Lateinamerikas zu Dürreperioden kommen kann. Zudem kann sich La Niña begünstigend auf die Entstehung von Hurrikans im atlantischen Ozean auswirken.

Extremwetterereignisse, ähnlich wie andere disruptive, plötzlich auftretende Veränderungen, können Lieferketten unterbrechen und so überregionale Auswirkungen entfalten. Schlimmstenfalls ist die ökonomische Sicherheit gefährdet, beispielsweise wenn eine große Abhän-

gigkeit von einem betroffenen Produktionsstandort vorherrscht und es zu längerfristigen Einbußen kommt.

Dekarbonisierung des Sicherheitssektors

Während kurzfristig noch Anpassungsmaßnahmen greifen, um mit den Risiken des Klimawandels umzugehen, braucht es rasch Emissionsminderungen, um präventiv der Entstehung schwerer Klimafolgen vorzubeugen. Wegen eines schrumpfenden globalen Emissionsbudgets müssen alle Sektoren dekarbonisiert werden – einschließlich des Sicherheitssektors.

Weltweit liegen die durch Rüstungsindustrie und Militär verursachten Emissionen bei ein bis fünf Prozent, vergleichbar etwa mit dem internationalen Luftverkehr. Rüstungsbeschaffung erfordert zunehmend auch einen Blick auf die Emissionen, sowohl in der Produktion als auch über den Lebenszyklus der Ausrüstung hinweg. Hier stellt sich zudem mittelfristig die Frage der Kompatibilität mit ziviler Infrastruktur. Würden durch eine Verkehrswende hin zur Elektromobilität zunehmend Tankstellen in Ladestationen umfunktioniert werden, könnten auf Diesel und Benzin angewiesene Einsatzfahrzeuge nicht mehr auf die zivile Infrastruktur zurückgreifen. Gerade bei der Beschaffung von langjährig genutzter Maschinerie ist es somit ratsam, die Nachhaltigkeitstransformation zu berücksichtigen.

Die Anforderungen an den Sicherheitssektor werden folglich in verschiedenen Bereichen durch die Klimakrise wachsen: in der Prävention, Forschung und Entwicklung sowie in der strategischen Vorausschau und Krisenreaktionsfähigkeit. Für wehrhafte Demokratien ist im weichenstellenden Jahr 2025 somit ein 360-Grad-Blick in die Zukunft erforderlich.

Keynotes

- Der Klimawandel wird zunehmend als Sicherheitsrisiko erkannt, seine Folgen werden Gefahren für wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Stabilität darstellen.
- Kippelemente des Erdsystems könnten unwiderrufliche Veränderungen auslösen, die sich global auswirken und eine koordinierte internationale Reaktion erfordern.
- Der Klimawandel fungiert als Bedrohungsmultiplikator.
- Zur Prävention schwerer Klimafolgen ist auch eine Dekarbonisierung des Sicherheitssektors erforderlich.
- Die Klimakrise verlangt vom Sicherheitssektor eine stärkere Fokussierung auf Prävention, strategische Vorausschau und die Anpassung militärischer Ausrüstung an eine transformierte zivile Infrastruktur.



Chinas Subventionen verschärfen die globale Industrierezession

Peter Obinger

Die weltweite Industrierezession, die sich nach den wirtschaftlichen Turbulenzen der letzten Jahre verstärkt hat, trifft insbesondere Europa hart. Während der globale Einkaufsmanagerindex für die Industrie in 19 der letzten 24 Monate unterhalb der Wachstumsgrenze von 50 lag, treibt paradoxerweise Chinas stark subventionierte Industrieproduktion diese Entwicklung voran. Die umfangreiche Unterstützung durch die chinesische Regierung – von der Rohstoffbeschaffung bis zum Export – verschärft Handelsungleichgewichte und stellt den globalen handelspolitischen Multilateralismus vor seine größte Herausforderung seit dem Kalten Krieg. Besonders die europäische Industrie steht unter Druck.

Nach den krisenbedingten Turbulenzen der letzten Jahre befinden sich weite Teile der Weltwirtschaft in einer Industrierezession, die vor allem

in Europa stark um sich greift. In 19 der letzten 24 Monate residierte der globale Einkaufsmanagerindex für die Industrie unter der Wachstumsgrenze von 50. Paradoxerweise ist gerade der massive Anstieg der Industrieproduktion in China dafür mitverantwortlich. Dieser beruht auf umfangreichen Subventionen, die die chinesische Regierung seit dem Platzen der Immobilienblase in den Sektor steckt. Durch diese Politik verstärken sich globale Handelsungleichgewichte, wodurch der handelspolitische Multilateralismus seiner bisher größten Herausforderung seit dem Ende des kalten Krieges gegenübersteht.

Auswirkungen von Chinas Subventionspolitik

China fördert seine Industrieproduktion durch umfangreiche staatliche Subventionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Von der Rohstoffbeschaffung bis hin zum Export erhalten chinesische Unternehmen finanzielle Unterstützung, steuerliche Vorteile und vergünstigte Kredite. Dies ermöglicht den Unternehmen, Produkte zu Preisen anzubieten, die weit unter denen der internationalen Wettbewerber liegen. Zudem können die Betriebe aufgrund des nachhaltig gesicherten Zuflusses staatlicher Unterstützungsleistungen international unternehmerisch weitgehend risikofrei agieren, was ihnen im Wettbewerb um Zukunftsmärkte einen bedeutenden Vorteil verschafft. Im Ergebnis führt diese Form der Subventionspolitik zu einer Verdrängung der Industrieproduktion in anderen Ländern und verschärft damit die Industrierezession in der EU.

Deindustrialisierung trafe die EU besonders hart

Die schiere Dimension der chinesischen Subventionspolitik führt dazu, dass die EU nunmehr vor einem neuen „China-Schock“ steht, der ausgerechnet ihre Schlüssel- bzw. erhofften Zukunftsindustrien trifft. Den sogenannten „ersten China-Schock“ infolge des WTO-Beitritts Chinas konnten die EU-Volkswirtschaften noch gut verkraften, weil sich die europäische Industrie in den Jahren zuvor an das niedrigere Preisniveau in Osteuropa anpassen musste und China in dieser Phase seiner Industrialisierung noch auf den Import deutscher Automobil- und Maschinenbauerzeugnisse angewiesen war. Nun expandiert China jedoch in genau diesen Sektoren, getrieben durch einen gezielten und massiv staatlich unterstützten Ausbau der Produktionskapazitäten für Elektroautos und

andere grüne Technologien. Das daraus entstehende höhere Angebot zu günstigeren Preisen bedeutet für die europäische Industrie sowohl einen Rückgang der Exporte nach China als auch einen verstärkten Wettbewerb um Marktanteile auf Drittmarkten. Setzt sich diese Entwicklung fort, droht der EU ein ähnliches Schicksal wie den USA, die im Zuge des ersten China-Schocks zwischen 1999 und 2011 rund eine Million Arbeitsplätze bzw. fast sechs Prozent der Gesamtbeschäftigung im verarbeitenden Gewerbe verloren haben. In der EU fiel ein ähnlicher relativer Rückgang allerdings noch dramatischer aus: Bei 30,2 Mio. Arbeitsplätzen im zweiten Quartal 2024 würde ein Rückgang um sechs Prozent einen Verlust von über 1,8 Mio. Jobs im verarbeitenden Gewerbe nach sich ziehen.

Geschlossenheit und Gemeinsamkeit gefordert

Um eine Deindustrialisierung zu verhindern, muss die EU entschlossen handeln. Zu den erforderlichen Maßnahmen zählen zuvorderst gezielte handelspolitische Maßnahmen zum Schutz von Schlüsselindustrien. Hier sollte der Fokus klar auf einer (Wieder-)Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen (Stichwort „Level Playing Field“) liegen. Unmittelbar gilt es vor allem jene Sektoren zu unterstützen, in denen die EU bereits über bedeutende Produktionskapazitäten verfügt und in denen sich die industriepolitischen Ambitionen mit jenen Chinas überschneiden. Entscheidend dabei ist, dass die EU eine gemeinsame Industriepolitik aus einem Guss verfolgt, um nicht ihr eigenes Wachstumspotenzial, das ihr über den Binnenmarkt zur Verfügung steht, durch entgegengesetzte nationale Politikansätze zu beschädigen. Eine selbstbewusste, aktive Handelspolitik besitzt das Potenzial, faire Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen zu schaffen und gleichzeitig protektionistische Maßnahmen anderer Länder unattraktiver zu gestalten.

Auf globaler Ebene empfiehlt sich eine verstärkte Zusammenarbeit mit internationalen Partnern – etwa in Form von bilateralen Handelsabkommen – und eine Reform der WTO-Regeln. Kooperative Lösungsansätze bieten langfristig die höchste Erfolgsaussicht auf eine Abkehr von unfairen Handelspraktiken und die Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen. Den glaubwürdigen Einsatz defensiver Handelsinstrumente zum Schutz der eigenen Schlüsselindustrien seitens der EU gilt es daher in diesem Zusammenhang auch als ein Instrument zu betrachten, das die Bereitschaft der Handelspartner zu gemeinsamen Lö-

sungen erhöht. Der Verlust bedeutender Industriezweige würde hingegen das relative Gewicht der EU im geopolitischen Wettbewerb weiter schwächen und eine Reform der internationalen Handelsregeln noch unwahrscheinlicher machen.

Während die US-Regierung bereits mit umfassenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen reagiert hat, ringt die EU nach wie vor um eine einheitliche Strategie gegenüber den wettbewerbspolitischen Herausforderungen, die die chinesische Industriepolitik für den europäischen Wirtschaftsstandort mit sich bringt. Um eine Deindustrialisierung Europas zu verhindern und die wohlfahrtsgenerierenden Vorteile des Multilateralismus langfristig zu erhalten, ist vor allem Geschlossenheit unter den Mitgliedsstaaten gefragt. Denn ein integrierter Ansatz, bestehend aus einer gemeinsamen Industrie- und Handelspolitik samt des dazu erforderlichen finanzpolitischen Korsetts ist derzeit der vielversprechendste Ansatz – sowohl um eigene Schlüsselbranchen zu schützen als auch zur (Wieder-)Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen. Langfristig dürfte nur ein kooperatives Bemühen um eine Reform des bestehenden WTO-Regelwerks für globale handelspolitische Stabilität sorgen.

Keynotes

- Die Weltwirtschaft befindet sich in einer tiefen industriellen Rezession, die besonders Europa hart trifft, während China seine Produktionskapazitäten massiv ausbaut.
- Umfangreiche Subventionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ermöglichen chinesischen Unternehmen eine Marktbeherrschung durch Dumpingpreise und risikofreies internationales Agieren.
- Die aggressive Ausweitung Chinas in Schlüsselindustrien wie Elektrofahrzeuge und grüne Technologien gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie.
- Die EU muss gezielte industrie- und handelspolitische Strategien entwickeln, um faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen und Schlüsselbranchen zu schützen.
- Reformen der WTO-Regeln und bilaterale Handelsabkommen mit globalen Partnern sind essenziell, um langfristig eine Rückkehr zu fairem Wettbewerb zu ermöglichen.
- Nur eine geeinte EU, die entschlossen Industrie- und Handelspolitik betreibt, kann Deindustrialisierung verhindern und ihre Position im globalen Handel sichern.

3

Krisen und Konflikte im Umfeld Europas





Das sicherheitspolitische Umfeld Europas 2025

Noch mehr Krieg, Leid und Flucht

Günther Barnet

Dramatischer als 2024 breiten sich Kriege und Konflikte sowie Hunger und Armut im Krisenbogen um Europa aus. Flucht nach und Terrorismus in Europa sind unmittelbare Konsequenzen. Die oftmals unrealistischen Reaktionen des Westens auf diese Phänomene verschärfen die Spaltung mit dem Rest der Welt, insbesondere dem Umfeld der EU. Infolgedessen mag eine Vielzahl von Risiken rasch und dramatisch bis zur Unbeeinflussbarkeit befeuert werden.

Trotz Vermittlungsversuchen, Umbrüchen und temporären Waffenruhen erscheint der bereits im Vorjahr befürchtete Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten weiterhin möglich. Zumindest chaotische Zustände sind unvermeidlich, sofern kein Ausgleich zwischen den regionalen und globalen Mächten gefunden wird. Ein offener Krieg zwischen Israel

und dem Iran ist jedoch auf eine Konfrontation in der Luft begrenzt. Darüber hinaus versuchen alle Seiten, direkt und indirekt Verbündete auf anderen Schauplätzen strategisch einzudämmen bzw. lokal operativ zu besiegen. Die Kollateralschäden werden dabei bewusst in Kauf genommen, wenn sie nicht sogar Teil des Kalküls sind. Das betrifft Millionen von Menschen in der Region, indirekt aber auch Europa.

Vom Chaos zum Flächenbrand?

Der Übergang von chaotischen Zuständen hin zum Flächenbrand in der Levante ist derzeit unwägbar. Insbesondere Gaza und der Libanon sind hiervon betroffen, nachdem deren staatliche Ordnung weiterhin faktisch nicht existiert. Die größten Risiken bestehen in der Ausweitung des Konfliktes auf das Westjordanland und das ungewisse Schicksal Syriens sowie in dessen Grenzgebieten im großen Dreieck mit Jordanien und dem Irak. Der Abzug von US-Truppen aus dem Irak erscheint im Lichte solcher Entwicklungen wenig wahrscheinlich. Dieser würde das Kräfteverhältnis im Raum gänzlich verändern, indem Iran-nahe Gruppen ein Wirken im Raum erleichtert würde und IS- und al-Qaida-nahe Aufstandsgruppen wiedererstarken könnten. Für die kurdischen Gebiete im Norden Syriens als auch die Kontrolle des Grenzraums Jordaniens ergeben sich daraus immanente Risiken mit hohem Destabilisierungspotenzial.

Ob der eingefrorene Dialog des Westens mit Syrien zum Zwecke des Wiederaufbaus und der Flüchtlingsrückkehr nunmehr aufgenommen werden kann, ist fraglich. Die Verbreitung von Suchtmitteln zum Zwecke der Finanzierung von Milizen bleibt zu erwarten, ebenso der Rückgang der Einnahmen aus Tourismus und Handel. Neben anderen Effekten destabilisiert dies primär Jordanien, das neben dem Libanon, Syrien und Ägypten der größte Verlierer aus dem erweiterten Kriegsverlauf ist, und es betrifft sekundär den Irak und die Golfregion.

Durch den dramatischen Rückgang der Einnahmen aufgrund der Kämpfe in der Luft, am Land und zur See werden ohnehin fragile Staaten mittelfristig vor nicht zu bewältigende Aufgaben im Inneren gestellt. Die Zugewinne der muslimbrüdernahen Partei bei den Wahlen in Jordanien sind in diesem Sinne auch Ausdruck der Meinung in der sogenannten „arabischen Straße“. Keine Regierung der Region kann sich diesem steigenden Druck entziehen – zu groß ist die Angst vor einem weiteren

„Arabischen Frühling“. Für Europa bedeutet das, dass viele arabische Staaten, solange keine politische Lösung für die Palästina-Frage auf dem Tisch liegt, öffentlich sowohl von Israel als auch dem Westen abrücken werden müssen – trotz aller Ressentiments gegenüber dem Iran. Die Entfremdung zu Europa wird weitere Staaten in der Region näher an die BRICS heranrücken lassen. Neben diesen globalen Veränderungen steigen für die EU Risiken aus Migrationsströmen, terroristischen Anschlägen und ökonomischen Negativeffekten, aber auch die Hoffnung auf die Sicherstellung alternativer Energieangebote. Eine kohärente Ausrichtung europäischer Politik gegenüber der Region im Wettstreit mit anderen Mächten ist nicht erkennbar.

Bürgerkriege und Machtkämpfe beiderseits des Roten Meeres

Bewaffnete Konflikte beiderseits des Roten Meeres gefährden auch den Seehandel zwischen Europa und Asien. Bereits 2024 wurde diese Gefahr augenscheinlich und wird sich 2025 mit hoher Wahrscheinlichkeit fortsetzen. Der Bürgerkrieg im Sudan löste die Vertreibung von 12 Mio. Menschen aus, 18 Mio. weitere sind von Nahrungsmittelhilfe abhängig. Jegliche Hoffnung auf Aufschwung ist zerschlagen. Das Land versinkt im Bürgerkrieg, vor allem auch aufgrund der Einflüsse regionaler und globaler Mächte.

Zugleich ist der Sudan ein Sinnbild für die Entwicklung der gesamten Region. Der Sudan verfügt über gute Bildungschancen und ausreichend Ressourcen, aber Lebensmittel und Ressourcen werden von bewaffneten Milizen eher in die Golfstaaten verschifft, als dass sie der Versorgung der eigenen Bevölkerung dienen. Ähnlich verhält es sich in Äthiopien und anderen Staaten Ostafrikas. Rohstoffe werden unter dem Einfluss von Milizen abgebaut, verseuchen oftmals rare Wasserquellen und machen die umliegenden Landstriche wenig lebenswert.

Mächte von außen befeuern diese bewaffneten Auseinandersetzungen immer wieder. Die Austragung globaler Rivalitäten wirkt immer wieder in lokale Konflikte hinein, etwa mit Russland. Das gilt unter anderem auch für den Krieg um Palästina, der etwa die Meerenge um Bab al-Mandab zum erweiterten Austragungsort gemacht hat. Infolgedessen werden Angriffe auf die Schifffahrt vor Ort durchgeführt, und es ist

unwahrscheinlich, dass der Einsatz militärischer Mittel in der aktuellen Qualität und Quantität dies beendet. Eher ist mit der Verschärfung der Risiken zu rechnen – sodass Lieferketten eingeschränkt werden, sich dadurch die Preise erhöhen und für Ägypten die Einnahmen aus Gebühren für die Nutzung des Suezkanals, die einen großen Teil seines BIP ausmachen, sinken.

Die Fortsetzung des Kriegs im Jemen bedeutet den weiteren Niedergang und Hoffnungslosigkeit für Millionen Vertriebene und Hungernde. Das Risiko steigt, dass diese massenhaft migrieren oder sich bewaffneten Gruppen anschließen. Ähnlich ist die Lage im faktisch gespaltenen Somalia. Die Türkei tritt als Moderator auf und erweitert so ihren Einfluss in der Region. Die Wirkung jihadistischer Netzwerke wird ebenfalls stärker und reicht weit bis nach Mozambique und in den östlichen Kongo. Wenngleich die Bemühungen der EU, auch durch militärische Mittel, aufgrund ihres niedrigen Ausmaßes faktisch nicht konflikttransformierend wirken, müssen diese zur Eindämmung einer Vielzahl von Risiken aufrecht bleiben. Die Alternative wäre ein Kaskadeneffekt, was diese Risiken am Ende unbeherrschbar machen und negative Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Lage in Europa haben würde.

Chaos im Sahel und Autoritarismus in Nordafrika

Ausgehend vom staatlichen Kontrollverlust über weite Teile des Sahel verschieben sich die Risiken zunehmend auf die angrenzenden Subregionen. Sowohl die Länder Nordafrikas als auch jene im Golf von Guinea und an der westlichen Atlantikküste sind davon betroffen. Vergleichsweise stabile und demokratisch ausgerichtete Staaten werden an ihren Peripherien von den Umbrüchen getroffen und beantworten die Grundprobleme mit überwiegend sicherheitsbezogenen Antworten. Zugleich versuchen sie, öffentlich auf Distanz zu westlichen Partnern zu gehen, um nicht in globale Auseinandersetzungen zu geraten und hybriden Aktivitäten zum Opfer zu fallen. Wahlen in diesen Staaten werden jedoch eher von antikolonialen Diskursen geprägt. Die EU ist immer weniger dazu in der Lage, darauf einzugehen, und sie zwingt diesen Staaten die Entscheidung zwischen Normen auf, die diese nicht erfüllen können. Dies spielt außereuropäischen Mächten in die Hände, die zumeist nicht-konditionale Alternativangebote in unterschiedlichen Bereichen machen.

Das Chaos im Sahel und seine Folgen führen dazu, dass v.a. fragile Staaten in Nordafrika nach starker Führung streben. Demokratische und menschenrechtliche Errungenschaften werden zugunsten der Stabilität zurückgedrängt. Kritik durch die EU und einzelne Mitgliedsstaaten treibt die Entfremdung voran und lässt den betroffenen Regierungen zuweilen keine andere Möglichkeit, als sich anderweitig zu orientieren. Oft sehen sich diese Staaten dazu gezwungen, zwischen geopolitischen Polen zu balancieren und die für sich besten Angebote anzunehmen. Europa sollte sich dieser Entwicklung bewusst werden und seine eigenen Interessens- und Zielkonflikte abwägen. Ob dies 2025 besser gelingt, bleibt abzuwarten.

Destabilisierung und Konflikte

Nach dem Rückzug aus Afghanistan, dem Wegfall bestehender Energieversorgung durch die Russische Föderation und dem Streben nach diversifizierten Anbietern und alternativen Quellen erhält die Subregion Zentralasien erhöhte Bedeutung. Das Risiko der Destabilisierung durch die Ausbreitung terroristischer Gruppen ist sowohl für den Raum als auch für Europa vorerst überschaubar, trotz einzelner Anschlagsmotive mit Bekennterschaft der Terrororganisation Islamischer Staat – Provinz Khorasan. Die Gefahr der Rivalität mit Mächten aus dem BRICS-Verband sind realer und höher zu bewerten, und sie erfordern eine kohärente Politik der EU und Österreichs.

Im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wird vielfach vor dem Risiko wiederaufflammender bewaffneter Konflikte in der erweiterten Region um das Schwarze Meer gewarnt. Im Fokus steht dabei die Republik Moldau, deren Annäherung an EU und NATO trotz Neutralitätsgebot als Begründung für hybride, teils sogar offene Angriffe durch Russland gesehen wird. Bis dato hat sich die militärische Eskalation nicht manifestiert und bedarf weiterhin geschickter Balanceakte durch das Land, aber auch die westlichen Unterstützer. Die Fähigkeit und Absicht Russlands zur aktiven Destabilisierung ist als hoch zu bewerten. Negativer ist die Entwicklung für Georgien und Armenien, beide in innenpolitischen Zwistigkeiten gefangen und damit mehr denn je Spielball anderer Akteure. Dies ist für Europa umso dramatischer, als die Relevanz der Subregion Kaukasus sowohl als Transversale als auch

als Energieanbieter hoch ist, weshalb das steigende Risiko des Einflussverlustes nicht unterschätzt werden darf.

Der Fortgang des Ukraine-Kriegs wird maßgeblich von den Absichten der Trump-Administration abhängen, deren Ankündigungen jedoch nicht mit den tatsächlichen US-Maßnahmen und ihrer Wirkmacht übereinstimmen müssen. Die Zusammensetzung europäischer Institutionen nach den Wahlen 2024 lässt aber erahnen, dass vor allem transatlantisch orientierte Mitgliedsstaaten mit einer Fortsetzung des Krieges rechnen bzw. sich unabhängig von den Entscheidungen der USA auf eine solche einstellen. Risiken für Mitteleuropa steigen tendenziell, was globale Rivalen grundsätzlich stärkt und ihre Wirkmöglichkeit in allen Umfeldregionen erhöht.

Entfremdung am Westbalkan

Abseits vereinzelter Zwischenfälle wie etwa 2023 ist der Westbalkan im Gegensatz zu den anderen genannten Regionen weit von einer bewaffneten Konfliktverschärfung entfernt. Es ist allerdings auch kein substanzieller Fortschritt hinsichtlich des EU-Beitritts zu bemerken. Ein politisch erzwungener Beitritt wäre ökonomisch schwer zu bewältigen, würde die Kohärenz der inneren wie äußeren Handlungsfähigkeit gefährden und das Rechtsstaatlichkeitsprinzip unterminieren. Dieses Spannungsverhältnis ermöglicht globalen Rivalen Europas die Möglichkeit, hybride Maßnahmen zum Wirksamwerden zu bringen und mittels radikaler Kräfte vor Ort zu destabilisieren. Auch, wenn die EU weiterhin größte Geberin und Handelspartnerin bleibt, schwindet tendenziell ihr Einfluss. Es ist eine kluge Integrationspolitik vonnöten, was die vollständige Einbindung in die vier Freiheiten der EU bedeuten würde und damit ökonomische Prosperität, was politische Stabilität zur Folge haben könnte.

Die Alternative ist die zunehmende Entfremdung von der EU, was den Anstieg von Einfluss und Destabilisierung durch außereuropäische Mächte ermöglicht. Diese Entwicklung erhöht mittelfristig diverse Risiken, darunter das Erstarken des politischen Islam oder das des Ethnonationalismus. Gleichzeitig würden Transformationsbemühungen um diversifizierte, transkontinentale Energienetze zur Entwicklung der Region sowie der Reduktion der Abhängigkeit von hybriden Angriffsvektoren gestärkt. Für 2025 und mittelfristig darüber hinaus sind mi-

litärische Risiken aber deutlich geringer als in allen anderen Regionen um Europa. Das bestehende Kräfteedispositiv (einschließlich Reserven) ist daher ausreichend, und weitere Kapazitäten sollten eher zur Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens genutzt werden.

Kriege zwischen Armen und Armeen

Zusammenfassend gilt es festzustellen, dass bewaffnete Konflikte, Massenflucht oder Hungertod in allen Weltregionen, jedoch in unterschiedlicher Intensität ausgeprägt, Ausdruck der Alternativlosigkeit weiter Teile der Weltbevölkerung sind. Ideologische Verbrämungen fördern dies und sind wenig hilfreich für deren Eindämmung oder Beendigung von Konflikten. Demokratie, reduziert auf Wahlvorgänge, verliert hier an Bedeutung, wenn nur zwischen unterschiedlich korrupten Gruppen oder ausbeuterischen Systemen gewählt werden kann. Das Resultat sind Konflikte zwischen Armen und zugleich gegen Armeen. Diese „globalen Bürgerkriege“ mit Einfluss überregionaler Mächte und sie stellvertretenden Milizen und Söldnern werden sich 2025 noch zuspitzen. Ob daraus langfristig auch vermehrt reguläre Kriege zwischen Staaten und Staatengruppen im europäischen Umfeld entstehen, kann nur gemutmaßt werden.

Keynotes

- Ein Flächenbrand in der Levante ist trotz zeitweiliger Waffenruhen jederzeit möglich, würde den Tod von zehntausenden und die Flucht von hunderttausenden Menschen bedeuten. Zugleich reduziert dies die Chancen auf Rückkehr in deren Heimat aus Europa.
- Bewaffnete Konflikte beiderseits des Roten Meeres verstärken die beschriebenen Phänomene, gefährden globale Handelsrouten und destabilisieren fragile Staaten wie Ägypten, Sudan, Somalia und den Jemen.
- Im Zuge dieser Entwicklungen entfremden sich die arabischen Staaten zunehmend politisch von Europa. Gleichzeitig nimmt die gegenseitige Abhängigkeit zu. Durch BRICS Plus erwachsen für Staaten in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten alternative Möglichkeiten mit großer Attraktivität.
- Die Einflussmöglichkeiten der EU auf Zentralasien und den Kaukasus sind limitiert und unsere Herangehensweise widersprüchlich. Die Bedeutung hinsichtlich Energie und Terrorismus sind ebenso hoch, wie das Destabilisierungspotential der RUF in diesen Räumen. China und Russland haben dabei bedingte Divergenzen.
- Das Chaos im Sahel breitet sich auf den Golf von Guinea und Nordafrika aus und fördert dort autoritäre Strukturen. Die Wirkmöglichkeit Europas ist eingeschränkt und zugleich dringend gefordert.
- Die Stagnation der EU-Integrationspolitik im Westbalkan stärkt den regionalen Einfluss globaler Rivalen und gefährdet langfristig die Stabilität in Europa.
- Staatliche Wirkmöglichkeiten werden in allen Regionen des „Krisenbogens“ um Europa zunehmend von Kriegen um Ressourcen und Routen bestimmt, wobei immer mehr nicht-staatliche Akteure an Bedeutung gewinnen und außerhalb des internationalen Rechts agieren.



George Khelashvili/Shutterstock

Die Sicherheitslage in Osteuropa und im Südkaukasus

Stephanie Fenkart

Der großangelegte Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat die europäische Sicherheitslage dramatisch verändert. Die Annahme, dass konventionelle Kriege auf europäischem Territorium der Vergangenheit angehören, hat sich als falsch erwiesen und ein Umdenken, wie die Europäische Union ihre Sicherheit in Zukunft gestalten muss, wurde eingeleitet. Neben der Erhöhung der Ausgaben für die europäische Verteidigung, der Modernisierung von Streitkräften und dem Ausbau der Interoperabilität hat sich ein Konsens herausgebildet: Sicherheit kann es in Europa in absehbarer Zukunft nur gegen Russland geben. Im Gegensatz zum Krieg gegen die Ukraine findet die Rolle Russlands im Südkaukasus und im verbündeten Belarus relativ wenig Beachtung. Russland vertritt seine strategischen und geopolitischen Ziele mit Härte und macht sich die vorherrschenden Konflikte zu eigen, um seinen Einfluss zu stärken – wie in Belarus – oder die

Entwicklungen zu seinen Gunsten zu beeinflussen bzw. zu erzwingen – wie im Südkaukasus.

Russland und Belarus

Kurz nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie kam es in Belarus im August 2020 zu Massenprotesten nach der gefälschten Präsidentenwahl, die der Machthaber Aljaksandr Lukaschenka, der das Land seit 1994 autoritär regiert, mit brutaler Polizeigewalt niederschlagen ließ. Laut dem Menschenrechtszentrum VIASNA sind mit Stand 24. September 2024 immer noch 1322 politische Gefangene in belarussischen Gefängnissen inhaftiert. Die politische Opposition und viele Aktivistinnen und Aktivisten, aber auch unabhängige Beobachterinnen und Beobachter befinden sich mittlerweile im Ausland.

Nach einer kurzen Zeit der losen Annäherung zwischen Belarus und der Europäischen Union verhängte diese Sanktionen, die infolge anhaltender Repressionen und der erzwungenen Landung einer Ryanair-Maschine im Mai 2021 sowie der belarussischen Beteiligung an der militärischen Invasion der Ukraine durch Russland weiter verschärft wurden. Dass die Beziehungen zur EU aufgrund der Ereignisse vom August 2020 zunehmend konfrontativ sind, zeigt auch die von Belarus geförderte Migrationskrise aus dem Jahr 2021, als Belarus zehntausende Visa an Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten vergab und sie an die Grenze zur EU schickte.

Migration als Waffe einzusetzen, um sich dadurch Zugeständnisse zu erpressen, hat für die Union und die einzelnen Mitgliedsländer weitreichende Folgen. Neben der humanitären Krise durch Grenzschließungen und – nach europäischem Recht illegale – Pushbacks zeigte sich auch die Verwundbarkeit der Europäischen Union, die durch die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung rund um das Thema Migration noch verstärkt wird. Zieht man dazu in Betracht, dass Belarus und Russland seit 1999 einen Unionsstaat bilden und dass dieser auch aufgrund mangelnder Alternativen für Belarus (Belarus grenzt im Westen an die EU-Mitgliedsstaaten Estland, Lettland, Finnland sowie Polen, im Süden an die Ukraine und im Osten lediglich an Russland) zunehmende Bedeutung erfährt, bedeutet das in absehbarer Zukunft keine Entspannung in den

belarussisch-europäischen Beziehungen. Ganz im Gegenteil beobachten wir eine zunehmende Abhängigkeit Belarus' von Russland.

Inwieweit Belarus seine territoriale Integrität und Souveränität beibehalten kann, hängt wohl von den Entwicklungen des russischen Krieges gegen die Ukraine ab. Auch wenn Belarus bisher versucht hat, nicht direkt zur Kriegspartei zu werden, wird es angesichts der ungleichen Kräfteverhältnisse, wirtschaftlicher Abhängigkeit aber auch russischer Propaganda und der Einschränkung der Bewegungsfreiheit Richtung Westen wohl weiterhin Zugeständnisse an Russland machen müssen. Wie die EU insgesamt muss auch Österreich weiterhin mit zumindest hybriden Angriffen rechnen, die die europäische Sicherheit und Ordnung bedrohen, und es sollte sich bereits jetzt mit Szenarien der zukünftigen Beziehungen zwischen Belarus und der Europäischen Union beschäftigen, obwohl noch kein Ende des russischen Krieges gegen die Ukraine abzusehen ist.

Russland und der Südkaukasus

Während Belarus zunehmend als verlängerter Arm Russlands betrachtet werden kann, treffen im Südkaukasus konkurrierende Akteure aufeinander. Georgien, dessen Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit proeuropäisch gestimmt ist, sieht sich mit einer zunehmend prorussisch ausgerichteten Regierung konfrontiert, obwohl Russland de facto zwei georgische Gebiete (Südostsetien und Abchasien) nach Militäreinsätzen kontrolliert. Im Oktober 2024 fanden in Georgien Wahlen statt, die unter dem Verdacht der Wahlmanipulation durch die russlandnahe Regierungspartei „Georgischer Traum“ stehen. Eine Annäherung an die EU und die NATO erscheint daher kurz- bis mittelfristig unwahrscheinlich.

Armenien, das nach dem verlorenen Krieg gegen Aserbaidschan 2020 und nach der Militäroperation im September 2023, bei der Aserbaidschan auch das autochthon armenisch besiedelte Gebiet Nagorno Karabach zurückerobern konnte, worauf es zu einem Massenexodus der rund 120 000 Armenierinnen und Armenier kam, ist als Binnenstaat mit nur zwei offenen Grenzen (im Süden zum Iran und im Norden zu Georgien) in einer äußerst schwierigen geografischen und geopolitischen Situation. Dazu kommt die Abhängigkeit von Russland in nahezu allen relevanten Bereichen wie Transport, Energie, Handel oder Sicherheit,

die aufgrund des Nichteingreifens Russlands im Krieg mit Aserbaidschan als zunehmende Belastung wahrgenommen wird.

Aserbaidschan, obwohl autoritär regiert, hat sich durch eine geschickte Außenpolitik sowie seinen Rohstoffreichtum in eine gute geopolitische Lage gebracht und diktiert nicht zuletzt aufgrund seiner militärischen Stärke und seiner guten Beziehungen zur Türkei, aber auch zu Russland und Israel, die Zukunft der armenisch-aserbaidschanischen Beziehungen. Neben der Unterzeichnung eines Friedensabkommens ist insbesondere die Ausgestaltung einer Verbindung zwischen der aserbaidschanischen Exklave Nachitschewan und Aserbaidschan durch armenisches Territorium (Sjunik- oder Zangezur-Korridor genannt) ein Streitpunkt für die Normalisierung der Beziehungen. Armenien und Aserbaidschan würden von einer solchen Verbindung maßgeblich profitieren, für Russland und auch für den Iran wäre sie aber strategisch nachteilig. Einerseits könnte die Strecke als Teil des Mittelkorridors – einer Verbindung von China über Zentralasien und die Türkei bis in die EU unter Umgehung Russlands – genutzt werden, andererseits wäre sie eine Alternative zur Verbindung zwischen Aserbaidschan und seiner Exklave Nachitschewan, die bisher einzig über iranisches Territorium an der Südgrenze Armeniens verläuft. Armenien verweist zurecht darauf, dass eine solche Verbindung durch armenisches Territorium auch unter armenischer Kontrolle stehen muss, während Aserbaidschan auf russischer Kontrolle gemäß Punkt 9 des Waffenstillstandabkommens von 2020 besteht – während alle anderen Punkte des Abkommens von Aserbaidschan durch die Militäroperation 2023 und die vorangehende Blockade des Latschin-Korridors gebrochen wurden.

Für die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten ergibt sich in dieser Region angesichts der traditionellen geopolitischen Akteure und deren Konkurrenz ein relativ kleiner Handlungsspielraum. Akzente könnte die EU bei der Unterstützung der armenischen Diversifizierungsagenda seiner Außen-, Handels- und Sicherheitspolitik setzen, aber auch bei der Stärkung der fragilen armenischen Demokratie. Daneben könnten sich einzelne EU-Staaten im Bereich Vergangenheitsbewältigung zwischen Armenien und Aserbaidschan einbringen. Die schwierigen historischen Beziehungen durch Krieg, Vertreibung und Gewalt haben bis heute in beiden Gesellschaften tiefe Wunden hinterlassen.

Keynotes

- Russland vertritt in seiner unmittelbaren Nachbarschaft seine strategischen und geopolitischen Ziele mit Härte.
- Russland macht sich die vorherrschenden Konflikte zu eigen, um wie in Belarus seinen Einfluss zu stärken, oder wie im Südkaukasus die Entwicklungen zu seinen Gunsten zu beeinflussen.
- Österreich muss wie die EU insgesamt mit zumindest hybriden Angriffen rechnen, die die europäische Sicherheit und Ordnung bedrohen.
- Die Einflussmöglichkeiten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten im Südkaukasus sind angesichts der dort konkurrierenden Interessen der Regionalmächte Russland, Türkei und Iran gering.
- Akzente könnte die EU bei der Unterstützung der armenischen Diversifizierungsagenda seiner Außen- Handels- und Sicherheitspolitik setzen, aber auch bei der Stärkung der fragilen armenischen Demokratie.
- Einzelne EU-Staaten könnten sich im Bereich Vergangenheitsbewältigung zwischen Armenien und Aserbaidschan einbringen.



Die Ukraine im vierten Kriegsjahr

Christoph Bilban

Der vollumfängliche Krieg in der Ukraine geht 2025 in das vierte Kriegsjahr. Bereits Mitte 2024 wurde laut Schätzungen die Marke von über einer Million Toten, Verwundeten und Vermissten – darunter mehr als 10 000 tote Zivilistinnen und Zivilisten – überschritten. Fast 20 Prozent der Ukraine waren zum Jahreswechsel durch Russland besetzt. Nach dem Wahlsieg Donald Trumps in den USA steht man im vierten Kriegsjahr jedoch vor der großen Frage, ob das Sterben beendet werden wird. Militärisch hat keine der Seiten ihre Ziele erreicht, und auch für 2025 scheint dies wenig wahrscheinlich. Ein zunehmender Verhandlungswille in der Ukraine und in Russland lässt eine diplomatische Zwischenlösung in Form eines Waffenstillstands möglich erscheinen.

Abnutzungskrieg zum Vorteil Russlands

Russland wird seine 2024 erlangte militärische Initiative in der Ostukraine vermutlich aufrechterhalten können. Mit hohen Verlusten an Material und Personal gelang es, die ukrainische Armee im Donbas stetig zurückzudrängen. Von September bis November 2024 eroberte Moskau gut 1100 km², womit in nur drei Monaten fast dreimal so viel Gebiet erkämpft wurde wie im gesamten Jahr 2023. Auch der ukrainische Vorstoß in die russische Oblast Kursk im August 2024 konnte bereits wieder teils zurückgedrängt werden. Eine umfassende Gegenoffensive dürfte noch Ende 2024 stattfinden. Die Ankunft von 12 000 nordkoreanischen Soldatinnen bzw. Soldaten an der Kursk-Front im November deutet jedenfalls darauf hin. Der Kreml könnte laut Berichten 2025 noch bis zu 100 000 weitere Soldatinnen und Soldaten aus Nordkorea bekommen. Zusätzlich wird man wie 2024 vermehrt Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten mit falschen Versprechungen nach Russland locken, um diese dann in den Militärdienst zu zwingen. Der russische Freiwilligen-Pool wird nämlich zunehmend kleiner und teurer. In der Ukraine werden die bestehenden Rekrutierungsschwierigkeiten 2025 vermutlich ebenso nicht überwunden. Beide Seiten zeigen sich Ende 2024 zwar militärisch erschöpft, aber verfügen vermutlich noch über genug Reserven um den Krieg 2025 weiterzuführen.

Fraglich ist, wie die Zeit bis zur Amtsübernahme des gewählten US-Präsidenten Donald Trump von beiden Seiten militärisch genutzt wird, um eine möglichst vorteilhafte Position zu erlangen. Ein Hinweis könnte die Lieferung von Anti-Personen-Minen an die Ukraine sein, ebenso wie die als Reaktion auf die Einmischung Nordkoreas Mitte 2024 erteilte Freigabe für den Einsatz der von den USA gelieferten Kurzstreckenraketen der Type ATACMS gegen militärische Ziele in Russland. Hinzu kommt die Freigabe von britisch-französischen Marschflugkörpern der Type Storm Shadow/SCALP.

Etwaige Schläge gegen Logistik- und Führungseinrichtungen in der russischen Tiefe und neue ukrainische Minenfelder könnten die Fähigkeit für umfassende Offensiven im Donbas 2025 einschränken. Russland reagierte auf erste ATACMS- und Storm-Shadow-Angriffe mit dem nicht-nuklearen Testeinsatz einer neuen ballistischen Mittelstreckenrakete namens „Oreschnik“ (dt. Hasel) auf ein militärisches Ziel in der ukrainischen Stadt Dnipro. In einer Ansprache nach dem Einsatz erklärte Russlands Präsident Vladimir Putin, dass der „regionale Konflikt

in der Ukraine [...] Elemente globaler Natur“ angenommen habe. Mit dieser Drohgebärde will Putin die westliche Unterstützung unterlaufen, indem Angst vor einer unwahrscheinlichen nuklearen Eskalation geschürt wird.

Wildcard Donald Trump

Die Sicherstellung westlicher Unterstützung wird neben der Personalnot der Armee somit das zweite bestimmende Problem für Präsident Wolodymyr Selenskij im Jahr 2025. Einige ukrainische Beobachter erwarten von der kommenden US-Administration mehr Klarheit und ein Ende der zaghaften Ukraine-Politik. Soweit bisher erkennbar wird die Ukraine keine Priorität in der kommenden US-Administration besitzen. Die Szenarien reichen von einer Einstellung der US-Hilfen als möglicher Worst Case bis hin zu einer denkbaren Fortsetzung der Unterstützung. Auf einen etwaigen Ausfall der US-Zahlungen bereiten sich jedenfalls einzelne europäische Partner und Kyjiw bereits vor. Die Wildcard bleibt jedoch Präsident Trump selbst, der ankündigte, den Krieg am ersten Tag seiner Präsidentschaft zu beenden. Aus russischer Perspektive wird die Trump-Administration vorerst begrüßt, aber dennoch wohl als unberechenbar angesehen.

Waffenstillstand als Zwischenlösung

In einer aktuellen Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung für das Security Radar 2025 antworteten 54 Prozent der Ukrainer und 57 Prozent der Russen, dass sie für Verhandlungen ohne Bedingungen wären. Putin scheint aber nicht von seinen Bedingungen für den Beginn von Gesprächen abzurücken. Er verlangt die Anerkennung der vier Gebiete Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja sowie der Krim als russisch. Für einen Waffenstillstand müsste die Ukraine höchstwahrscheinlich auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichten, und von westlicher Seite müsste vermutlich zumindest einer Aufhebung der Sanktionen zugestimmt werden. Kyjiw hingegen könnte Verhandlungen ohne Bedingungen zwar leichter vorschlagen, forderte aber bereits mehrfach selbst einen Stopp der Luftangriffe vor etwaigen Gesprächen. Einem Waffenstillstand könnte die Ukraine wohl nur mit umfangreichen, westlichen

Sicherheitsgarantien und einem klaren Pfad für weitere Friedensverhandlungen zustimmen, um nicht in eine „Minsk-III-Falle“ zu tappen.

Nachdem aber 2025 die militärische Lage nicht reif für einen Waffenstillstand scheint, wird die Entscheidung für oder gegen eine diplomatische Lösung in Washington und den europäischen Hauptstädten fallen – solange die ukrainische Führung weiterkämpfen will.

Keynotes

- Russland und die Ukraine verfügen vermutlich noch über genug militärische Reserven, um den Krieg 2025 weiterzuführen.
- Die kommende US-Administration bringt vermutlich ein Ende der zaghaften Ukraine-Politik, in welche Richtung ist aber offen.
- Ein Waffenstillstand als Zwischenschritt zu Friedensverhandlungen ist 2025 denkbar, vor allem wenn die westliche Unterstützung reduziert wird.
- Die Sicherstellung westlicher Unterstützung wird neben der Personalnot der Armee somit das zweite bestimmende Problem für Präsident Wolodymyr Selenskij im Jahr 2025.



Russland 2025

Stabile Kontrolle und der Wille zum langen Krieg

Gerhard Mangott

Russlands Präsident Vladimir Putin wurde in nicht freien und fairen Wahlen im März 2023 erneut zum Präsidenten gewählt. Seine Position ist derzeit unumstritten – sowohl in der Bevölkerung als auch mehrheitlich in den politischen und wirtschaftlichen Eliten. Die Regierungsumbildung hat einige Überraschungen gebracht. Gestützt wird die Kontrolle des Landes durch Putin durch zahlreiche günstige makroökonomische Indikatoren. Eine Friedenslösung im anhaltenden Krieg Russland gegen die Ukraine zeichnet sich nicht ab. Die Schnittmenge der Verhandlungsstandpunkte ist gering. Die russische Regierung ist an einem Einfrieren des Konfliktes derzeit nicht interessiert.

Russland nach den „Wahlen“

Vladimir Putin wurde im März 2024 eine fünfte Amtszeit als Präsident Russlands zuteil. In weder freien noch fairen „Wahlen“ soll er nach offiziellen Angaben 87% an Wählerstimmen gewonnen haben. Das vielfach manipulierte Scheinstück demokratischer Mitbestimmung hat wohl weniger Zustimmung ergeben; es wäre aber zugleich falsch anzunehmen, Putin hätte nicht eine Mehrheit der russischen Bevölkerung hinter sich. Auch weil er dafür gesorgt hat, dass es in der politischen Arena keine Alternative mehr zu ihm zu geben scheint.

Die Regierungsbildung im Mai 2024 verjüngte das Kabinett leicht, führte aber zu keinen radikalen Änderungen in den Schlüsselstellen der Macht. Zu erwähnen ist die Abberufung von Sergej Schoigu als Minister für Verteidigung – bei gleichzeitiger Säuberung v.a. auf der Ebene der stv. Minister. Schoigu ist in der Machthierarchie aber nicht abgestiegen; er wurde zum Sekretär des Sicherheitsrates des Präsidenten ernannt. Seine Besuche in China, Nordkorea oder Iran zeigen, dass er sich noch immer im inneren Kreis der Macht aufhält. Neuer Verteidigungsminister wurde der arbeitssame Ökonom Andrej Belousov, ausgestattet mit der Aufgabe, das Zusammenwirken des Ministeriums mit der russischen Rüstungsindustrie zu verbessern und die Korruption in der zivilen und militärischen Führung der Streitkräfte zu bekämpfen. Bemerkenswert ist die Abberufung von Nikolaj Patrushev, der seit 2008 Sekretär des Sicherheitsrates gewesen war und als graue Eminenz gegolten hatte. Er ist nun im Präsidialamt für Schiffbau zuständig – eine klare Abwertung oder ein selbst gewähltes Ausgedinge. Überraschend war auch, dass der ungeliebte (und bedingt fähige) General Valerij Gerasimov Generalstabschef bleiben konnte. Denkbar ist eine Ablösung in absehbarer Zeit durch „General Armageddon“ Sergej Suvorikin oder Generalleutnant Michail Teplinskij.

Nach der Präsidentenwahl und der Regierungsumbildung ist die russische Innenpolitik wieder in ruhige Gewässer gekommen. Putin ist unumstritten. Nach dem oppositionellen Levada-Zentrum beträgt die Zustimmung zur Amtsführung Putins seit Langem mehr als 80%; im September 2024 lag sie bei 84%. Auch die Steuererhöhungen haben die Unzufriedenheit in der Bevölkerung nicht sichtlich gestärkt. 69% der Bevölkerung finden noch immer, dass sich das Land in die richtige Richtung bewegt, auch wenn dieser Wert leicht rückläufig ist. Hinzuweisen ist dabei natürlich darauf, dass Umfragen in einem repressiven Umfeld ungenau sind

und eine Mehrheit der Bevölkerung ihre politischen Informationen noch immer von den staatlichen Sendern bezieht.

Wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Lage in Russland ist durchwachsen, aber bei vielen Indikatoren durchaus positiv. 2024 wird ein BIP-Wachstum von 3,9% erwartet. Dies hängt vor allem mit den hohen staatlichen Ausgaben für die Rüstungsindustrie zusammen, von denen diese und auch die Zulieferbetriebe massiv profitieren. Die Rüstungsausgaben steigen nach einer Studie der Bank of Finland um mehr als 60% gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig wurden auch staatliche Transferleistungen deutlich erhöht. Das, zusammen mit dem hohen Sold für den Fronteinsatz, heizt die Inflation an, die 2024 wohl über neun Prozent erreichen wird.

Geschürt wird die Inflation zudem durch einen deutlichen Arbeitskräftemangel. Im Juli 2024 ist die Arbeitslosenrate bei 2,5% gelegen. Das hängt mit dem Fronteinsatz russischer Männer ebenso zusammen wie mit der Migration fast einer Million russischer Bürgerinnen und Bürger seit Jänner 2022. In der Zwischenzeit sind aber viele Russinnen und Russen wieder nach Russland zurückgekehrt. Die Zahl derer, die noch immer außerhalb Russlands leben, wird bei ca. 600 000 gemessen. Dazu kommt noch die demografische Krise der russischen Bevölkerung. Angesichts fehlender Arbeitskräfte müssen immer höhere Löhne und Gehälter bezahlt werden, die wiederum die Inflation anheizen. Die Reallohne sind entsprechend gewachsen. Die Einkommenszufriedenheit in der russischen Bevölkerung ist sehr hoch. Diese Bedingungen führten allerdings zu einer überhitzten Wirtschaft.

Die russische Zentralbank erwartet aber in den nächsten Monaten eine leichte Abkühlung der Wirtschaft. Das BIP-Wachstum 2025 könnte bestenfalls bei 2,5% liegen. Das hat aber weniger mit den westlichen Sanktionen zu tun als mit der Geldpolitik der Zentralbank. Der Leitzins liegt derzeit bei hohen 18%, verteuert Investitions- und Konsumkredite und senkt damit das Wachstumstempo.

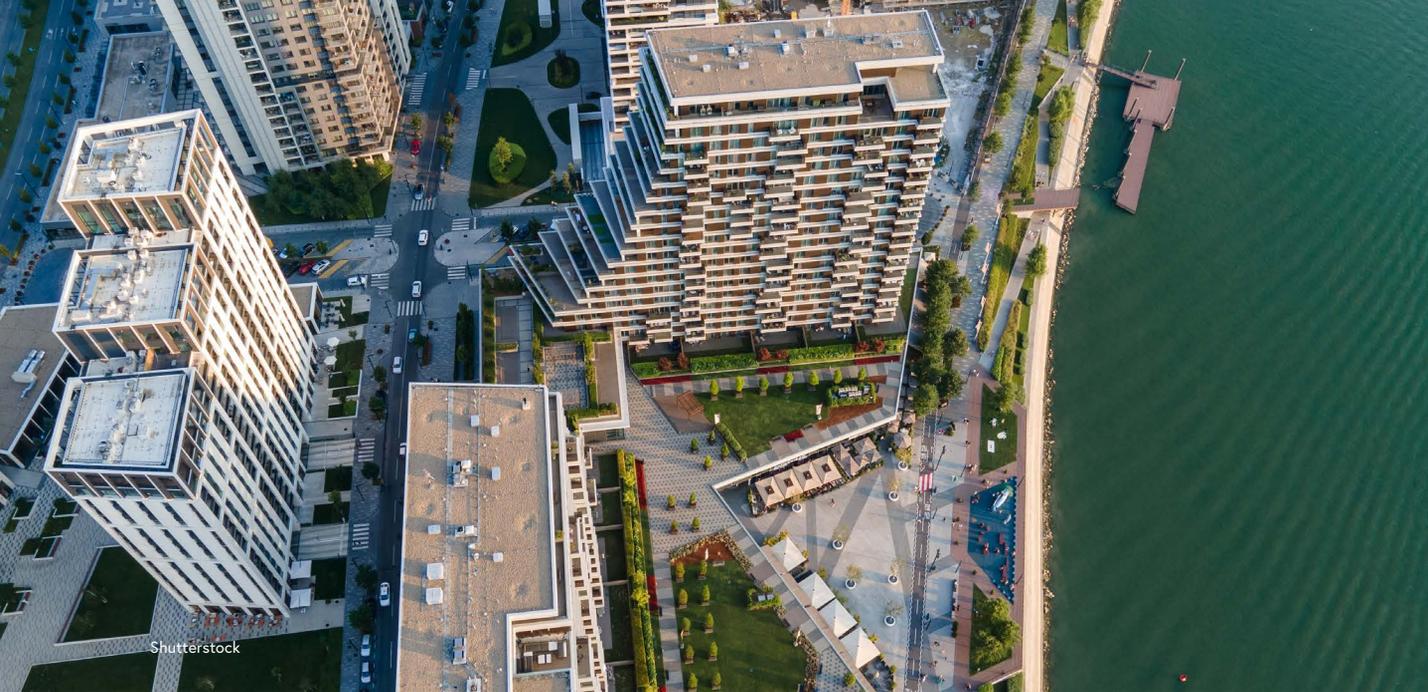
Perspektiven für den Krieg gegen die Ukraine

Russland kann den Krieg gegen die Ukraine finanziell und personell weiterführen. Das Budgetdefizit 2024 wird 1,5% des BIP betragen und sollte 2025 auf ein Prozent des BIP sinken. Innerhalb der Elite gibt es keine einflussreichen Gegner der Fortsetzung des Krieges. Ohne massiv verstärkte Waffen- und Munitionshilfe wird die ukrainische Armee in der Defensive bleiben. Zudem hat das neue Mobilisierungsgesetz (2024) der Ukraine zu wenige Soldatinnen bzw. Soldaten hervorbringen können; der Überalterungsgrad in der Armee ist hoch, die Motivation bei vielen schwach. Die Zahl der Desertionen dürfte zwischen fünf und zehn Prozent liegen. Die Zahl der Zwangsrekrutierungen steigt. Kriegsmüdigkeit in einigen westlichen Staaten und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten werden den Druck auf die ukrainische Führung steigern, von den Maximalforderungen ihrer „Friedensformel“ vom November 2022 abzurücken.

Eine Verhandlungslösung über das Einfrieren des Konfliktes an den dann bestehenden Frontlinien ist für 2025 zwar möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich. Russland sucht eine Konfliktlösung zusammen mit den USA; die EU ist ein unerwünschter Partner, der als Vasall der USA gesehen wird. Eine Friedenlösung steht in weiter Ferne. Bei einem Einfrieren der Waffenstillstandslinie muss die Ukraine weiterhin stark militärisch unterstützt werden, um russische Folgeangriffe in den nächsten Jahren möglichst abzuschrecken. Die ukrainische Führung müsste dazu zwar keine de-jure, aber eine de-facto Kontrolle Russlands über die eroberten Gebiete der Ukraine anerkennen. Der im September 2024 vorgelegte ukrainische „Friedensplan“ kann nicht anders gedeutet werden, denn als „Wunsch nach Kriegsfortsetzung mit intensivierter westlicher Militärhilfe“. Die Zielerreichung hängt dabei aber von Variablen ab, die nicht unter ukrainischer Kontrolle liegen. Dem steht Russlands Fähigkeit und Wille, den Krieg fortzusetzen, gegenüber. Das ist das Unglück der Ukraine.

Keynotes

- Vladimir Putin wurde 2024 in manipulierten Wahlen zum fünften Mal Präsident und bleibt mangels Alternativen unumstritten.
- Die Regierung wurde leicht verjüngt, aber Schlüsselpositionen wie die des Verteidigungsministers wurden neu besetzt, ohne die Machtstrukturen zu verändern.
- Trotz Steuererhöhungen und repressiver Medienkontrolle unterstützen laut Umfragen über 80% der Bevölkerung Putins Kurs.
- Russlands Wirtschaft wächst 2024 dank massiver Rüstungsausgaben um 3,9%, leidet jedoch unter Inflation und Arbeitskräftemangel.
- Russland ist finanziell und personell in der Lage, den Krieg fortzusetzen, während die Ukraine unter Ressourcenknappheit und mangelnder Motivation leidet.
- Ein Konfliktstillstand 2025 bleibt unwahrscheinlich, da Russland die Bedingungen diktiert und westliche Unterstützung entscheidend für die Ukraine bleibt.



Sicherheit und Stabilität am Westbalkan

Vesna Pusić

Weder bei der Politik noch bei der Bevölkerung der sechs Länder des westlichen Balkans (WB6) herrscht Einigkeit über den Wunsch und die Entschlossenheit, der EU beizutreten. Obwohl Montenegro als Spitzenreiter in Sachen EU-Beitritt gehandelt wird, ist es in Wirklichkeit der politisch heikelste Fall, dessen Existenz als unabhängiger Staat in Frage gestellt ist. Russland ist der wichtigste ausländische Akteur, der sich aktiv in die inneren Angelegenheiten der WB6 einmischt, insbesondere in Serbien und Montenegro und in gewissem Maße auch in Nordmazedonien und Bosnien und Herzegowina. Russland sieht diese Länder als ein Instrument zur Destabilisierung der EU. Die neue US-Regierung könnte am Westbalkan eine eher störende als konstruktive Rolle spielen, indem sie lokale und regionale Autokraten unterstützt. Instabilität am Westbalkan könnte den Flüchtlingsstrom in die EU verstärken, die derzeitigen Sicherheitsbemühungen stören und den Rechtspopulismus in der EU unterstützen.

Viele Jahre lang waren die sechs Länder des westlichen Balkans (WB6) durch ein wichtiges gemeinsames strategisches Ziel vereint: Sie wollten alle der Europäischen Union beitreten. Das war es, was ihre jeweilige politische Führung immer wieder betonte, was die öffentliche Meinung überwiegend wollte und was die EU immer wieder bestätigte. Dies machte ihre politischen Entscheidungen zumindest teilweise vorhersehbar und absehbar. Das ist heute nicht mehr der Fall. In den elf Jahren seit dem Beitritt Kroatiens zur EU ist keiner der WB6-Staaten beigetreten oder auch nur erheblich näher an den Beitritt herangekommen. Im Gegenteil, die meisten scheinen weiter davon entfernt zu sein, die Kriterien zu erfüllen und der EU beitreten zu können, als sie es in den Jahren 2012 oder 2014 waren, in denen Montenegro und Serbien ihre Beitrittsverhandlungen begannen.

Die politischen Wege, die diese Staaten einschlagen, sind nun sehr viel divergenter, ebenso ihre Alliierten, die dominanten politischen Diskurse, oder ihre außenpolitischen Ziele. Von den WB6 sind einige immer noch bereit und in der Lage, der EU beizutreten, einige sind bereit, aber möglicherweise nicht ganz in der Lage, und einige sind weder bereit noch in der Lage, zumindest im Moment. Dies macht die gesamte Region viel weniger vorhersehbar und volatil als noch vor einigen Jahren.

Es gibt drei Hauptgründe für diese neue Vielfalt und den Umstand, dass sich einige Politikerinnen und Politiker von der EU abgewandt und in einigen Fällen auch die öffentliche Meinung mit sich genommen haben:

1. Seit 2014 und der Annexion der Krim, aber vor allem seit dem umfassenden Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022, ist Russland in der gesamten Region äußerst aktiv, passt seine Taktiken an die einzelnen Länder an und konzentriert sich dabei stark auf die öffentliche Meinung und die Medien.
2. In den letzten zehn Jahren sind einige Politikerinnen und Politiker während ihrer Zeit an der Macht übermäßig reich geworden, und sie haben begonnen, die EU-Mitgliedschaft als potenzielle Bedrohung für ihre persönlichen Interessen, ihren Reichtum und in manchen Fällen ihre Sicherheit vor Strafverfolgung zu betrachten.
3. Inkonsequenzen in der EU-Erweiterungspolitik – nicht eingehaltene Versprechen, lange Perioden der Erweiterungsmüdigkeit und Änderungen des Verhandlungsrahmens – haben die öffentliche Meinung in vielen Ländern desillusioniert und die Menschen glauben lassen,

dass die EU-Mitgliedschaft ein unrealistisches und unerreichbares Ziel ist. Nordmazedonien ist hier ein Paradebeispiel, aber es hatte Auswirkungen auf die gesamte Region.

Risiken für die EU und Österreich

Russland ist der internationale Akteur, der wahrscheinlich am besten die Bedeutung des westlichen Balkans für die Stabilität der Europäischen Union versteht. Seit 2014 behandelt Russland die EU als Feind und beginnt, den westlichen Balkan als Werkzeug zur Destabilisierung der EU zu nutzen. Russland war auch in Rumänien und Bulgarien sehr aktiv, um eine Pufferzone zwischen sich und seinen unmittelbaren Nachbarn und der EU zu schaffen. Das maximale Ziel Russlands ist die Auflösung der EU, das optimale Ziel ist es, jede zukünftige EU-Erweiterung zu stoppen.

Ein dysfunktionaler Westbalkan, geplagt von politischen Konflikten, wäre nicht in der Lage, mit einem potenziellen künftigen Zustrom von Flüchtlingen bzw. Migrantinnen und Migranten umzugehen. Dies würde auch die ohnehin schon hohe Auswanderung aus der Region selbst verstärken. Da Österreich bereits viele Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten aus der Region aufgenommen hat, wäre es ein Hauptziel für zukünftige potenzielle Migration. Einige Länder könnten zunehmend als Putins Arm in der NATO und in zukünftigen EU-Verteidigungsarrangements agieren. Und all dies könnte die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien in der gesamten EU erhöhen und die Einheit und Funktionsfähigkeit der EU stark gefährden.

Die Rolle Dritter am westlichen Balkan

Russland ist die wichtigste und aktivste Einflussgröße in der Region. Seine Agenturen, staatlichen Vertreterinnen und Vertreter, Unternehmen, Einzelpersonen und die Kirche sind stark in Serbien, Montenegro, Nordmazedonien und bis zu einem gewissen Grad auch in Bosnien und Herzegowina präsent. Ihr Ziel ist es, die Länder der Region gegen die EU, die NATO und den Westen zu wenden und durch die Destabilisierung der Region die EU selbst zu destabilisieren.

Das Ergebnis der US-Präsidentenwahl wird substantielle Auswirkungen auf die Region haben. Donald Trump hat bereits gezeigt und erklärt, dass er Putin freie Hand in Bereichen geben würde, die Russland als seine Einflussosphäre betrachtet, die die NATO schwächen und lokale Machthaber unterstützen würde, wo immer möglich. Dies könnte leicht zu Konflikten führen, zumindest in Bosnien und Herzegowina und zwischen dem Kosovo und Serbien.

Die Besuche von Bundeskanzler Olaf Scholz und Präsident Emmanuel Macron, die nach dem Bekanntwerden von Serbiens Lithiumvorkommen erfolgten, waren ziemlich beunruhigend. Sie erinnerten unangenehm an die europäische Haltung gegenüber einigen afrikanischen und asiatischen Staaten vor vielen Jahrzehnten: Rohstoffe sichern, Waffen verkaufen, Diktatoren ignorieren. Ein solcher Ansatz wäre nicht nur für Serbien, sondern für die Stabilität der gesamten Region extrem kontraproduktiv.

Russland, Serbien und die serbisch-orthodoxe Kirche befinden sich in einem groß angelegten Angriff auf die Souveränität, Identität und politische Unabhängigkeit Montenegros. Darüber hinaus besteht die Sorge, dass unter europäischen Politikerinnen und Politikern ein stillschweigendes Einverständnis besteht, Montenegro für Aleksandar Vučić als Kompensation wegen des Verlustes des Kosovos zu positionieren. Dies wäre besonders gefährlich, da Montenegro der einzige Adria-Anrainerstaat ist, dessen NATO-Mitgliedschaft infrage gestellt werden könnte.

Sowohl Kroatien als auch Serbien haben kürzlich zwölf französische Rafale-Kampfflugzeuge gekauft bzw. den Kauf vereinbart. Kroatien ist NATO-Mitglied, hier kann das als Teil der Bemühungen betrachtet werden kann, die erforderlichen zwei Prozent des BIP für Verteidigung zu erreichen. Im Gegensatz zu früheren EU-Erweiterungen ist die NATO-Mitgliedschaft kein Garant mehr für politische Loyalität und Ausrichtung. Sowohl Montenegro als auch Nordmazedonien sind dafür Beispiele.

Keynotes

- Die sechs Westbalkan-Staaten zeigen keine einheitliche Haltung zum EU-Beitrittsprozess.
- Montenegro wird als der verwundbarste Staat in der Region wahrgenommen.
- Russland tritt als dominanter Akteur auf, der durch politische und wirtschaftliche Mittel gezielt Unruhe stiftet.
- Durch die Förderung von Instabilität in den Westbalkan-Ländern untergräbt Russland nicht nur die Region, sondern auch die Stabilität und Sicherheit der EU.
- Die Politik der USA könnte die Dynamik in der Westbalkan-Region zusätzlich belasten.
- Indem die EU die Westbalkan-Staaten stärker integriert und unterstützt, schützt sie nicht nur deren Stabilität, sondern stärkt gleichzeitig die eigene Sicherheit und Einheit.



Shutterstock

Internationale Bemühungen am Westbalkan

Fokus auf Bosnien und Herzegowina

Ulrike Hartmann

Das internationale Engagement am Westbalkan ist ungebrochen; mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und der de facto Beendigung des EU-Integrationsprozesses mit der Türkei nutzen Russland, die Türkei und wirtschaftlich auch China jedes Vakuum, das die EU zulässt. Die EU hat mittlerweile die geopolitische Bedeutung der Erweiterung erkannt, die aufgrund von Partikularinteressen regionaler Politikerinnen und Politiker auf dem Westbalkan jedoch kein Selbstläufer ist. EU-Reformen kommen häufig nur unter Druck zustande. Stärkeres EU-Engagement (soft power) reicht wiederum den USA im Sicherheitsbereich in Bosnien und Herzegowina nicht aus; sie plädieren für eine härtere Gangart.

Traditionell sind das internationale Engagement und Interesse am Westbalkan stark ausgeprägt, die Intensität ist jedoch abhängig von regionalen bzw. geopolitischen Entwicklungen. Auf der einen Seite stehen die EU und like-minded Staaten wie die USA und Großbritannien, internationale Organisationen wie die OSZE oder internationale Finanzinstitutionen. Auf der anderen Seite hat der russische Einfluss seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine erkennbar zugenommen, insbesondere in Serbien und von Serbinnen und Serben bewohnten Gebieten in Bosnien und Herzegowina, Montenegro oder im Kosovo. China wiederum versucht, im wirtschaftlichen Bereich immer stärker Fuß zu fassen und damit langfristig Abhängigkeiten zu schaffen – eine Strategie, die letztlich auf den EU-Markt ausgerichtet ist. Die Türkei hat mit dem Einfrieren ihrer EU-Integration eine eigenständige Rolle am Westbalkan übernommen. Sie will einerseits als politischer Partner wahrgenommen werden, und sie nimmt andererseits viel Geld in die Hand, um etwa in der mehrheitlich von Bosniakinnen und Bosniaken bewohnten Föderation von Bosnien und Herzegowina die eigene Kultur und traditionelle bzw. religiöse Werte zu verbreiten.

Der Krieg in der Ukraine und die zunehmenden Einflussversuche Russlands in den EU-Beitrittskandidaten des Westbalkans erfordern von der neuen EU-Kommission bzw. den EU-Mitgliedsstaaten noch stärkeres Engagement in der Region – sowohl technischer Natur (Unterstützung bei Gesetzesanpassungen/Training), als auch mit spürbaren Benefits für die Bevölkerung bereits vor dem Vollbeitritt (graduelle Integration).

Abgesehen vom Grad des EU-Engagements hängen die politischen und sicherheitsrelevanten Entwicklungen auf dem Westbalkan 2025 auch von der künftigen US-Politik ab – einerseits von der inhaltlichen Ausrichtung des neu gewählten Präsidenten Trump, aber auch davon, wie stark sich die USA in dieser Region bzw. den einzelnen Ländern in Zukunft tatsächlich engagieren wollen. Erfolg oder Misserfolg der EU wird letztlich daran gemessen werden, ob es gelingen wird, die politisch Verantwortlichen in der Region zu echten Reformen zu bewegen bzw. in Ländern wie Bosnien und Herzegowina in den nächsten Jahren einen politischen Generationenwechsel zu befördern, der – wie derzeit in Montenegro – zügige Fortschritte im EU-Prozess ermöglicht.

Lehren der EU

Das politische Engagement der EU und ihrer Mitgliedsstaaten hat vor dem Hintergrund interner Entwicklungen auf dem Westbalkan (Erstarren des Ethnonationalismus), vor allem aber aufgrund der stärkeren Einflussnahme externer Akteure bereits in den letzten Jahren zugenommen. Man hat erkannt, dass jedes Vakuum, das die EU hinterlässt, schnell von Drittstaaten ausgefüllt wird und die Ausrichtung der Beitrittskandidaten in Richtung Union zumindest beeinträchtigt. Im Sicherheitsbereich bedarf es daher sowohl im Kosovo (KFOR) als auch in Bosnien und Herzegowina (EUFOR ALTHEA) nach wie vor des sichtbaren internationalen Engagements, um ethnische Vorfälle nach Möglichkeit hintanzuhalten und der Bevölkerung auch ein gewisses Maß an Sicherheit zu vermitteln. Die fragile politische Lage in Bosnien und Herzegowina hat die USA außerdem auf den Plan gerufen, stärkeres Engagement von EUFOR ALTHEA einzufordern, insbesondere zur Abschreckung von Sezessionsbestrebungen der Republika Srpska. Selbst ein Engagement der NATO wird von den USA nicht ausgeschlossen, um dem zunehmenden russischen Einfluss in diesem Land zu begegnen und vergangenes internationales Engagement abzusichern.

EU-Integration der Westbalkanstaaten

Formal ist der EU-Beitritt unter den politisch Verantwortlichen in den Westbalkanstaaten unumstritten. Damit folgt die Politik nicht nur dem klaren Wunsch der Bevölkerung (mit geringerer Zustimmung in Serbien), auch die enge wirtschaftliche Verknüpfung der Länder mit der EU lassen keinen Raum für realistische Alternativen. Allein Bosnien und Herzegowina wickelt etwa zwei Drittel seines Handels mit der EU ab. Die konkreten Integrationsschritte (EU-Reformen) hinken dem jedoch deutlich hinterher, obwohl sich die Staaten bereits seit dem EU-Beschluss von Thessaloniki 2003 im EU-Integrationsprozess befinden. Zu lange hat die EU die wahren Interessen der oft Jahre, wenn nicht Jahrzehnte amtierenden Entscheidungsträgerinnen und -träger auf dem Westbalkan unterschätzt: So hat man EU-Reformen oft nur in jenen Bereichen vorangetrieben, wo sie keinen internen Kontrollverlust bedeuten. Montenegro etwa galt unter dem früheren Langzeitpräsidenten und -premier Milo Đukanović lange Zeit zwar als EU-Musterschüler, Reformen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit bzw. Korruptionsbekämpfung blieben jedoch aus

oder hatten keine spürbaren Auswirkungen. In Bosnien und Herzegowina kommt darüber hinaus noch der komplizierte Entscheidungsfindungsprozess und die Dominanz ethnisch basierter Entscheidungen hinzu.

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat in den EU-Staaten nicht nur die Skepsis gegenüber der Erweiterung in den Hintergrund gerückt, er hat der EU auch einmal mehr vor Augen geführt, welche geostrategische Bedeutung die Erweiterung im Südosten Europas besitzt. Vor allem geografisch nahe gelegene EU-Staaten, darunter Österreich, erkennen diese Bedeutung. Zum Ausdruck gebracht hat man dies u.a. durch die 2023 erfolgte Gründung der informellen Gruppe der Friends of the Western Balkans (Österreich, Italien, Slowenien, Kroatien, Slowakei, Tschechien, Griechenland), die vorrangig den geopolitischen Aspekt bei der Erweiterung, im Gegensatz zum technischen Abarbeiten der Beitrittskriterien, im Auge hat.

Mit dem Engagement der Friends of the Western Balkans, diese Region rasch einzubinden, begegnet man auch dem Drängen mancher EU-Staaten in Richtung eines raschen EU-Beitritts der Ukraine und Moldaus. Ist die Politik der Westbalkanstaaten zu echten Reformfortschritten bereit, wird es darauf ankommen, diese Reformen von EU-Seite auch entsprechend zu honorieren, um den wiederholt geäußerten Vorwurf der Ungleichbehandlung mit der Ukraine und Moldau nicht weiter zu befeuern.

Geschwindigkeit der EU-Integration des Westbalkans

So sehr geopolitische Gründe für eine rasche Erweiterung sprechen, so wichtig ist das Beharren auf Erfüllung der Kriterien im Beitrittsprozess. Die Kandidatenländer müssen nach ihrem Beitritt schließlich dem wirtschaftlichen Druck standhalten können (Anpassung der entsprechenden Normen) oder z.B. auch in der Lage sein, die Lebensmittelsicherheit samt entsprechender Kontrollen zu gewährleisten, um das bestehende Regelsystem in der EU nicht zu gefährden.

Aufgrund der nötigen Zustimmung sämtlicher Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten zur Erweiterung liegt es letztlich an den Westbalkanstaaten, ihre Beitrittsreife sicherzustellen und entsprechende Überzeugungsarbeit zu leisten. Es wird – wie etwa im Fall von Bosnien und

Herzegowina – nicht ausreichen, auf den komplizierten Entscheidungsprozess und die Kompetenzlage innerhalb des Landes zu verweisen. Auch die Bevölkerung erwartet sich von einem EU-Beitritt nicht nur materielle Vorteile, sondern auch mehr Rechtsstaatlichkeit. Ein EU-Beitritt ohne spürbare Änderung in der Frage der grassierenden Korruption bzw. bei Transparenzregeln würde in der Bevölkerung zu Vertrauensverlust in die EU führen, was bereits jetzt in Bosnien und Herzegowina zu beobachten ist.

Keynotes

- Der Westbalkan ist zunehmend Schauplatz konkurrierender Interessen von EU, USA, Russland, China und der Türkei, die mit politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Engagement um Einfluss ringen.
- Die EU muss ihre Unterstützung verstärken, von technischer Hilfe bis zu sichtbaren Vorteilen für die Bevölkerung, um russischem und chinesischem Einfluss entgegenzuwirken und den EU-Integrationsprozess voranzutreiben.
- Politische Blockaden, Ethnonationalismus und mangelnde Fortschritte bei Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung hemmen die Integrationsbemühungen.
- Stabilität am Westbalkan erfordert fortdauernde internationale militärische Präsenz, um ethnische Spannungen zu deeskalieren und externe Einflussnahme zu begrenzen.
- Rasche EU-Integration ist geopolitisch wünschenswert, darf jedoch nicht auf Kosten von Reformfortschritten und der Erfüllung von Beitrittskriterien erfolgen.



Der Nahe Osten

Zwischen weiterer Eskalation und Trumps Frieden

Gudrun Harrer

Um den Krieg im Nahen Osten nachhaltig zu beenden, der am 7. Oktober 2023 mit dem Überfall der Hamas auf Israel begonnen hat, braucht es ein neues Sicherheitskonzept für die Region, das die Islamische Republik Iran und ihre regionalen Stellvertreter miteinbezieht. Auch wenn es Israel gelingt, seine militärische Abschreckung wieder aufzubauen, ist eine reine Rückkehr zum Status quo ante nicht in seinem Interesse. Die Entwicklung der Normalisierungsabkommen Israels mit den arabischen Staaten (Abraham Accords), insbesondere mit Saudi-Arabien, wird von den USA verfolgt werden, kann jedoch nur parallel zu einer politischen Lösung der Palästinenserfrage erfolgreich sein. Die Wahl von Donald Trump zum 47. US-Präsidenten bringt ein neues unkalulierbares Element in die Region. Sein Bekenntnis zur unverbrüchlichen Freundschaft zu Israel stehen persönliche Interessen in den arabischen Golfstaaten gegenüber.

Der 7. Oktober 2024 – der Jahrestag des Massakers von Hamas und Palästinensischem Jihad (PIJ) in Israel, das die israelische Offensive im Gazastreifen und einen Mehrfrontenkrieg für Israel auslöste – verstrich ohne absehbare Lösung im Nahen Osten. Den von Israel geschaffenen militärischen Fakten inklusive einer beinahe völligen Eliminierung der Führungsebene von Hamas und libanesischer Hisbollah sowie der Degradierung iranischer Fähigkeiten in der Region steht am Ende des Jahres 2024 das Fehlen realistischer Konzepte für eine neue Sicherheitsordnung für den Nahen und Mittleren Osten entgegen.

Der Sturz des syrischen Regimes auf Kosten der „Achse des Widerstands“ machte Israel zum einstweiligen klaren Sieger der strategischen Auseinandersetzung mit dem Iran. Allerdings vergrößerte sich der Einfluss der Türkei und der von ihr abhängigen teilweise radikal-islamischen Gruppen in Syrien. Nicht zu vernachlässigen sind auch die Effekte des opferreichen Kriegs auf arabische und muslimische Zivilbevölkerungen, die sich von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen fühlen, was wiederum die Verbreitung radikalen und islamistischen Gedankenguts, auch in Europa, erleichtern wird.

„Palästina“

Die internationale Gemeinschaft hält an der Idee einer Zweistaatenlösung für Israel und die Palästinenserinnen und Palästinenser und an der Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1701 (2006) für den Libanon fest, die die Hisbollah von der „Blue Line“ zwischen den beiden Staaten entfernen soll. Dem ungeachtet signalisieren die dominierenden politischen Kräfte in Israel, dass sie, selbst wenn die Wiedererrichtung der israelischen Abschreckung gelingt, nicht zum Status quo ante, der trügerischen Ruhe vor dem 7. Oktober 2023, zurückkehren würden. Zur Schaffung neuer Fakten gehört die Degradierung der militärischen Stärke der Islamischen Republik Iran, die sich 2024 erstmals einen direkten militärischen Schlagabtausch mit Israel geliefert hat, mit Raketen- und Drohnenangriffen auf israelisches Territorium.

Im Falle „Palästinas“ fehlt neben dem Einlenken der Hamas eine entscheidungsfähige starke Führung in Ramallah, wo Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, längst ohne jedes demokratische Mandat, 2025 seit zwanzig Jahren regiert und neunzig Jahre alt wird. Es gelang ihm

einstweilen nicht, arabische Staaten für eine Zusammenarbeit bei einer zukünftigen Verwaltung des Gazastreifens zu mobilisieren. Im Fall des Failed State Libanon war Ende 2024 keine politische Kraft in Sicht, der sich die Hisbollah fügen würde, auch wenn sie Ende November einem Waffenstillstand mit Israel und dem Rückzug hinter den Fluss Litani zustimmte, und damit das Scheitern ihres Entlastungskrieges aufseiten der Hamas konzedierte. Im Oktober 2024 verstrich der zweite Jahrestag ohne Amtsinhaber im Präsidentenpalast in Beirut, auch Premier Najib Mikati führte nur eine Übergangsregierung. Es bestand jedoch die Hoffnung, dass das Einlenken der Hisbollah Bewegung in den politischen Stillstand bringen könnte.

Donald Trumps Nahostpolitik

Am 5. November 2024 wurde Donald Trump zum 47. Präsidenten der USA gewählt. Seine zukünftige Nahostpolitik wird seinem Charakter entsprechend als schwer kalkulierbar eingeschätzt. Offiziell bezeichnet ihn Premier Benjamin Netanjahu als besten Freund, den Israel je im Weißen Haus hatte. Aber Trumps selbstdeklariertes Bild als Friedensstifter und seine Geschäftsinteressen in der arabischen Welt könnten den Absichten der israelischen Regierung unter Umständen entgegenlaufen. Zwischen US-Ambitionen für einen Regime Change in Teheran, der US-assistierten militärischen Zerstörung des iranischen Atomprogramms bis zur Aushandlung eines neuen Atomdeals mit dem Iran – den alten hatte Trump 2018 durch seinen Austritt sabotiert – wird alles für möglich gehalten.

Auch in den Monarchien am Persischen Golf, auf die sich die einstige Macht der arabischen Republiken verlagert hat, mag die Wahl eines republikanischen Präsidenten im Allgemeinen und Trumps im Besonderen begrüßt worden sein. Aber Trumps Passivität in seiner Amtszeit als 45. US-Präsident während der Qatar-Krise 2017 sowie angesichts der Angriffe der jemenitischen Huthi-Rebellen auf Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate hat dazu beigetragen, dass die arabischen Golfstaaten ihre Sicherheitspolitik diversifiziert haben und sich heute vermehrt Richtung Moskau und Peking orientieren. Die 2023 auf Vermittlung Chinas begonnene Normalisierung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, die neue saudisch-iranische Détente, hielt auch 2024, trotz der Eskalation zwischen Israel und dem Iran.

Das Vertrauen Saudi-Arabiens in Trump wird nicht groß genug sein, diese leichtfertig aufzugeben.

Abraham Accords

Ebenso halten jedoch auch die Abraham Accords zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Marokko: Der wirtschaftliche Austausch (mit Ausnahme von Tourismus) und die Sicherheitszusammenarbeit werden fortgeführt, wenngleich nach außen weniger sichtbar. Die arabischen Golfstaaten sind auch angesichts des Leidens der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und der aggressiven Siedlerpolitik im Westjordanland nicht bereit, ihre strategischen Entscheidungen von 2020 umzustößen. Israel degradiert mit der Hamas und dem PIJ, aber auch mit Irans Proxy Hisbollah und den Iran-Verbündeten Houthis im Jemen immerhin Gruppen, die die arabischen Golfmonarchien nur zu gerne eliminiert sehen würden.

In Trumps persönlichem Ehrgeiz dürfte es liegen, Saudi-Arabien durch einen US-saudischen Sicherheitspakt, wie ihn schon die Regierung von Joe Biden vorlegte, in die Abraham Accords zu ziehen. Eine sich zum großen regionalen Krieg ausweitende Auseinandersetzung zwischen Israel und dem Iran liegt ganz klar nicht im Interesse Riads und der anderen Golfregime, deren Zukunftsvisionen auf Stabilität und Wirtschaftsaustausch basieren. Ein solcher Krieg könnte etwa zur Schließung der Straße von Hormus führen, was globale Auswirkungen zeitigen würde. China und auch Russland, dem Krisenherde außerhalb der Ukraine an sich zugutekommen, das aber nun um seinen Einfluss in Syrien ringen muss, haben daran ebenfalls kein Interesse. China ist in den vergangenen Jahren zum starken Importeur iranischen Öls geworden.

Ägypten und Jordanien

Die vom Gazakrieg am stärksten betroffenen regionalen Staaten sind Ägypten und Jordanien. Beide haben Friedensverträge mit Israel (1979 bzw. 1994), die trotz Attacken und Drohungen gehalten haben. Kairo wehrt sich gegen alle Pläne, die den Sinai als möglichen Zufluchts- und Ansiedlungsort von palästinensischer Bevölkerung vorsehen. Präsident Abdelfattah al-Sisi wurde von regimekritischen Kräften verdäch-

tigt, eventuell im Tausch gegen einen Schuldenerlass durch die USA, die Grenzen für die palästinensische Bevölkerung öffnen zu wollen. Er könnte damit jedoch eine vom Militär gesetzte rote Linie überschreiten und seine eigene Herrschaft gefährden. Jordanien, mit seinen massiven US-Truppenstationierungen, spielt in der Luftabwehr und Verteidigung Israels vor iranischen Angriffen eine große Rolle, stellt aber offiziell seinen Luftraum für israelische Angriffe auf den Iran nicht zur Verfügung. Das Königshaus wandelt zwischen der palästinensischen Mehrheitsbevölkerung und seiner strategischen Ausrichtung und Abhängigkeit von US-Hilfe auf einem schmalen Grat. Sowohl Ägypten als auch Jordanien kontrollieren ihre antiisraelischen Demonstrationen streng. Die Gefahr besteht, dass sie in Antiregimeproteste umschlagen könnten.

Irak und Jemen

Obwohl aus dem Irak heraus Iran-loyale Gruppen unter dem Sammelnamen „Islamic Resistance of Iraq“ Israel angreifen, gelang es der Regierung in Bagdad, sich 2024 weitgehend aus dem Konflikt herauszuhalten. Noch beherbergt sie US-Truppen, deren Abzug soll noch vor den irakischen Parlamentswahlen 2025 fixiert werden. Die labile Balance zwischen iranischem Einfluss und US-Präsenz würde mit einer Erweiterung des israelisch-iranischen Konflikts zusammenbrechen. Stabilisiert hat sich hingegen die Herrschaft der Houthis in dem von ihnen kontrollierten Teil des Jemen. Durch ihre Angriffe im Roten Meer und im Golf von Aden konnten sie sich als globaler Akteur etablieren und ihre Herrschaft im Inneren festigen. Das bedeutet jedoch auch eine Verfestigung der De-facto-Teilung des Jemen.

Syrien

Die Korrosion des syrischen Regimes von innen war bekannt, wurde jedoch unterschätzt. Im Dezember implodierte es angesichts eines Vormarsches von türkisch-unterstützten islamistischen Rebellen, ausgehend von der Provinz Idlib, über Aleppo nach Damaskus. Sowohl Bashar al-Assads Sponsoren Russland und Iran als auch seine Gegner, allen voran Israel und die USA, wurden vom raschen Zusammenbruch überrascht. Nach der Flucht Assads nach Moskau begann in Damaskus eine schwierige Übergangszeit unter der Führung der ursprünglich aus der

al-Qaida hervorgegangenen Gruppe Hayat Tahrir al-Sham (HTS), die sich als syrisch-national neu erfindet und verspricht, religiöse Minderheiten und Frauenrechte zu respektieren.

Ob die HTS unter Abu Mohammed al-Jolani (bürgerlich Ahmad al-Sharaa) alle ihre Fraktionen im Griff hat und davon abhalten kann, Rache vor allem an Alawiten und ehemaligen Unterstützerinnen und Unterstützern des Regimes zu üben, war fraglich. Für die mächtigen arabischen Golfstaaten, die Syrien unter Assad 2012 aus der Liga der Arabischen Staaten ausschlossen und 2023 wieder aufnahmen und ihre Beziehungen normalisierten, ist der wachsende türkische Einfluss eine politische Herausforderung. Israel, das über das Jahr 2024 konstant Hisbollah- und iranische Ziele in Syrien angegriffen hatte, nützte die Tage nach dem Umsturz zur Degradierung auch der syrischen Streitkräfte und zur Absicherung seiner (nicht international anerkannten) Grenze auf dem Golan und einer Pufferzone auf der syrischen Seite.

Keynotes

- Israel eliminierte im Jahr 2024 große Teile der Führung von Hamas und Hisbollah und degradierte Irans militärische Fähigkeiten. Es fehlt jedoch eine nachhaltige Sicherheitslösung. Die Eskalation stärkte den Einfluss der Türkei und radikal-islamischer Gruppierungen in Syrien.
- Die Friedensverträge Israels mit Ägypten und Jordanien und die Abraham Accords mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Marokko haben trotz der Kritik an Israels Kriegsführung gehalten, bleiben jedoch unter Druck.
- Der Prozess der Normalisierung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran wurde aufrechterhalten.
- Eine israelisch-iranische Eskalation läuft den Interessen der arabischen Golfstaaten diametral entgegen, da eine solche deren wirtschaftliche Interessen gefährden würde.
- Die arabischen Golfstaaten werden, ungeachtet dessen, wer US-Präsident ist, ihre Sicherheit durch Zusammenarbeit mit Russland und China weiter diversifizieren.
- Das syrische Regime kollabierte Ende 2024 und die von der Türkei unterstützte HTS übernahm die Führung. Israel nutzte die Gelegenheit zur Etablierung einer Pufferzone zu Syrien. Der türkische Einfluss stellt eine Herausforderung für die Golfstaaten dar.



Israelische Sicherheitspolitik im Kontext regionaler und globaler Konflikte

Stephan Stetter

Bei der Frage nach den Auswirkungen des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf die israelische Sicherheitspolitik erscheinen sechs zentrale Aspekte wichtig. Erstens hat der Angriff erhebliche Schwächen der geheimdienstlichen Aufklärung und politischen und militärischen Weitsicht und Reaktionsfähigkeit Israels offengelegt. Zweitens hat der Angriff unterstrichen, dass ein in Israel und dem Westen verbreitetes Hoffen, die Hamas würde Grenzen nicht überschreiten und der „Nahostkonflikt“ könne „gemanagt“ werden, auf Sand gebaut war. Drittens ist Israel auf vielfältige Weise bedroht. Gleichzeitig ist auch die Sicherheit der Palästinenser gefährdet. Viertens hat sich der in Folge des 7. Oktobers entfaltende Krieg zwischen Israel und der Hamas regionalisiert. Fünftens wird nicht nur die Etablierung einer regionalen

Sicherheitsarchitektur, sondern bereits der Versuch, einer weiter voranschreitenden Eskalation im Nahen Osten Einhalt zu gebieten, durch globale politische Verwerfungen erschwert. Schließlich ist eine auf Seiten des Westens, Israels und arabischer Staaten unterschiedliche Wahrnehmung von Sicherheitsrisiken und Konfliktgründen zu beobachten, die vertiefte sicherheitspolitische Kooperation und Konfliktlösungen erschwert.

10/7 und die Folgen für die israelische Sicherheitspolitik

Zu Recht wird der Terrorangriff des 7. Oktobers 2023 der Hamas auf Israel – und vor allem auf die israelische Zivilbevölkerung – als einschneidendes Ereignis in der ohnehin angespannten sicherheitspolitischen Lage in Israel und im Nahen Osten gesehen. Die Auswirkungen auf den oft als „Nahostkonflikt“ bezeichneten israelisch-palästinensischen Konflikt und die Sicherheitslage in der Region sind vielfältig und können hier nicht allumfassend betrachtet werden. Sechs zentrale Aspekte sind aus sicherheitspolitischer Perspektive hervorzuheben.

Erstens hat der Angriff erhebliche Schwächen in geheimdienstlicher Aufklärung und politisch und militärischer Weitsicht und Reaktionsfähigkeit in Israel offengelegt. Israels Politik, Militär und Gesellschaft wurden von dem Angriff vollkommen überrascht. Dies hat insbesondere dem Konzept der Abschreckung als zentralem Pfeiler israelischer Sicherheitspolitik geschadet. Viele militärische Vorgehensweisen Israels seit dem 7. Oktober scheinen auch auf die Wiederherstellung einer starken Abschreckung zu zielen.

Zweitens hat der Angriff unterstrichen, dass ein in Israel und dem Westen verbreitetes Hoffen, die Hamas würde Grenzen nicht überschreiten und der „Nahostkonflikt“ könne „gemanagt“ werden, auf Sand gebaut war.

Drittens ist Israel auf vielfältige Weise bedroht. Gleichzeitig, dies zeigt auch die verheerende humanitäre Lage im Gazastreifen nach Monaten israelischer Kriegsführung, ist auch die Sicherheit der Palästinenser gefährdet. Ein Weg aus diesem Sicherheitsdilemma ist, auch weil der Osloer Friedensprozess gescheitert ist, nicht in Sicht. Moderate Kräfte

auf beiden Seiten sind mit Blick auf sicherheitspolitische Grundsatzentscheidungen und deren gesellschaftliches Backing in der Minderheit.

Viertens hat sich der in Folge des 7. Oktobers entfaltende Krieg zwischen Israel und der Hamas (Gaza-Krieg) durch die Verzahnung mit gewaltvoll ausgetragenen Konflikten zwischen Israel und der libanesischen Hisbollah, den Milizen im Jemen, im Irak und in Syrien sowie der dauerhaft angespannten Lage in den israelisch besetzten Gebieten des Westjordanlandes und Ostjerusalems regionalisiert. Die Rolle des Irans ist hierbei besonders zu beachten, nicht zuletzt, weil der Angriff der Hamas vorerst den Abschluss eines Abkommens zwischen Israel und Saudi-Arabien zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen torpediert hat.

Fünftens wird nicht nur die Etablierung einer stabilen regionalen Sicherheitsarchitektur, sondern bereits der Versuch, eine weiter voranschreitende Eskalation der aktuellen Konflikte im Nahen Osten Einhalt zu gebieten, durch globale politische Verwerfungen erschwert. Sicherheitspolitische Bündnisse in Form von informeller Allianzbildung sind in diesem Kontext zu beobachten: hier Russland-Iran-Nordkorea mit China als freundlichem Beobachter; dort die USA, die EU und ihre Mitgliedsstaaten, Großbritannien und vor allem einer Reihe arabischer Staaten und Israel. Deutlich zeigt sich dies in der Reaktion auf die beiden iranischen Raketenangriffe auf Israel vom April und Oktober 2024.

Sechstens wird diese – es sei nochmals betont: weitestgehend informelle – Allianzbildung durch eine auf Seiten des Westens, Israels und arabischer Staaten deutlich unterschiedliche Wahrnehmung von Sicherheitsrisiken und Konfliktgründen verkompliziert. Für die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind die Handlungsmöglichkeiten weitestgehend begrenzt, partielle Ausnahmen sind französische Handlungsmöglichkeiten etwa in Libanon, die humanitäre Unterstützung notleidender Bevölkerung oder diplomatische Aktivitäten wie etwa die von einigen EU-Staaten und Norwegen vollzogene staatliche Anerkennung Palästinas. Mit Blick auf Israel unterscheidet sich die sicherheitspolitische Debatte vor allem dadurch, dass die USA, die EU und arabische Staaten den ungelösten israelisch-palästinensischen Konflikt als einen zentralen Unsicherheitsfaktor betrachten, der aus Sicht der meisten Akteure nur durch einen die Sicherheit von Israel und Palästina (Zweistaatenlösung) garantierenden Friedensprozess gelöst werden kann. In Israel wird dies nicht nur bei Hardlinern kritisch gesehen. Es dominiert die Sicht, dass

eine Einigung mit den Palästinensern nicht möglich sei und ein palästinensischer Staat ein Sicherheitsproblem für Israel darstelle. Moderate politische Kräfte formulieren keinen Gegenentwurf hierzu, während in der von Langzeitpremier Benjamin Netanjahu geführten Regierung nationalistische und faschistische Kräfte (Kahanisten) dominieren, die viel weitergehende territoriale und ideologische Ziele verfolgen.

Verschiebung der politischen Matrix in Israel

Hier sind abschließend noch zwei Punkte zu beachten, die darauf verweisen, dass sicherheitspolitische Fragen eng mit gesellschaftlichen Entwicklungen verflochten sind. Erstens hat sich in Israel die politische Matrix weit in das nationalistische Lager verschoben. Es wird nicht vom Westjordanland gesprochen, sondern von Judäa und Samaria, der Begriff „Palästina“ ist weitestgehend tabu, und die Zustimmung zur Zweistaatenlösung ist – dies alles durchaus analog zu der Entwicklung auf palästinensischer Seite – stark erodiert. Im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten scheint auch die kollektive Verpflichtung gegenüber israelischen und jüdischen Geiseln nicht mehr das gleiche Gewicht zu haben. Und die israelische Regierung scheint auch nicht an einer tragfähigen regionalen Sicherheitsarchitektur für den Gazastreifen unter Involvierung der USA, arabischer Staaten und vor allem der Palästinensischen Autonomiebehörde interessiert zu sein.

Weltweite Polarisierung

Zweitens haben die Konflikte in Gaza und der Region nicht nur globale geopolitische und auch rechtliche Auswirkungen, hier vor allem die anhängigen Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof und dem Internationalen Strafgerichtshof gegenüber der Hamas und israelischen Entscheidungsträgerinnen bzw. -trägern. Der „Nahostkonflikt“ ist seit Jahrzehnten ein Konflikt, der viele Menschen weltweit bewegt, polarisiert und radikalisiert; dies hat eher zu- als abgenommen. In den USA und auch Europa ist, vor allem im liberalen politischen Spektrum, eine kritische Sicht auf Israel und seine religiös-nationalistische Siedlungspolitik zu beobachten, die etwa in der Demokratischen Partei der USA zu erkennbaren innerparteilichen Kontroversen geführt hat. Neben der Kritik an der konkreten Politik Israels und seines militärischen Vorge-

hens zeigt sich aber auch deutlich, dass in verschiedenen politischen Kontexten (in rechten, linken, arabischen und muslimischen Milieus) eine tief verwurzelte antisemitische Ablehnung Israels zu beobachten ist. Gleichzeitig wird von anderer Seite oft jedwede Kritik an Israel als Antisemitismus markiert. Dies belegt letzten Endes die starke Polarisierung, die der „Nahostkonflikt“ auch heute produziert und die, sicherheitspolitisch betrachtet, eine „Abrüstung“ geschweige denn „Frieden“ zusätzlich erschwert.

Keynotes

- Der Terrorangriff der Hamas am 7. Oktobers 2023 auf Israel und israelische Zivilisten ist ein einschneidendes Ereignis in der ohnehin angespannten sicherheitspolitischen Lage in Israel und im Nahen Osten.
- Die Konfliktlösung zwischen Israel und Palästina wird derzeit durch die gravierenden Unterschiede in der Konfliktwahrnehmung sowie die akute humanitäre Krise nach dem Terrorangriff der Hamas und dem Gazakrieg massiv behindert und ist auf beiden Seiten keine innenpolitische Priorität.
- Die Verzahnung des israelisch-palästinensischen Konflikts mit regionalen Spannungen erschwert nicht nur die Stabilisierung, sondern blockiert auch erste Schritte hin zu einer möglichen Konfliktlösung.
- Globale Konfliktstrukturen, insbesondere die geopolitischen Dynamiken mit Akteuren wie Russland, verstärken die Komplexität des Konflikts und behindern substanzielle Fortschritte in der Friedensarbeit.



Das türkische Sicherheits- und Verteidigungskalkül

Sinan Ülgen

Nach dem Wahlsieg Recep Tayyip Erdoğans 2023 bleibt die türkische Sicherheits- und Außenpolitik auf die Bekämpfung asymmetrischer Bedrohungen, etwa der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), fokussiert. Die Türkei nutzt zur Terrorismusbekämpfung moderne Drohnentechnologie, und sie errichtet einen Cordon sanitaire in Syrien und im Irak. Die türkischen Operationen in Syrien stehen im Konflikt mit der US-Unterstützung für PKK-verbundene Kräfte, was die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei belastet. Die türkische Opposition spielt eine zentrale Rolle dabei, demokratische Prinzipien zu fördern und sicherzustellen, dass Sicherheitsbedenken nicht als Vorwand für autoritäre Politik genutzt werden.

Im Mai 2023 ging Präsident Recep Tayyip Erdoğan entgegen den Erwartungen siegreich aus den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Türkei hervor und erhielt ein neues fünfjähriges Mandat. Dies wird jedoch wahrscheinlich seine letzte Amtszeit sein, da die Verfas-

sung eine Amtszeitbegrenzung auf zwei Perioden festlegt. Die einzige Möglichkeit für ihn, erneut zur Präsidentschaftswahl anzutreten, wäre eine vorgezogene Wahl, die vom Parlament beschlossen wird, was eine qualifizierte Mehrheit erfordert. Eine solche Entscheidung würde die Unterstützung der politischen Opposition erfordern, die das Ende des Jahres 2025 als mögliches Datum für eine vorgezogene Wahl vorgeschlagen hat. Erdoğan muss entscheiden, ob er dieses Datum akzeptiert und möglicherweise seine Amtszeit verkürzt, um erneut antreten zu können, oder ob er seine Amtszeit bis Mai 2028 vollständig beendet, nach der er nicht mehr passiv wahlberechtigt wäre.

Erdoğan's Sieg im Mai 2023 hat den Boden für Kontinuität in der Außen- und Sicherheitspolitik der Türkei bereitet. Die NATO-Mitgliedschaft bleibt der Eckpfeiler der Sicherheits- und Verteidigungsstrategie des Landes. Im Gegensatz zu einigen anderen NATO-Verbündeten priorisiert die sicherheits- und außenpolitische Führung der Türkei jedoch keine konventionellen Bedrohungen durch Staaten, die die territoriale Integrität bedrohen. Ankara versucht, geopolitisches Gleichgewicht mit Russland im Schwarzen Meer zu halten, was die Bedingungen einer möglichen Regelung in der Ukraine für die Türkei bedeutsam macht. Das Land zielt auch darauf ab, seine Abschreckung gegenüber Nachbarstaaten einschließlich des NATO-Verbündeten Griechenland aufrechtzuerhalten, mit dem langjährige und ungelöste Streitigkeiten über das Ägäische Meer immer wieder eskalieren könnten. Stattdessen dominieren asymmetrische Bedrohungen, insbesondere die Bedrohung durch PKK-Terrorismus, das sicherheitspolitische Denken der Türkei.

Türkische Anti-Terror-Strategie

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wird von türkischen Politikerinnen und Politikern als die größte Sicherheitsbedrohung angesehen. In den letzten zehn Jahren hat sich der Kampf gegen den PKK-Terrorismus von einer primär inneren Herausforderung zu einer überwiegend externen gewandelt. Ein bedeutender Faktor in dieser Entwicklung war die politische Rolle der pro-kurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP), die zu einem sichtbaren Akteur im türkischen politischen System geworden ist. Heute ist die HDP die zweitgrößte politische Kraft innerhalb der parlamentarischen Opposition und bietet eine Plattform für die Artikulation der Forderungen und Anliegen der kurdischen Be-

völkerung in der Türkei. Diese politische Präsenz trägt dazu bei, radikale Tendenzen zu delegitimieren, die historisch mit der terroristischen Agenda der PKK in Verbindung stehen.

Ebenso entscheidend war das Aufkommen einheimischer Drohnentechnologie, die die militärischen Aspekte der Terrorismusbekämpfung revolutioniert hat. Diese Drohnen haben die Fähigkeit der Türkei erheblich verbessert, ihre ausgedehnten Grenzen zu Syrien und dem Irak zu überwachen, wo das schwierige geografische Terrain den PKK-Kämpfern zuvor Vorteile verschaffte, um in türkisches Territorium einzudringen. Die weit verbreitete Verfügbarkeit dieser technologischen Ressourcen hat die Fähigkeit der Türkei, Luftaufklärung durchzuführen, Ziele zu identifizieren und Angriffe auszuführen, erheblich gestärkt. Dies hat die Grenzkontrolle des Landes deutlich verbessert.

Da die inländische Bedrohung zunehmend unter Kontrolle gebracht wurde, verlagerte sich der Fokus der türkischen Anti-Terror-Bekämpfung ins Ausland, wo die Türkei einen Cordon sanitaire in Syrien und im Irak etabliert hat. Diese Strategie wurde erfolgreich umgesetzt, wobei die türkischen Streitkräfte Militärstützpunkte jenseits der Grenze errichtet haben. Diese Stützpunkte dienen der Abschreckung der PKK und beinhalten regelmäßige grenzüberschreitende Militäroperationen, um die PKK-Präsenz zu schwächen, ergänzt durch gezielte Drohnenangriffe gegen die PKK-Führung. Diese Taktiken haben die Fähigkeit der PKK, Angriffe innerhalb der Türkei zu planen und durchzuführen, stark beeinträchtigt und die Bewegungsfreiheit ihrer Führung eingeschränkt.

Die grenzüberschreitenden Operationen der Türkei in Syrien sollten auch im Kontext der starken US-Unterstützung für die PKK-verbundenen Volksverteidigungseinheiten (YPG) in Syrien gesehen werden. Washington argumentiert, dass diese Unterstützung für den Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) notwendig sei. Allerdings blieb die US-Unterstützung für die YPG – einschließlich Waffenlieferungen – auch nach der Eindämmung der IS-Bedrohung bestehen, was die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA belastet und das gegenseitige Vertrauen schmälert. Darüber hinaus dient die türkische Präsenz in Syrien als politisches Druckmittel in zukünftigen Verhandlungen mit dem syrischen Regime. In diesen Verhandlungen wird Ankara versuchen sicherzustellen, dass syrisches Territorium nicht genutzt wird, um die Sicherheitsinteressen der

Türkei zu untergraben, und Vereinbarungen für die Rückkehr syrischer Flüchtlinge in großem Umfang mit Sicherheitsgarantien auszuhandeln.

Implikationen für Europa

Die erfolgreiche Anti-Terror-Strategie der Türkei könnte langfristig positive Auswirkungen auf Europa haben. Wenn der PKK-Terrorismus in den sicherheitspolitischen Überlegungen der Türkei beseitigt oder zumindest minimiert werden könnte, könnte sich die politische Landschaft des Landes stärker auf tief verwurzelte Fragen der demokratischen Normen und Grundfreiheiten konzentrieren. In der jüngeren Geschichte der Türkei wurden demokratische Reformen oft durch das Aufkommen terroristischer Aktivitäten entgleist. Die Beseitigung dieser anhaltenden Bedrohung könnte ein günstigeres Umfeld für politische Reformen schaffen. Eine solche Entwicklung würde nicht nur die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU verbessern, indem kritische politische Hindernisse aus dem Weg geräumt würden, sondern auch die bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten positiv beeinflussen.

In diesem Zusammenhang wird die türkische Opposition eine entscheidende Rolle dabei spielen, eine Agenda für demokratische Freiheit voranzutreiben und jeglichen Versuchen der regierenden AK-Partei entgegenzuwirken, innenpolitische Sicherheitsbedenken für politische Vorteile auszunutzen oder als Vorwand zu verwenden, um Reformen zu behindern. Indem die Opposition demokratische Prinzipien priorisiert, kann sie die Türkei in eine Zukunft lenken, in der Sicherheit und politische Freiheit nicht länger als Gegensätze betrachtet werden.

Keynotes

- Nach dem Wahlsieg 2023 bleibt Erdoğan's Politik auf die NATO-Mitgliedschaft dem geopolitischen Gleichgewicht mit Russland und Konflikte im Nahen Osten ausgerichtet, wobei asymmetrische Bedrohungen wie der PKK-Terrorismus priorisiert werden.
- Die Türkei hat ihre Terrorismusbekämpfung durch den Einsatz moderner Drohnentechnologie und die Errichtung eines Cordon sanitaire in Syrien und im Irak verstärkt.
- Die türkischen Operationen in Syrien stehen im Konflikt mit der US-Unterstützung für PKK-verbundene Kräfte, was die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei belastet.
- Eine erfolgreiche Bekämpfung des PKK-Terrorismus könnte die Türkei langfristig stärker auf demokratische Reformen und Grundfreiheiten ausrichten.
- Die türkische Opposition spielt eine zentrale Rolle dabei, demokratische Prinzipien zu fördern und sicherzustellen, dass Sicherheitsbedenken nicht als Vorwand für autoritäre Politik genutzt werden.



Die Sicherheitslage am Persischen Golf

Moritz Ehrmann

Die sicherheitspolitische Lage im Persischen Golf ist von zunehmenden Spannungen geprägt, die durch geopolitische Rivalitäten, historische Konflikte und die Auswirkungen des Klimawandels verschärft werden. Nach einer Phase vorsichtiger Annäherung dominieren erneut Nullsummendenden und Konfrontationen, insbesondere zwischen dem Iran und den Golf-Kooperationsratsstaaten (GKR) wie Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Divergierende Bedrohungswahrnehmungen, iranische Drohungen, mögliche nukleare Eskalationen und maritime Spannungen, etwa um die Straße von Hormus, destabilisieren die Region. Gleichzeitig erhöhen klimabedingte Risiken wie Wasserknappheit, Extremwetter und Umweltprobleme den Druck auf die fragile Sicherheitsarchitektur. Obwohl regionale Zusammenarbeit dringend notwendig wäre, verhindern geopolitische Konflikte und fehlendes Vertrauen nachhaltige Lösungen.

Die Ereignisse im Raum der Levante seit September 2024 werfen neue Schatten auf die Sicherheit im Persischen Golf. Nach Anzeichen regionaler Entspannung ist wieder mit Nullsummenspiel-Denken zu rechnen. Gleichzeitig ist anzunehmen, dass auch die Auswirkungen des Klimawandels eine zunehmende Auswirkung auf die Sicherheitslage in der Region haben werden. Im Zentrum der regionalen Dynamik steht das Verhältnis zwischen dem Iran und den mächtigsten Staaten des Golf-Kooperationsrats (GKR), Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Das grundsätzlich mangelnde Vertrauen zwischen diesen Staaten fußt dabei auf historischen Ereignissen wie der iranischen Revolution und dem Iran-Irak-Krieg, aber auch auf grundsätzlicher religiös-ideologischer Rivalität.

Sicherheitsrisiko Iran

Der Wille zur Annäherung, der bei allen Akteuren über die letzten Jahre spürbar war, wird durch die iranisch-israelische Konfrontation stark auf die Probe gestellt. Erstens hat der Iran wiederholt gedroht, dass auch GKR-Staaten bzw. militärische Installationen der USA zum Ziel würden, sofern militärische Infrastruktur auf ihrem Territorium für israelische oder US-amerikanische Angriffe auf iranisches Territorium genützt werde. Diese Drohungen unterlegen auch klare Unterschiede in der Bedrohungswahrnehmung. Während der Iran trotz der anhaltenden Aufrüstung der GKR-Staaten den US- und vor allem israelischen Einfluss in der Region als vorrangige Bedrohung wahrnimmt, sehen GKR-Staaten den Iran selbst sowie die in der Region agierenden nicht-staatlichen Akteure des sogenannten „schiitischen Halbmonds“ als primäre Bedrohung.

Zweitens rückt das Szenario der Entwicklung einer iranischen Nuklearwaffe wieder näher, mit dem Ziel, das Abschreckungspotenzial gegenüber Israel nach der massiven Schwächung des bisher wichtigsten Abschreckungsfaktors Hisbollah wieder zu stärken. Es liegt nahe, dass in einem solchen Szenario auch andere Staaten in der Golfregion wie Saudi-Arabien oder die VAE an einem solchen Potenzial arbeiten würden, um ihrerseits die Abschreckungsfähigkeiten gegenüber der aus ihrer Sicht größten Bedrohung Iran in Balance zu bringen.

Maritime Konkurrenz am Persischen Golf

Vorsichtige Ambitionen, die maritime Sicherheit am Persischen Golf zu stärken, werden dabei wohl wieder von der Logik des Nullsummenspiels ersetzt werden. Trotz der für alle Anrainer strategischen Wichtigkeit dieses Wasserwegs sind die Gewässer des Persischen Golfs ein weiteres Spielfeld, in dem der Iran versuchen könnte, sein Abschreckungspotenzial spürbar zu machen, wie das in der Vergangenheit schon durch diverse Störmanöver oder Androhungen einer Blockade der Hormus-Straße erfolgt ist. Hier könnte auch die Entwicklung iranischer maritimer Marschflugkörper eine Rolle spielen. Die weiter steigende wirtschaftliche Bedeutung für den Transport von Erdöl durch Initiativen wie die Neue Seidenstraße oder der India-Middle East-Europe Economic Corridor wird dabei wohl zumindest unmittelbar in den Hintergrund treten. Gemeinsame Herausforderungen wie Schmuggel, Sabotage, Piraterie oder Umweltschutz würden natürlich die Notwendigkeit für regionale Zusammenarbeit unterstreichen.

In dieser Dynamik sind gleichzeitig folgende Entwicklungen relevant: Einerseits haben die USA in den letzten Jahren ihre militärischen Kapazitäten im Persischen Golf zurückgefahren, sie haben jedoch zugleich GKR-Staaten dazu angehalten, ihre eigenen Kapazitäten einschließlich der maritimen zu erhöhen. Die GKR-Staaten haben dabei unter anderem ihre Kapazität bei Aufdeckungsaktivitäten auf See erhöht. Dies zielt darauf ab, potenzielle Angreifer abzuschrecken, indem die Wahrscheinlichkeit erfolgreicher Angriffe durch verbesserte lokale Frühwarnsysteme, seegestützte Luftabwehrsysteme und Fähigkeiten zur asymmetrischen Kriegsführung minimiert wird.

Regionale Folgen des Klimawandels

Abgesehen von unmittelbaren geopolitischen Entwicklungen und damit verbundenen militärischen Dynamiken steigt auch in der Region des Persischen Golfs die langfristige Bedrohung durch die drastischen Auswirkungen des Klimawandels. Da die Temperaturen hier zwei- bis dreimal so schnell steigen wie im Rest der Welt, ist die Golf-Region eine der klimafährdetsten Regionen der Welt. Temperaturen über 50 Grad Celsius, aber auch Extremwetterereignisse wie Überflutungen, Zyklone oder Sandstürme werden immer häufiger.

Strukturell ist das Management der immer knapperen Wasserbestände ein zunehmend zentrales Thema, das auch für die regionale Sicherheit relevant ist. In einer Region, die generell von Wasserknappheit geprägt ist, ergaben sich Konflikte bereits wiederholt in der Vergangenheit zwischen Staaten, die flussaufwärts den Wasserstrom für Staaten flussabwärts drosseln. Funktionierende inklusive regionale Mechanismen zur Behandlung solcher Konflikte fehlen. Bei gleichzeitig klimabedingt geringeren Wasserressourcen und wachsender Bevölkerung ist zu erwarten, dass regionale, aber auch nationale und lokale Konflikte um den Zugang zu Wasser steigen. In vulnerableren Staaten wie dem Iran oder dem Irak gibt es bereits konkrete Beispiele solcher Dynamiken, da landwirtschaftliche Lebensgrundlagen großflächig gefährdet sind.

Technologische Lösungsansätze können Wasserknappheit höchstens mindern, und sie haben auch negative Folgewirkungen. Der bevorzugte Ansatz der Entsalzung von Meerwasser wirkt sich einerseits stark auf den natürlichen Lebensraum im Meer und dadurch auf den wichtigen Fischereisektor aus, andererseits verschlingt Entsalzung enorme Mengen an Energie, was wiederum zur Anheizung der Erde beiträgt. Während beim Thema Klimawandel schon alleine aufgrund des gemeinsamen Ökosystems um den Persischen Golf Zusammenarbeit notwendig wäre, stehen die Zeichen aufgrund externer Faktoren auch zwischen den Akteuren in der Golfregion wieder auf Konfrontation.

Keynotes

- Die Ereignisse im Raum der Levante seit September 2024 werfen neue Schatten auf die Sicherheit im Persischen Golf.
- Während der Iran israelischen und US-amerikanischen Einfluss als primäre Gefahr wahrnimmt, sehen die Staaten des Golf-Kooperationsrats im Iran und seinen Verbündeten die größte Bedrohung.
- Die Wiederaufnahme des iranischen Nuklearprogramms und Drohungen gegen maritime Sicherheit destabilisieren die Region weiter.
- Extreme Temperaturen, Wasserknappheit und Wetterereignisse verschärfen bestehende Konflikte, während die regionale Zusammenarbeit zur Bewältigung klimabedingter Herausforderungen ausbleibt.



Pedram Rostamian/Shutterstock

Irans strategische Geduld und westliche Antworten

Shoura Zehetner-Hashemi

Die verteidigungspolitischen Herausforderungen durch den Iran im Jahr 2025 sind geprägt von der Frage der Nachfolge des Revolutionsführers Ali Khamenei, die entweder zu einer Machtkonsolidierung der Revolutionsgarden oder zu internen Machtkämpfen führen könnte. Regional setzt der Iran weiterhin auf Proxykräfte, um strategische Ziele wie eine Landverbindung zu den palästinensischen Gebieten zu verfolgen, während die Spannungen mit Israel wegen des Nuklearprogramms und der Abraham Accords zunehmen. Für die EU und Österreich ergeben sich Risiken durch Nuklearproliferation, Stellvertreterkriege und Cyberangriffe.

Im Jahr 2025 wird die Islamische Republik Iran weiterhin eine zentrale verteidigungspolitische Herausforderung für den Westen darstellen. Der unerwartete Tod von Präsident Ebrahim Raisi im Mai 2024 und die Wahl von Mahmoud Pezeshkian zum neuen Präsidenten dürfen jedoch

nicht als Zeichen eines fundamentalen Wandels in Richtung Normalisierung bilateraler Beziehungen interpretiert werden.

Die Wahl Pezeshkians erscheint als taktisches Manöver des Regimes zur Reduzierung innerer Spannungen und Beschwichtigung der internationalen Gemeinschaft. Von strategischer Bedeutung ist die bevorstehende Nachfolge des Revolutionsführers Ali Khamenei. Die Präsidentschaft Pezeshkians wird aller Voraussicht nach als Übergangsphase für einen Machtwechsel dienen. Verteidigungspolitisch relevante Szenarien reichen von einer Machtkonsolidierung durch die Revolutionsgarden, möglicherweise unter Wegfall einiger theokratischer Staatselemente, bis hin zu internen Machtkämpfen rund um den Sohn des aktuellen Revolutionsführers, seines möglichen Nachfolgers Mojtaba Khamenei, die zu unberechenbaren innen- und außenpolitischen Aktionen führen könnten.

Landkorridor zu den palästinensischen Gebieten

Ein zentrales Element der iranischen Geostrategie bleibt das Ziel einer Landverbindung zu den palästinensischen Gebieten. Die Umsetzung dieses Vorhabens steht jedoch vor erheblichen Herausforderungen. Der angestrebte Korridor müsste sich über mehrere souveräne Staaten erstrecken, deren Interessen nicht zwangsläufig mit denen des Iran übereinstimmen. Insbesondere seit dem Sturz des syrischen Regimes von Baschar Hafiz al-Assad und der damit verbundenen politischen Unsicherheit ist die Kontrolle über syrisches Territorium fragil.

Im Irak sieht sich der Iran mit wachsendem Widerstand gegen seinen Einfluss konfrontiert, sowohl aus der Bevölkerung als auch von politischen Akteuren, die eine Vereinnahmung durch Teheran ablehnen. Die Kontrolle über den Libanon durch die Hisbollah ist zwar beträchtlich, aber nicht vollständig, und sie wird nach einem heute noch nicht absehbaren Ende des militärischen Konflikts mit Israel möglicherweise stark reduziert sein.

Als militärisch hochgerüsteter und wachsamer Akteur stellt Israel ein nahezu unüberwindbares Hindernis für eine direkte Landverbindung dar. Die geografische Trennung zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland erschwert zudem die Schaffung eines zusammenhängenden palästinensischen Territoriums unter iranischem Einfluss.

Dennoch verfügt der Iran über beträchtliche Erfahrung in der Nutzung von Proxykräften. Seine Fähigkeit, auch ohne direkte territoriale Kontrolle Einfluss auszuüben und Ressourcen zu bewegen, sollte nicht unterschätzt werden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die vollständige Umsetzung einer direkten, kontrollierten Landverbindung zu den palästinensischen Gebieten für den Iran zwar ein äußerst ambitioniertes und in absehbarer Zeit kaum realisierbares Ziel darstellt. Jedoch ist die Schaffung eines losen Netzwerks von Einfluss und Unterstützung entlang dieser Route durchaus im Bereich des Möglichen und stellt bereits für sich genommen eine strategische Herausforderung für die Region dar.

Spannungen mit Israel

Der anhaltende Konflikt zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen hat die geopolitische Dynamik in der Region erheblich verändert. Der Konflikt bietet dem Iran die Möglichkeit, seine Rolle als selbsternannter Verteidiger der palästinensischen Sache (auch außerhalb der Region durch Desinformationskampagnen und Protestmobilisierung in den USA und der EU) zu stärken und seinen militärischen Einfluss in der Region auszuweiten.

Die zunehmende Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten im Rahmen der Abraham Accords hat zu Nervosität in Teheran geführt. Diese Entwicklung droht den Iran weiter zu isolieren und die Bildung einer breiten anti-iranischen Koalition in der Region zu begünstigen. Als Reaktion darauf intensiviert Teheran seine Bemühungen, alternative Allianzen zu schmieden und seinen Einfluss auf nicht-staatliche Akteure wie die Hisbollah im Libanon und die Houthis im Jemen zu verstärken.

Im Jahr 2025 bleibt die militärpolitische Lage zwischen dem Iran und Israel angespannt. Die nukleare Frage bleibt ein zentraler Streitpunkt, wobei Israel seine „Begin-Doktrin“ aufrechterhält, die einen präemptiven Militärschlag gegen potenzielle nukleare Bedrohungen vorsieht. Der Iran wiederum verfolgt eine Strategie der „strategischen Zweideutigkeit“ seiner nuklearen Ambitionen, was die von Präsident Pezeshkian und seinem Außenminister Sejjed Abbas Araghchi immer wieder ins Spiel gebrachten Verhandlungen um eine Neubelebung des Atomabkommens (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) schwierig

einzuordnen macht. Diese Dynamik führt zu einem prekären Gleichgewicht, in dem beide Seiten ständig am Rande einer möglichen Eskalation balancieren, während sie gleichzeitig (noch) versuchen, einen offenen Konflikt zu vermeiden.

Die innenpolitische Situation in Ländern wie dem Irak und dem Libanon, wo proiranische Kräfte bedeutenden Einfluss haben, aber auch mit wachsendem Widerstand konfrontiert sind, zwingt den Iran zu einer Neujustierung seiner Taktik. Teheran muss einen Balanceakt vollführen zwischen der Aufrechterhaltung seines Einflusses und der Vermeidung einer Überreaktion, die zu einer Gegenreaktion der lokalen Bevölkerung führen könnte.

Herausforderungen für die EU und Österreich

Die zentralen Sicherheitsherausforderungen durch den Iran für die EU und Österreich umfassen 2025 die Proliferation von Nukleartechnologie, die Destabilisierung der Region durch Stellvertreterkriege und die Unterstützung nicht-staatlicher Akteure. Das iranische Raketenprogramm stellt eine direkte Bedrohung dar, während Cyberangriffe und Desinformationskampagnen die innere Sicherheit gefährden. Eine robuste Verteidigungsposition, verstärkte Cybersicherheit und verbesserte Abwehr von Desinformationskampagnen sind im Umgang mit der Islamischen Republik Iran unerlässlich. Die Intensivierung der geheimdienstlichen Zusammenarbeit mit Partnerdiensten ist notwendig, um iranische Aktivitäten zu überwachen und Bedrohungen frühzeitig zu erkennen.

In der Auseinandersetzung mit dem Iran ist es entscheidend, eine Politik der Stärke mit strategischen Gesprächskanälen zu verbinden. Jede Interaktion muss auf klaren Prinzipien und nicht verhandelbaren gesamteuropäischen Sicherheitsinteressen basieren.

Die Herausforderung besteht darin, eine Strategie zu entwickeln, die ebenso geduldig und langfristig ausgerichtet ist wie die des Iran, dabei aber demokratische Werte und internationale Normen wahrt. Dies erfordert internationale Koordination, strategische Vorausschau und die Bereitschaft sowohl zu Abschreckung als auch zu konstruktivem Engagement.

Keynotes

- Der Tod Präsident Raisis 2024 und die Nachfolge Ajatollah Khameneis könnten entweder eine Machtkonsolidierung der Revolutionsgarden oder interne Konflikte auslösen, während der Iran weiterhin auf Proxykräfte zur regionalen Einflussnahme setzt.
- Strategisch verfolgt der Iran das Ziel einer Landverbindung zu palästinensischen Gebieten, er reagiert auf die Abraham Accords mit dem Aufbau alternativer Allianzen, während Spannungen mit Israel wegen des Nuklearprogramms bestehen bleiben.
- Für die EU und Österreich entstehen Bedrohungen durch Nuklearproliferation, Stellvertreterkriege, das iranische Raketenprogramm sowie Cyberangriffe und Desinformationskampagnen.
- Empfohlen wird eine langfristige Strategie, die militärische Stärke mit diplomatischen Kanälen und verstärkter Geheimdienstkooperation verbindet, ohne demokratische Werte zu kompromittieren.



Nordafrika

Die Gefahren der Autokratisierung

Cengiz Günay und Johannes Späth

Dreizehn Jahre nach den arabischen Aufständen kämpfen die nordafrikanischen Länder weiterhin mit Problemen, die als Hauptursachen der Aufstände galten. Daneben bestimmen zahlreiche Konflikte und eine wachsende Migration die Region. Extremistische islamistische Kräfte, politische Instabilität und steigende Migrationsströme haben die Sicherheitsbemühungen der Regierungen verstärkt. Die nordafrikanischen Staaten erleben einen weiteren Rückgang staatlicher Souveränität, Aufrüstung und die Wiederkehr des autoritären Sicherheitsstaates.

Regionale Entwicklungen im Überblick

Dreizehn Jahre nach den arabischen Aufständen kämpfen die nordafrikanischen Länder weiterhin mit vielen der Probleme, die als Hauptur-

sachen der Aufstände galten: ein niedriges Durchschnittsalter, hohe Arbeitslosenquoten, schlechte wirtschaftliche Entwicklung, ineffiziente Bürokratien, überdimensionierte Sicherheitsapparate und fehlende politische Repräsentation. Neben diesen anhaltenden Faktoren wird die Region von verschiedenen Konflikten und einer wachsenden Zahl von Migrantinnen und Migranten beeinflusst. Jedes Land der Region grenzt an mindestens eine Krisen- oder Kriegszone. Der (Wieder-)Aufstieg extremistischer islamistischer Kräfte, politische Instabilität und steigende Migrationsströme haben die Sicherheitsfixierung der Regierungen verstärkt. In Ländern wie Tunesien und Ägypten, die vom Arabischen Frühling betroffen waren, dominieren Sicherheitsdienste und das Militär die politische Bühne. Die nordafrikanischen Staaten erleben einen weiteren Rückgang staatlicher Souveränität, eine Aufrüstung und die Wiederkehr des autoritären Sicherheitsstaates.

Erstarkender Autoritarismus

Während die Proteste 2010/11 von den Hoffnungen junger Menschen auf Demokratie, Freiheit, wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand getragen wurden, sind diese Hoffnungen heute weitgehend verblasst. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Region stagniert. Große Teile der Gesellschaft leiden unter steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen. Die Mittelschicht wird wirtschaftlich und politisch zunehmend marginalisiert. In den letzten zehn Jahren ist eine repressivere Form des Autoritarismus in der Region wiederaufgekommen.

Selbst in Tunesien, das als Erfolgsgeschichte der Demokratisierung galt, hat Präsident Kais Saied demokratische Errungenschaften rückgängig gemacht. Er ersetzte die demokratische Verfassung von 2014, marginalisierte politische Parteien und das Parlament, isolierte die Zivilgesellschaft und konzentrierte alle exekutiven Befugnisse in seiner Hand. In Algerien und Ägypten hat das Militär seine Rolle als zentrale Stütze des Regimes weiter gestärkt. In beiden Ländern dominieren militärnahe Unternehmen die Wirtschaft. Die Streitkräfte genießen umfassende rechtliche und wirtschaftliche Privilegien, die es den Generälen erlauben, jegliche Opposition vor Militärgerichten zu verurteilen und die Ressourcen der Länder nach Belieben auszubeuten.

Im Vergleich mit der Zeit vor dem Arabischen Frühling sehen sich Oppositionskräfte heute einer noch stärkeren Repression ausgesetzt. Moderate islamistische Bewegungen wie Tunesiens Ennahda und Ägyptens Muslimbruderschaft, die die ersten Wahlen nach den Aufständen dominierten, wurden weitgehend marginalisiert. Ihre Führung wurde entweder inhaftiert oder ins Exil gedrängt, ihre Organisationen wurden zerschlagen. Dies betrifft auch ihre sozialen Hilfs- und Wohltätigkeitsnetzwerke, die traditionell wichtige soziale Sicherheitsnetze in armen Vierteln waren. Der Autoritarismus hat auch andere Oppositionsbewegungen und die Zivilgesellschaft marginalisiert, sodass Länder wie Ägypten, Tunesien und Algerien ohne politische oder soziale Sicherheitsnetze und die Regime ohne Alternativen dastehen.

Schwächung der staatlichen Kapazitäten

Der zunehmende Autoritarismus hat die staatlichen Kapazitäten eher geschwächt als gestärkt. Das Misstrauen der Regime gegenüber der eigenen Bürokratie und die Angst vor politischer Unzufriedenheit fördern eine hohe Wachsamkeit, die Tendenz, Entscheidungen innerhalb einer kleinen Elite zu halten, Korruption, Sicherheitsfixierung und eine Entfremdung von den Bedürfnissen der Gesellschaft. Ein Großteil der staatlichen Kapazitäten wird auf die Sicherheitskräfte verwendet, um die Bevölkerung unter Kontrolle zu halten.

Die zunehmende Instabilität in und um die Region belastet den Staatsapparat zusätzlich. Marokko kämpft weiterhin gegen die Polisario-Front um die Westsahara, obwohl der Konflikt sich durch die Anerkennung der marokkanischen Souveränität über das Gebiet durch Frankreich und Spanien seinem Ende nähern könnte. Libyen ist in von rivalisierenden Fraktionen und Milizen kontrollierte Zonen zerfallen. Der Konflikt ist eingefroren, schwelt jedoch weiter. Mit der Beteiligung regionaler und internationaler Akteure wie der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ägypten, Russland, Italien und Frankreich ist es unwahrscheinlich, dass der Konflikt kurzfristig gelöst wird. Ägypten grenzt zudem an zwei weitere Kriegsgebiete – Gaza und Sudan.

Die vorherrschende Instabilität wird von den autoritären Regimen der Region ausgenutzt, um ihre obrigkeitsorientierte und militarisierte Herrschaft zu legitimieren. Schwache Staatlichkeit und regionale In-

stabilität verstärken sich gegenseitig und schaffen einen selbstverstärkenden Kreislauf der Fragilität.

Klimawandel und Migration

Migration und Klimawandel werden wichtige Schlüsselfaktoren für die Zukunft Nordafrikas sein. Die Temperaturen steigen Jahr für Jahr und erreichen neue Rekorde mit Spitzenwerten bis über 50 Grad Celsius. Extremwetterereignisse wie Hitzewellen und Sturzfluten nehmen zu. Diese haben nicht nur die landwirtschaftliche Produktion und den Tourismus negativ beeinflusst, sondern auch das Leben in den Städten erschwert. Der Klimawandel ist zudem ein wesentlicher Treiber für die zunehmende Migration aus Subsahara-Afrika in den Norden, wobei Marokko, Tunesien und Algerien zunehmend selbst zu Zielländern werden. Ägypten beherbergt derzeit etwa neun Millionen Migrantinnen und Migranten. Insbesondere die Maghreb-Länder reagieren auf den Zustrom von Migrantinnen und Migranten mit zunehmend repressiven Maßnahmen.

Ausblick

Obwohl staatliche Repression und Geheimdienste bisher erfolgreich neue Aufstände in der Region unterdrückt haben, bereiten die wirtschaftlichen Aussichten und die Lebenshaltungskostenkrisen den Autokraten der Region Sorgen. Mit Ägypten, das nach der Ukraine das Land mit der zweithöchsten Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls ist, Tunesien, dessen Wirtschaft von 85 Prozent der Bevölkerung als schlecht oder sehr schlecht bewertet wird, und Algerien, das dringend eine Diversifizierung weg von fossilen Brennstoffexporten benötigt, könnte die Wirtschaft erneut die Achillesferse der sich verhärtenden autoritären Regime der Region sein. Im Gegensatz zu 2010/11 gibt es jedoch kaum politische Kräfte oder zivilgesellschaftliche Organisationen, die radikalen politischen Wandel abfedern könnten.

Keynotes

- Nordafrikanische Staaten kämpfen weiterhin mit Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Stagnation und mangelnder politischer Repräsentation, die bereits als Hauptursachen der Aufstände ab 2011 galten.
- Die Region erlebt einen stärkeren Autoritarismus als vor den arabischen Aufständen, mit zentralisierten Machtstrukturen und marginalisierter Opposition, selbst in ehemals demokratischen Vorzeigestaaten wie Tunesien.
- Autoritäre Regime priorisieren Sicherheitsapparate über funktionale Staatsführung, was zu Ineffizienz, Korruption und Entfremdung von gesellschaftlichen Bedürfnissen führt.
- Extremwetterereignisse und steigende Temperaturen verschärfen wirtschaftliche Probleme und führen zu erhöhten Migrationsströmen, auf die Regierungen repressiv reagieren.
- Im Gegensatz zu 2010/11 gibt es heute kaum politische oder gesellschaftliche Akteure, die radikale Reformen oder politischen Wandel in der Region abfedern könnten.



Die EU und der Sahel

Der Tag danach

Loïc Simonet, Angela Meyer und Johannes Späth

Die geopolitische Dynamik in der Sahelzone bringt die EU in eine schwierige Situation. Einerseits begrenzen die antiwestliche Stimmung in der Region und die Hinwendung zu neuen Partnern die Möglichkeit Europas zur konstruktiven Einflussnahme, andererseits bleibt es im europäischen Interesse, an einer Stabilisierung der Region weiterhin mitzuwirken.

Die langwierige Krise in der Sahelzone, die in vier Putschten zwischen 2020 bis 2023 in Mali, Burkina Faso und Niger gipfelte, hat das ambitionierte Engagement der EU in der Region zum Scheitern gebracht. Von den vier bis ins Jahr 2023 im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) laufenden EU Missionen bleibt nur noch die zivile Krisenbewältigungsmission in Mali (EUCAP Sahel Mali), die in einem prekären Kontext weiterläuft. Der Aufbau der Kapazitäten von Militär und Sicherheitskräften in der Sahelzone hat mehr

als eine Milliarde Euro gekostet, Investitionen, die wie in den Sand gesetzt scheinen.

Trotzdem kann Europa der Sahelzone nicht den Rücken kehren. Angesichts der geografischen Nähe und geopolitischen und ökonomischen Bedeutung für Europa sowie des demografischen Drucks vor Ort kann es weder im Interesse der EU sein, dass sich die Destabilisierung der Region fortsetzt, noch kann die Union wollen, dass Europa jeglichen Einfluss als Akteur und Partner verliert. Der Verlust von Ansehen und Vertrauen in die EU in der Region erfordert kurzfristig eine Exit-Strategie und langfristig Umdenken und Neupositionierung.

Ein geopolitisches Umfeld im Wandel

Mit den Regimewechseln in der Sahelzone sind Militärregierungen an die Macht gekommen, die die alten Partnerschaften zunehmend ablehnen und stattdessen neue Partner suchen. Vor allem Russland und seine paramilitärischen Akteure wie z.B. das Africa Corps haben sich zu wichtigen Sicherheitspartnern entwickelt. Die Region ist für Russland wirtschaftlich und geopolitisch interessant, insbesondere als möglicher Ausweg aus der diplomatischen Isolierung durch den Westen. Nachdem Niger ein Gesetz zur Bekämpfung illegaler Migration zurückgenommen hat, das 2015 im Rahmen eines Abkommens mit der EU verabschiedet wurde, könnte Moskau versucht sein, Migration als Instrument zu nutzen, um Druck auf die EU auszuüben.

Auch China ist zu einem attraktiven Partner für die Staaten des Sahel geworden. Für deren Regierungen besteht der Hauptvorteil der Beziehungen zu Russland und China darin, dass diese sich weder in Politik und innere Angelegenheiten einmischen noch werteorientierte Bedingungen stellen, die üblicherweise mit europäischer Hilfe einhergehen. Auch die Türkei und einige Golfstaaten haben in den letzten Jahren vermehrt Einfluss gewonnen.

Angesichts dieser Verschiebungen und der damit einhergehenden Krise westlicher Ordnungsvorstellungen erklärte der russische Außenminister Sergey Lawrow 2022 auf dem zweiten Jugendforum „Russia-Africa: What’s Next?“ gegenüber Teilnehmern aus der Region: „Uns eint die Zurückweisung der sogenannten ‚regelbasierten Ordnung‘, die die ehema-

ligen Kolonialmächte der Welt aufzwingen“. Daraus wird deutlich, dass auch in ideologischer Hinsicht eine Reorientierung der Region erfolgt.

Grenzüberschreitende Risiken

Die politische und sicherheitspolitische Instabilität in der Region erhöht das Risiko für Nachbarstaaten, dass sich destabilisierende Einflüsse grenzüberschreitend ausbreiten. Insbesondere der Senegal, die Elfenbeinküste, Ghana, Benin und Togo sind bedroht, Ziel eines grenzüberschreitenden Terrorismus durch extremistische Gruppen zu werden sowie wirtschaftliche Auswirkungen von Flüchtlingsbewegungen zu spüren. In einem Kontext zunehmender antifranzösischer und antiwestlicher Stimmung in Westafrika ist zudem die Ablehnung gegenüber der Einmischung des Westens vor allem in der jungen Bevölkerung hoch, was das Risiko weiterer Einflussverluste der EU in weiteren Staaten mit sich bringt.

Kollaps der regionalen Ordnung

Im Jänner 2024 haben Mali, Burkina Faso und Niger ihren Austritt aus der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS erklärt und einen wechselseitigen Verteidigungspakt geschlossen, die Allianz der Sahelstaaten (Alliance des États du Sahel, AES). Diese auch „Sahel-Exit“ genannte regionale Krise ging mit der Auflösung der G5 Sahel einher, einer 2014 von Burkina Faso, Chad, Mali, Mauretanien und Niger gegründeten intergouvernementalen Organisation zur Koordinierung regionaler Sicherheitszusammenarbeit. Während die G5 Sahel finanzielle und materielle Hilfe der EU, insbesondere von Frankreich und Deutschland erhielt, wird die AES nun von Russland unterstützt. Die laut Josep Borrell „neue geopolitische Konfiguration“ wird somit auch auf regionaler Ebene sichtbar.

Welche Möglichkeiten hat die EU?

Neben den Alleingängen einiger EU-Staaten wie Italien muss die Union sich vor dem neuen komplexen Kontext in der Sahelzone neu positionieren. Kurzfristig könnte die EU darauf setzen, dass die neuen Regime und ihre Partner früher oder später scheitern. Anzeichen hierfür sind

wieder aufflammende schwere Kämpfe zwischen Regierungstruppen, lokalen Milizen, Rebellen und anderen extremistischen Gruppen. Vor allem in Burkina Faso hat sich die Sicherheitslage stark verschlechtert. Eine solche Entwicklung kann jedoch nicht im Interesse der EU sein, da ihre Folgen wie die Zunahme von Terrorismus und Migration Europa direkt treffen würden. Gegenüber den Juntas sollte die EU zwischen Bestimmtheit und Flexibilität navigieren. Es sollte versucht werden, einen eigenen neuen partnerschaftlichen Ansatz zu vertreten, anstatt mit anderen externen Akteuren in Konkurrenz zu treten.

Langfristig sollte es der EU gelingen, sich erneut in der Region zu engagieren, in dem sie die Komplexität der Lage und Akteure berücksichtigt, Kontakte wiederherstellt und die Zusammenarbeit mit politischen Akteuren und lokalen Zivilgesellschaften intensiviert, mit der Perspektive, dass auf kurz oder lang eine Demokratisierung von unten stattfinden wird. Vor diesem Hintergrund können auch Initiativen wie die Global Gateway Initiative (GGI), ein der chinesischen Belt-and-Road-Initiative entgegengesetzter strategischer Investmentplan über 300 Mrd. Euro eine Rolle spielen.

Schließlich könnte der Beitrag Europas zur Stabilisierung Nordafrikas, insbesondere Libyens, positive Auswirkungen auf die Stabilisierung der gesamten Region haben.

Keynotes

- Das ambitionierte und langjährige Engagement der EU in der Sahelzone ist gescheitert.
- Es kann weder im Interesse der EU sein, dass sich die Destabilisierung der Region fortsetzt, noch kann die Union wollen, dass Europa jeglichen Einfluss als Akteur und Partner verliert.
- Angesichts der anti-westlichen Stimmung in Mali, Burkina Faso und Niger sowie in weiten Teilen der Sahelzone und der steigenden Bedeutung anderer externer Akteure bedarf es einer Neuorientierung der Politik der EU, wenn diese weiterhin eine Rolle in der Region spielen möchte.
- Die EU sollte die Gründe für das Scheitern ihres bisherigen Engagements reflektieren, die Komplexität der Lage und der Akteure berücksichtigen und einen eigenen neuen partnerschaftlichen Ansatz vertreten.



Das Horn von Afrika

Sicherheitspolitisches Nadelöhr

Jan Pospisil

Die Instabilität am Horn von Afrika und die Konflikte in der Region haben erhebliche Auswirkungen auf die globale Stabilität und Wirtschaft. Die Angriffe der Houthi-Miliz auf Containerschiffe im Roten Meer seit November 2023 zeigen die strategische Bedeutung des Schifffahrtsweges, da das Schiffsvolumen im Suezkanal massiv gesunken ist. Parallel dazu verfolgt Äthiopiens Premierminister Abiy Ahmed eine expansive Regionalpolitik, was zu Spannungen mit Ägypten, Eritrea und Somalia führt. Der Krieg im Sudan zwischen der sudanesischen Armee (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) hat eine globale Vertreibungskrise ausgelöst, die durch Einmischung externer Akteure wie der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Ägyptens, Russlands und des Irans weiter angeheizt wird und eine humanitäre Katastrophe verschärft. Eine verstärkte Kooperation mit der Afrikanischen Union (AU) und der Intergovernmental Authority on Development (IGAD) sowie ein politischer Dialog mit Äthiopien und den Golfstaaten sind zur

Konfliktminderung unerlässlich. Zudem besteht die Notwendigkeit von humanitären und Friedensinitiativen im Sudan und in den Nachbarländern, um eine Eskalation der Migrations- und Hungerkrise abzuwenden.

Die Angriffe der jemenitischen Houthi-Miliz auf Containerschiffe im Roten Meer verdeutlichen die sicherheitspolitische Bedeutung des Horns von Afrika. Im Oktober 2024 lag das Schiffsvolumen im Suezkanal um 57 Prozent unter dem Niveau von vor November 2023, als die Houthis als Reaktion auf den Israel-Gaza-Konflikt mit den Attacken begannen. Dies ist jedoch nur eine von vielen sicherheitspolitischen Herausforderungen in einer für Europa zentralen Region.

Konflikt im und ums Rote Meer

Die Houthi-Angriffe haben das Rote Meer als Nadelöhr der Weltwirtschaft offenbart. Containerschiffe umschiffen nun Afrika um das Kap, was massive Kosten verursacht. Alternativ steigen die Versicherungskosten exorbitant. Die Golfstaaten sind mit dieser Situation unzufrieden, können die Houthis jedoch nicht zurückdrängen, da ihre unglückliche Intervention im jemenitischen Bürgerkrieg Spuren hinterlassen hat.

Eine Reihe internationaler Missionen ist im Einsatz, darunter die „Operation Prosperity Guardian“ der USA mit starker britischer Beteiligung sowie die EU-Marinemission EUNAVFOR „Operation Aspides“. Beide sind defensiv ausgerichtet und können die Kaperung von Schiffen hintanhaltend, verfügen jedoch nur über begrenzte Mittel gegen die Raketenangriffe. US-amerikanische und britische Angriffe auf Houthi-Stellungen im Jemen im Jänner 2024 konnten zwar einige Basen zerstören, aber keine nachhaltige Abschreckung bewirken.

Es ist wahrscheinlich, dass die Lage im Roten Meer angespannt bleibt, da sich für den Jemen selbst keine Verhandlungslösung abzeichnet. Die Bereitschaft zu weitreichenden Zugeständnissen an die Houthis, die einen großen Teil des Landes und die Hauptstadt Sanaa kontrollieren, ist begrenzt. Eine politische Lösung des Konflikts erscheint daher auf absehbare Zeit unwahrscheinlich.

Krieg im Sudan

Der Krieg zwischen der sudanesischen Armee (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) im Sudan befindet sich im zweiten Jahr, ohne dass eine Lösung in Sicht wäre. Nach einer Phase zwischenzeitlicher Beruhigung hat die direkte Unterstützung der RSF durch die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) wieder zugenommen. Das Interesse der VAE gilt nicht nur Ressourcen wie Gold, sondern auch fruchtbarem Land, was den VAE langfristige Ernährungssouveränität sichern soll.

Die SAF erhält Unterstützung aus Ägypten sowie zunehmend aus Russland und dem Iran, was dem Krieg eine geostrategische Dimension verleiht. Da das Kräfteverhältnis zwischen SAF und RSF derzeit relativ ausgeglichen ist, kann eine internationale Eskalation vorerst abgewendet werden, eine solche ist jedoch langfristig nicht ausgeschlossen.

Aktuell handelt es sich um die größte Vertreibungskrise weltweit. Etwa drei Millionen Menschen sind in Nachbarländer geflohen, und es gibt rund elf Millionen Binnenvertriebene. In Teilen der Provinzen Darfur und Kordofan herrscht Hungersnot. Humanitäre Hilfe erreicht die betroffenen Gebiete kaum, da beide Konfliktparteien Hilfe und Hunger als Kriegsinstrumente nutzen. Eine restriktive Haltung der Vereinten Nationen, die der SAF das Recht zur Genehmigung aller UN-Hilfslieferungen zugesteht, verschärft die Lage zusätzlich. Rasche Maßnahmen sind erforderlich, um eine weitere Verschärfung der Migrationskrise und eine verheerende Hungersnot zu verhindern.

Spannungen durch Abiy Ahmeds Regionalpolitik

Der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed verfolgt eine offensive Regionalpolitik. Die Spannungen mit Ägypten um den Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD-Staudamm) haben sich zuletzt erheblich verschärft. Obwohl Ägypten aufgrund des fortgeschrittenen Füllstands des Staudamms nicht mehr, wie einst angedroht, militärisch vorgehen kann, bleiben mögliche Stellvertreterkonflikte mit ägyptischem Einfluss eine Gefahr.

Abiy plant, Äthiopien als Regionalmacht zu positionieren. Ein wichtiges Instrument dafür ist der Aufbau einer Marine, was für einen Bin-

nenstaat eine besondere Herausforderung darstellt. Die Kontrolle des Roten Meeres ist auch für Äthiopien von entscheidender Bedeutung. Dies hat zu Spannungen mit Eritrea geführt, da Abiy offen über eine militärische Rückeroberung räsoniert hat. Am 1. Jänner 2024 wurde ein Abkommen zur Nutzung des Hafens Berbera in Somaliland geschlossen – möglicherweise im Gegenzug für eine mögliche Anerkennung der Unabhängigkeit Somalilands. Dies führte unmittelbar zu einer Verschärfung der Beziehungen zu Somalia, die ohnehin historisch belastet sind.

Die Situation birgt das Potenzial für eine regionale Eskalation, die die Region – bereits durch den Krieg im Sudan, in den sowohl Ägypten als auch Eritrea direkt involviert sind – weiter destabilisieren könnte und somit katastrophale Folgen hätte.

Schlussfolgerungen

Die Zusammenarbeit mit regionalen Sicherheitsmechanismen ist von entscheidender Bedeutung. Die AU spielt eine zentrale Rolle, die unterstützt werden muss. Das regionale Bündnis IGAD ist dagegen schwach aufgestellt und fungiert eher als Instrument der stärkeren Mitgliedsstaaten, denn als effektives Regionalbündnis. Trotzdem bleibt die Kooperation für ein wirksames Konfliktmanagement in der Region wichtig.

Von zentraler Bedeutung ist der politische Einfluss auf Äthiopien, um dessen aggressive Regionalpolitik abzumildern. Ein wesentlicher Ansatzpunkt ist die Einbindung in die Bemühungen der EU-Sonderbotschafterin Annette Weber zur Förderung regionaler Stabilität. Ebenso ist der Dialog mit den Golfstaaten entscheidend, um eine positive Regionalpolitik zu unterstützen.

Investitionen in Friedensentwicklungen im Sudan sind unabdingbar, um eine neue Migrationswelle aus der Region zu verhindern. Österreich ist hier gut positioniert, eine produktive Rolle bei der Unterstützung einer zivilen Plattform zu übernehmen. Investitionen in humanitäre Hilfe sind entscheidend, insbesondere in den Nachbarländern Tschad, Südsudan und Ägypten.

Keynotes

- Die Angriffe der Houthi-Miliz auf Containerschiffe im Roten Meer machen das Horn von Afrika zum Nadelöhr der Weltwirtschaft.
- Äthiopiens aggressive Regionalpolitik einschließlich der Spannungen um den Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD-Staudamm) und den Aufbau einer Marine birgt das Potenzial für weitere regionale Instabilität, ebenso wie der Krieg im Sudan, der sich stark internationalisiert hat.
- Zur Stabilisierung der Region sind Dialoge mit den Golfstaaten und die Einbindung Äthiopiens in EU-Friedensinitiativen erforderlich.
- Die Afrikanische Union und regionale Bündnisse wie die Intergovernmental Authority on Development müssen für ein effektives Konfliktmanagement gestärkt werden.
- Humanitäre Hilfe für betroffene Länder und Investitionen in Friedensbemühungen sind dringend notwendig, um eine weitere Verschärfung der Migrations- und Hungerkrise zu verhindern.



Shutterstock

Die Sicherheitslage in Zentralasien

Nargis Kassenova

Die Länder Zentralasiens arbeiten aktiv daran, ihre Grenzstreitigkeiten beizulegen und sich Herausforderungen wie der Wasserverteilung zu stellen. Leider sind sie weniger vorausschauend im Umgang mit der Herausforderung des islamischen Radikalismus. Das gestiegene Interesse der EU an Zentralasien schafft dringend benötigte Chancen für die Sicherheit und Entwicklung der Region, aber die Hürden sind beträchtlich.

Grenzen und Wasser

Die Länder Zentralasiens stehen vor mäßigen Sicherheitsrisiken. Grenzstreitigkeiten waren lange ein steter Störfaktor in den Beziehungen zwischen Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan und untergruben die regionale Zusammenarbeit. In den Jahren 2021/22 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen an der kirgisisch-tadschikischen

Grenze, die den gegenseitigen Hass anheizten. Doch in den letzten zwei Jahren gelang es den beiden Regierungen, die Wende herbeizuführen. Im Juli 2024 gaben die Parteien den Abschluss der Verhandlungen über 94 Prozent der Grenzlinie bekannt. Kirgisistan und Usbekistan unterzeichneten ihr Grenzabkommen im Jahr 2023.

Die erfolgreiche Lösung der Grenzstreitigkeiten ist Teil der aufblühenden regionalen Zusammenarbeit. Die dringend notwendige Reform des Wassermanagements steht ganz oben auf der Agenda. Die stromaufwärts (Kirgisistan und Tadschikistan) und die stromabwärts gelegenen Staaten (Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan) müssen herausfinden, wie sie das Wasser für die Energieerzeugung aus Wasserkraft und die Landwirtschaft gerecht und effizient verteilen und nutzen können. Die Aufgabe ist schwierig und dringlich, da Zentralasien zu den Regionen gehört, die am stärksten vom Klimawandel betroffen sind.

Die regionalen Wasserverteilungsabkommen schließen Afghanistan nicht ein. Aufgrund von Kriegen und Unterentwicklung war seine Wasserentnahme aus dem Fluss Amu Darya begrenzt. Die Situation begann sich mit dem Bau des Qosh-Tepa-Kanals zu ändern, der im Frühjahr 2022 von der Taliban-Regierung in Angriff genommen wurde. Es wird erwartet, dass dieser 20 Prozent des Amu-Darya-Wassers ableiten wird. Derzeit versuchen die Regierungen Zentralasiens, Afghanistan in den regionalen Dialog über Wasser einzubeziehen. Dies ist Teil der Bemühungen, die Beziehungen zu den Taliban zu normalisieren, was auf der pragmatischen Einschätzung beruht, dass ihre Politik gegenüber Frauen und ethnischen Minderheiten zwar abstoßend ist, sie jedoch auf absehbare Zeit an der Macht bleiben werden.

Der Islamische Staat Khorasan und die Repressionen in Tadschikistan

Der neue freundliche Ansatz gegenüber den Taliban wird durch die veränderte Bedrohungswahrnehmung erleichtert. Nun teilen sie einen gemeinsamen Feind – den Islamischen Staat Khorasan (ISK). Im Jahr 2024 kam es zu einer Reihe von Terroranschlägen, die mit dem ISK in Verbindung standen und in Russland, Iran und Afghanistan stattfanden (jedoch nicht in den Ländern Zentralasiens). Der Angriff auf die Crocus City Hall in Moskau war der dramatischste unter ihnen und forderte die

meisten Todesopfer. Russische Behörden verhafteten (und folterten) elf tadschikische Staatsangehörige im Zusammenhang mit dem Angriff. In mehreren westlichen Ländern, darunter Österreich, wurden ISK-verbundene Anschläge vereitelt.

Experten wie Noah Tucker und Edward Lemon argumentieren, dass der jüngste Anstieg der Anschläge der „lange Schatten“ des Islamischen Staates sei, bedingt durch die Migration von Kämpfern aus dem Nahen Osten nach Europa. Sie weisen darauf hin, dass die Rekrutierung und Propaganda, die sich an Zentralasiaten richtet, im Vergleich zu vor einem Jahrzehnt, als mehr als 4000 Personen aus Zentralasien in den Irak und nach Syrien reisten, deutlich zurückgegangen ist. Sie stellen jedoch auch fest, dass das harte Durchgreifen der tadschikischen Regierung gegen religiöse Gläubige zu einer Unzufriedenheit führt, die die ISK-Propaganda ausnutzen kann.

Die Repressionen der tadschikischen Regierung richteten sich auch gegen Minderheiten in der Autonomen Provinz Berg-Badachschan (GBAO) und gegen die Zivilgesellschaft im Allgemeinen. Die Spannungen werden durch die verschärften Migrationsregeln Russlands nach dem Crocus-City-Hall-Anschlag weiter angeheizt, was Probleme für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Regierungen Tadschikistans, Kirgisistans und Usbekistans schafft.

Wachsende europäische Interessen

Der wachsende Wettbewerb mit China und die zerbrochenen Verbindungen zu Russland haben das Interesse der EU und europäischer Länder an Zentralasien verstärkt. Die Länder der Region sind reich an natürlichen Ressourcen wie Öl, Gas, Uran und kritischen Mineralien und wollen die Beziehungen zum Westen in einem zunehmend komplexen geopolitischen Umfeld aufrechterhalten und vertiefen.

Angesichts der Entfernung zwischen den beiden Regionen ist die Frage der Transportverbindungen von entscheidender Bedeutung. Im Jänner 2024 fand in Brüssel das Global Gateway Investment Forum zur Transportvernetzung zwischen der EU und Zentralasien statt, bei dem internationale Partner Investitionen in Höhe von zehn Milliarden Euro in den Mittleren Korridor zusagten – eine Route, die Zentralasien mit dem

Südkaukasus, der Türkei und Europa verbindet und Russland umgeht. Die EU hat auch Projekte zur Unterstützung der digitalen Konnektivität und der Partnerschaften für die grüne Transformation ins Leben gerufen. Bemerkenswert ist, dass sie Partnerschaften für kritische Mineralien mit Kasachstan und Usbekistan eingegangen ist.

Die gegenseitigen Interessen an dieser Partnerschaft sind stark. Allerdings sind die Herausforderungen ebenfalls beträchtlich. Die Nachfrage nach kasachischem Öl in Europa ist gestiegen, aber mehr als 90 Prozent davon werden über Russland transportiert, was Moskau starken Einfluss verschafft. Bemühungen zur Steigerung der Kapazität des Mittleren Korridors sind im Gange, aber er kann nicht als Ersatz dienen. Der Transit über Russland stellt auch ein Hindernis für die Lieferung von Uran dar. Die Rolle Chinas in der Region ist die eines Partners (zur Verringerung der russischen Dominanz) und eines Konkurrenten (um Ressourcen und Einfluss).

Keynotes

- Kirgisistan und Tadschikistan werden wahrscheinlich ihr Grenzabkommen abschließen und damit die Gefahr eines zwischenstaatlichen Konflikts in Zentralasien beseitigen.
- Die starke Tendenz zur regionalen Zusammenarbeit wird gewisse Fortschritte im Bereich der Wasserbewirtschaftung ermöglichen. Dies wird sich auch positiv auf Afghanistan auswirken.
- Das harte Vorgehen der tadschikischen Regierung gegen Gläubige trägt zur Attraktivität des Islamischen Staats Khorasan bei.
- Die Verschärfung der russischen Migrationsbestimmungen nach dem Anschlag auf die Crocus City Hall schafft Probleme für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Regierungen Tadschikistans, Kirgisistans und Usbekistans.
- Der Fortschritt des Projekts „Mittlerer Korridor“ wird ein wichtiger Indikator für das Potenzial der Partnerschaft zwischen der EU und Zentralasien im neuen geopolitischen Umfeld sein.

4

Risiken und Herausforderungen für die EU





Shutterstock

Risiken und Herausforderungen für die Europäische Union

Klaus Anderle

Tektonische Verschiebungen der geopolitischen und sicherheitspolitischen Landschaft bedrohen die EU, die westliche Welt und die europäisch-demokratischen Werte. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und der vom Iran gesponserte Terroranschlag der Hamas auf Israel verdeutlichen eine zunehmende globale Instabilität. Autoritäre Akteure wie Russland und China verfolgen eine zunehmend aggressive Außenpolitik, um ihre Interessen weltweit mit politischen, wirtschaftlichen, aber auch militärischen Mitteln durchzusetzen. Dazu gehören auch der gezielte Einsatz von Desinformation sowie Cyberangriffe bzw. hybride Angriffe mit dem Ziel, die Stabilität unserer demokratischen Gesellschaft zu untergraben. Weitere Konflikte vertiefen geopolitische Bruchlinien, die gleichzeitig auch unsere Partnerschaften in der Welt auf die Probe stellen. Neben unserer östlichen Nachbarschaft verschlechtert sich auch die regionale Stabilität im Mittelmeerraum,

im Nahen Osten, auf dem afrikanischen Kontinent und in der indopazifischen Region insgesamt.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Bereits 2021 haben sich die Mitglieder des Europäischen Rates (EU-Staats- und Regierungschefs) darauf geeinigt, die Fähigkeit der EU zu autonomem Handeln im Bereich der Sicherheit und Verteidigung zu stärken. Diese Einigung des Europäischen Rates hat zur Ausarbeitung des Strategischen Kompasses geführt, der als Grundlagendokument für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU dient und sie befähigen soll, auf die globalen geopolitischen Veränderungen besser als bisher reagieren zu können. Der Strategische Kompass umfasst neben Zielen im Bereich Krisenmanagement auch Ziele und Vorgaben für Resilienz, Fähigkeiten und Partnerschaften. Die geopolitischen Veränderungen erfordern allerdings eine Aktualisierung bzw. Neuformulierung des Strategischen Kompasses der EU, um dem Ausmaß der sich verändernden Bedrohungslage Rechnung zu tragen. Mit der Kommission Von der Leyen II erfährt die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) weitere Impulse zur Vertiefung der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich in Form eines EU-Weißbuches zur Zukunft der europäischen Verteidigung. Das Europäische Parlament forderte bereits 2016 ein EU-Weißbuch zu Sicherheit und Verteidigung.

NATO als Eckpfeiler der europäischen Verteidigung

Eine der zentralen Notwendigkeiten im Rahmen des Strategischen Kompasses ist, die EU-NATO Kooperation im Bereich Sicherheit und Verteidigung voranzutreiben. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA im Rahmen der NATO mit einer Europäischen Verteidigung als Möglichkeit zur Entlastung der USA im Rahmen einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Sämtliche gemeinsame EU-NATO-Erklärungen erweitern und optimieren die EU-NATO-Kooperation und betonen, dass eine europäische Ver-

teidigung einen wesentlichen Beitrag zur weltweiten und transatlantischen Sicherheit leisten würde.

Nach dem Wahlsieg des NATO-Skeptikers Donald Trump realisieren die EU-Staaten und andere NATO-Verbündete, dass ein sehr wahrscheinlicher Rückzug der USA aus der europäischen Sicherheit zu kompensieren sein wird. Die US-Aufmerksamkeit wird sich auf die indopazifische Region richten, in der China als relevanter strategischer Rivale gesehen wird. Die EU wird die dadurch entstehende Sicherheitslücke schließen müssen, um in der Frage der Abschreckung glaubwürdig zu bleiben.

Europäische Verteidigungsindustrie

Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verlagerte sich auch in der GSVP der Fokus von Krisenmanagement hin zum Aufbau einer europäischen Verteidigung. Vor diesem Hintergrund hat die EU bereits Initiativen zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie, wie das Gesetz für gemeinsame militärische Beschaffungen (European Defence Industry Reinforcement through Common Procurement Act, EDIRPA) und das Gesetz für die rechtzeitige Versorgung mit Munition und Flugkörpern (Act in Support of Ammunition Production, ASAP), auf den Weg gebracht.

Allerdings ist noch viel mehr gemeinsame Beschaffung und Zusammenarbeit nötig. Weitere Rechtsakte der EU in diesem Bereich sind zu erwarten, so beispielsweise auch das Europäische Verteidigungsindustrieprogramm (European Defence Industry Programme, EDIP). Dieser derzeit in Verhandlung befindliche Rechtsakt dient der Sicherheit der Verteidigungslieferketten, der Unterstützung der ukrainischen Verteidigungsindustrie und der Sicherstellung, dass die Verteidigungsindustrie für die Zukunft gerüstet ist. Weiters soll er auch zur Umsetzung der Europäischen Strategie für die Verteidigungsindustrie (European Defence Industrial Strategy, EDIS) beitragen. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, erklärte die Verteidigung als Priorität und Schlüsselsektor bei der Vollendung des Binnenmarktes. Ein wichtiger Teil davon wird der Aufbau einer „Europäischen Verteidigungsunion“ sein.

Weiterentwicklung der EU um eine EU-Verteidigungsunion

In den politischen Leitlinien für die Europäischen Kommission und im Auftrag an den künftigen EU-Verteidigungskommissar wird darauf verwiesen, dass in den Jahren 2024 bis 2029 eine Europäische Verteidigungsunion aufgebaut werden wird. Damit wird ein Gesamtansatz für die Verteidigungsintegration der EU skizziert werden, mit dem Ziel, die Reaktionsfähigkeit der EU auf Bedrohungen zu stärken, insbesondere im Zusammenhang mit der anhaltenden Aggression Russlands in der Ukraine, kombiniert mit sich entwickelnden geopolitischen Herausforderungen im Süden und erhöhten militärischen Fähigkeiten anderer globaler Akteure.

Keynotes

- Die EU ist im Bereich Sicherheit und Verteidigung zukunftsfit zu machen.
- Eine gemeinsame Beschaffung und Festlegung von europäischen Verteidigungsprojekten wird mit dem EU-Rechtsakt EDIP umgesetzt werden.
- Zeitenwende bedeutet, dass die GSVP nicht mehr auf das Krisenmanagement außerhalb der Grenzen der Europäischen Union reduziert wird.
- Die US-Aufmerksamkeit wird sich auf die indopazifische Region richten, in der China als relevanter strategischer Rivale gesehen wird.
- Die Europäische Verteidigungsunion wird ambitioniert umzusetzen sein, um als europäischer Pfeiler der NATO eine entstehende Sicherheitslücke (Rückzug der USA aus Europa) glaubwürdig schließen zu können.



Europas Sicherheitsarchitektur in der Krise

Ulf Steindl

Drei Jahre nach Beginn der russischen Invasion der Ukraine sieht sich die Europäische Union mit einer weiteren Verschlechterung der Sicherheitslage konfrontiert. Der graduelle Rückzug der USA aus ihrer verteidigungspolitischen Führungsrolle in Europa könnte sich durch die Wahl von Donald J. Trump zum 47. US-Präsidenten rapide beschleunigen. Ein Austritt aus der NATO steht nicht zur Debatte, jedoch könnte ihre Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt werden. Die vertiefte Kooperation von EU und NATO kann dies in Anbetracht bestehender Fähigkeitslücken und des massiven Investmentbedarfs nur bedingt abmildern. Im Kontrast zum Bedarf an Finanzmitteln und Vertragsreformen werden wichtige Reformschritte durch nationalstaatliche Interessen ausgebremst. Damit ist Europa mit einem Szenario konfrontiert, in dem es die Ukraine militärisch allein unterstützen muss, ohne über die erforderliche Handlungsfähigkeit und Kapazität zu verfügen.

Veränderte Sicherheitslage

Im März 2024 erklärte Charles Michel, damaliger Präsident des Europäischen Rates: „Es ist an der Zeit, die Verantwortung für unsere eigene Sicherheit zu übernehmen.“ Zwar steht dies symbolisch für Europas Eingeständnis einer sich rasant veränderten Sicherheitslage, doch verbleiben entscheidende Integrationsschritte weiterhin Verhandlungsmasse für nationalstaatliche Interessen. Mit den US-Präsidentschaftswahlen im November 2024 geriet auch der dritte und letzte Pfeiler des europäischen Modells nach dem Kalten Krieg – russische Energie, chinesische Arbeitskraft und US-amerikanische Sicherheit – ins Wanken.

Die mangelnde Bereitschaft der USA, ihre bisherige zentrale Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur weiter einzunehmen, und der graduelle Rückzug aus dieser wird sich ab Jänner 2025 rapide beschleunigen. Zwar ist ein Rückzug aus der NATO weiterhin nicht im strategischen Interesse Washingtons, jedoch bedeuten Konzepte wie jenes einer „schlafenden NATO“ drastische Einschnitte. Ein Ende der Erweiterungspolitik würde der Russischen Föderation erlauben, ihre revisionistische Politik in Europa auch in Zukunft mit Gewalt durchzusetzen. Damit wäre die geopolitisch notwendige EU-Erweiterung, die jedoch keine glaubhaften Sicherheitsgarantien umfasst, weiterhin verwundbar für Beeinflussung von außen und gleichfalls zum Scheitern verurteilt.

Zentrifugale Tendenzen

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 haben die zentrifugalen Kräfte in der EU weiter gestärkt. Zwar wurde mit der Reform der Ausschüsse im Parlament und einem stärkeren Mandat für die Kommission im Verteidigungsbereich der Boden für eine weitere sicherheitspolitische Integration gelegt. Jedoch ist der deutsch-französische Motor innenpolitisch geschwächt und auf Ebene der Union gespalten. Ambitionen, dies durch eine Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks mit Polen abzufedern, scheitern gleichfalls an nationalstaatlichen Divergenzen. Im Hinblick auf die Ukraine zeichnet sich hingegen eine neue Achse zwischen Balten, Skandinavien, Polen und Briten ab, die auch bei einer radikalen Änderung der US-Position die Unterstützung der Ukraine weiterführen will.

Der Umfang bisheriger Unterstützungsleistungen für die Ukraine – mehr als 1,8% BIP von Estland und Dänemark, weniger als 0,4% von Deutschland und 0,2% von Frankreich – zeigt die Divergenz der Prioritäten klar auf. Europa könnte das staatliche Überleben der Ukraine ohne die USA nur geeint absichern. Es ist dabei mit einem unumgehbaren Dilemma konfrontiert. Einerseits würde ein der Ukraine aufgezwungener Waffenstillstand die bisherige europäische Sicherheitsarchitektur vollends aushebeln und der russischen Armee Raum für eine Rekonstituierung und absehbare Weiterführung des Kriegs geben. Andererseits erfordert die militärische Unterstützung der Ukraine ohne die USA nicht nur höhere Ausgaben, sondern ist in Teilbereichen aufgrund fehlender Kapazitäten und Fähigkeiten nicht möglich. Diese Fähigkeitslücken im Bereich Nachrichtendienste und Aufklärung sowie bei weitreichenden Präzisionswaffen schränken auch die eigene Handlungsfähigkeit bedeutend ein. Eine Schließung wird zwar durch gemeinsame Industrieprogramme angestrebt, kann aber nur mittel- bis langfristig erreicht werden.

Arbeitsteilige Sicherheitsvorsorge

Derartige Ambitionen werden dabei gerne mit der Idee einer europäischen Armee verbunden, die jedoch eine Aufgabe nationaler Souveränität und eine gemeinsame politische Führung mit Entscheidungsgewalt voraussetzt. Die Stärkung von Interoperabilität und Austauschbarkeit, um multinationale Kontingente in hochintensiven Einsätzen zu führen, geschieht bereits im Rahmen der NATO – unter deren Dach sich mehr als 96% der EU-Bürgerinnen und -Bürger befinden. EU und NATO werden dabei zunehmend als komplementäre Elemente verstanden. Die Union verfügt über die regulatorischen und finanziellen Kapazitäten, um essenzielle Vorhaben in der Stärkung und Integration der Rüstungsindustrie, beim Ausbau der strategischen Infrastruktur für die militärische Mobilität und bei der Schaffung von Anreizen für die gemeinsame Beschaffung umsetzen zu können. Die NATO hingegen bietet neben bestehenden Führungs- und Kommandostrukturen einen Rahmen, um gemeinsame Planung mit wichtigen Drittstaaten in Europa – Vereinigtes Königreich, Türkei, Norwegen – sowie eine konventionelle und nukleare Abschreckung und Verteidigung umzusetzen.

Defizite der GSVP

Nukleare Fähigkeiten stellen dabei die am schwersten zu schließende Fähigkeitslücke in Europa dar. Weder der EU-Mitgliedsstaat Frankreich, noch das Vereinigte Königreich, das in seinem militärischen Nuklearprogramm stark von den USA abhängig ist, verfügen über die Kapazität und Glaubwürdigkeit, einen nuklearen Schutzschirm über Europa zu spannen. Eine „europäische Bombe“ würde wiederum eine politische Union erfordern, aber auch eine glaubhafte europäische Nukleardoktrin. Die europäische Politik müsste eine neue Form des strategischen Planens und der Kommunikation erlernen, in krassem Gegensatz zur in einigen Mitgliedsstaaten praktizierten Selbstabschreckung seit 2022.

Konkrete, klar definierte Schritte, um die EU zu stärken, scheitern jedoch weiter am politischen Willen der Mitgliedsstaaten. Dies betrifft auch das Einstimmigkeitsprinzip in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), das die Handlungsfähigkeit der Union nach außen stark einschränkt. Mittel- bis langfristig ist daher eine Reform der EU-Verträge unumgänglich, um Militärausgaben im EU-Haushalt zu etablieren. Die Finanzierung der schnellen Eingreifkapazität der EU (Rapid Deployment Capacity, RDC) und EU-Militärübungen über außerbudgetäre Instrumente wie die Friedensfazilität ist auf lange Sicht zu unsicher. Zudem muss die Glaubwürdigkeit der Beistandspflicht nach Art. 42(7) des Vertrags über die Europäische Union (EUV) gestärkt werden, etwa durch eine Klarstellung der Interpretation und Meldung nationaler Beiträge. Dies betrifft insbesondere jene vier Mitgliedsstaaten, die kein Teil der NATO sind. Die Position außerhalb der NATO macht diese verwundbar, sollte Russland nach einem Sieg gegen die Ukraine versuchen, die europäische Sicherheitsstruktur weiter zu zerstören. Hybride Angriffe gegen kritische Infrastrukturen in Österreich (transalpine Korridore) oder Irland (Unterseekabel) könnten dabei als Test von Art. 42(7) oder als Auftakt konventioneller Operationen an der Ostflanke der NATO dienen.

Kurzfristig ist jedoch der Mangel an Investitionen am eklatantesten. Dies gilt sowohl für Hochtechnologie als auch für die Rüstungsindustrie insgesamt. Eine Reform der bestehenden ESG-Politik (Environmental, Social and Governance) der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Mobilisierung zusätzlicher Mittel durch z.B. Anleihen sind daher unabdingbar. Gleichzeitig geht ein bedeutender Teil der Verteidigungs-

budgets an Drittstaaten und nationalstaatliche Ineffizienz verloren. Die umfangreiche Dotierung des Programms für die Verteidigungsindustrie und eine massive Erweiterung gemeinsamer Beschaffungen ist dementsprechend bereits vor 2027 nötig.

Keynotes

- Die USA ziehen sich zunehmend aus der Rolle als zentraler Akteur der europäischen Sicherheit zurück.
- Konzepte wie eine europäische Armee oder gemeinsame nukleare Bewaffnung setzen eine politische Union mit zentraler Führung voraus, die im Gegensatz zu gestärkten zentrifugalen Kräften in der Union steht.
- Die gemeinsame europäische Verteidigung wird weiter in der NATO verankert bleiben.
- Eine robuste europäische Sicherheitsarchitektur erfordert umfangreiche Investitionen, ein Verteidigungsbudget der EU und eine Reform des Einstimmigkeitsprinzips in der GSVP.
- Deutschland und Frankreich sind nicht in der Lage, eine Führungsrolle in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzunehmen, wodurch multilaterale Formate der Staaten in Ost- und Nordeuropa an Bedeutung gewinnen.
- Kritische Infrastrukturen in den neutralen Staaten der EU könnten das Ziel verstärkter hybrider Angriffe aus Russland werden.



Neutralität in der EU

Von der Notwendigkeit zur Anpassung

Franco Algieri

Mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO hat sich die Gruppe der neutralen und bündnisfreien Staaten in der EU auf Irland, Malta, Österreich und Zypern reduziert. Auch neutrale und bündnisfreie Staaten passen die Interpretation ihrer Verteidigungspolitik laufend an das sich verändernde sicherheitspolitische und geostrategische Umfeld an. Teilhabe an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU und Neutralität schließen einander grundsätzlich nicht aus. Doch die Bereitschaft zu mehr verteidigungspolitischer Verantwortung im europäischen Kontext wird an Taten und nicht an der politischen Rhetorik zu messen sein.

Die Auseinandersetzung mit aktuellen und möglichen künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen nimmt sowohl im nationalen Kontext als auch innerhalb multilateraler Kooperationsforen, wie bei-

spielsweise der EU und der NATO, einen zunehmend breiten Raum ein. Weitgehende Übereinstimmung herrscht dahingehend, dass die Komplexität von militärischen und nichtmilitärischen Bedrohungen, mit denen sich Staaten und Gesellschaften konfrontiert sehen, die Grenzen einzelstaatlicher Fähigkeiten zur Gewährleistung umfassender Sicherheit offenlegen. Damit verbunden ist die wiederkehrende Forderung zur Übernahme von mehr sicherheits- und verteidigungspolitischer Verantwortung im europäischen Kontext.

Anpassungsfähigkeit

Spätestens mit dem Beitritt von Finnland (2023) und Schweden (2024) zur NATO hat sich die Gruppe der neutralen bzw. bündnisfreien EU-Staaten auf Irland, Malta, Österreich und Zypern reduziert. Von den 27 EU-Staaten gehören nunmehr 23 der NATO an, wobei sie unter den 32 NATO-Staaten die größte Gruppe bilden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie Neutralität und Bündnisfreiheit für die Sicherheit der betreffenden Staaten einerseits und der Union andererseits einzuordnen ist. Handelt es sich bei diesen Staaten, wie hin und wieder vorgebracht wird, um verteidigungspolitische Trittbrettfahrer, oder befinden sie sich auf der Suche nach einer angepassten verteidigungspolitischen Identität?

Die sicherheits- und verteidigungspolitische Verortung einzelner EU-Staaten beruht auf ihren durch die jeweiligen historischen und geopolitischen Bedingungen eröffneten Handlungsmöglichkeiten und -zwängen. Dabei folgt die Entscheidung für eine Politik der Neutralität oder Bündnisfreiheit nicht einem einheitlichen Muster, vielmehr reflektiert sie innerstaatliche Debatten und nationale Sicherheitsinteressen. In diese wiederum fließen die Erkenntnisse über ein sich veränderndes sicherheitspolitisches Umfeld und neue Gefährdungslagen ein. Folglich entsteht ein Prozess der Neuinterpretation und Anpassung der eigenen Verteidigungspolitik.

Dies muss nicht zwangsläufig in eine NATO-Mitgliedschaft münden. Bereits das aktive Mitwirken an multilateraler Verteidigungskooperation im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU zeigt, dass sich diese Staaten nicht grundsätzlich entsprechender Einflussmöglichkeiten zur Stärkung der eigenen Sicherheit entsagen

können und wollen. Die GSVP verdeutlicht einen gewissen Grad der Europäisierung der Verteidigungspolitik, wobei es aber trotz der im Vertrag über die Europäische Union genannten Option einer gemeinsamen Verteidigung (Art. 42(2) EUV) nicht um eine Vergemeinschaftung von Verteidigung geht. Und durch die intergouvernementale Ausrichtung der GSVP bleibt jeder EU-Staat souverän in der Entscheidung über das Ausmaß seiner Mitwirkung. Verteidigungspolitisches Engagement innerhalb der Union und Neutralität schließen einander nicht aus, und die Akzeptanz der GSVP als integraler Bestandteil einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Union wird von den EU-Staaten mitgetragen.

Mehrebenendilemma

Doch mit der fortschreitenden sicherheitspolitischen Destabilisierung Europas geraten die verbleibenden neutralen und bündnisfreien EU-Staaten zunehmend tiefer in ein Dilemma auf unterschiedlichen Ebenen. Auf der nationalen Ebene lassen sich schwierige innenpolitische Debatten nicht vermeiden, wenn es darum geht, einerseits an einem bestehenden Neutralitätsnarrativ festhalten zu wollen und andererseits eine Verteidigungspolitik entwickeln zu müssen, die geeignet sein soll, umfassende Sicherheit zu gewährleisten. Die Bereitschaft zu mehr verteidigungspolitischer Verantwortung im europäischen Kontext bemisst sich nicht an politischer Rhetorik, sondern am konkreten Einbringen entsprechender Fähigkeiten.

Dies führt zu einem Dilemma auf europäischer Ebene. Für eine multilaterale Verteidigungskooperation sind Verlässlichkeit und eine ausgewogene Lastenteilung essenziell. Wenn einzelne Mitglieder hoffen oder erwarten, dass sie im Fall eines sicherheitspolitischen Konflikts, von dem sie betroffen sein könnten, von ihren Partnern auch militärischen Beistand erhalten würden, selbst jedoch nur eingeschränkt oder nicht willens sind, im umgekehrten Fall Beistand zu leisten, dann kann dies zur eigenen verteidigungspolitischen Marginalisierung beitragen. Eine solche Marginalisierung wird auch dann befördert, wenn aufgrund mangelnder Investitionen etwa militärische Interoperabilität im gemeinsamen Verteidigungsforum nicht möglich wird.

Fünf Anmerkungen zum Ausblick

Neutralitätsdebatten sind erstens Identitätsdebatten, die aber nicht romantisierend, sondern nüchtern und an bestehenden Sicherheitslagen orientiert erfolgen sollten. Die Vorstellung, allein durch die Neutralität und ein selektives Sich-Heraushalten aus gemeinsamer Verantwortung die eigene Sicherheit zu gewährleisten, kann sich als Illusion erweisen. Ebenso irreführend wäre es, anzunehmen, ein neutrales Land habe keine geopolitischen Interessen. Jene Akteure, von denen sicherheitspolitische Bedrohungen ausgehen könnten, werden unter Berücksichtigung ihrer eigenen strategischen Interessen keine Rücksicht auf die Befindlichkeiten eines derart handelnden Lands nehmen.

Das Bekenntnis zur Neutralität und Bündnisfreiheit stellt zweitens keinen Widerspruch zur Verteidigungskooperation im Rahmen der GSVP dar. Damit Letztere aber für die beteiligten Staaten einen sicherheitspolitischen Mehrwert liefert, muss sie von den teilnehmenden Staaten kontinuierlich verstärkt werden. Wenn es an ausreichender Unterstützung für die GSVP mangelt, dann schwindet ihre Bedeutung als verteidigungspolitisches Forum zur Förderung der Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten.

Drittens ordnen die Mitgliedsstaaten der EU und der NATO ihrer Teilnahme in diesen Organisationen jeweils spezifische politische, ökonomische und militärische Sicherheitsinteressen zu und erwarten sich entsprechende Sicherheitsgewinne. Verliert die GSVP an Relevanz, dann verringert sich auch das Gewicht der EU als verteidigungspolitisch ernstzunehmender Akteur. Relativ hierzu wird die NATO wichtiger werden.

Die NATO wiederum steht viertens angesichts einer US-Regierung unter Präsident Donald Trump vor der Herausforderung, eventuelle amerikanische Forderungen gegenüber den europäischen Verbündeten und damit einhergehende transatlantische Diskrepanzen derart auszutarieren, dass es nicht zu ihrer eigenen Schwächung führt.

Fünftens verlangt die Gemengelage unterschiedlichster sicherheits- und verteidigungspolitischer Herausforderungen, mit der sich alle Staaten der EU konfrontiert sehen, von diesen eine Stärkung gemeinsamer strategischer Überlegungen und Handlungen, sodass die eigene Sicherheit als Teil eines gemeinsamen Sicherheitsraums aufrechterhalten werden kann.

Keynotes

- Mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO hat sich die Gruppe der neutralen und bündnisfreien Staaten in der EU auf Irland, Malta, Österreich und Zypern reduziert.
- Neutrale und bündnisfreie Staaten passen ihre jeweilige Verteidigungspolitik einem sich verändernden sicherheitspolitischen und geostrategischen Umfeld an. Damit einhergehend kann eine Neuinterpretation der eigenen Verteidigungspolitik festgestellt werden.
- Verteidigungspolitisches Engagement innerhalb der EU und Neutralität schließen einander nicht aus. Doch die Bereitschaft zu mehr verteidigungspolitischer Verantwortung im europäischen Kontext bemisst sich nicht an politischer Rhetorik, sondern am konkreten Einbringen entsprechender Fähigkeiten.
- Mangelnde Unterstützung für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU sowie ein selektive Sich-Heraushalten aus gemeinsamer Verantwortung fördert die Marginalisierung der entsprechenden Staaten.



Europawahlen 2024

Stabilität, aber begrenzter Spielraum

Sébastien Maillard

Die Europawahlen 2024 stärkten die institutionelle Stabilität der EU trotz russischer Einmischungen und geopolitischer Herausforderungen. Eine zweite Amtszeit von Ursula von der Leyen mit breiter parlamentarischer Unterstützung und eine stärkere Rolle der Europäischen Volkspartei (EVP) prägen eine rechtsgerichtete Ausrichtung zentraler politischer Initiativen. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse die Schwächung des deutsch-französischen Motors und die wachsende Bedeutung von Polen und Italien. Rechtsextreme Parteien gewinnen an Einfluss, bleiben jedoch institutionell begrenzt. Die politischen Spannungen und die fragmentierte EU stellen die Handlungsfähigkeit der Kommission von der Leyen II vor Herausforderungen, insbesondere in Budget- und Erweiterungsfragen, während die geopolitischen Spannungen anhalten.

Die im Juni 2024 abgehaltenen Europawahlen leiteten einen vollen institutionellen Zyklus ein, der die Spitzenpolitik erneuert und die Agenda für die zweite Hälfte des Jahrzehnts festlegt. Die respektable Wahlbeteiligung von 51 Prozent, die schnelle Ernennung von Ursula von der Leyen zur Kommissionspräsidentin, ihre starke Unterstützung durch das Europäische Parlament (401 von 720 Abgeordneten stimmten am 18. Juli 2024 für sie) und die Ernennung des neuen Kollegiums von 27 Kommissarinnen und Kommissaren ohne größere Diskussionen signalisieren, dass die Europäische Union weiterhin handlungsfähig ist und frühere Befürchtungen politischer Instabilität überwunden hat. Der Block bestand seinen demokratischen Stresstest schneller als einige Mitgliedsstaaten, die mit politischem Stillstand konfrontiert waren, wie Belgien, Bulgarien oder zuletzt Frankreich.

Resilienz und politische Stabilität

Dies demonstriert die Resilienz der EU. Die Europawahlen sowie die kürzlich abgehaltenen Wahlen in den Mitgliedsstaaten sahen sich russischen Einmischungen ausgesetzt, die Teil eines hybriden Kriegs gegen den Westen sind. Der Wahlkampf wurde von Skandalen beeinflusst, wie Berichten über Zahlungen durch „Voice of Europe“ an Politikerinnen bzw. Politiker, die russische Propaganda verbreiteten. Fake News in den sozialen Medien mussten überwacht werden. Die Slowakei erwies sich als besonders anfällig für solche Desinformationsinitiativen, die sich auch nach den Wahlen fortsetzten. Dennoch scheiterten die Versuche, den demokratischen Prozess zum Entgleisen zu bringen.

Die Europawahlen haben nicht nur gezeigt, dass die europäischen Institutionen inmitten einer erschütterten geopolitischen Umgebung funktionieren. Sie brachten auch politische Stabilität. Die unübertroffene Mehrheit, die eine zweite Amtszeit von Ursula von der Leyen unterstützt, besteht aus denselben Mainstream-Kräften (Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen und in geringerem Maße Grünen) wie in ihrer ersten Amtszeit. Dennoch haben die Wahlen das Kräfteverhältnis innerhalb dieser proeuropäischen Koalition zugunsten der Europäischen Volkspartei (EVP) verschoben. Die rechte politische Gruppe bleibt die stärkste politische Kraft in der EU mit noch größerem Gewicht im Europäischen Parlament (188 Abgeordnete) und im derzeitigen Rat der EU. Dies spiegelt sich in der neuen Kommission wider, in der die EVP einige der be-

gehrtesten und sensibelsten Portfolios innehat. Dies wird zu einer stärker rechtsgerichteten Ausrichtung der Initiativen der Kommission führen, ohne das Risiko parteipolitischer Präferenzen auszuschließen.

Schwächen und Leadership

Eine von der EVP geführte Kommission, die immer mehr von ihrer Präsidentin dominiert wird, und eine stabile Mehrheit im Parlament können jedoch nicht das Fehlen von Leadership in der EU ausgleichen. Die Europawahlen haben es den proeuropäischen Kräften ermöglicht, sich zu behaupten, gleichzeitig aber die Position der beiden treibenden Kräfte des Blocks – Frankreich und Deutschland – geschwächt. Die vorgezogenen Wahlen, die von Emmanuel Macron direkt nach der Niederlage seiner Partei bei den Europawahlen ausgelöst wurden, führten zu einem noch stärker fragmentierten französischen Parlament, was den Einfluss des französischen Präsidenten auf europäische Integrationsideen schwächt. In Deutschland wirkte die Dreierkoalition führungslos und intern gespalten. Mit fast 16 Prozent der Stimmen bei den Europawahlen übertraf die rechtsextreme AfD die SPD, die Partei des Bundeskanzlers, und erzielte auch bei den Landtagswahlen seitdem gute Ergebnisse. Die EU muss also lernen, ihre ehrgeizige Agenda, die auf Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit ausgerichtet ist, auch mit einem blockierten deutsch-französischen Motor voranzutreiben.

Diese Situation könnte andere prominente Mitgliedsstaaten begünstigen. Die Europawahlen haben den polnischen Premierminister Donald Tusk gestärkt, dessen Land im ersten Halbjahr 2025 den EU-Ratsvorsitz übernehmen wird und durch den Krieg in der Ukraine in eine strategische Position gerückt ist. Sollte seine Partei, die Platforma Obywatelska (ein Mitglied der EVP) auch die polnischen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2025 gewinnen, würde Tusk noch stärker als respektierter europäischer Spitzenpolitiker hervortreten. In Italien erzielte die Regierungschefin Giorgia Meloni bei den Europawahlen ebenfalls Erfolge, aber ihre euroskeptische Haltung hat sie von der Koalition, die von der Leyen unterstützt, an den Rand gedrängt.

Rechtspopulismus und Europaskepsis

Andernorts haben die Europawahlen oft ein fragmentiertes politisches Spektrum mit einem Aufschwung populistischer Parteien gezeigt, insbesondere diesmal im westlichen Teil des Kontinents, wo die Grünen viele Sitze verloren haben. Die Fähigkeit rechtsextremer politischer Gruppen, die europäische Agenda direkt zu gestalten, ist jedoch bisher begrenzt geblieben. Die Parteien sind in Bezug auf die Ukraine und die Migrationspolitik tief gespalten, und anstatt sich zusammenzuschließen, haben sie sich im Europäischen Parlament in drei verschiedene Gruppen aufgeteilt. Darüber hinaus verhindert eine Firewall, dass russlandfreundliche Parteien wie die AfD und der französische RN in Schlüsselpositionen dieser Versammlung gelangen. Ihr politischer Einfluss könnte jedoch ihre institutionelle Schwäche überwinden, was zu einer Verwässerung der Umweltgesetzgebung des Green Deal führen, die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit lockern und zu härteren Maßnahmen in der Migrations- und Grenzkontrollpolitik sowie zur Verhinderung von Erweiterungen führen könnte.

Dies hängt insbesondere davon ab, wie sich das Kräfteverhältnis im Rat der EU im Laufe des fünfjährigen Zyklus entwickeln wird. Ministerinnen bzw. Minister aus der neuen niederländischen Regierung, der erwarteten Koalition in Belgien oder eventuell aus der nächsten österreichischen Regierung, sofern die FPÖ an dieser beteiligt sein wird, dürften dieses Kräfteverhältnis weiter nach rechts verschieben. Gleichzeitig werden euroskeptische Länder wie Viktor Orbáns Ungarn und in geringerem Maße Robert Ficos Slowakei weiterhin ihre Vetorechte nutzen, um die europäische Außenpolitik gegenüber Russland zu untergraben.

Aufgrund dieser Trends und Spaltungen innerhalb des Blocks erscheint die Fähigkeit der Kommission von der Leyen II, mutige Initiativen zu ergreifen, trotz ihrer stabilen Mehrheit politisch begrenzt. Die Handlungsfähigkeit der EU wird sich insbesondere beim mehrjährigen Finanzrahmen, der das europäische Budget für den Zeitraum 2028 bis 2034 festlegt, wirklich zeigen. Die bevorstehenden hitzigen Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten, die Themen wie Landwirtschaft, Kohäsionsfonds und Erweiterungsbestimmungen betreffen, und auch jene mit dem Parlament werden das wahre Ausmaß der Ambitionen des Blocks in einer zunehmend unvorhersehbaren multipolaren Welt messen. Dies wird in erster Linie von der US-amerikanischen Europapolitik

sowie dem Verlauf des Krieges in der Ukraine abhängen und von der politischen Bereitschaft der Europäerinnen und Europäer abhängen, als souveräne Macht geeint bleiben zu wollen oder nicht.

Keynotes

- Die Europawahlen haben trotz einer schwierigen geopolitischen Lage einschließlich russischer Einmischung institutionelle Stabilität für die EU gebracht.
- Die führende Rolle der Europäischen Volkspartei in strategischen Portfolios und der Präsidentschaft der Kommission wird angesichts eines nationalistischen Aufschwungs in verschiedenen Mitgliedsstaaten den Initiativen eine stärker rechtsgerichtete politische Prägung verleihen.
- Die Wahlergebnisse haben die Position der beiden treibenden Kräfte der Union, Frankreich und Deutschland, geschwächt, während sie die von Polen und Italien gestärkt haben.
- In drei politische Gruppen aufgeteilt, haben rechtsextreme Parteien nur begrenzte Möglichkeiten, die europäische Agenda direkt zu beeinflussen. Dennoch könnte ihr wachsender politischer Einfluss ihren Mangel an institutionellem Gewicht – besonders im EU-Rat – ausgleichen.
- Angesichts dieser Trends und Spaltungen scheint der politische Spielraum der Kommission von der Leyen II für mutige Initiativen begrenzt.



Shutterstock

Wahlen in EU-Mitgliedsstaaten

Auswirkungen auf die europäische Integration

Michael Zinkanell

Das Jahr 2024 war von Wahlen in über 60 Staaten geprägt, darunter Parlamentswahlen in acht EU-Mitgliedsstaaten. Zu den größten Gewinnern zählten dabei insbesondere Parteien am äußeren rechten Rand, die durch ihre EU-skeptische Rhetorik und die Emotionalisierung der Migrationsdebatte Gemeinsamkeiten aufweisen. Die Wahlergebnisse wirken wegweisend für den politischen Trend der Union, stellen einen Prüfstein für die EU-Integration dar und zeigen die Zunahme von Fragmentierung und Polarisierung auf. Als Konsequenz ist mit potenziellen Einschränkungen der europäischen Stabilität und Handlungsfähigkeit zu rechnen. Zentrale Entscheidungsprozesse wie Initiativen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich, aber auch die EU-Erweiterung könnten dadurch gehemmt werden. Darüber hinaus spielten im Kontext der Wahlen Desinformationskampagnen sowie Informationsmani-

pulation eine wesentliche Rolle. Vermehrt zeigt sich, dass Desinformationsnarrative mit den Botschaften rechtspopulistischer Parteien im Einklang stehen. Diese Entwicklungen stellen eine ernstzunehmende Herausforderung für die Demokratie in Europa dar und gefährden die Grundpfeiler der europäischen Freiheit, Werte und Interessen.

Rechtsruck bei den Wahlen in Europa

Das Jahr 2024 galt als internationales Superwahljahr, ca. zwei Milliarden Menschen in über 60 Staaten waren weltweit berechtigt, ihre Stimme abzugeben. Neben den Wahlen in Indien und den Vereinigten Staaten zählten die Wahlen zum Europäischen Parlament zu den relevantesten und größten. Über die EU-weiten Wahlen hinaus fanden 2024 zahlreiche Parlamentswahlen innerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union statt. Deren Ergebnisse markieren nicht nur einen richtungsweisenden Trend, sondern stellen einen zentralen Prüfstein für die EU-Integration dar – sowohl was die Konsolidierung der Mitgliedsstaaten nach innen betrifft als auch hinsichtlich der Verhandlungen mit Beitrittskandidaten. Außerdem teilen sich diese Wahlen ein weiteres gemeinsames Merkmal, das die Grundfesten der Demokratie erschüttert und den demokratischen Prozess vor ernstzunehmenden Herausforderungen stellt: externe Einflussnahme in Form von Desinformation und Informationsmanipulation.

Auf nationaler Ebene fanden 2024 in insgesamt acht EU-Mitgliedsstaaten Parlamentswahlen statt: in Belgien, Bulgarien, Frankreich, Kroatien, Litauen, Österreich, Portugal und Rumänien. Vergleicht man hier die Wahlergebnisse, wird eine deutliche Tendenz sichtbar: Parteien am äußersten rechten Rand erzielten großteils beachtliche Gewinne. In Belgien belegte die äußerste rechte Partei Vlaams Belang den zweiten Platz. Die französische Rassemblement National (RN) konnte ein deutliches Plus verzeichnen. Die kroatische Rechtsaußenpartei „Domovinski pokret“ gewann zwar nur einen Prozentpunkt dazu, beteiligt sich jedoch an der neuen Regierung. Die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) gewann mit knapp 30 Prozent der Stimmen erstmalig den ersten Platz, und in Portugal gelang es der Rechtspartei „Chega“, ihre Parlamentssitze zu vervierfachen. Ein ähnlicher Trend lässt sich nach den EU-Parlamentswahlen erkennen: Jene Parteien, die der Fraktion der Patrioten

für Europa bzw. der Europäischen Konservativen und Reformer angehören, zählen zu den Gewinnern.

Politische Fragmentierung und Polarisierung

Insgesamt zeigen die Ergebnisse eine Zunahme politischer Fragmentierung und Polarisierung, die mögliche Implikationen auf die Stabilität und Handlungsfähigkeit der Union mit sich bringen. Mittelfristig könnte diese Dynamik auf nationaler Ebene wie auch in Brüssel erschwerende Auswirkungen auf zentrale Entscheidungsprozesse in Fragen der Sicherheit und Verteidigung mit sich bringen und die EU-Integration und EU-Erweiterung hemmen. Indizien für diesen Kurs spiegeln sich durch zugespitzte politische Rhetoriken im Zusammenhang mit den Wahlen wie durch die intensivierete Skepsis gegenüber den EU-Institutionen und im Drang nach mehr nationaler Selbstbestimmung wider. Dabei stehen emotionalisierte Diskurse der Rechtspopulisten wie die Migrationsdebatte und die Ukraine-Unterstützung in den innenpolitischen Wahldebatten u.a. in Belgien, Österreich und Frankreich im Vordergrund.

Aufgrund der Bevölkerungsgröße und der politischen Relevanz innerhalb der EU ist der Ausgang der Wahlen in Frankreich von besonderer Bedeutung. Die neue politische Ausgangslage ist von einer zunehmenden Komplexität geprägt. Das Linksbündnis Nouveau Front Populaire (NPF), die sich als Wahlsieger gegen Macrons Ensemble durchsetzen konnte, und die RN zählen zu den Gewinnern der Wahlen. Die gleichzeitige Stärkung von proeuropäischen als auch von euroskeptischen Positionen trägt somit zu einer zunehmenden politischen Polarisierung Frankreichs bei. Die NPF tritt zwar für eine stärkere europäische Integration ein, fordert jedoch vor einer weiteren Vertiefung eine soziale Harmonisierung und höhere Verteidigungsausgaben. Gleichzeitig betont die rechte RN nationale Souveränität und lehnt eine EU-Erweiterung tendenziell ab. Zwar dürften innenpolitische Themen kurzfristig dominieren, doch beeinflussen die Ergebnisse unvermeidlich Frankreichs Rolle in der EU – voraussichtlich eher negativ. Das Wahlergebnis wird an Präsident Macrons außenpolitischer Ausrichtung grundlegend nichts ändern, dennoch könnte die Rolle Frankreichs als entscheidender Motor der europäischen Integration eingeschränkt werden, da Macron durch seine geschwächte innenpolitische Position weniger Spielraum für europäische Initiativen hat.

In Portugal und Kroatien bleibt der proeuropäische Kurs weitgehend stabil. Beide Länder werden die Zusammenarbeit in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen aller Voraussicht nach auch weiterhin fördern. Es kann davon ausgegangen werden, dass Kroatien ein starker Befürworter der EU-Erweiterung bleibt, insbesondere hinsichtlich der Beitrittsambitionen der Westbalkan-Staaten, obwohl interne politische Veränderungen zu einer zurückhaltenderen Haltung führen könnten. In Portugal zeigt sich ein ähnliches Bild: Trotz der zunehmenden Fragmentierung des Parlaments bleibt der Konsens über die strategische Bedeutung der EU-Erweiterung und einer gemeinsamen Verteidigungspolitik erhalten. Gleichzeitig gewinnt jedoch auch hier die Debatte über nationale Souveränität und Migration an Bedeutung, angetrieben durch den Erfolg rechtspopulistischer Kräfte.

Manipulation und Desinformation

Ein weiterer gemeinsamer Nenner aller acht Parlamentswahlen in EU-Mitgliedsstaaten sind Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen. In Bulgarien kam es in den Wochen vor der Wahl zu einer Zunahme prorussischer Desinformationskampagnen, die vor allem in sozialen Medien verbreitet wurden und dabei nationalistische, EU-skeptische und antiwestliche Botschaften in den Vordergrund rückten. Durch die Verbreitung von falschen und verzerrten Informationen, etwa zur Rolle der EU in Bulgarien oder zur NATO, griff die nationalistische Partei „Velichie“ das Identitätsgefühl auf und stellte europäische Werte als Bedrohung für die bulgarische Kultur dar. Diese Narrative verknüpften die Debatten um Souveränität und eine Bedrohung durch ausländische Mächte, insbesondere durch westliche Institutionen.

Im Vorfeld der österreichischen Nationalratswahl ist die Rolle rechtspopulistischer Akteure und rechtsextremer Medienkanäle bei der Verbreitung von Desinformationen in den Fokus gerückt. Insbesondere „alternative“ Medien wie AUF1 und Report24, die als rechtsextrem eingestuft werden, nutzen Plattformen wie YouTube und soziale Medien, um ihre Reichweite zu vergrößern. Diese Kanäle verbreiten gezielt Behauptungen über mögliche Wahlmanipulationen, die das Vertrauen in die demokratischen Prozesse gefährden könnten. Zusätzlich zur Wahlmanipulation werden von den rechtspopulistischen Akteuren zunehmend alarmieren-

de Begriffe wie „WHO-Diktatur“ oder „Klimakommunismus“ verwendet, die sich gezielt an ein verschwörungsgläubiges Milieu richten.

In den Monaten vor der Wahl in Portugal zirkulierten zahlreiche irreführende Narrative, die Einwanderung mit angeblich steigender Gewalt und unfairen Privilegien verknüpften. In sozialen Medien und öffentlichen Debatten wurden zunehmend Gerüchte verbreitet, wonach Migrantinnen und Migranten bevorzugten Zugang zum nationalen Gesundheitssystem hätten oder Flüchtlinge höhere finanzielle Unterstützung bekämen als portugiesische Rentnerinnen und Rentner.

Auch in Rumänien kursierten gezielte Falschmeldungen im Vorfeld der Wahlen, die insbesondere darauf abzielten, den Vertrauensverlust und die Unsicherheiten der jungen Bevölkerung weiter zu schüren. Dabei spielten Social-Media-Kampagnen der rechtsextremen Partei Alianța pentru Unirea Românilor eine besondere Rolle, in denen junge Wählerinnen und Wähler mit politisch extremen, antieuropäischen und NATO-skeptischen Botschaften adressiert wurden. Auch anti-ukrainische Narrative, gemischt mit Verschwörungserzählungen, die russische Interessen widerspiegeln, wurden kommuniziert. Zusätzlich schürten Deepfake-Videos, die prominente Persönlichkeiten fälschlicherweise in kriminelle Aktivitäten verwickeln, Misstrauen in staatliche Institutionen.

Die französische Parlamentswahl 2024 war besonders stark von Desinformation geprägt. Falschinformationen nahmen verschiedene Formen an, darunter manipulierte Webseiten, irreführende Wahlversprechen und KI-generierte Inhalte. Besonders russische Akteure spielten eine zentrale Rolle: Prorussische Netzwerke verbreiteten polarisierende Themen, wie die angeblich manipulierten Olympischen Spiele oder die Einwanderungspolitik, um das politische Klima zu destabilisieren. Zusätzlich zur ausländischen Einflussnahme kam ein bedeutender Teil der Desinformation auch von den politischen Parteien selbst. Die NGO AI Forensics stellte fest, dass die extreme Rechte, insbesondere das von Éric Zemmour geführte Parteiprojekt „Reconquête“, KI-generierte Bilder verwendete, um antimigrantische und antieuropäische Botschaften zu verbreiten. Auch im Zuge der Parlamentswahlen in Kroatien spielten Desinformationskampagnen, die mittels generativer KI-Technologie Deepfake-Video und -Audiomaterial von politischen Persönlichkeiten verbreiteten, eine wesentliche Rolle.

Zusammenhalt und Resilienz stärken

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten sowie die Zunahme der Intensität und der Anzahl an Desinformationskampagnen stellen nicht nur Entscheidungsträgerinnen und -träger der Union vor neue Herausforderungen, sondern gefährden auch die Fundamente der europäischen Freiheiten, Werte und Interessen. EU-weit sind daher gesamtgesellschaftliche Ansätze erforderlich, um auf die kurzfristig auftretenden Risiken zu reagieren und gleichzeitig langfristige Strategien zur Resilienzstärkung und zum Vertrauensaufbau zu generieren. In Zeiten zunehmender globalpolitischer Instabilität und gewaltvoller Konflikte in der unmittelbaren Nachbarschaft ist es unerlässlich, den Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit innerhalb der EU zu stärken, um nicht zum geopolitischen Spielball zu werden.

Keynotes

- In acht EU-Mitgliedsstaaten haben 2024 Parlamentswahlen stattgefunden. Zu den größten Gewinnern zählen jene Parteien, die der Fraktion der Patrioten für Europa bzw. der Europäischen Konservativen und Reformer angehören.
- Die Ergebnisse der Wahlen zeigen eine zunehmende Fragmentierung und Polarisierung der politischen Landschaft, die die Handlungsfähigkeit der EU in Sicherheits- und Verteidigungsfragen sowie die europäische Integration hemmen könnte.
- Indizien für diesen Trend manifestieren sich durch emotionalisierte Diskurse innerhalb der Mitgliedsstaaten, die von EU-Skepsis geprägt sind und nationale Souveränität über europäische Solidarität stellen.
- Die Parlamentswahlen waren darüber hinaus von externer Einflussnahme in Form von Informationsmanipulation und Desinformationskampagnen geprägt, die eine zunehmende Herausforderung für das demokratische Fundament und die Stabilität der EU darstellen.
- Die Narrative vieler Desinformationskampagnen decken sich oftmals mit der EU-skeptischen und antiwestlichen Botschaften rechtspopulärer Parteien bzw. befeuern deren Migrationsdiskurs.
- Der Einsatz von generativer Künstlicher Intelligenz wie manipuliertem Video- und Audiomaterial nimmt in der Kommunikation gefälschter und gezielt irreführender Information drastisch zu.



Shutterstock

Ausländische Einflussnahme und die Unterminierung der Wahrheit

Daniel Hikes-Wurm

Im Superwahljahr 2024 waren die Befürchtungen über die Beeinflussung der Wahlen als demokratische Kerninstitution durch Desinformation groß. Im Nachgang betrachtet war der unmittelbare bzw. messbare Einfluss geringer als vielfach angenommen. Dies kann auch den gesetzten Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten in den letzten Jahren zugeschrieben werden. Die Bekämpfung von immer ausgefeilteren und individualisierten Desinformations-Kampagnen bleibt auch weiterhin essenziell.

Herausforderung Desinformation

In den vergangenen Jahren erfuhr der Begriff „Desinformation“ hohe Aufmerksamkeit, spätestens mit den europäischen Anstrengungen zur Bekämpfung ausländischer Einflussnahme, sogenannter „Foreign Information Manipulation and Interference“ (FIMI). Das Ziel der Maßnahmen ist die Abwehr hybrider Bedrohungen im Informationsraum, der Schutz des öffentlichen Vertrauens in demokratische Prozesse und Institutionen sowie der Fähigkeit der Machtprojektion und Interessensdurchsetzung innerhalb und außerhalb der EU. Desinformation ist eine Form von FIMI, die bestimmte Akteure als strategisches Instrument im hybriden Kampf gegen Europa verwendet.

Der Kampf gegen FIMI wurde zu einer Frage der europäischen Sicherheit, und sie ist im größeren Kontext des Systemkonfliktes zwischen Demokratien und Autokratien einzuordnen. Der ehemalige Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell ging sogar so weit zu sagen, dass es „eine der Schlachten unserer Zeit“ sei. Ein gutes Beispiel dafür ist die 2024 aufgedeckte russische Doppelgänger-Kampagne, die über geklonte Medienwebseiten Desinformation verbreitete und so gezielt gesellschaftliche Konflikte in Deutschland schüren sollte.

Aber worin liegt die Herausforderung von Desinformationskampagnen? Der Begriff Desinformation ist nicht neu und bezeichnet die absichtliche Verbreitung von falschen beziehungsweise irreführenden Inhalten durch staatliche und nicht-staatliche Akteure. Desinformation ist jedoch nicht auf den Medieninhalt zu reduzieren, vielmehr geht es im Kontext von FIMI um eine Beeinflussung des Verhaltens von Menschen und im Kontext staatlicher Ziele auch um die Herabsetzung der Einigkeit innerhalb der Gesellschaft und somit auch der Wehrwilligkeit. So sät die gezielte Beeinflussung sogenannter Narrative wie beispielsweise die Rolle der NATO im Ukraine-Krieg durch Desinformationskampagnen Zweifel, und sie könnte die Wahlbeteiligung oder das Wahlergebnis beeinflussen. Die technologischen Fortschritte durch Künstliche Intelligenz (KI) dienen dabei als massiver Verstärker und Multiplikator in der Informationsverbreitung und im inhaltlichen Diskurs.

Algorithmen sind mittlerweile ein wesentlicher Faktor in der individualisierten Adressierung von Nutzerinnen und Nutzern (Microtargeting) und können häufig zu einem selbstverstärkenden und selbstreferentiellen

len Effekt führen, der eine ausgeglichene Debatte erschwert und Extrempositionen hervorbringt. Die Qualität und Limitationen der verwendeten KI (Stichwort „Large Language Models“) stellen ein zusätzliches Problem dar, da diese selbst Quelle von Misinformation (Falschinformation) sein kann und je nach Verbreitungsweg und Absicht zu Desinformation wird. Eine wesentliche Bedeutung kommt dabei Online-Plattformen zu, die aufgrund der Skalierbarkeit der Informationsverbreitung eine Gatekeeper-Funktion zwischen den einzelnen Beteiligten wahrnehmen.

Europäische Antworten

Die Europäische Kommission begreift das Thema gesamtheitlich und hat in den letzten Jahren eine Vielzahl an Maßnahmen ergriffen, um sowohl präventiv als auch in der Krisenbewältigung die erforderlichen Instrumente verfügbar zu haben. Die Zusammenarbeit erfolgt im Verbund mit Institutionen, nationalen Behörden, der Zivilgesellschaft und weiteren Organisationen. Die Maßnahmen decken sowohl die technische als auch die zivilgesellschaftliche Ebene ab. Auf technischer Ebene zählt dazu vor allem der Digital Services Act, den seit 2024 alle EU-Mitgliedsstaaten umsetzen müssen. Er weist großen Online-Plattformen eine stärkere Verantwortung zu, die nunmehr für die Kontrolle und Bewertung von Inhalten verantwortlich sind (Content Moderation). Daneben gibt es einen freiwilligen Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation (Code of Practice on Disinformation), der insgesamt 44 Maßnahmen enthält, darunter etwa die Ambition zur Demonetarisierung von Desinformation, also der Verringerung der finanziellen Anreize für die Verbreitung. Einen Schritt weiter geht der rechtsverbindliche AI Act der EU, der sicherstellen soll, dass die verwendete KI vertrauenswürdig ist und die Grundrechte der Menschen schützt.

Diesem komplexen Zusammenwirken von verschiedenartigen Wirkmechanismen im Rahmen hybrider Bedrohungen trägt die EU mittlerweile auch in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Rechnung. Ein gutes Beispiel dafür ist die EU Partnership Mission in Moldau, die FIMI als eine Kernaufgabe in ihrem Mandat hat. Darüber hinaus ist FIMI auch Teil des EU-Sanktionenregimes gegen Russland, das destabilisierende Aktivitäten gegen die Werte sowie die Integrität der EU und ihrer Mitgliedsstaaten adressiert.

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene trifft die EU zahlreiche Maßnahmen wie das Medienfreiheitsgesetz, die Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit Wahlen und die Arbeit mit Faktenchecks. Es geht um die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz gegen Desinformation durch Medienkompetenz und Sensibilisierung. Dies erfolgt stets entlang des schmalen Grats zwischen Schutz der demokratischen Prinzipien und Werte und möglichen überschießenden Aktivitäten.

Was ist noch zu tun?

Was kann neben den bereits beschriebenen regulativen Ansätzen getan werden? Die geistige Landesverteidigung ist ein Instrument, das die ideellen Voraussetzungen dafür vermitteln kann, was es eigentlich zu schützen gilt und warum es sich um eine gesamtheitliche Angelegenheit handelt. Dazu könnten etwa die Stärkung der Medienkompetenz, die Schaffung von Rahmenbedingungen für Qualitätsjournalismus und die Förderung kritischen Denkens im Bildungsbereich beitragen.

Der Kampf gegen Desinformation wird nach wie vor eine unerlässliche und gesamtheitliche Aufgabe im Rahmen von FIMI und somit bei der Bekämpfung hybrider Bedrohungen bleiben, da sich die Methoden und Mittel rasant weiterentwickeln. Die kognitive Dimension rückt dabei immer stärker in den Fokus der Akteure, also der Versuch, die intellektuellen Fähigkeiten, die die Basis für den menschlichen Entscheidungsfindungsprozess darstellen, direkt zu beeinflussen. Dies fügt eine neue Ebene an Komplexität im Ringen um individuelle und institutionelle Resilienz und den Schutz von Menschenrechten und Demokratie hinzu.

Keynotes

- Desinformation ist und bleibt ein relevanter Stressfaktor für das System „Demokratie“ und wirkt sich langfristig auf Unterminierung des Vertrauens aus.
- Die Skalierbarkeit und Individualisierbarkeit von Desinformation stellt einen zentralen Faktor für deren Wirkmächtigkeit dar.
- Die kognitive Dimension, der Kampf um den menschlichen Geist, erhöht den Komplexitätsgrad für die Stärkung der individuellen und institutionellen Resilienz.
- Die Vermeidung überschießender und freiheitseinschränkender Schutzmaßnahmen ist dabei essenziell.



Shutterstock

Hybride Bedrohungen

Teija Tiilikainen

Hybride Bedrohungen spielen eine wichtige Rolle als Werkzeuge für Akteure, die versuchen, die demokratischen Werte und die Einheit westlicher Staaten herauszufordern. Ihre Haupttaktik besteht darin, demokratische Staaten an ihren Schwachstellen anzugreifen, um die Effizienz der Operationen zu steigern und Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Je mehr die Mitglieder in EU und NATO gemeinsame Politiken und Instrumente zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen entwickeln können, desto stärker wird ihre Resilienz sein. Einheit ist ein Vorteil in einer Situation, in der feindliche Akteure demokratische Werte als große Bedrohung für das Überleben ihres eigenen Regimes betrachten und versuchen, den Westen zu spalten und Misstrauen gegenüber demokratischen Regierungen zu säen.

Das globale Machtgleichgewicht befindet sich im Wandel. Dies ist auch eine Folge der andauernden Rivalität der Großmächte, bei der Staaten wie Russland und China versuchen, die Rolle der westlichen Mächte zu untergraben. Neue Machtressourcen und insbesondere der Technolo-

giewettbewerb spielen dabei eine Rolle, indem sie das internationale Wettbewerbsgeschehen beeinflussen.

Hybride Bedrohungen basieren auf dem Einsatz unkonventioneller Werkzeuge und Taktiken in diesem globalen Machtkampf, der zunehmend von einer Konfrontation zwischen demokratischen und autoritären Staaten dominiert wird. Dieser Kampf findet auf mehreren Ebenen statt: Er zielt auf die Sicherheit und Stabilität von Demokratien auf nationaler Ebene oder auf kollektive Organisationen wie die EU oder die NATO, aber auch auf die internationale Ordnung im weiteren Sinne mit ihren etablierten Regeln, Institutionen und Praktiken. Die für diesen Machtkampf eingesetzten hybriden Bedrohungen bestehen aus einer Reihe unkonventioneller Werkzeuge, die oft gemeinsam eingesetzt werden. Das Hauptziel der Auswahl dieser Werkzeuge – einschließlich solcher, die Zweideutigkeit erzeugen und das situative Bewusstsein herausfordern – besteht darin, effiziente Gegenmaßnahmen zu verhindern und die Kosten der Operationen niedrig zu halten. Aus diesem Grund finden die bösartigen Aktivitäten unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Angriffs statt.

Hybride Bedrohungen haben sich als äußerst effizientes Mittel für autoritäre Regime erwiesen, um die demokratischen Werte zu untergraben und das demokratische Modell insgesamt zu diskreditieren. Ihr Einsatz hat nicht nur die Grenze zwischen Krieg und Frieden verwischt, sondern auch die Anwendung nationaler und internationaler Regeln und Praktiken auf hybride Bedrohungen erschwert. Während neue Technologien neue Schwachstellen für demokratische Gesellschaften generieren, wird die Schaffung von Rechtsrahmen durch den Wettbewerb der Großmächte auf internationaler Ebene behindert und erfordert auf nationaler Ebene ein sorgfältiges Abwägen der Werte.

Aktuelle Dynamik hybrider Bedrohungen

Der Konflikt zwischen westlichen Staaten und Mächten, die versuchen, die demokratischen Werte zu untergraben, kulminiert derzeit im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Ein Sieg Russlands würde das globale Machtgleichgewicht zu seinen Gunsten verändern und in eine Richtung lenken, in der militärische Stärke mehr Gewicht hat als gemeinsame Regeln und Normen. Ein Sieg würde es Russland ermög-

lichen, seine Ziele in der Ukraine zu erreichen, indem es die souveräne Außenpolitik der Ukraine einschließlich eines NATO-Beitritts einschränkt. Ebenso würde es Russland helfen, seinen Einflussbereich in Europa im Allgemeinen zu festigen.

Russland setzt daher seine hybriden Bedrohungsinstrumente direkt gegen die Ukraine ein, um seine kinetische Kriegsführung zu unterstützen. Die indirekten Mittel zielen darauf ab, westliche Entscheidungen über Hilfe und Unterstützung für die Ukraine oder über Sanktionen gegen Russland zu unterlaufen oder zu erschweren. Diese böswärtigen Aktivitäten reichen von Informationsoperationen bis hin zu Cyberangriffen und Angriffen auf wichtige westliche Infrastrukturen. Zusammen mit verschiedenen Sabotageakten gegen westliche Gesellschaften zielen sie darauf ab, das Vertrauen in die Regierung zu untergraben und die Aufmerksamkeit von außenpolitischen Themen wie der Ukraine abzulenken. Auch die Wahlbeeinflussung ist ein Werkzeug, das eingesetzt wird, indem politische Parteien begünstigt werden, die kritischer gegenüber der Unterstützung der Ukraine eingestellt sind.

Ein weiterer Trend im Zusammenhang mit hybriden Bedrohungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine betrifft Russlands ständige Notwendigkeit, den Krieg vor der eigenen Bevölkerung und einer breiteren internationalen Öffentlichkeit zu rechtfertigen, um die Unterstützung für das derzeitige Regime und Russlands globalen Einfluss zu sichern. Russland nutzt verschiedene Instrumente, um seine Narrative über die Ursprünge des Krieges zu verbreiten, die als Verteidigungsoperation gegen politische Gräueltaten in der Ukraine oder als angeblicher geplanter westlicher Angriff gegen Russland dargestellt werden. Diese umfassende Manipulation des Informationsraums wird auf vielen Ebenen durchgeführt, von traditionellen russischen Medienkanälen über globale Social-Media-Plattformen bis hin zu russischen Schulbüchern, offiziellen politischen Dokumenten und Reden hochrangiger Politikerinnen, Politiker sowie Praktikerinnen und Praktiker.

Dieser Informationskrieg ist nicht auf russische Aktivitäten beschränkt, sondern wird auch von China geführt, das die russische Darstellung der Ursprünge des Krieges gegen die Ukraine vielfach teilt. Beide Länder führen eine zunehmend feindliche Informationskampagne gegen den Westen und stellen westliche Länder als imperialistisch und hegemonial dar, während sie Partnerschaften und Loyalitäten gegen angebliche For-

men westlicher Unterdrückung und Dominanz aufbauen. China hat seine „grenzenlose“ Partnerschaft mit Russland gegen alle Erwartungen beibehalten, indem es sich weigerte, für Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zur Verurteilung der russischen Aggression zu stimmen, und indem es die wirtschaftliche und diplomatische Zusammenarbeit mit Russland vertiefte. China scheint zu der Einschätzung zu gelangen, dass es mehr von einer vertieften Partnerschaft mit Russland gewinnen kann als von der Verteidigung der Grundpfeiler der gegenwärtigen internationalen Ordnung – einschließlich des Verbots des Einsatzes militärischer Gewalt.

Neue Schwachstellen für westliche Demokratien

Hybride Bedrohungen zielen darauf ab, Gesellschaften an ihren Schwachstellen anzugreifen, um Gegenreaktionen zu vermeiden oder zu minimieren. Aus diesem Grund muss die Identifizierung von technologischen und wirtschaftlichen bis hin zu diplomatischen und politischen Schwachstellen im Mittelpunkt der westlichen Politik zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen und zur Stärkung der Resilienz stehen.

Die Schwachstellen wachsen am schnellsten im Technologiebereich mit seinen neuen disruptiven Dimensionen, die in den Händen böswilliger staatlicher Akteure unbegrenzte Möglichkeiten bieten, technologieabhängigen westlichen Gesellschaften Schaden zuzufügen. Ein besseres Bewusstsein für Risiken und ein Verständnis des geopolitischen Rahmens sollten daher in die Arbeit von Technologieunternehmen integriert und ihre Zusammenarbeit mit staatlichen Sicherheitsexperten verstärkt werden.

Strategien zur Verringerung wirtschaftlicher Abhängigkeiten sowie zur Identifikation von Schwachstellen in den Lieferketten und die Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen sollten zu Kernelementen der westlichen Wirtschaftsplanung werden. Schließlich sollte die Einheit westlicher Akteure, die sich in der EU, in der NATO, aber auch in den G7 abbildet, als wichtiger politischer Vorteil angesehen werden, während feindliche Akteure große Anstrengungen unternehmen, sie zu untergraben. Je mehr der Westen geeint bleibt und bestehende politische Instrumente koordiniert einsetzt, desto besser wird der Handlungsspielraum feindlicher Akteure begrenzt.

Keynotes

- Hybride Bedrohungen zielen darauf ab, westliche Gesellschaften an ihren Schwachstellen anzugreifen.
- Hybride Bedrohungen sollen die demokratischen Werte untergraben, da diese als Bedrohung für das Überleben autoritärer Regierungsmodelle angesehen werden.
- Die Taktik hybrider Bedrohungen sollte beim Entwickeln neuer disruptiver Technologien berücksichtigt werden.
- Die Einheit der EU und der NATO ist ein wichtiger Schutz demokratischer Staaten vor hybriden Bedrohungen.



Die NATO am Scheideweg

Raphael Spötta

Durch die transaktionale Außenpolitik Donald Trumps wird die Glaubwürdigkeit der kollektiven Verteidigung der NATO infrage gestellt. Neben dem langfristigen Dissens um das Burden Sharing verschärfen interne und externe Herausforderungen sowie globale Risiken und Krisen die Situation. Trotz dieser Unsicherheit handelt es sich bei der NATO um eine unverzichtbare Säule der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Die NATO steht durch die Wahl Donald Trumps zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten vor einer veritablen Belastungsprobe. Bereits im Februar 2024 stellte er in den Raum, die USA würden im Falle seines Wahlsiegs die anderen NATO-Mitglieder nur verteidigen, wenn diese ihren finanziellen Verpflichtungen nachkämen. Ansonsten würde er Russland dazu ermutigen, zu tun oder zu lassen, was auch immer es wollte. Trump fügte der Allianz mit solchen Aussagen schweren Schaden zu. Denn der Kern der NATO-Verteidigungsstrategie ist die Glaubwürdigkeit ihrer Abschreckungsstrategie. Bestehen Zweifel daran, dass

die USA ihren Verpflichtungen gegenüber den Bündnispartnern nachkommen, höhlt das die Glaubwürdigkeit der Allianz aus.

Burden Sharing und Glaubwürdigkeit

Bereits seit Längerem besteht Uneinigkeit zwischen den USA und den europäischen NATO-Mitgliedern bezüglich des Burden Sharing, also der Aufteilung der (finanziellen) Last der Bündnisverteidigung. Die Vereinigten Staaten fordern die westeuropäischen Alliierten seit fast 20 Jahren wiederholt dazu auf, mehr in die kollektive Verteidigung zu investieren. Im Jahr 2023 erhöhten sich die Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Mitglieder um 18 Prozent, und von 32 Mitgliedern erreichten 30 das Zwei-Prozent-Ziel.

Doch während Trumps Äußerung so gesehen ins Leere läuft, hat er bereits der Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung Schaden zugefügt. Die Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags lässt offen, mit welchen Mitteln ein NATO-Mitglied zur Bündnisverteidigung beitragen muss. Das bedeutet, die USA könnten auch gänzlich auf die Verteidigung ihrer europäischen Alliierten verzichten, mit einer reinen Solidaritätsbekundung wäre es auch bereits getan. Dass nunmehr ein US-Präsident gewählt wurde, der sich seiner Unberechenbarkeit rühmt und voraussichtlich erneut eine auf Transaktionalismus und Unilateralismus beruhende Außen- und Sicherheitspolitik betreiben wird, ist der Glaubwürdigkeit der transatlantischen Allianz nicht zuträglich; es ist möglich, dass das Weiße Haus den Schaden für die Glaubwürdigkeit der Allianz zugunsten eines vermeintlich gerechteren Burden Sharing in Kauf nehmen würde. Ein zunehmend isolationistischer Kurs der USA ist dabei eine mittel- bis langfristige mögliche Entwicklungslinie.

Externe Herausforderungen

Die NATO steht also, über 75 Jahre nach ihrer Gründung, sowohl vor internen als auch vor massiven externen Herausforderungen. So bestehen beispielsweise immer noch ungelöste Konflikte zwischen NATO-Mitgliedern, etwa zwischen Griechenland und der Türkei. Das führt zu unterschiedlichen Prioritäten der Alliierten, was sowohl die Zusammenarbeit

innerhalb der NATO als auch die Gewichtung von Sicherheitsherausforderungen im Umfeld Europas betrifft.

Die Herausforderungen für die transatlantische Allianz werden auf absehbare Zeit nicht abnehmen. Insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist in diesem Zusammenhang zu nennen, dessen Auswirkungen Europa und die NATO besonders betreffen. Nach dem Einsatz der russischen Mittelstreckenrakete vom Typ SS-X-34 „Ore-schnik“ gegen die Ukraine, angesichts der ukrainischen Verluste und in Hinblick auf die Aussagen Trumps, Frieden in der Ukraine erreichen zu wollen, ändert sich auch die Sicherheitslage der NATO. Wahrscheinlicher als eine Konfliktlösung ist jedoch das Einfrieren dieses Konflikts. In diesem Fall würde die Allianz einem gestärkten Russland gegenüberstehen, das sich durch die Eroberung weiter Teile der Ukraine in einer strategisch besseren Ausgangslage befindet, um andere europäische Staaten unter Druck setzen zu können. Zugleich ist die NATO gefordert, das Sicherheitsbedürfnis der Ukraine zu erfüllen, ohne einen offenen (militärischen) Konflikt mit Russland zu riskieren.

Weitere Herausforderungen sind die militärische Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hamas bzw. der Hisbollah, sowie der schwelende Konflikt zwischen Israel und dem Iran. Eine Verschlechterung der Sicherheitslage könnte auch vitale Interessen der Allianzpartner berühren. Schließlich wäre als weiterer potenzieller Konfliktherd Taiwan zu nennen. Dies würde zwar die NATO nicht unmittelbar im Sinne der Bündnisverpflichtungen betreffen, aber aufgrund der zu erwartenden Auswirkungen eines militärischen Konflikts dürfen die Spannungen in der Taiwanstraße keinesfalls ignoriert werden. Doch die primäre Herausforderung bleibt das Verhalten Moskaus, das sich mit der EU in einem hybriden Konflikt befindet. Dieser umfasst unter anderem Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und auch nukleare Drohgebärden.

NATO und EU

Mit dem bereits seit 2022 bestehenden Strategischen Konzept trägt die Allianz diesen Entwicklungen und Herausforderungen Rechnung. Die USA, immerhin Gründungsmitglied, sind seit 1949 der wesentliche Eckpfeiler der Allianz. Steht dieser nun infrage, steht auch die gesamte kollektive Verteidigung der NATO infrage. Dies zu kompensieren ist kurz- bis

mittelfristig kaum möglich. Am nächsten käme der NATO als Institution der kollektiven europäischen Verteidigung die EU und ihre Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), diese unterscheidet sich jedoch institutionell und prozedural deutlich von der NATO.

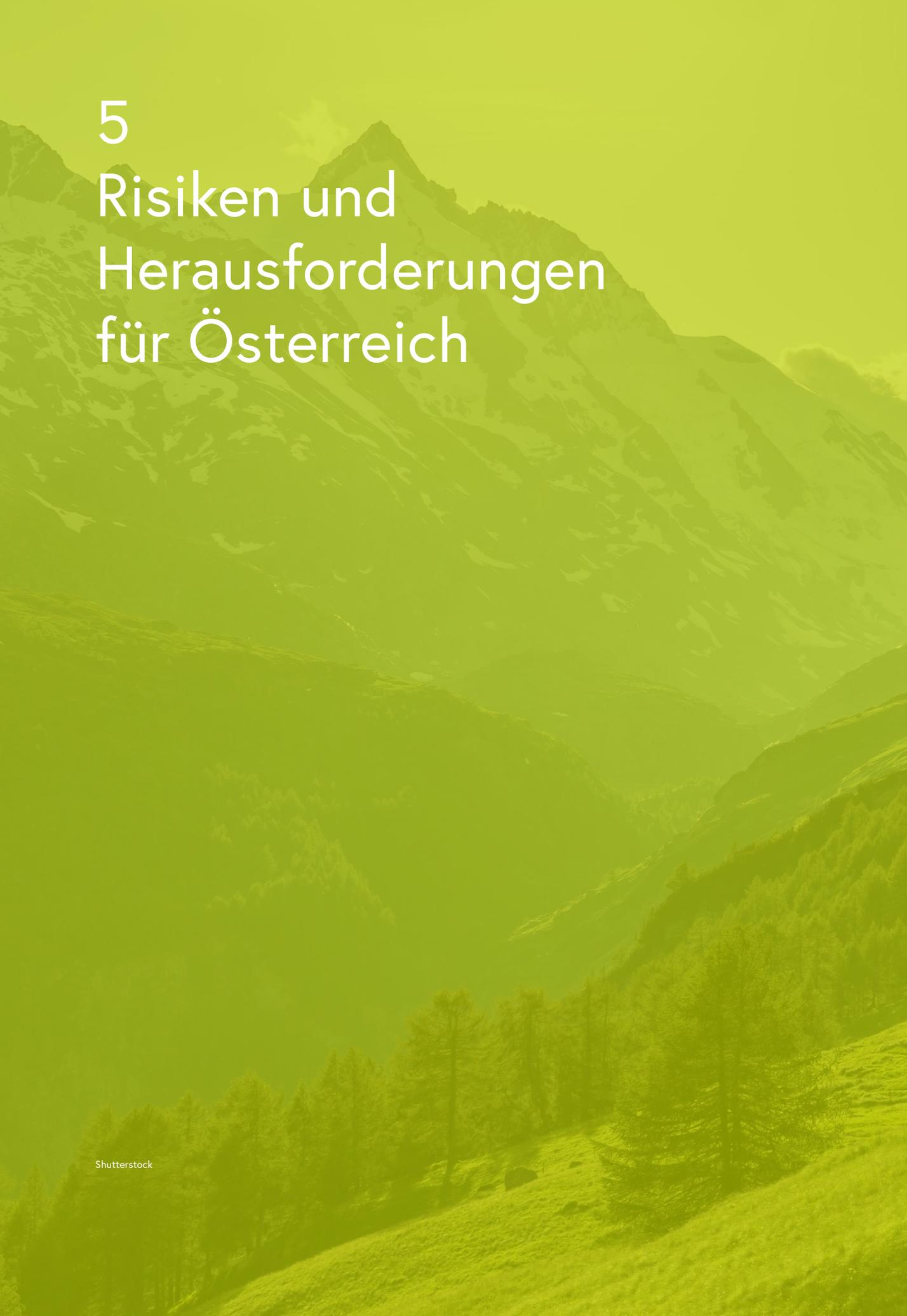
Es ist nunmehr mit Rufen zu rechnen, die eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten fordern. Europa, so der Tenor, müsse jetzt mehr für seine Sicherheit und Verteidigung tun. Dafür fehlt es der EU jedoch an entsprechenden Entscheidungsstrukturen und -prozessen, die erst etabliert werden müssten. Dies sollte auch losgelöst von den politischen Verhältnissen in den USA betrachtet werden. Die politischen Mehrheitsverhältnisse in Washington mögen sich ändern, doch die Stärkung der Fähigkeiten und Kapazitäten der europäischen NATO-Mitglieder ist alternativlos. Die Stärkung der EU im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich wäre auch eine Stärkung der europäischen Säule des transatlantischen Bündnisses.

Die NATO ist derzeit nach wie vor die für die europäische Sicherheit zentrale internationale Organisation. Als eines der am längsten bestehenden Militärbündnisse der Geschichte wird die NATO auch in Österreich – zumindest implizit – als Schutzwall gesehen, der nahezu das gesamte Bundesgebiet umgibt. Und die Standardisierungsabkommen (STANAG) der NATO dienen heute modernen Streitkräften auch außerhalb Europas als wesentlichster Maßstab für die Interoperabilität. Die NATO bleibt also trotz erschwelter Umstände einer der Grundpfeiler der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Keynotes

- Durch ein möglicherweise unberechenbares Verhalten des nächsten US-Präsidenten steht infrage, dass die USA ihren Verpflichtungen nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags nachkommen. Dies untergräbt das Fundament der Abschreckungsstrategie der NATO.
- Ein „Einfrieren“ des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine würde Moskaus strategische Position stärken und die Bedrohung Europas dadurch zunehmen, was auch für die NATO eine Zunahme der strategischen Herausforderungen bedeuten würde.
- Europäische NATO-Mitglieder haben zwar ihre Verteidigungsausgaben zuletzt erhöht, allerdings fehlt es im Rahmen der EU weiterhin an Entscheidungsstrukturen für eine eigenständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
- Die NATO bleibt zentral für die europäische Sicherheitsarchitektur, es ist jedoch erforderlich, die europäische Säule der NATO über die Strukturen der Europäischen Union zu stärken.

5 Risiken und Herausforderungen für Österreich







Risiken und Herausforderungen für Österreich

Silvia Angerbauer

Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist weltweit mit Herausforderungen konfrontiert, die bis vor wenigen Jahren nicht vorstellbar waren. Das gilt selbstverständlich auch für Österreich. Aus diesem Grund müssen zum einen die strategischen Grundlagen sowie die sicherheitspolitischen Kalküle und Strukturen einem fortgesetzten Änderungsprozess unterzogen werden. Zum andern sind gesamtstaatliche strategische Sicherheitsvorsorge und zukunftsrobuste Regierungsführung wichtiger denn je. Denn wenn die Risikoanalysen und strategischen Prognosen nicht ernst genommen werden, kann das gravierende Folgen für die Resilienz von Staat und Gesellschaft haben.

Wir leben in einer Zeit des schnellen und manchmal beängstigenden Wandels sowie der zunehmenden Komplexität und Unsicherheit. Klima-

wandel, technische Revolutionen und geopolitische Veränderungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf unser Leben. Stabilität, Wohlstand und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeiten mehr. Um den Erwartungen der Menschen, die in Österreich leben, gerecht zu werden, ist eine zukunftsrobuste Regierungsführung erforderlich. Es muss gelingen, sich angepasst auf die Zukunft vorzubereiten, größere Risiken zu mindern und die richtigen Fähigkeiten aufzubauen.

Veränderungen finden dabei auf allen Ebenen statt – von der globalen Machtkonkurrenz bis hin zur Kommunalpolitik. Der Auslöser für diese ist aber oft derselbe. So kann beispielsweise die Arktis – bedingt durch den Klimawandel – aufgrund der Bedeutung von Schifffahrtswegen und wertvollen Bodenschätzen geopolitische Bedeutung erlangen. Die Auswirkungen des Klimawandels können aber auch Gemeinden und Familien an den Rand des Ruins bringen, wie uns die Hochwasser-Katastrophe in Teilen Österreichs und Europas erst kürzlich gezeigt hat.

Unerlässlich erscheint es daher, vermehrt auf Vorsorge und fakten-gestützte vorausschauende Politikgestaltung zu achten. Aus diesem Grund bindet das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) auch die strategische Vorausschau verstärkt in seine Grundlagenarbeit ein. Strategische Vorausschau ist immer dann erforderlich, wenn ein hohes Maß an Ungewissheit in Bezug auf Veränderungen im relevanten zukünftigen Kontext besteht. Durch die Einbeziehung von Foresight-Techniken in die politisch-strategische Entscheidungsfindung können fundierte Entscheidungen für notwendige Fähigkeiten und Maßnahmen für die Zukunft getroffen werden.

Strategie ist nicht genug

Daher wurde etwa auch die neue Österreichische Sicherheitsstrategie, über die in diesem Kapitel gesondert berichtet wird, vom gesamtstaatlichen Risikobild des BMLV abgeleitet. Das Risikobild ist dabei die Prognose, welche Risiken am relevantesten sind. Die Sicherheitsstrategie ist folglich der Plan, welche Maßnahmen in den unterschiedlichen Bereichen getroffen werden müssen, um zu verhindern, dass diese Risiken Schaden für Österreich verursachen. Die Frage, ob diese Maßnahmen auch die Richtigen sind, bleibt zum Zeitpunkt der Strategieformulie-

rung jedoch offen und muss in weiterer Folge einer ständigen Beobachtung unterzogen werden.

In Österreich wurde zum Zweck einer solchen laufenden Lagebeobachtung im Jänner 2024 das Bundes-Krisensicherheitsgesetz mit seinen Strukturen operationalisiert. Sieben Lagebildprozesse in den Bereichen Innere Sicherheit, Gesundheit und Soziales, Energie, Klima und Umwelt, Wirtschaft, nachrichtendienstliche Entwicklungen und Verteidigungspolitik sollen Handlungserfordernisse identifizieren und beurteilen, ob die Strategievorgaben umgesetzt werden. Beginnend mit dem ersten Quartal 2025 soll zudem ein halbjährliches strategisches Gesamtlagebild aus allen sieben Teillagebildern erstellt werden. Mit diesem soll eine strategische Gesamtbetrachtung (Evaluierung, Ausblick usw.) erfolgen, auf deren Basis Ableitungen für die Zukunft gezogen werden, die wiederum in die gesamtstaatliche Strategiebearbeitung einfließen. Ziel ist es, einen gesamthaften und ressortübergreifenden strategischen Überblick über Sicherheitsfragen zu schaffen sowie vor allem eine Vernetzung der operativen und strategischen Ebene im Bereich des Krisenmanagements zu gewährleisten. Die beabsichtigte maßgebliche Steigerung der Resilienz soll einen erheblichen Mehrwert gegenüber der derzeitigen Situation bieten, was angesichts der globalen Sicherheitslage auch folgerichtig scheint.

Es wird darauf ankommen, dass alle Mitwirkenden und insbesondere die Gesamtleitung dieses Prozesses stets die strategische Komponente der grundsätzlichen und längerfristigen Ausrichtung im Blick behalten. Strategische Denkprozesse sollten grundsätzlich als übergeordnete Perspektive auf Metaebene stattfinden und greifen nicht direkt in operative Fragestellungen ein. Wesentlich ist auch, dass dabei mit dieser Funktionalität weder eine Entscheidungs- noch eine Weisungsbefugnis verbunden ist und es durch die neuen Strukturen im Bundes-Krisensicherheitsgesetz zu keiner Verschiebung von Ressortzuständigkeiten kommt. Die gemäß Bundesministerienengesetz gültigen Zuständigkeiten bleiben freilich in der Ressortverantwortung.

Verteidigung ist weit mehr als eine militärische Aufgabe

Zur zeitgemäßen Anpassung der österreichischen Sicherheitsstrukturen gehört angesichts der weltweiten Entwicklungen neben den be-

reits gesetzten Schritten auch die Planung für den Ernstfall. Im Kalten Krieg war eine denkbare konkrete Zusammenarbeit im Verteidigungsfall mit der Umfassenden Landesverteidigung vorbereitet. Diese wurde mit dem 1983 beschlossenen Landesverteidigungsplan operationalisiert.

Auf die Bedeutung der in der Verfassung verankerten Umfassenden Landesverteidigung wird auch in anderen Beiträgen dieses Sammelbandes hingewiesen. Zu der darin verankerten zivilen Landesverteidigung gehört etwa der gesamte Zivilschutz wie auch das Funktionieren der zivilen Behörden im Verteidigungsfall oder die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit durch die Polizei. In die wirtschaftliche Landesverteidigung fällt u.a. die Bevorratung von und Versorgung mit Lebensmitteln ebenso wie die Anlage von Energievorräten oder auch Maßnahmen, dass die Wirtschaft in Krisen- oder Kriegszeiten weiterarbeiten kann. Mit der geistigen Landesverteidigung sollen vor allem demokratische Werthaltungen und die Schaffung eines umfassenden Bewusstseins für demokratische Freiheiten und die in der Bundesverfassung verankerten Bürger- und Menschenrechte vermittelt werden. Durch die geistige Landesverteidigung sollen auch das sicherheits- und verteidigungspolitische Bewusstsein und die demokratische Wehrhaftigkeit in der Bevölkerung gestärkt werden.

Diese Handlungsfelder müssen mit einem neuen Landesverteidigungsplan wieder besser aufeinander abgestimmt werden, um die Verteidigungsfähigkeit und Resilienz in allen sicherheitspolitischen Handlungsfeldern auf nationaler Ebene im Einklang mit der EU zu erhöhen.

Keynotes

- Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist weltweit mit Herausforderungen konfrontiert, die bis vor wenigen Jahren nicht vorstellbar waren.
- Die Österreichische Sicherheitsstrategie wurde folgerichtig überarbeitet, um auf neue geopolitische Herausforderungen antworten zu können.
- Neue Strukturen im Bundeskanzleramt wurden eingerichtet, um erstmalig ein gesamtstaatliches sicherheitspolitisches Lagebild zu erstellen.
- Es wird darauf ankommen, dass alle Mitwirkenden stets die strategische Komponente im Blick behalten und nicht in operative Fragestellungen abgleiten.
- Zur Umsetzung der Österreichischen Sicherheitsstrategie muss auch die Umfassende Landesverteidigung wieder aufleben.



Die neue Österreichische Sicherheitsstrategie

Jutta Edthofer und Michael Kugler

Die neue Österreichische Sicherheitsstrategie reagiert auf veränderte Bedrohungen, darunter geopolitische Konflikte, Klimawandel und hybride Angriffe. Sie verfolgt einen umfassenden Ansatz, der sicherheitspolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte integriert. Ziel ist eine präventive, resiliente Sicherheitsstruktur in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Acht Handlungsfelder, darunter Resilienz, Migration und wirtschaftliche Sicherheit, sollen Österreich auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen vorbereiten.

Entwicklung der neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie

Die strategische Sicherheitslage Österreichs hat sich in den letzten Jahren fundamental verändert. Durch den völkerrechtswidrigen An-

griffskrieg Russlands auf die Ukraine ist der Krieg nach Europa zurückgekehrt, das globale sicherheitspolitische Gefüge wurde in seinen Grundfesten erschüttert, die Systemkonkurrenz und der geopolitische Wettbewerb verschärft. Die Eskalation weiterer Konflikte, etwa im Nahen Osten, hat auch Auswirkungen auf Europa. Die Weiterentwicklung der Österreichischen Sicherheitsstrategie (ÖSS) aus dem Jahr 2013 war folglich unbedingt erforderlich. Die Bundesregierung hat diesen Strategieprozess mit einem Beschluss des Ministerrates im April 2023 eingeleitet; die neue ÖSS wurde am 28. August 2024 dem Parlament zu Debatte und Entschließung zugeleitet.

Ziel dieses Projektes war es, im Rahmen eines transparenten und inklusiven Prozesses ein langlebiges Strategiedokument auf internationalem Niveau zu entwickeln. Die Krisen der vergangenen Jahre hatten gezeigt, dass die heutigen Bedrohungen mehr denn je grenzüberschreitend wirksam werden und dass Sicherheit möglichst umfassend gedacht werden muss. Gleichzeitig hat das globale Umfeld dazu beigetragen, dass nationale Sicherheitsüberlegungen zunehmend andere Bereiche beeinflussen. In der neuen Sicherheitsstrategie sollten daher nicht nur klassische Sicherheitsthemen behandelt, sondern auch Verbindungen zu anderen Politikbereichen berücksichtigt werden. Dazu gehören unter anderem Wirtschaftspolitik, Außenpolitik, Klima- und Energiepolitik, Gesundheitspolitik und Bildungspolitik. Die österreichische Sicherheitspolitik sollte umfassend, integriert und präventiv angelegt werden, um aktiv gestalten und solidarisch im europäischen Rahmen mitwirken zu können.

Methodik

Zunächst wurden die wesentlichsten sicherheitspolitischen Bedrohungen und Herausforderungen im Rahmen einer Bedrohungs- und Umfeldanalyse identifiziert. Auf dieser Basis wurden die wesentlichen nationalen Interessen und Ziele festgelegt und schließlich die zur Erreichung dieser Ziele verfügbaren Kapazitäten im militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen, diplomatischen und zivilen Bereich analysiert. Weiters wurden Optionen zur Zielerreichung definiert. Acht sicherheitspolitische Handlungsfelder sind aus derzeitiger Sicht für die nächsten Jahre prioritär und sollen maßgeblich zur Umsetzung der Interessen und Ziele beitragen – insbesondere angesichts begrenzter Ressourcen.

Im Wege einer begleitenden politischen Abstimmung wurde sichergestellt, dass die Strategie breit getragen wird und mit anderen Politiken übereinstimmt. Dazu wurden eine Steuerungs- und eine Arbeitsgruppe der für sicherheitspolitische Fragen zuständigen Kernressorts unter Leitung des Bundeskanzleramts (BKA) eingerichtet. Je nach Thema wurden auch andere Ministerien befasst. Alle im Nationalrat vertretenen Parteien waren eingeladen, sich im Wege einer Steuerungsgruppe aktiv an der Weiterentwicklung der ÖSS zu beteiligen. Von den Parteien nominierte Expertinnen und Experten tauschten sich regelmäßig mit der Steuerungsgruppe über den Fortschritt der Arbeiten aus und diskutierten die Inhalte der Strategie. Nach Abschluss des Strategieprozesses wurde die ÖSS gegenüber der Öffentlichkeit und den internationalen Partnern offengelegt. Außerdem wurde eine kontinuierliche Überwachung der Strategieumsetzung und Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen vorgesehen.

Die ÖSS und die Herausforderungen 2025

Die neue Strategie bietet einen Rahmen, um den für Österreich wesentlichen sicherheitspolitischen Herausforderungen 2025 und darüber hinaus zu begegnen. Dabei können die in den acht Handlungsfeldern dargelegten Maßnahmen und Instrumente angewandt werden. Dazu gehören unter anderem Kriege und Konflikte im Umfeld Europas und Österreichs, die Stärkung der Resilienz Österreichs, Wirtschaftliche Sicherheit, Klimawandel, Wetterextreme und Naturkatastrophen, Migration und Integration sowie Hybride Bedrohungen.

Kriege und Konflikte

Die Kriege und Konflikte in der nahen und entfernteren Nachbarschaft haben neben dem Leid für die betroffene Bevölkerung auch direkte Effekte auf Österreich, etwa durch Flüchtlingsströme oder wirtschaftliche Auswirkungen. Insgesamt ist das Risiko einer militärischen Eskalation gestiegen. Im Nahen Osten besteht die Gefahr, dass sich der Konflikt über die Region hinaus ausweitet, mit Folgen u.a. für Wirtschaft und die Erhöhung der terroristischen Bedrohungslage weltweit und auch in Österreich.

Als Reaktion wird sich Österreich weiterhin für eine regelbasierte internationale Ordnung einsetzen und an den internationalen Deeskalations- und Friedensbemühungen beteiligen. Dabei können auch die Möglichkeiten, die sich aus Österreichs spezifischer Stellung als militärisch neutrales Land ergeben, genutzt werden. Gleichzeitig wappnet man sich national gegen die Auswirkungen und Bedrohungen dieser Konflikte. Dazu gehört u.a. die Stärkung der Umfassenden Landesverteidigung. Weitere konkrete Umsetzungsschritte zur Erhöhung der gesamtstaatlichen Resilienz und Verteidigungsfähigkeit werden in den nächsten Jahren nötig sein.

Dasselbe gilt auch auf EU-Ebene. Die EU muss in der Lage sein, sich im Notfall selbst zu verteidigen. Nach dem Strategischen Kompass von 2022 hat die Kommission im März 2024 eine EU-Verteidigungsindustriestrategie und ein dazugehöriges Programm inkl. Finanzmitteln vorgelegt. Der neuen EU-Kommission wird – neben der Hohen Vertreterin für Außenpolitik – erstmals ein eigener Kommissar für das Dossier Verteidigung angehören, und die Europäische Investitionsbank weitet graduell ihre Vergabekriterien für Kredite in Richtung Dual-Use- bzw. verteidigungsrelevante Güter aus. Man kann in den nächsten Monaten in diesem Bereich einige Initiativen und Geldmittel erwarten, und Österreich wird dabei im Sinne seiner sicherheitspolitischen Interessen und im Einklang mit seiner Verfassung mitgestalten.

Wirtschaftliche Sicherheit

Weltweit gibt es derzeit das Bestreben, Wirtschafts-, Technologie- und Energiepolitik an die größeren nationalen Sicherheitsbedürfnisse anzupassen. Unter dem Stichwort der offenen strategischen Autonomie muss der richtige Mix zwischen Sicherheit, Standortsicherung, globaler Wettbewerbsfähigkeit sowie zukunftsgerichteter, klimafreundlicher Innovation und einer globalen regelbasierten handels- und wirtschaftspolitischen Ordnung gefunden werden.

Um ausländischer wirtschaftlicher Einflussnahme zu begegnen, werden sowohl national als auch auf EU-Ebene Maßnahmen und Rechtsinstrumente ausgearbeitet bzw. umgesetzt, die vor schädigenden Maßnahmen in kritischen Wirtschaftsbereichen schützen. Im Jahr 2025 wird es um deren Implementierung gehen, und darum, die möglichen Auswir-

kungen eines Abflusses von wichtigen Technologien und Knowhow zu analysieren und Lösungen in Angriff zu nehmen.

Die Sicherung der Energieversorgung bei gleichzeitiger Erhaltung von deren Leistbarkeit und Förderung ökologischer Nachhaltigkeit ist eine weitere zentrale Herausforderung für die nächsten Jahre. Die diesbezüglichen Maßnahmen werden im Handlungsfeld „Wirtschaftliche Sicherheit und kritische Ressourcen“ der ÖSS beschrieben.

Klimawandel, Wetterextreme und Naturkatastrophen

Die regelmäßig wiederkehrenden Extremwetterereignisse und daraus resultierende Katastrophen zeigen, wie wichtig Vorbereitung und effizientes Katastrophenmanagement sind. Ebenso essenziell ist die resolute Umsetzung der Österreichischen Strategie der Anpassung an den Klimawandel und als übergeordnetes Ziel die Weiterarbeit an der ursächlichen Bekämpfung des Klimawandels und der Schutz der Lebensgrundlagen.

Migration und Integration

Krieg, Instabilität und Klimabedrohungen führen zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen und zu Fluchtbewegungen. Diese werden daher auch 2025 eine große Herausforderung für Österreich darstellen.

Im kommenden Jahr stehen dazu – in Zusammenarbeit mit der neuen EU-Kommission – intensive Arbeiten an. Der Europäische Rat hat sich darauf verständigt, im Einklang mit internationalem Recht neue und innovative Wege zur Bekämpfung illegaler Migration und Schlepperei auszuloten. Daneben steht auch die Umsetzung des neuen Migrations- und Asylpakts an. Zudem soll sowohl auf Ebene der EU wie auch auf nationaler Ebene die Kooperation mit Ursprungs- und Transitländern verstärkt und die Ursachen der Migration umfassend angegangen werden, v.a. durch Unterstützung vor Ort und Entwicklungszusammenarbeit. Gleichzeitig kommt der regulären und sicheren Migration im Lichte des Arbeits- bzw. Fachkräftemangels große Bedeutung zu.

Schließlich sollen die in der ÖSS angesprochenen Maßnahmen im Bereich Integration dazu beitragen, alle in Österreich lebenden Menschen

einzubinden und das österreichische Potenzial bestmöglich in einer friedlichen und prosperierenden Gesellschaft zu nutzen.

Hybride Bedrohungen

Die EU hat bereits mehrmals beweisbare und verstärkte hybride Aktionen Russlands gegen Europa ausgewiesen und u.a. ein neues Sanktionenregime dagegen erlassen. Ähnliche hybride Aktionen kommen auch von anderen Staaten und Akteuren. Die Bandbreite hybrider Bedrohungen reicht von visiblen Cyber-Attacks und Sabotage bis hin zu subtilerer Manipulation von Information (Desinformation) und Beeinflussungskampagnen. Dadurch sollen bestehende innerstaatliche Differenzen verstärkt und Unsicherheit und Instabilität erzeugt werden. Im Jahr 2025 werden sowohl in Österreich als auch auf EU Ebene diesbezügliche Strategien und Maßnahmen nötig sein.

Umsetzung der ÖSS

Im Lichte der anstehenden Herausforderungen definiert die ÖSS die Umsetzung der aufgezeigten Handlungsmaßnahmen als gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Verankerung der Strategie in der Bevölkerung und die Schaffung eines breiten Sicherheitsbewusstseins, gesellschaftlichen Zusammenhalts und einer demokratischen Wehrhaftigkeit sind in diesem Zusammenhang wesentliche Zielsetzungen.

Keynotes

- Die Rückkehr des Krieges nach Europa verschärfte globale sowie regionale Konflikte, und veränderte das sicherheitspolitische Umfeld Europas und Österreichs. Eine neue Sicherheitsstrategie war daher unumgänglich.
- Das Sicherheitsverständnis in der neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie ist umfassend und bezieht andere Politikbereiche mit ein. Dazu gehören u.a. Wirtschaftspolitik, Klimawandel sowie Migration und Integration.
- Der Fokus der neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie liegt auf präventiven Maßnahmen und der Stärkung der gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Resilienz.
- Mit der neuen Strategie soll auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert und das Sicherheitsbewusstsein der Bevölkerung gestärkt werden.
- Es ist das Ziel Österreichs, aktiv an europäischen Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen zu partizipieren.



Shutterstock

Strategische Abhängigkeiten Österreichs

Tina Wakolbinger

Ausgeprägte strategische Abhängigkeiten der österreichischen Wirtschaft von einzelnen Staaten bei kritischen Rohstoffen, Komponenten und Gütern sind ein großes Risiko, insbesondere angesichts der angespannten geopolitischen Situation. Möglichkeiten, diese Abhängigkeiten zu reduzieren, inkludieren den Aufbau und die Stärkung österreichischer und europäischer Lieferketten, strategische Partnerschaften mit Drittstaaten, gemeinsame europäische Beschaffung, Stärkung zirkulärer Geschäftsmodelle, Aufbau von Lagerstätten, sowie Substitution der betroffenen Güter. Viele dieser Maßnahmen beinhalten Risiken aus sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Perspektive und sind nur langfristig umsetzbar. Sie müssen daher proaktiv, basierend auf fundierten Analysen der möglichen Risikoszenarien geplant und unter Einbeziehung aller relevanten Stakeholder auf nationaler sowie EU-Ebene durchgeführt werden.

Komplexe Wertschöpfungs- und Lieferketten

Österreich als exportorientiertes Land ist sehr stark in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden. Österreich hat davon vielfach wirtschaftlich profitiert. Allerdings haben sich über die Jahre in vielen Bereichen auch ausgeprägte strategische Abhängigkeiten gebildet, weil Güter, Komponenten oder Rohstoffe für die industrielle Produktion überwiegend aus einer Region oder einem Land bezogen werden und alternative Anbieter nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Dies betrifft auch den Bereich der kritischen Infrastruktur sowie der Rüstungsindustrie, wo Abhängigkeiten z.B. im Bereich der Rohstoffe und Halbleiter bestehen.

Die potenziellen Gefahren dieser Abhängigkeiten sind aufgrund der Lieferkettenunterbrechungen der letzten Jahre, z.B. bedingt durch COVID-19, Naturkatastrophen sowie Unterbrechungen von Transportrouten stärker in das Bewusstsein der Unternehmen, der Politik sowie der Bevölkerung gerückt. Insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, aber auch die steigenden Spannungen zwischen den USA und China sowie die Eskalation des Nahostkonflikts haben die Bedeutung der strategischen Autonomie stark in den Fokus vieler Staaten gerückt. Die wirtschaftliche Landesverteidigung als Teil der umfassenden Landesverteidigung gewinnt damit an Bedeutung.

Reduktion von Abhängigkeiten

Im Jahr 2024 wurden verstärkt Überlegungen zur Reduktion dieser Abhängigkeiten sowohl auf nationaler als auch EU-Ebene angestellt. Einen Schwerpunkt stellen hier die Rohstoffe dar. So werden umfassende Maßnahmen im Critical Raw Materials Act dargestellt, der die starke Bedeutung kritischer Rohstoffe für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit, grüne und digitale Technologien aber auch für Sicherheit und Verteidigung betont. Die darin empfohlenen Maßnahmen beinhalten strategische Partnerschaften mit rohstoffreichen Drittstaaten, die Förderung zirkulärer Geschäftsmodelle, eine Stärkung der europäischen Lieferketten durch beschleunigte Genehmigungsverfahren und verbesserten Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten. Auch gemeinsame Beschaffung rückt sowohl im Energiebereich als auch im Bereich der Verteidigungsindustrie stärker in den Fokus. 2024 hat jedoch auch gezeigt, dass die Umsetzung von Maßnahmen zur Reduktion von strategi-

schen Abhängigkeiten oft sehr schwierig ist und mit langen Vorlaufzeiten, teils hohen Kosten, Risiken und Widerständen einhergeht.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die vonseiten einzelner Staaten zur Reduktion von Abhängigkeiten gesetzt werden, wie Handelsbarrieren und Subventionen, können gleichzeitig auch Gegenreaktionen auslösen, die die eigenen Exportunternehmen schwächen. Hier die richtige Balance zwischen unterschiedlichen lang- und kurzfristigen Zielen zu finden, ist eine große Herausforderung, wie die Diskussionen rund um die Einführung von Zöllen für Elektrofahrzeuge aus China zeigen.

Eine Möglichkeit der Reduktion von Abhängigkeiten stellt die Diversifikation der Lieferanten unter anderem durch Nearshoring oder Friendshoring dar. Dem können bestehende langfristige Verträge – etwa im Energiebereich – entgegenstehen, die eine kurzfristige Umstellung nicht oder nur unter sehr hohen Kosten ermöglichen. Eine weitere Hürde in der Diversifikation stellt die nicht vorhandene Verfügbarkeit von alternativen Lieferanten oder der eingeschränkte Zugang zu diesen Lieferanten dar. Der Aufbau von zusätzlichen Lieferanten ist häufig mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Dies haben z.B. die Schwierigkeiten rund um den geplanten Lithium-Pakt mit Serbien, Proteste beim Bau zusätzlicher LNG-Terminals in Deutschland sowie die Widerstände bei Probebohrungen in Molln gezeigt. Bedenken im Bereich der sozialen und ökologischen Auswirkungen der geplanten Vorhaben stehen oft mit Bestrebungen zur Reduktion der Abhängigkeiten im Konflikt. Auch die in vielen Industrien sehr langen Vorlaufzeiten und hohen Kosten beim Start einer neuen Produktionsstätte wie im Bereich der Halbleiterproduktion dürfen nicht außer Acht gelassen werden und führen zu hohen wirtschaftlichen Risiken. Zirkuläre Wirtschaftsmodelle bieten innerhalb der technischen Möglichkeiten in einigen Bereichen vielversprechende Optionen.

Eine weitere Möglichkeit, strategische Abhängigkeiten zu reduzieren, ist es, die Nachfrage für gewisse Güter zu reduzieren und Substitutionspotenziale auszuschöpfen. Das kann dazu führen, dass Abhängigkeiten in neuen Bereichen entstehen. So reduziert der höhere Anteil an erneuerbarer Energie zwar die Abhängigkeiten von fossilen Rohstoffen und damit die Abhängigkeit von den Lieferländern dieser Ressourcen, gleichzeitig erhöht das die Abhängigkeit von Gütern im Green Tech Bereich, die häufig aus China kommen.

Der Auf- und Ausbau von Lagerstätten und Pflichtlagern ist eine mögliche Maßnahme zur kurzfristigen Reduktion des Risikos der strategischen Abhängigkeiten, die unter anderem im Bereich der Energie sowie der Medikamente in Angriff genommen wurde, z.B. durch die Verordnung zur Arzneimittelbevorratung. Kritik, die daran formuliert wurde, bezieht sich unter anderem auf die damit verbundenen hohen Kosten, mögliche negative Auswirkungen aus gesamteuropäischer Sicht sowie die fehlende Adressierung darunter liegender struktureller Probleme.

Proaktives Risikomanagement

Das Jahr 2024 hat gezeigt, dass Maßnahmen zur Reduktion der strategischen Abhängigkeiten angesichts der geopolitischen Entwicklungen von steigender Bedeutung sind, aber oft im Widerspruch zu anderen politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen stehen. Eine genaue Abwägung der verschiedenen Interessen ist daher notwendig. Dabei besteht das Risiko, dass Maßnahmen nicht proaktiv und strategisch zukünftige Entwicklungen einbeziehen, sondern sich nur reaktiv und kurzfristig auf bereits aufgetretene Engpässe in einem Teil der Lieferkette beziehen, ohne die Komplexität der Lieferketten ausreichend zu beachten.

Um kritische Abhängigkeiten zu identifizieren und eine proaktive Gestaltung der Maßnahmen zu ermöglichen, ist die Entwicklung und Analyse möglicher zukünftiger geopolitischer Risikoszenarien und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen von größter Bedeutung. Dazu ist eine fundierte Analyse der bestehenden Abhängigkeiten, die die gesamten Lieferketten miteinbezieht, wichtig, da oft ein einzelnes fehlendes Element ausreicht, um eine ganze Lieferkette zum Stillstand zu bringen. Angesichts weltweiter, komplexer intransparenter Lieferketten in vielen Bereichen stellt dies eine große Herausforderung dar und kann nur unter Einbeziehung aller relevanten Stakeholder auf nationaler sowie EU-Ebene gelingen.

Keynotes

- Es besteht weiterhin ein sehr hohes Risiko durch ausgeprägte strategische Abhängigkeiten der österreichischen Wirtschaft von einzelnen Staaten bei kritischen Rohstoffen, Komponenten und Gütern.
- Möglichkeiten, diese Abhängigkeiten zu reduzieren, inkludieren den Aufbau und die Stärkung österreichischer und europäischer Lieferketten, strategische Partnerschaften mit Drittstaaten, gemeinsame europäische Beschaffung, Stärkung zirkulärer Geschäftsmodelle, Aufbau von Lagerstätten, sowie Substitution der betroffenen Güter.
- Viele dieser Maßnahmen beinhalten soziale, ökologische und wirtschaftliche Risiken und sind nur langfristig umsetzbar.
- Sie müssen daher proaktiv, basierend auf fundierten Analysen der Risikoszenarien geplant und unter Einbeziehung aller relevanten Stakeholder auf nationaler sowie EU-Ebene umgesetzt werden.



Shutterstock

Wahlen und Desinformation

Camillo Nemec

Desinformation bewirkt eine Erosion des Vertrauens in die Demokratie, hinterfragt die Integrität der Wahlprozesse und trägt zur Polarisierung der Gesellschaft bei. Es geht darum, die Wahrheit zu verfälschen oder zu verdrehen, Inhalte zu pushen, Umfragen oder Diskussionen zu manipulieren. Das Superwahljahr 2024 hat gezeigt, dass Desinformation non stop und weltweit in allen sozialen Netzwerken stattfindet. Dies im Kontext eines globalen medialen Wettstreits zwischen autoritären und demokratischen Regierungssystemen und angesichts großer Herausforderungen für die Demokratie und unsere pluralistische Lebensweise. Eine Stärkung der kritischen Denkfähigkeit wird notwendig sein, um eine gesellschaftliche digitale Resilienz zu erzeugen.

Desinformation im Netz

Desinformation, Fake News und ausländische Einflussnahme im Informationsraum, in sozialen Medien und digitalen Plattformen werden gezielt im Vorfeld von Wahlen eingesetzt, um die öffentliche Meinung zu manipulieren, falsche Narrative zu verbreiten, Ängste zu schüren oder politische Parteien beziehungsweise Personen zu diskreditieren. Desinformation bewirkt eine Erosion des Vertrauens in die Demokratie, hinterfragt die Integrität der Wahlprozesse und trägt zur Polarisierung der Gesellschaft bei. Darüber hinaus kann durch gezieltes Setting von Desinformation in sozialen Netzwerken eine Beeinflussung von Wählerentscheidungen erfolgen.

Wenn außenstehende staatliche oder nicht-staatliche Akteure versuchen, mit koordinierten Desinformationskampagnen den Informationsraum und das gesellschaftliche Meinungsbild zu manipulieren, um politische, wirtschaftliche, militärische oder andere strategische Ziele zu erreichen, so spricht man von ausländischer Informationsmanipulation und Interferenz.

Wer online lügt, dem glaubt man

Es geht darum die Wahrheit zu verfälschen oder zu verdrehen, Inhalte zu pushen, Umfragen oder Diskussionen zu manipulieren und die Gesellschaft in eine Art von Orientierungslosigkeit zu versetzen, um sie zugleich wieder mit alternativen Fakten oder Halbwahrheiten abzuholen.

Im Superwahljahr 2024 haben weltweit mehr als 70 Wahlen stattgefunden, darunter die für die Europäische Union richtungsweisenden Wahlen zum Europäischen Parlament und die global bedeutsamen US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, den Terroranschlag der Hamas gegen Israel und seine regionalen Folgen, die iranische Aggression gegen Israel, oder etwa die Wirtschaftskonkurrenz zwischen den USA und China etc. entstand in Kombination mit der weltweiten Wirkung des Internets ein perfekter Rahmen für den globalen Wettbewerb zwischen autoritären und demokratischen Regierungssystemen über die Deutungshoheit in sozialen Netzwerken.

Das Postfaktische Zeitalter

Diskurse in sozialen Medien sind nicht nur von geringer Halbwertszeit, auch Fakten sind weitgehend irrelevant geworden. Der emotionale Effekt einer Aussage ist wichtiger als ihr Wahrheitsgehalt. Große Teile der Gesellschaft sind in ihrer Ablehnung gegen das Establishment bereit, Fakten zu ignorieren und Halbwahrheiten oder Lügen zu akzeptieren.

Wahlen sind nur die Spitze des Eisberges

In unserer eurozentristischen Denkweise unterliegen wir oftmals dem Irrglauben, dass Desinformation prioritär in Europa sowie den USA und im Vorfeld von Wahlen stattfindet. Desinformation findet weltweit, auch in Afrika, Asien oder Südamerika statt. Gesteuert durch staatliche oder nicht-staatliche Akteure, oftmals im Auftrag oder finanziert von Regierungen. Die Russische Föderation, die Volksrepublik China, die Islamische Republik Iran und die Republik Türkei zählen hierbei zu den großen regionalen beziehungsweise globalen Akteuren, sie bieten einfache Erklärungen für komplexe Problemstellungen beziehungsweise eine alternative gesellschaftliche Lebensweise zum Westen. Bei der Wahrnehmung der Desinformationskampagnen bei Wahlen ist es wie bei einem Eisberg: Man sieht nur die Spitze.

Russlands Troll-Fabriken hatten die EU im Visier

Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament beziehungsweise bei den verschiedenen Wahlen in den europäischen Staaten war zu erkennen, dass Desinformationskampagnen hauptsächlich von Russland ausgegangen sind. Diese hatten das vorrangige Ziel, die Unterstützung der europäischen Bevölkerung für die Ukraine zu schwächen, die Mitgliedsstaaten zu spalten und die Deutungshoheit über den Angriffskrieg gegen die Ukraine zu erlangen. Zudem wurde versucht, möglichst viele prorussische Parteien bzw. Politikerinnen und Politiker mit einem angespannten Verhältnis zu Russland zu unterstützen, um prorussische Narrative zu verbreiten. In russischen Troll-Fabriken wurden Informationen aus westlichen Medien gesammelt, analysiert und neu kontextualisiert, vor allem um Zukunftsängste in der westlichen Gesellschaft zu schüren.

Neue Technologien

Die zunehmende Anwendung von sich dynamisch entwickelnden neuen Technologien erleichtert die Verbreitung von Desinformation in sozialen Netzwerken. KI-generierte Deepfakes, gefälschte Fotos oder Videos sind nicht mehr vom Original zu unterscheiden. Kann man zukünftig überhaupt noch glauben, was man liest oder sieht? In der zunehmend komplexen digitalen Welt wird es für den Einzelnen immer schwieriger, zu überprüfen, was eigentlich wahr und was Lüge ist.

Maßnahmen der Europäischen Union

Die Europäische Union beschäftigt sich schon seit Jahren mit der Bekämpfung von Desinformation und hat bereits viele Initiativen gesetzt. Erwähnenswert ist der Digital Services Act (DSA), der Maßnahmen für digitale Dienste wie Onlineplattformen und Suchmaschinen gegen die missbräuchliche Nutzung und für eine schnellere Entfernung von illegalen Inhalten umfasst, aber auch der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation, den große Onlineplattformen, Faktenchecker oder Technologieunternehmen unterzeichnet haben. In beiden Initiativen soll mehr Transparenz und Verantwortlichkeit im Internet implementiert werden. Die europäischen Bestrebungen fokussieren aber vor allem auf die Sensibilisierung der Gesellschaft für Desinformation. Es geht um Medienbildung, Medienkompetenz und die Stärkung unabhängiger Medien.

Auswirkungen auf Österreich

Österreich stand sowohl bei den europäischen Parlamentswahlen als auch bei den Nationalratswahlen – mit geringen Ausnahmen – nicht im Fokus ausländischer Desinformationskampagnen. Ein befürchteter Spill Over-Effekt vor allem aus Deutschland hat nicht stattgefunden.

In Österreich wurden bereits frühzeitig Maßnahmen gegen Desinformation und Wahlbeeinflussung eingeleitet. Anzuführen wäre hierbei eine interministerielle Kerngruppe zu Desinformation unter Federführung des Bundeskanzleramtes, die sich mit innerstaatlichen und europäischen Desinformationsgremien und Initiativen befasst sowie Desinformationskampagnen analysiert und Maßnahmen empfiehlt. Zudem erhebt ein

interministerielles Wahlkooperationsnetzwerk unter Federführung des Bundesministeriums für Inneres laufend Informationen zur allgemeinen Sicherheit der Wahldurchführung beziehungsweise betreibt eine organisatorische und technische Risikoanalyse für den Wahltag. Zur speziellen Vorbereitung für die Wahlen wurde in Zusammenarbeit mit dem European Center of Excellence for Countering Hybrid Threats und dem Austrian Institute of Technology spezielle Ausbildungen durchgeführt.

Der ultimative Test fiel zwar aus, allerdings war Österreich sowohl strukturell als auch prozessual auf mögliche Desinformationskampagnen oder sonstige Einflussmöglichkeiten grundsätzlich gut vorbereitet. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung der koordinierten gesamtstaatlichen Zusammenarbeit durch Adaptierung auf neue Trends und Technologien beziehungsweise eine gesellschaftliche Stärkung der kritischen Denkfähigkeit wird notwendig sein, um eine gesamtstaatliche digitale Resilienz zu erzeugen.

Keynotes

- Desinformation findet als permanenter Prozess weltweit statt – Wahlen sind nur die Spitze des Eisberges.
- Österreich stand sowohl bei den Wahlen zum Europäischen Parlament als auch bei den Nationalratswahlen – mit geringen Ausnahmen – nicht im Fokus ausländischer Desinformationskampagnen.
- Große Teile der Gesellschaft sind in ihrer Ablehnung gegen das politische Establishment bereit, Fakten zu ignorieren und Halbwahrheiten oder Lügen zu akzeptieren.
- Eine Stärkung der kritischen Denkfähigkeit wird notwendig sein, um eine gesellschaftliche digitale Resilienz zu erzeugen.



Shutterstock

Geistige Landesverteidigung

Das Bildungssystem als Teil der umfassenden Landesverteidigung

Jan Sisko

Dem Bildungssystem fällt für die Umsetzung der Geistigen Landesverteidigung eine wesentliche Rolle zu. Die Politische Bildung bietet dafür gemeinsam mit weiteren Lehrplaninhalten einen angemessenen und umfangreichen Rahmen, der es ermöglicht auf aktuelle Entwicklungen einzugehen.

Geistige Landesverteidigung ist ein Pfeiler der Umfassenden Landesverteidigung im Sinn von Artikel 9a des Bundes-Verfassungsgesetzes und als Teil Politischer Bildung zu verstehen. Ein zentrales Element ist die Beschäftigung mit Sicherheitspolitik im weitesten Sinne. Angesichts multipler Krisen zielt die Geistige Landesverteidigung insbesondere darauf ab, eine Sensibilität für Bedrohungen demokratischer Wer-

te und Prinzipien herzustellen. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten spiegeln dabei eine relevante Dimension wider, die durch aktuell wirkmächtige Themenkomplexe wie Inflation, Pandemie, Klimakrise und Terrorismus, Spionage und Fake-News ergänzt werden.

Lehrpläne und übergreifende Themen

Eine Verankerung im Lehrplan ist über die Inhalte der politischen Bildung und explizit in den Anwendungsbereichen der 8. Schulstufe unter den Titeln „Umfassende Landesverteidigung und Bundesheer“ gegeben. Für die Primarstufe sowie die Sekundarstufe I wurde ein neuer Lehrplan erlassen, der aufsteigend seit dem Schuljahr 2023/24 in Kraft tritt und eine grundsätzliche Stärkung und Erneuerung der Inhalte zur Politischen Bildung beinhaltet. Überdies befinden sich im Grundsatzerlass zur Politischen Bildung 2015 alle allgemeinen und inhaltlichen Anknüpfungspunkte, die eine Auseinandersetzung mit Themen der Geistigen Landesverteidigung in allen Schulstufen, Schultypen und Gegenständen ermöglichen. Einen Beitrag leisten die Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung, da der Klimawandel als potenzielle Bedrohung der nationalen Sicherheit und Demokratie einzustufen ist, und die Wirtschaftsbildung, da auch die wirtschaftliche Landesverteidigung einen Teil der umfassenden Landesverteidigung darstellt. Nicht zu unterschätzen ist auch das Potenzial der digitalen Grundbildung und der Medienbildung, die beide darauf abzielen, Kinder und Jugendliche zu einem verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Endgeräten und den Informationen, die über diese bezogen werden können, zu befähigen.

Stärkung der Kompetenzen an Schulen

Um die skizzierten Inhalte an die Schulstandorte zu bringen, werden seitens des Bildungsministeriums zahlreiche Maßnahmen gesetzt. In den meisten Fällen handelt es sich um Angebote, die sich an Lehrkräfte richten und Anregungen für die Gestaltung des Unterrichts beinhalten. Für die politische Bildung ist die primäre Anlaufstelle das Zentrum „polis – Politik lernen in der Schule“. Zahlreiche mit der Geistigen Landesverteidigung in Verbindung stehende Themen sind in den digitalen und analogen Formaten vorhanden. Zu aktuellen weltpolitischen Ereignissen wird den Schulen schnell Unterstützung angeboten. Hervorgehoben werden kann

die Bereitstellung von Themendossiers, als im Zuge der Kriege in der Ukraine und dem Nahen Osten sehr rasch ein erhöhter Bedarf entstand, sich mit den medial verbreiteten Inhalten und den persönlichen Bezügen der Schüler und Schülerinnen im Rahmen des Schulbetriebs zu beschäftigen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Europabildung. Ein Verständnis der Abläufe in der Europäischen Union und des europäischen Gedankens ist für eine Analyse der europäischen Sicherheitspolitik unerlässlich. Das Forum Politische Bildung gibt bereits seit vielen Jahren die Informationen zur Politischen Bildung heraus. Die 2023 erschienene Ausgabe mit dem Titel „Wider den Krieg“ ist aufgrund ihrer Relevanz für die Geistige Landesverteidigung besonders hervorzuheben. Der Fachbereich „ERINNERN:AT“ in der OeAD-GmbH – Agentur für Bildung und Internationalisierung ist für die Geistige Landesverteidigung insofern von hoher Bedeutung, als die Erinnerung an den Holocaust, die Bekämpfung von Antisemitismus und das Verständnis über die Voraussetzungen zur Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und deren Konsequenzen wesentliche Elemente für die Bereitschaft zur Erhaltung der Demokratie darstellen.

Auf Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung spezialisiert sind das Forum Umweltbildung und das Schulnetzwerk „ÖKOLOG“. Eine weitere Schiene ist es, die Expertise des Österreichischen Bundesheeres an die Schule zu bringen. Dafür besteht seit dem Jahr 2023/24 eine Kooperation mit der Virtuellen Pädagogischen Hochschule an der Pädagogischen Hochschule Burgenland, um Lehrkräften ein regelmäßiges Angebot an E-Lectures anbieten zu können. In Kooperation mit der Bildungsdirektion für Salzburg werden regional Lehrgänge zur Info-Offizierin bzw. zum Info-Offizier extern abgehalten.

Herausforderungen für die Geistige Landesverteidigung

Anspruch der Geistigen Landesverteidigung muss es sein, mit den Schülerinnen und Schülern ein Grundverständnis über die generelle Lage auf globaler, europäischer und regionaler Ebene zu entwickeln sowie die Interessen, Potenziale und Handlungsoptionen Österreichs im jeweiligen Rahmen einzuschätzen. Ein Verständnis der Logik multilateraler Institutionen und Verteidigungsbündnisse sowie explizit der Konzepte von Neutralität und kollektiver Verteidigung sind einige der dafür vorhandenen

Voraussetzungen. Die Überwindung eurozentristischer Denkmuster und Stereotype hinsichtlich anderer Weltregionen zählen genauso dazu wie die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und anderer Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung. Wie bei vielen anderen Themen auch ist für Schulen bei der Vermittlung von Inhalten der Geistigen Landesverteidigung die Anwendung des Kontroversitätsgebots eine Herausforderung. Dazu zählt die Auseinandersetzung mit Begriffen, Konzepten und Voraussetzungen von Frieden. Gleichzeitig muss auch die Herstellung eines Bewusstseins für sicherheitsrelevante Themen an den Schulstandorten zu den Zielen der Geistigen Landesverteidigung zählen.

Ausblick

Ein Forschungsprojekt des österreichischen Förderprogramms für Sicherheitsforschung (KIRAS) startete im Dezember 2024, um unter Einsatz verschiedener Methoden und in konkreter Zusammenarbeit mit Schulstandorten zu erheben, welche Wahrnehmungen zu Geistiger Landesverteidigung an Schulen existieren, und gleichzeitig Best-Practice zu identifizieren und zu dokumentieren. Zielsetzungen sind auch die Erstellung von Materialien und Methoden für die Wissensvermittlung und Stärkung demokratischer Resilienz und die Pilotierung mit Schülern, Schülerinnen und Lehrenden.

Keynotes

- Geistige Landesverteidigung kann im Rahmen der Politischen Bildung gut abgedeckt werden.
- Die Lehrpläne bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte zur Geistigen Landesverteidigung.
- Fachlich spezialisierte Einrichtungen decken im Auftrag des Bildungsministeriums verschiedene Aspekte der Geistigen Landesverteidigung ab.
- Die Vermittlung von Grundbegriffen der Geistigen Landesverteidigung ist Voraussetzung zur Erschließung komplexerer Inhalte.
- Das Bildungsministerium kooperiert mit dem Verteidigungsministerium, um dem Schulsystem wertvolle Expertise zugänglich zu machen.
- Eine Studie beschäftigt sich mit der Umsetzung der Geistigen Landesverteidigung in der schulischen Praxis.



Migrationsströme nach Österreich

Gerald Tatzgern

Österreich sieht sich mit einem starken Anstieg irregulärer Migration und organisierter Schlepperei konfrontiert, insbesondere entlang der westlichen und zentralen Mittelmeerroute sowie der Balkanroute. Trotz internationaler Bemühungen wie der Intensivierung des Grenzschutzes, der schnelleren Asylverfahren und der Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Staaten bleibt die Bekämpfung der Schlepperei eine große Herausforderung. Kriminelle Netzwerke profitieren erheblich, während Migrantinnen und Migranten lebensbedrohende Risiken eingehen. Gleichzeitig verschärfen politische und humanitäre Spannungen die Situation, da Transitländer wie Italien und Tunesien mit wachsendem Druck und unzureichenden Lösungen kämpfen.

Seit Jahren ist in Österreich ein massiver Anstieg an Aufgriffen von irregulären Migrantinnen und Migranten und sowie der damit in Zusammenhang stehender Schlepperei zu verzeichnen. Im Jahr 2022 wird mit über

120 000 aufgegriffenen Personen ein neuer Höchststand erreicht – noch nie wurden so viele illegal aufhältige Personen festgestellt.

Vor knapp zehn Jahren, am 27. August 2015, bemerkten Mitarbeiter der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) auf der Autobahn A4 bei Parndorf einen in einer Pannenschleife abgestellten Kühltransporter ohne Lenker. Ein ASFINAG-Mitarbeiter verständigte daraufhin die Polizei. Als die erste Polizeistreife kurz darauf beim Lastwagen eintraf, konnte sie aus dem Frachtraum des Kühltransporters bereits austretende Verwesungsflüssigkeit feststellen. Als die Polizei den Lastwagen öffnete, bot sich ein schreckliches Bild: 71 Menschen erstickten auf dem Weg von Ungarn nach Österreich in diesem Lastwagen, darunter Frauen und Kinder. Es stellte sich nach jahrelangen Ermittlungen heraus, dass nur dieser eine Schleppertransport einen Gewinn für die kriminelle Organisation von etwa 100 000 Euro erzielte.

Zur Bekämpfung von professionell organisierten Schlepperorganisationen ist es notwendig, eine intensive nationale und internationale Ermittlungs- und Koordinierungstätigkeit auf allen Ebenen zu betreiben. Die Situation entlang der zentralen Mittelmeerroute und der westlichen Balkanroute machten es notwendig, die Expertise und die Schlagkraft auch innerhalb der Polizei zu stärken. Die damit verbundene Aufgabewahrnehmung stellt die Sicherheitsbehörden und die Kriminalpolizei vor neue Herausforderungen.

Auf der Östlichen Mittelmeerroute / Westlichen Balkanroute werden vorwiegend Migrantinnen und Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten geschleppt. Diese Route führt von Pakistan und Afghanistan durch den Iran in die Türkei und weiter über verschiedene Länder entlang des Balkans Richtung Zentral- und Nordeuropa. Auf der Westlichen Mittelmeerroute werden ausgehend von Marokko vorwiegend Migrantinnen und Migranten aus den westlichen afrikanischen Staaten wie Marokko, Senegal und der Elfenbeinküste nach Spanien geschleppt. Ausgangspunkte der Zentralen Mittelmeerroute sind die Staaten Nordafrikas, insbesondere Libyen. Überwiegend handelt es sich um Migrantinnen und Migranten aus Nigeria, Algerien und Tunesien, die versuchen auf dem Seeweg über Italien nach Westeuropa zu gelangen.

Abbildung 5: Schlepperrouten nach Europa



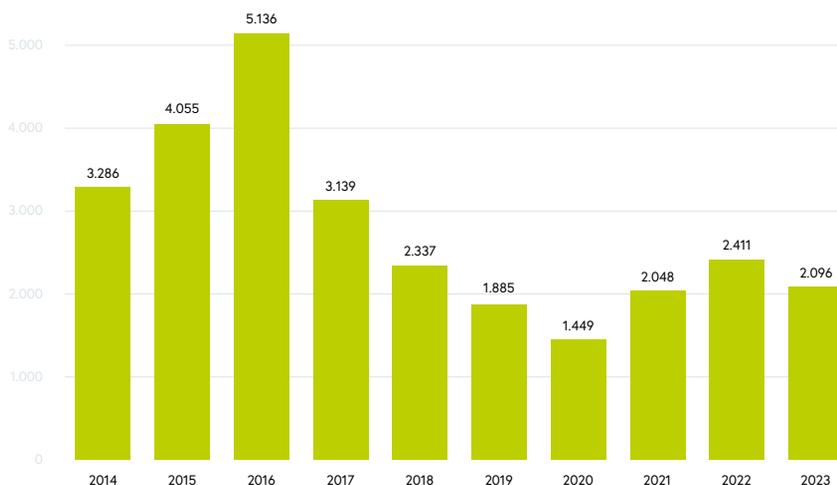
Westliche Schlepperroute am Mittelmeer

Die Migrationsrouten von Afrika in Richtung Europa sind sehr vielfältig. So galt die Westliche Mittelmeerroute über Marokko oder Algerien nach Spanien oder Portugal als sehr bekannte Schlepperroute. Einzelne kriminelle Gruppen versuchen immer wieder, Migrantinnen und Migranten über die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla in Marokko über die Grenzzäune zu schleppen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Schlepperinnen und Schlepper die Geschleppten darauf vorbereiten, auch Gewalt gegen die Polizei anzuwenden oder sich selbst in große Gefahr zu bringen, wenn sie die bis zu zehn Meter hohen Zäune überwinden.

Zentrale Schlepperroute am Mittelmeer

In den letzten Jahren kristallisierte sich mehr und mehr die Zentrale Mittelmeerroute als Hauptroute der Migration aus Afrika nach Europa heraus. Die Zentrale Mittelmeerroute führt vorwiegend über Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten nach Europa. Italien ist hier mit Abstand das beliebteste Zielland für die Migrantinnen und Migranten. Obwohl sich seit Jahren die Fälle häufen, bei denen Migrantinnen und Migranten auf dieser Route ums Leben kommen und durch Schlepperinnen bzw. Schlepper täglich in den Tod geführt werden, konnte man noch keine wirksame Gegenmaßnahme treffen.

Abbildung 6: Geschätzte Anzahl ertrunkener Flüchtlinge im Mittelmeer 2014–2023



Die Schleppergruppierungen im Mittelmeer und in Nordafrika arbeiten hier eng mit ihren Zellen in Italien zusammen. Ständige Diskussion gibt es, ob sogenannte NGO-Schiffe, die aktiv nach Migrantinnen und Migranten im Mittelmeer Ausschau halten, mit Schlepperorganisationen zusammenarbeiten oder von Schlepperinnen und Schleppern benutzt werden, die weite Reise über das Mittelmeer zu bewerkstelligen.

Dabei ist die Vorgangsweise denkbar einfach. Sämtliche Schiffe haben einen Transponder in Betrieb, der ihre Position in den Gewässern anzeigt. Diese Information ist öffentlich und auf den verschiedenen Websites oder Mobil-Apps abrufbar. Schlepperinnen und Schlepper warten offensichtlich darauf, bis sich ein „Rettungsschiff“ in der Nähe befindet. Hier wird die offizielle internationale Seegrenze nur selten unterschritten. Die seewärtige Grenze des Küstenmeeres ist eine angenommene Linie 12 Seemeilen (gut 22 km) von der Basislinie entfernt. Die Gesamtheit unterschiedlicher auf eine Küste bezogene Seezonen wird in dem Begriff Küstenmeer (Coastal water) abgebildet.

Diese sogenannten NGO-Schiffe, deren Betrieb sehr hohe Kosten verursacht, werden durch nur schwer nachvollziehbare Kanäle finanziert. Somit stehen auch diese Schiffsbetreiber unter finanziellem Druck, möglichst oft und möglichst viele Migrantinnen und Migranten aus dem Mittelmeer zu retten. Folgende NGO-Schiffe waren im Jahr 2023 im Mittelmeer unterwegs: Jugend rettet, Louise Michel, Mediterranea Saving Humans, Mission Lifeline, Proactiva Open Arms, Salvamento Marítimo Humanitario (SMH), Sea-Eye, Sea-Watch und SOS Méditerranée.

Im Jahr 2023 wurden auf dieser zentralen Route über das Mittelmeer bereits mehr als 100 000 Menschen geschleppt. Im Vergleich zum selben Zeitraum waren es 2022 etwa 50 000 Menschen, was aber wieder verglichen mit 2021 einen enormen Anstieg bedeutete. Der Rückschluss darauf ist, dass Afrika als Herkunftsland unter Berücksichtigung des starken Bevölkerungswachstums und gleichzeitig verschiedenster Krisen in Bereichen wie der Wirtschaft, der Umwelt, der Natur und der Politik zunehmend an Bedeutung gewinnen wird. Schlepperorganisationen in den verschiedenen afrikanischen Staaten, insbesondere in Marokko, Tunesien, Libyen, Ägypten, Niger, Nigeria und Somalia, haben einen regen Zulauf an schleppungswilligen Migrantinnen bzw. Migranten, was wiederum einen enormen kriminellen Profit in Milliarden Dollar bedeutet.

Im Sommer 2023 war ein enormer Anstieg von Schleppungen über diese Route bemerkbar. Alleine an einem Wochenende im September wurden mit mehr als 100 Schiffen gleichzeitig etwa 5000 Migrantinnen bzw. Migranten nach Lampedusa in Italien gebracht. Die italienische Insel Lampedusa ist lediglich 144 Kilometer von der Küste Tunesiens entfernt und gilt als einer der häufigsten angesteuerten Häfen für Schlepperorganisationen und NGO-Schiffe. Es wurde kurz darauf der Notstand in Lampedusa ausgerufen und die Lage drohte zu eskalieren.

Diese Situation zeigt, dass die Abhaltung von Migration und die „Rettung“ von Migrantinnen und Migranten aus dem Mittelmeer nur scheinbar in Widerspruch stehen. Einzig die Schlepperorganisationen profitieren und heizen durch ihre Tätigkeit die politische Diskussion in der Bevölkerung an. Nun haben einige Regierungen begonnen, und Österreich ist hier auch Vorreiter, Abkommen mit den Nordafrikanischen Staaten abzuschließen. Diese Abkommen sollen einerseits die irreguläre Migration und die Schlepperei durch verstärkte polizeiliche Kooperation reduzieren, schnellere Asylverfahren und Rückstellungen gewährleisten und nicht zuletzt legale Wege der Migration in die EU möglich machen.

Interessante Migrationsentwicklungen zeigen, dass Italien immer mehr in den Mittelpunkt der Schlepperorganisationen gerät – als erstes Land in der EU, wo sich Migrantinnen und Migranten gut versorgt vorbereiten können, weitergeschleppt zu werden. Obwohl die Regierung in Italien als sehr rechtskonservativ gilt, schafft es die erste Regierungschefin Italiens, Georgia Meloni, nicht, den Ansturm von Migrantinnen und Migranten auf

Italien abzuwehren. Vielmehr bittet sie andere EU-Staaten um mehr Solidarität und um die Übernahme von Migrantinnen und Migranten.

In Nordafrika stehen einige Staaten vor großen Herausforderungen in der Migrationsfrage, die auch immer die Frage der Bekämpfung der organisierten Schlepperkriminalität ist. Marokko gilt hier als Transit- und als Herkunftsland, Algerien spielt in den letzten Jahren nur eine untergeordnete Rolle, Tunesien ist als Transitland für Schleppergruppen sehr beliebt, aber durch die schwierige politische Lage in Tunesien verlassen seit 2023 viele Tunesier das Land und bedienen sich der organisierten Schlepperei, um nach Europa zu gelangen. Die Europäische Union versucht nun durch eine enorme finanzielle Unterstützung Tunesiens die Migrationsfrage aus Sicht der EU zu verbessern. Besserer Kampf gegen die illegale Migration und Schlepperei, raschere Rückführungen nach Tunesien sowie mehrere Wirtschaftsprojekte sollen die Kooperation mit Tunesien wesentlich verbessern. Nach nunmehr zwei Monaten nach Unterzeichnung dieses Migrationsdeals werden die Zweifel immer lauter, ob dieses Abkommen noch funktionieren kann. Der Exodus aus Tunesien wird immer stärker, und die Schlepperorganisationen breiten sich in Tunesien immer weiter aus.

Um den Ansprüchen und dem Druck gerecht zu werden, versuchen nun die tunesischen Behörden mit allen Mitteln, diesen Deal einzuhalten. Noch im September 2023 gab es hunderte Festnahmen. Durch ein Großaufgebot gegen illegale Migration gingen Sicherheitskräfte gegen Schlepperorganisationen in tunesischen Küstenstädten vor, um die illegale Einwanderung nach Italien zu unterbinden.

Gemeinsam mit Italien versucht nun Österreich, durch ein Joint Operational Office die Zusammenarbeit mit Tunesien zu intensivieren. Dieses soll mit Know-how-Transfer, technischer Unterstützung sowie Training und Schulung von Grenz- und Kriminalpolizei in Tunesien funktionieren.

Die Einschätzung bleibt, dass die Schlepperrouten über Nordafrikanische Staaten über das Mittelmeer sehr stark belastet bleiben werden. Das Sterben im Mittelmeer wird so schnell nicht enden, die Schlepperorganisationen hoffen natürlich auf hohe Profite.

Östliche Schlepperroute oder Westbalkan-Route

Diese Route liegt aus österreichischer Sicht seit Jahren im Fokus. Die Europäische Kommission präsentierte Ende des Jahres 2022 einen Aktionsplan für die Westbalkan-Route zur Eindämmung der irregulären Migration über die Westbalkan-Route als Ziel. Darin sind fünf Säulen hervorgehoben: Verbesserung des Grenzmanagements, Beschleunigung der Asylverfahren, Bekämpfung der Schleuserkriminalität, Intensivierung von Rückführung und Rückübernahme sowie Angleichung der Visumpolitik.

Die Schleppergruppierungen arbeiten zwar innerhalb ihrer Struktur sehr abgeschirmt, jedoch ist spürbar, dass auch zwischen den Gruppierungen zusammengearbeitet wird. Wenn der Migrationsdruck besonders hoch ist, ist die Nachfrage nach Schleppungen ins „gelobte Land“ kaum abzudecken. Aufträge werden untereinander weitergegeben, aber gleichzeitig stehen die Gruppierungen in starker Konkurrenz zueinander. Speziell in Nordserbien an der ungarischen Grenze haben sich mehrere Schlepperorganisationen das Territorium zur Grenze nach Ungarn aufgeteilt. Geschleppte werden einer Organisation zugewiesen, die dann verpflichtend die Dienste dieser kriminellen Schlepperinnen und Schlepper in Anspruch nehmen müssen. Versuchen Migrantinnen bzw. Migranten auf eigene Faust die Grenzzäune zu Ungarn zu überwinden, kommt es häufig zu Gewalttaten gegen sie. In den ersten Monaten des Jahres 2023 wurden mehrere Migrantinnen und Migranten bzw. Schlepperinnen und Schlepper durch Schussverletzungen anderer Schlepperinnen und Schlepper verletzt und sogar getötet.

Eine große Herausforderung ist auch, dass Kinder von den Erwachsenen häufig getrennt geschleppt werden. Schlepperorganisationen nehmen die Kinder gesondert in Transporte auf und bringen sie in die weiteren Länder auf der Schlepperroute. Die Eltern oder andere Verwandte versuchen dies zu verhindern, haben jedoch oft keine andere Wahl. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Bezahlung des Gesamtbetrages der Schleppung für alle zu sichern, weil die Kinder erst dann im Zielland den Eltern übergeben werden, wenn der Schlepperlohn zur Gänze bezahlt wurde.

In Sozialen Medien wie TikTok, Instagram oder Telegram machen Schlepperorganisationen aktiv Werbung für ihre Dienste. Sie verwenden die Geschichten und Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten,

um möglichst gute Reputation zu erzielen. Vergleichbar ist das mit einer Bewertung von Reiseagenturen oder Hotels.

Keynotes

- In Österreich wurden 2022 mit über 120 000 Aufgriffen irregulär aufhaltiger Personen ein neuer Höchststand verzeichnet.
- Organisierte Schleppnetzwerke profitieren enorm von der Migration, wobei Migrantinnen und Migranten häufig lebensbedrohende Risiken auf sich nehmen müssen.
- Trotz intensiver Zusammenarbeit zwischen EU-Staaten und nordafrikanischen Ländern bleibt die Bekämpfung der Schlepperei eine große Herausforderung.
- Länder wie Italien und Tunesien stehen unter wachsendem Druck, die Migration zu kontrollieren, während die Situation politisch und humanitär eskaliert.



Ausländische nachrichtendienstliche Tätigkeiten in Österreich

Omar Haijawi-Pirchner

Die nachrichtendienstliche Bedeutung der Republik Österreich ist aufgrund ihrer geografischen Lage, des Sitzes multilateraler Organisationen, ihrer Rolle als EU-Mitglied, infolge ihrer Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden sowie ihrer Funktion als Wirtschafts- und Forschungszentrum evident. Während andere EU-Mitgliedsstaaten bereits zahlreiche gesetzliche Reformen implementiert haben, ist Österreich aufgrund fehlender gesetzlicher Rahmenbedingungen nicht nur Drehschreibe, sondern auch Rückzugsort für fremde Nachrichtendienste – mit potenziell langfristigen und gravierenden Folgen. Auch im Jahr 2025 ist mit einer hohen Aktivität fremder Nachrichtendienste in und aus Österreich zu rechnen. Zur Gewährleistung des internationalen Ansehens und der Sicherheit in Österreich ist es notwendig, eine Änderung des aktuellen Status (gesetzliche Grundlagen, Strategien und Befugnisse) herbeizuführen.

Österreich als Drehscheibe und Rückzugsort

Die nachrichtendienstliche Bedeutung der Republik Österreich ist aufgrund ihrer geografischen Lage, des Sitzes multilateraler Organisationen, ihrer Rolle als EU-Mitglied, infolge ihrer Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden sowie ihrer Funktion als Wirtschafts- und Forschungszentrum evident. Bedingt durch die neutrale Außenpolitik, aber auch durch fehlende gesetzliche Rahmenbedingungen gilt Österreich seit Jahren als leichtes Operationsgebiet. Erschwerend kommt hinzu, dass die österreichische Spionageabwehr die hohe Anzahl an nachrichtendienstlichen Aktivitäten zwar größtenteils qualitativ, jedoch nur eingeschränkt quantitativ kontrollieren kann. Dies liegt schlicht an der sehr großen Anzahl der in Österreich anwesenden diplomatischen Vertreterinnen und Vertreter, die häufig als Abdeckposten für nachrichtendienstliche Offizierinnen und Offiziere genutzt werden.

Österreich ist nicht nur als Drehscheibe für nachrichtendienstliche Tätigkeiten anzusehen, sondern bietet auch einen Rückzugsort für fremde Nachrichtendienste. Andere EU-Staaten haben bereits zahlreiche gesetzliche Reformierungen implementiert und dabei nicht nur ihre eigenen Dienste mit effektiven Befugnissen ausgestattet, sondern die Strafen für Spionage verschärft und härtere außenpolitische Konsequenzen für diplomatische Abdeckposten umgesetzt. Durch diese offensiven und wirksamen Maßnahmen der Nachbarstaaten kommt es zu einer Verlagerung der Aktivität von fremden Nachrichtendiensten nach Österreich. Die Verdrängung führt in weiterer Konsequenz dazu, dass diese aus dem österreichischen Bundesgebiet in andere EU-Staaten wirken. Da eine Bekämpfung fremder Nachrichtendienste nur im gesamteuropäischen Kontext erfolgreich sein kann, werden auf diese Weise also Maßnahmen anderer EU-Staaten abgeschwächt.

Fehlende Befugnisse und geringe Strafen

Weitere benachteiligende Faktoren sind die geringe Anzahl an Ausweisungen und damit weiterhin große und funktionierende Residenturen. Mangels adäquater Gegenmaßnahmen ist weiterhin mit einer hohen Aktivität fremder Nachrichtendienste in und aus Österreich im Jahr 2025 zu rechnen. Die eingeschränkten gesetzlichen Befugnisse der Spionageabwehr erschweren eine tiefgehende Aufklärung. Hinzu kommt,

dass das materielle Strafrecht im europäischen Vergleich hinsichtlich der nachrichtendienstlich relevanten Tatbestände nur eingeschränkt anwendbar und durch eine niedrige Strafhöhe gekennzeichnet ist.

Geringe gesellschaftliche Sensibilität

Nicht nur die fehlenden adäquaten Befugnisse sind kritisch zu betrachten, auch das Verständnis der Gesellschaft für die Thematik muss forciert werden. Die Aktivität fremder Nachrichtendienste ist meist nur mittelbar evident und dahingehend wenig greifbar, kann jedoch langfristige und gravierende Folgen nach sich ziehen. Diese können von Destabilisierungen politischer und demokratischer Systeme über schwere wirtschaftliche und wissenschaftliche Verluste bis zur Auslösung von Kriegen und Unterdrückung großer Menschenmassen reichen. Darüber hinaus können staatsterroristische Akte, die von Nachrichtendiensten vereinzelt ausgeführt werden, durchaus eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben darstellen.

Erfordernisse effektiver Spionageabwehr

Um das internationale Ansehen und die Sicherheit Österreichs gewährleisten zu können, ist es notwendig, eine Änderung des derzeitigen Status herbeizuführen. Für den Aufbau einer effektiven Spionageabwehr bedarf es mehrerer Schritte: Zunächst ist es zwingend erforderlich, die Strafbarkeit für die Tätigkeit fremder Nachrichtendienste zu verschärfen. Dies alleine würde bereits einen signifikanten Beitrag zu einer effektiven Spionageabwehr leisten. Weiters sollte unter bestmöglicher Wahrung der außenpolitischen Interessen der Republik eine Strategie erarbeitet werden, um effektive Maßnahmen gegen diplomatisch geschützte Personen erwirken zu können. Ein funktionierendes Zusammenspiel zwischen diesen teilweise divergierenden Interessen würde zumindest eine Einschränkung der bislang vollen Handlungsfreiheit fremder Nachrichtendienste bewirken.

Der wichtigste Baustein einer funktionierenden Spionageabwehr ist die effektive Bearbeitung fremder Nachrichtendienste durch die österreichischen Nachrichtendienste. Diese müssen über angemessene Methoden der Aufklärung verfügen. Hier ist die Auswertung moderner

elektronischer Kommunikation wie Messenger-Dienste sowie die Erfassung von Reisebewegungen durch Flugdatenerhebungen innerhalb des Schengenraums oder der Kennzeichenabgleich bei der Ein- und Ausreise besonders hervorzuheben.

Was für 2025 und darüber hinaus zu erwarten?

Aktuelle weltpolitische Ereignisse verstärken das ohnehin hohe nachrichtendienstliche Grundaufkommen in Österreich zusätzlich. Von besonderer Bedeutung sind hier der Nahostkonflikt, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sowie die Spannungen zwischen China und dem Westen. Österreich beheimatet eine Vielzahl internationaler Organisationen. Diesen kommt in den diplomatischen Verhandlungen zum russischen Angriffskrieg und dem Nahostkonflikt eine beträchtliche Bedeutung zu. Konsequenterweise werden diese als relevante Aufklärungsziele fremder Nachrichtendienste definiert. Im Jahr 2025 ist somit unter diesem Gesichtspunkt mit einer gleichbleibenden bis sich weiter verstärkenden nachrichtendienstlichen Aktivität zu rechnen, abhängig vom zukünftigen Verlauf dieser Konflikte. Im Gegensatz dazu zeichnet sich der Konflikt zwischen China und dem Westen durch den Aspekt der Proliferation aus. Chinesische Nachrichtendienste sammeln sowohl im akademischen als auch im privatwirtschaftlichen Bereich aktiv Know-how. In beiden Bereichen befindet sich Österreich technologisch im internationalen Spitzenfeld, wodurch davon auszugehen ist, dass derartige nachrichtendienstliche Aktivitäten im Jahr 2025 zumindest in gleicher Intensität fortgeführt werden.

Keynotes

- Österreich ist Drehschreibe und Rückzugsort für fremde Nachrichtendienste.
- Durch offensive und wirksame Maßnahmen in Nachbarstaaten kommt es zu einer Verlagerung der Aktivitäten von fremden Nachrichtendiensten nach Österreich.
- Die derzeit eingeschränkten gesetzlichen Befugnisse zur Spionageabwehr haben potenziell langfristige und gravierende Folgen, etwa die Destabilisierung politischer und demokratischer Systeme.
- Mangels adäquater Gegenmaßnahmen ist auch im Jahr 2025 mit einer hohen Aktivität fremder Nachrichtendienste in und aus Österreich zu rechnen.



HBF/Daniel Trippolt

Europäische Streitkräfteentwicklung

Auswirkungen auf Österreich

Bruno Günter Hofbauer

Der russische Angriff auf die Ukraine hat zu umfassenden Veränderungen in den Streitkräften Europas geführt. In der Folge wird sich die arbeitsteilige Sicherheitsvorsorge im Raum der Union weiter verfestigen. Die Europäische Union wird sich auch zukünftig auf Sicherheitsfragen konzentrieren, während die NATO die gemeinsame militärische Verteidigung besorgt. Die NATO bleibt die bestimmende militärische Organisation, in der Fragen der Streitkräfteentwicklung, der Einsatzplanung und der Interoperabilität geregelt werden. Österreich muss bei der Weiterentwicklung seines Bundesheeres die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit in das Zentrum der Anstrengungen stellen.

Veränderungen in den europäischen Streitkräften

Die Schockwelle des russischen Angriffs auf die Ukraine hat zu umfassenden Veränderungen in den Streitkräften Europas geführt. Die Auswirkungen dieses Krieges sind in allen wesentlichen militärischen Bereichen zu spüren. In den Staaten der westlichen Allianz werden die Ziele des Aufbaus verstärkter militärischer Kapazitäten massiv vorangetrieben. Kurzfristig wird die Erhöhung der Abschreckungswirkung gegenüber Russland angestrebt, während als langfristiges Ziel die Wiederherstellung der umfassenden Verteidigungsfähigkeit im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses erreicht werden soll.

Russland ist im Begriff, sein Streitkräftedispositiv vor allem in der strategischen Richtung West zu verstärken, es verfolgt ein Ausrüstungsprogramm im militärindustriellen Komplex und baut dazu seine Verbindungen zu Staaten wie dem Iran, Nordkorea oder China aus. Es wird jedoch Zeit in Anspruch nehmen, um die Streitkräfte wieder auf den Stand vor Angriffsbeginn auf die Ukraine zu bringen und die in diesem Krieg aufgetretenen Schwächen auszumerzen. Dieser Nachholbedarf im konventionellen Bereich hat jedoch keinerlei Auswirkungen auf die Fähigkeiten zur Kampfführung unterhalb der offenen Kriegshandlungen und auf nukleare Fähigkeiten.

Österreich hat als Folge des Krieges auf europäischem Boden mit einem Wiederaufbauprogramm für die militärische Landesverteidigung begonnen. Der Aufbauplan ÖBH 2032+ verfolgt die Zielsetzung, das Bundesheer zur nationalen Landesverteidigung in allen Domänen zu befähigen und qualitativ hochwertige Kapazitäten für Einsätze im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft verfügbar zu machen.

Arbeitsteilige Sicherheitsvorsorge im Raum der EU

Für Europa bleibt jedenfalls über die nächste Dekade die NATO die bestimmende militärische Organisation. Die Vorstellung einer von der NATO unabhängigen gemeinsamen europäischen Verteidigung im Rahmen der Europäischen Union ist durch die geopolitischen Realitäten als Illusion enttarnt. Fast alle EU-Mitgliedsstaaten sind in der NATO und

regeln dort Fragen der Streitkräfteentwicklung, der Einsatzplanung, aber auch der Interoperabilität. Die Rollenverteilung, dass sich die EU auf Sicherheitsfragen konzentriert, während sich die NATO um die gemeinsame militärische Verteidigung kümmert, wird in den kommenden Jahren noch stärker zum bestimmenden Faktor.

Die Streitkräfte der westeuropäischen Staaten investieren derzeit und in den nächsten Jahren massiv in Rüstungsgüter, was vor allem zu einer Erhöhung der konventionellen Fähigkeiten führt. Bei den Landstreitkräften ist die Wiederbelebung der Divisions- und Korpsebene in einer zentralen Führungsrolle offenkundig. Jedoch werden Jahre vergehen, bis diese neuen Strukturen klaglos funktionieren, neue Fähigkeiten in die Streitkräfte integriert sind und eine volle Einsatzbereitschaft gegeben ist. Somit stehen die europäischen Staaten vor der Herausforderung, heute die richtigen Entscheidungen für die Kriegsführung der 2030er Jahre zu treffen und andererseits der aktuellen Bedrohung begegnen zu müssen.

Die zentrale Problemstellung für die Streitkräfte Westeuropas ist die geringe Masse, die nicht kurzfristig ausgeglichen werden kann. Die Rolle der Reserve erhält in allen Streitkräften eine höhere Bedeutung, da auch der Krieg in der Ukraine klar gezeigt hat, dass die Durchhaltetätigkeit nur durch Mobilmachung und eine entsprechende Reservekomponente in allen Teilstreitkräften erzielt werden kann. Hier werden strategische Entscheidungen zu treffen sein, die nicht allein auf Freiwilligkeit aufbauen. Die Einsatzführung wird zunehmend durch fortgeschrittene Technologien und KI-basierte autonome Systeme in ihrem Einsatz unterstützt. Jedoch werden diese neuen Technologien auch mittelfristig noch nicht jenen Reifegrad erreichen, um den Mangel an Masse ausgleichen zu können. Insgesamt besteht mit Blick auf die nächste Dekade durch die anwachsenden militärischen Potenziale im Osten ein steigendes Risiko einer konventionellen Konfrontation, die aus einer zunächst latenten und in weiterer Folge in Eskalationswellen anwachsenden hybriden Kriegsführung entstehen kann.

Herausforderungen für Österreich

Für die Weiterentwicklung des Bundesheeres ist abzuleiten, dass die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit in das Zentrum der Anstrengungen zu stellen ist. Österreich kann nicht davon ausgehen, dass

eine militärische Eskalation in Europa keine militärischen Auswirkungen haben würde. Seine bewaffnete Macht wird subkonventionelle und konventionelle Angriffe unterschiedlicher Ausprägung im Informationsumfeld, im Cyber-Raum, im Luftraum und auch am Boden bewältigen müssen. Das Bundesheer ist im Falle eines militärischen Konfliktes mit der Herausforderung konfrontiert, gegen einen hoch gefährlichen, unberechenbaren und initiativen Gegner zu operieren. Mit der aktuellen Mobilmachungsstärke ist ein gleichzeitig flächendeckender Einsatz im gesamten Bundesgebiet nicht möglich. Dies erfordert den verteilten Einsatz der Kräfte, die sich der feindlichen Aufklärung in allen Domänen entziehen, Täuschungs- und Gegenaufklärungsmaßnahmen setzen und über ein umfassendes Lagebild verfügen. Nur so wird es möglich, die Initiative zu übernehmen und Truppen rasch am richtigen Ort zu konzentrieren.

Durch Erhöhung der Kampfkraft, der Führungs- und Reaktionsfähigkeit sowie des Durchhaltevermögens wird die Fähigkeit des Bundesheeres zur Abwehr militärischer Angriffe auf Österreich wiederhergestellt. Dazu ist es erforderlich, das Zusammenwirken aller Elemente der Streitkräfte auf allen Ebenen zu forcieren, um die Funktionsfähigkeit des Heeres in seiner Gesamtheit zu gewährleisten. Neue Ausrüstung wird in modern strukturierte Verbände integriert, hier wird den Bedrohungen aus der Luft und im elektromagnetischen Spektrum besondere Bedeutung zugemessen. Parallel dazu verbleiben die vorhandenen Systeme mittelfristig in Verwendung; ihr Inneres wird jedoch regelmäßig mit neuer Technologie ausgestattet, um erweiterte bzw. neue Fähigkeiten aufzubauen.

Gerade für Österreich als EU-Mitglied außerhalb der NATO ist es entscheidend, im Herzen Europas kein leicht angreifbares Ziel darzustellen, sondern durch starke militärische Reaktions- und Abwehrfähigkeiten Gegner von einem Angriff abzuhalten.

Keynotes

- Die Arbeitsteilung, dass sich die EU auf Sicherheitsfragen konzentriert, während sich die NATO um die gemeinsame militärische Verteidigung kümmert, wird sich in den kommenden Jahren weiter verfestigen.
- Für Europa bleibt die NATO die bestimmende militärische Organisation, durch die Fragen der Streitkräfteentwicklung, der Einsatzplanung aber auch der Interoperabilität geregelt werden.
- Für die Weiterentwicklung des Österreichischen Bundesheeres ist die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit in das Zentrum der Anstrengungen zu stellen.
- Durch Erhöhung der Kampfkraft, der Führungs- und Reaktionsfähigkeit sowie des Durchhaltevermögens wird die Fähigkeit des Bundesheeres zur Abwehr militärischer Angriffe auf Österreich wiederhergestellt.



Krieg und Kriegszustand

Wann ist ein Angriff ein Angriff?

Ralph Janik

Die Folgen des russischen Großangriffs auf die Ukraine betreffen ganz Europa. Eine direkte Konfrontation mit Vladimir Putins Regime scheint weitaus realistischer als noch vor wenigen Jahren. Aus Sicht des Völkerrechts ist allerdings nicht immer klar, ab wann ein Krieg vorliegt. Es stellt schließlich auf konventionell-militärische Angriffe ab, bei atypischen oder hybriden Erscheinungsformen bestehen zahlreiche Grauzonen.

Restriktive Auslegung des Selbstverteidigungsrechts

Die Regeln dazu, wann Staaten Krieg führen dürfen (das *ius ad bellum*) oder eben nicht (das *ius contra bellum*) stammen aus der Zeit der beiden Weltkriege. Sie sind, jedenfalls auf den ersten Blick, eindeutig:

Jegliche Form von Gewaltanwendung ist verboten, (nur) Selbstverteidigung ist erlaubt. Außerdem kann der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Staaten dazu ermächtigen, in anderen Ländern zu intervenieren oder Opfern eines Angriffs zur Hilfe zu kommen.

Hier besteht allerdings eine juristische Begriffsverwirrung: Artikel 2 Absatz 4 der Satzung der Vereinten Nationen verbietet – ohne Einschränkung – Gewaltanwendung („Force“). Artikel 51 wiederum verbietet das Recht auf Selbstverteidigung gegen einen „bewaffneten Angriff“ („armed attack“). Das sind keine Synonyme, Gewalt ist „weniger“, sie löst daher nicht zwingend das Selbstverteidigungsrecht aus. Wie der Internationale Gerichtshof im Nicaragua-Fall (bei dem es um die Rolle der USA im dortigen Bürgerkrieg während der 1980er ging) betonte, ist ein „bewaffneter Angriff“ die „schwerwiegendste Form der Gewaltanwendung“. Daraus folgt eine Lücke: Die finanzielle Unterstützung von Rebellen, Aufständischen oder Terroristen stellt eine (unerlaubte) Intervention dar, ihre Bewaffnung und Ausbildung sogar (indirekte) Gewalt, aber eben keinen Angriff. Anders gesagt: Regierungen haben – formal gesehen – kein Recht, gegen jene Länder militärisch vorzugehen, die ihre Widersacher unterstützen.

Das ist eine restriktive Auslegung des Selbstverteidigungsrechts, die aber einen naheliegenden Hintergrund hat: Das Völkerrecht versucht, die (legitime) Kriegsführung auf eindeutige und schwerwiegende Fälle zu beschränken. Das brutale Wechselspiel zwischen Angriff und Verteidigung beginnt erst ab einer gewissen (Intensitäts-)Schwelle. Ein Angriff muss entweder militärischer Natur sein oder zumindest mit militärischen Mitteln vergleichbare Auswirkungen haben.

Unterhalb der Schwelle eines „bewaffneten Angriffs“

Vereinzelte Grenzscharmützel, unerlaubte Übertritte oder unautorisierte Überflüge sollen keinen Krieg auslösen. Das gilt selbst für gezielte Tötungen von Einzelpersonen, beispielsweise des russischen Hubschrauber-Piloten, der in Alicante im Februar 2024 und damit wenige Monate nach seiner Desertion durch den russischen Geheimdienst ermordet worden sein dürfte. Eine strafrechtlich relevante Causa, Spanien kann aufgrund des Territorialitätsprinzips die Mörder festnehmen und verur-

teilen – angegriffen (im völkerrechtlichen Sinne) wurde es jedoch nicht. Die Gewalt wandte sich gegen eine Person, die sich auf ihrem Gebiet befand, aber eben nicht gegen den spanischen Staat selbst.

Müßig zu sagen, dass sich Länder in der Praxis nicht immer an die strengen Vorgaben des Internationalen Gerichtshofs halten. Ein besonders plakatives historisches Beispiel ist die britische Reaktion auf drei Angriffe der jemenitischen Luftwaffe im Jahr 1964, der keine Menschen, wohl aber zwei Kamele zum Opfer gefallen sind. Im Sicherheitsrat gab es keine prinzipiellen Einwände gegen die britischen Gegenangriffe – vielmehr wurde eingemahnt, die Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Dieser Gegensatz zwischen Anspruch und Wirklichkeit spielt auch bei der russisch-europäischen Eskalationsdynamik eine Rolle. Russland hat eine offene und direkte Konfrontation mit der EU bzw. einzelnen Ländern bislang vermieden. Vielmehr zielt es auf die demokratischen Achillesfer-sen des Westens: Meinungsfreiheit und Wahlen werden gerade von jenen aktiv genutzt, die beides abschaffen oder sonst wie für ihre Zwecke missbrauchen wollen. Liberale Demokratien können die Elemente, die sie für ihr Fortbestehen brauchen, nicht selbst (zumindest nicht in Einklang mit ihren Grundsätzen) herstellen (das Böckenförde-Diktum).

Fest steht, dass die Beeinflussung von Wahlen, das Verbreiten von vielleicht plumper, aber effektiver Propaganda oder die finanzielle und sonstige Unterstützung politischer Parteien zwar unfreundliche, bisweilen völkerrechtswidrige Akte darstellen, etwa, wenn zu Revolutionen aufgerufen wird, aber eben keine Angriffe im Sinne des Selbstverteidigungsrechts sind. Das gilt auch für Sanktionen, die ungeachtet ihrer teils verheerenden Auswirkungen auf die jeweiligen Zielländer schon aufgrund ihrer zivilen Natur nicht als Angriff gelten. Im Gegenteil: Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) erlaubt seinen Vertragsparteien – der EU und ihren Mitgliedern ebenso wie Russland – ausdrücklich, unter Berufung auf Sicherheitsinteressen Sanktionen zu verhängen.

Die „Accumulation-of-Events“-Theorie

Solange Russland gegen die EU und ihre Mitglieder weiter eine Nadelstichtaktik verfolgt, wird die Überschreitung der Schwelle zum Krieg schwer feststellbar bleiben. Allerdings sei noch auf ein weiteres Urteil

des Internationalen Gerichtshofs verwiesen, die Entscheidung zur Zerstörung von drei Ölplattformen im Persischen Golf durch die US-Navy. Das Gericht hatte hier zumindest dem Anschein nach die Theorie vertreten, dass mehrere kleine, miteinander strategisch wie zeitlich verbundene Angriffe zusammengerechnet und dementsprechend wie ein „großer“, also das Selbstverteidigungsrecht auslösender Angriff, behandelt werden können.

Nach dieser durchaus weitgehend akzeptierten Denkart könnte eine Zunahme russischer Sabotage-Akte auch im Cyber-Raum, sofern sich deren Auswirkungen mit kinetischen Angriffen vergleichen lassen, bedeuten, dass Russland irgendwann als Angreifer im rechtlichen Sinne eingestuft wird. Sobald dies der Fall ist, können die EU oder auch die NATO sowie ihre Mitglieder sich auf das Selbstverteidigungsrecht berufen – sie müssen aber nicht. Es gibt ein Recht, aber keine Pflicht zur Verteidigung.

Keynotes

- Gemäß UN-Charta ist jede Gewaltanwendung verboten, aber das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 setzt einen bewaffneten Angriff voraus.
- Nicht jeder Gewaltakt erfüllt die Schwelle eines „bewaffneten Angriffs“. Im Völkerrecht wird die Schwelle für legitime Kriegsführung bewusst hochgehalten.
- Maßnahmen wie Wahlbeeinflussung, Propaganda, Sanktionen oder Cyber-Angriffe stellen unfreundliche oder völkerrechtswidrige Akte dar, gelten in den meisten Fällen jedoch nicht als Gewalt im Sinne der UN-Charta.
- Russland nutzt gezielt Nadelstiche und hybride Angriffe, um westliche Demokratien zu destabilisieren, ohne eine offene Konfrontation herbeizuführen. Erst wenn solche Akte in ihrer Gesamtheit die Intensität eines bewaffneten Angriffs erreichen, könnte ein Recht auf Selbstverteidigung geltend gemacht werden.
- Die Grenze zwischen Krieg und bloß unfreundlichem Akt bleibt in der Praxis oft verschwommen, was die Reaktionen der betroffenen Staaten erschwert und rechtliche sowie politische Unsicherheiten schafft.



HBF/Daniel Trippolt

Konflikte mit Auswirkungen auf Österreich

Michael Graf

Die wachsende Instabilität in Konfliktregionen wie dem Westbalkan, Osteuropa, dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika hat weitreichende Auswirkungen auf Österreichs Sicherheit, Wirtschaft und Gesellschaft. Ethnische Spannungen und ungelöste Konflikte am Westbalkan sowie geopolitische Spannungen in Osteuropa, insbesondere durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, erhöhen die Bedrohungslage für das gesamte europäische Umfeld. Gleichzeitig verstärken Instabilität und Terrorgefahr im Nahen und Mittleren Osten sowie die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Afrika Fluchtbewegungen, die auch Österreich direkt betreffen. Diese Entwicklungen bedingen die aktive Beteiligung Österreichs an internationalen Stabilisierungseinsätzen und einer Stärkung seiner sicherheitspolitischen Kapazitäten, um die Auswirkungen globaler Konflikte auf das Land effektiv einzudämmen.

In den letzten Jahren haben sich die Konflikte weltweit drastisch verschärft. In einer zunehmend instabilen globalen Sicherheitslage sind Konflikte in den Regionen Westbalkan, Osteuropa, Naher und Mittlerer Osten sowie Afrika nicht nur von regionaler Bedeutung, sondern auch von direkter Relevanz für Österreich. Die aktuellen Entwicklungen in den genannten Regionen wirken sich – trotz seiner neutralen Position – nicht nur auf die sicherheitspolitische Lage Österreichs, sondern auch auf seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität aus.

Nach dem schnellen Abzug internationaler Stabilisierungskräfte aus unterschiedlichen Räumen – von Afghanistan bis hin zur Sahelzone – setzt sich der Trend in Richtung Einsatz von Streitkräften einer Koalition der Willigen und Fähigen fort. Gleichzeitig ist ein deutlicher Rückgang der multinationalen Stabilisierungsmissionen der Vereinten Nationen sowie von robusten Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) zugunsten von Trainings- und in weiterer Folge Beratermissionen zu beobachten.

Westbalkan

Der Westbalkan ist geprägt von ethnischen Spannungen und ungelösten territorialen Fragen. Die Ereignisse der letzten Jahre sowohl im Kosovo als auch in Bosnien und Herzegowina zeigen, dass die fragile Stabilität jederzeit kippen kann. Für Österreich als Nachbarland mit politischen und vor allem starken wirtschaftlichen Verbindungen zu dieser Region bedeutet dies eine potenzielle Bedrohung durch Migrationsströme und eine Destabilisierung des regionalen Umfelds. Die angespannte Lage kann sich auf Österreich auswirken, insbesondere aufgrund der ethnischen Verbindungen und der Diaspora in Österreich. Österreich ist bereits seit Jahrzehnten stark in die Stabilisierung der Region involviert, unter anderem durch seine Teilnahme an EUFOR ALTHEA in Bosnien und Herzegowina sowie an KFOR im Kosovo. Eine erneute Eskalation könnte eine Verstärkung dieser Engagements erforderlich machen.

Osteuropa

In Osteuropa spitzt sich der Konflikt zwischen Russland und dem Westen weiter zu, mit schwerwiegenden Folgen für die Sicherheit Europas.

Der Krieg in der Ukraine ist derzeit die gravierendste Bedrohung für die europäische Sicherheit. Russlands Angriff auf die Ukraine hat zu einem Umdenken in Europa geführt. Die wirtschaftlichen Auswirkungen durch den Konflikt mit Russland und die Gefahr einer weiteren Eskalation des Konflikts stellen ernsthafte Herausforderungen dar. Als Reaktion darauf haben sowohl die EU als auch die NATO Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Verteidigungsfähigkeit eingeleitet. Trotz seiner militärischen Neutralität könnten zunehmende Spannungen zwischen Russland und der NATO bzw. der EU allein schon auf Grund der geografischen Lage Auswirkungen auf die Sicherheit Österreichs haben. Ein militärischer Angriff auf einen EU-Mitgliedstaat stellt eine besondere Herausforderung dar. Dies erfordert von Österreich aufgrund der EU-Beistandsverpflichtung nach Art. 42(7) des Vertrags über die Europäische Union unter der Berücksichtigung der sog. „Irishen Klausel“ einen entsprechenden Beitrag.

Naher und Mittlerer Osten

Auch der Nahe und Mittlere Osten bleibt instabil. Im Zuge des Konfliktes in Gaza und im Libanon wurde die destabilisierende Rolle des Irans und seiner Verbündeten erneut deutlich. Der Terror, aber auch die regionalen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten werden auch in der absehbaren Zukunft große Auswirkungen auf Europa haben, vor allem durch die Bedrohung der maritimen Versorgungswege, anhaltende Fluchtbewegungen und die Weiterverbreitung von terroristischem Gedankengut. Österreich muss hier weiterhin im Rahmen internationaler Missionen einen Beitrag zur Stabilisierung des Raumes leisten.

Afrika

Afrika ist von politischen Umwälzungen, wirtschaftlicher Stagnation und der Ausbreitung extremistischer Ideologien betroffen. Viele afrikanische Staaten entfremden sich von Europa und nähern sich Russland und China an. Die Sahelzone leidet unter Staatsversagen, Terrorismus und einer zunehmenden Zahl bewaffneter Konflikte. Die fortgesetzte Instabilität in diesen Staaten hat weitreichende Folgen, nicht nur für die Migrationsbewegungen über das Mittelmeer, sondern auch für die Sicherheit in Europa. Terroristische Gruppierungen könnten diese instabilen Räume nutzen, um sich neu zu formieren und Angriffe in Europa

zu planen. Österreich, obwohl geografisch entfernt, ist als Teil der EU davon betroffen. Auch in diesem Raum muss Österreich im Rahmen internationaler Missionen weiterhin versuchen, einen Beitrag zur Stabilisierung zu schaffen, um die angeführten Bedrohungen bereits auf dem afrikanischen Kontinent einzudämmen.

Folgerungen

Die Auswirkungen der dargestellten Konflikte auf Österreich sind vielfältig. Es steigt das Risiko von Terroranschlägen und anderer Formen asymmetrischer Bedrohung. Unter anderem ist Österreich von den Folgen unkontrollierter Fluchtbewegungen betroffen, die durch die Konflikte in diesen Räumen ausgelöst werden. Die österreichische Wirtschaft würde von einer möglichen Destabilisierung Europas schwer getroffen werden. Eine weitere Intensivierung der Konkurrenz zwischen den großen Mächten, insbesondere zwischen den USA und China, könnte zu einer neuen Ära des Kalten Krieges führen, mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die globale Sicherheit.

Die Bemühungen um ein stabiles Europa werden durch eine aktive Beteiligung Österreichs an der Stabilisierung des europäischen Umfeldes mitgetragen. Österreich hat hier im Rahmen seiner Fähigkeiten und unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen seinen Beitrag zu leisten. Dem Militär kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Das Österreichische Bundesheer muss in der Lage sein, im Verbund mit anderen Staaten und unter Berücksichtigung der militärischen Neutralität seinen Beitrag zur regionalen Stabilisierung zu leisten.

Keynotes

- Die zunehmende Instabilität in Regionen wie dem Westbalkan, Osteuropa, dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika hat in den Bereichen Sicherheit, Wirtschaft und Migration direkte Auswirkungen auf Österreich.
- Ethnische Spannungen und ungelöste Konflikte am Westbalkan bedrohen die regionale Sicherheit und könnten Migrationsströme auslösen sowie die wirtschaftliche Vernetzung Österreichs beeinträchtigen.
- Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Spannungen zwischen Russland und dem Westen stellen eine ernsthafte Herausforderung für die europäische Sicherheit dar.
- Konflikte im Nahen und Mittleren Osten verstärken die Bedrohung durch Terrorismus, Fluchtbewegungen und die Unsicherheit von Versorgungswegen.
- Die Instabilität in der Sahelzone und anderen afrikanischen Regionen fördert unkontrollierte Migrationsbewegungen und die Ausbreitung extremistischer Ideologien.
- Eine aktive Beteiligung an internationalen Stabilisierungseinsätzen und eine Stärkung des Bundesheeres sind essenziell, um Österreichs Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten.



ÖBH/Werner Wukoschitz

Österreich im Einsatz

Martin Dorfer

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine 2022 führte zu einer Neuausrichtung des Österreichischen Bundesheers mit Fokus auf die militärische Landesverteidigung. Das Bundesheer trägt durch die Teilnahme an Missionen wie EUFOR, KFOR und UNIFIL zur europäischen Sicherheitsvorsorge bei. Auslandseinsätze sichern Frieden und pflegen Konfliktprävention, ohne Österreichs Neutralität zu gefährden. Geopolitische Spannungen, Klimawandel und ein schwacher Wehrwille erfordern eine strategische Weiterentwicklung, um die Verteidigungsfähigkeit langfristig zu gewährleisten.

Der völkerrechtswidrige russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 führte zu einer Zäsur für das Österreichische Bundesheer (ÖBH). Mit dem neuen Streitkräfteprofil „Unser Heer“ wurde die Basis für die Ausrichtung der Streitkräfte auf die militärische Landesverteidigung und eine klare Fokussierung der Auslandseinsätze geschaffen. Das vorgegebene militärstrategische Ziel ist, das ÖBH bis 2032 wieder vertei-

digungsfähig zu machen, und die konkrete Umsetzung erfolgt mit dem Aufbauplan ÖBH 2032+.

Die österreichischen Streitkräfte halten stets Kräfte für militärische Einsätze sowohl im Inland als auch für Auslandseinsätze bereit. Die Aufgaben, die an das Bundesheer gestellt werden, reichen von der militärischen Landesverteidigung und dem Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen über den Schutz der demokratischen Freiheiten der Einwohnerinnen und Einwohner und die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren bis hin zur Hilfestellung bei Elementarereignissen und Unglücksfällen. Somit sorgen die Streitkräfte umfassend für die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung. Darüber hinaus sind die Streitkräfte an Auslandsmissionen zur Konfliktprävention und zum internationalen Krisenmanagement innerhalb der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO sowie der OSZE beteiligt und leisten damit einen nicht unwesentlichen Beitrag zur europäischen Sicherheitsvorsorge. Trotz der Neuausrichtung der österreichischen Streitkräfte mit der Fokussierung auf militärische Inlandsaufgaben bleibt der qualitativ hohe Beitrag in den laufenden Auslandsmissionen das Schwergewicht der operativen militärischen Einsatzführung.

Das Bundesheer beteiligt sich zur Umsetzung der politischen und strategischen Ziele an mehreren Auslandseinsätzen, mit Schwergewicht am Westbalkan und im Nahen und Mittleren Osten. Die größten Kontingente befinden sich dabei in Bosnien und Herzegowina unter Führung der Europäischen Union (EUFOR), im Kosovo im Rahmen der von der NATO geführten KFOR-Mission sowie im Libanon-Naher Osten im Rahmen der Vereinten Nationen (UNIFIL). Des Weiteren befinden sich österreichische Soldatinnen und Soldaten im erweiterten Krisenbogen als Stabsoffiziere, Expertinnen und Experten sowie Militärbeobachterinnen und -beobachter im Einsatz. Darüber hinaus werden durch die Streitkräfte Elemente für einsatzgleiche Verpflichtungen im Inland bereitgehalten, die im Rahmen der Operational Reserve Forces, als Reservekräfte der NATO, oder als Intermediate Reserve Forces im Rahmen der EU zur Verstärkung der Kontingente im Kosovo oder bei EUFOR zum Einsatz kommen könnten. Einen wesentlichen Beitrag leistet das Bundesheer zu den EU Battlegroups (EUBG), wo es im Rahmen der von Deutschland geführten Battlegroup die logistische Führungsrolle im Jahr 2025 übernimmt. Österreich engagiert sich auch an mehreren zivil-militärischen Einsätzen und humanitären Missionen, insbesondere

im Bereich des Katastrophenschutzes. Die Beteiligung an diesen dokumentiert, dass Österreich auch in nicht-konventionellen Konfliktsituationen eine aktive Rolle im Ausland einnimmt.

Ziel und Zweck von Auslandseinsätzen

Das Engagement Österreichs bei Auslandseinsätzen dient generell den außen- und innenpolitischen Zielsetzungen, einer langen Tradition der Neutralität sowie der erwarteten Beitragsleistung zur Friedenssicherung sowie Friedenserhaltung im Rahmen der europäischen Sicherheitsstruktur. Die Beteiligung des Bundesheeres an Auslandsmissionen ist als aktives Engagement zur Förderung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in den Einsatzräumen und damit auch für die EU zu sehen. Das Bestreben, einen direkten Beitrag zur internationalen Friedenssicherung zu leisten, kann aus staatlicher Sicht als politische, aber auch moralische Verpflichtung gesehen werden. Durch die Stabilisierung der Konfliktregionen und die Minderung von Fluchtursachen nimmt Österreich eine aktive Rolle ein, ohne seine Neutralität infrage zu stellen.

Das Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG) spezifiziert, zu welchen Zwecken Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland entsendet werden können und welche rechtlichen Modalitäten eingehalten werden müssen, um die strategischen Ziele Österreichs umzusetzen. Im Rahmen von Hilfeleistungen bei Elementarereignissen im Ausland können nach Ansuchen eines Staates, der Vereinten Nationen oder der Europäischen Union zur Unterstützung Elemente des Bundesheeres durch die Bundesministerin bzw. den Bundesminister für Landesverteidigung entsendet werden.

Entsendungen zu friedenssichernden Maßnahmen finden nur im Rahmen einer internationalen Organisation statt, vorzugsweise im Rahmen einer mit einem Mandat des Sicherheitsrats der UN versehenen Operation, oder in Durchführung von Beschlüssen der EU im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Entsendung erfolgt sodann durch die Entschlussfassung der Bundesregierung zur Beteiligung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates. Nach der politischen Willensbekundung für eine Beteiligung erfolgt die Bearbeitung möglicher Beteiligungsoptionen des Bundesheeres durch

das Bundesministerium für Landesverteidigung, wo schlussendlich die bevorzugte Option über den Chef bzw. die Chefin des Generalstabes der Ministerin oder dem Minister zur Entscheidung vorgelegt wird. Nach der Genehmigung erfolgt die Erstellung der militärstrategischen Planungsweisung, die die Grundlage für die Erstellung eines operativen Einsatzkonzeptes darstellt.

Herausforderungen künftiger Einsätze

Für die Herausforderungen zukünftiger Einsätze müssen sich die österreichischen Streitkräfte bereits heute wappnen, damit auch künftig die strategische Zielsetzung umgesetzt werden kann. So werden die Bearbeitungen der künftigen Auslandsambition des Österreichischen Bundesheeres richtungsweisend sein. Hier sind die Bearbeitungen zum durchsetzungsfähigen Verband im Rahmen der Rapid Deployment Capacity der EU, der EUBG 2027, der Aufbau eines Pools an Expertinnen und Experten sowie der Ausbau der militärischen Beratung anzuführen. Im Rahmen der internationalen humanitären und Katastrophenhilfe (IHKH) wird das Portfolio der Fähigkeiten der Armed Forces Disaster Relief Unit bis Ende 2025 in sechs spezialisierte Module strukturiert, diese jeweils einem dreistufigen Zertifizierungsverfahren gemäß den Richtlinien für den europäischen Katastrophenschutz-Mechanismus unterzogen, um in den dafür vorgesehenen Pool an für die IHKH vorgehaltenen Fähigkeiten eingebracht zu werden.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen können jedoch nicht alleine durch die Streitkräfte gelöst werden, sie sind nur im Rahmen eines gesamtstaatlichen Ansatzes zu bewältigen. Geopolitische Spannungen, die Folgen des Klimawandels sowie der geringe Wehrwille in der Bevölkerung stellen die Streitkräfte hinsichtlich ihrer zukünftigen Einsatzfähigkeit vor erhebliche Herausforderungen. Es wird entscheidend sein, die militärischen Fähigkeiten weiterzuentwickeln, den Wehrwillen der Bevölkerung zu stärken und die internationale Kooperation zu intensivieren, um den vielfältigen Bedrohungen der Zukunft effektiv begegnen zu können. Ohne ein umfassendes Umdenken und eine strategische Neuausrichtung droht die österreichische Verteidigungsfähigkeit in einem zunehmend instabilen globalen Umfeld zu schwinden.

Keynotes

- Der völkerrechtswidrige russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 führte zu einer Zäsur für das Österreichische Bundesheer.
- Mit dem neuen Streitkräfteprofil „Unser Heer“ wurde die Basis für die Ausrichtung der Streitkräfte auf die militärische Landesverteidigung und eine klare Fokussierung der Auslandseinsätze geschaffen.
- Der Aufbauplan ÖBH 2032+ soll die Verteidigungsfähigkeit Österreichs bis 2032 sicherstellen.
- Schwerpunkte der Auslandseinsätze des Bundesheeres liegen auf dem Westbalkan und im Nahen Osten.
- Die Teilnahme an internationalen Missionen wie EUFOR, KFOR und UNIFIL wird durch Beiträge etwa zu den EU-Battlegroups ergänzt.
- Geopolitische Spannungen, Klimawandel und ein schwacher Wehrwille erfordern eine strategische Weiterentwicklung und eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge, um Österreichs Verteidigungsfähigkeit langfristig zu gewährleisten.



Künstliche Intelligenz und Autonomie im Militär

David Song-Pehamberger

Künstliche Intelligenz ermöglicht revolutionäre und bereits rasant voranschreitende Entwicklungen in allen Bereichen der Landesverteidigung. Vor allem in der Ukraine werden derzeit enorme technologische Sprünge beobachtet, die den Charakter des Gefechtsfeldes bereits nachhaltig verändert haben. Die EU-Mitglieder stehen vor der Herausforderung, im geopolitischen Wettrennen neuer Technologien verteidigungsfähig zu bleiben. Dies soll mittels langfristiger Initiativen der Zusammenarbeit erreicht werden.

Streitkräfte weltweit befinden sich derzeit in einem Prozess der technologischen Transformation, die mittels zunehmender Digitalisierung, Vernetzung und Anreicherung von Sensornetzwerken vorangetrieben wird. Künstliche Intelligenz (KI) ist hierbei der Katalysator. KI ermöglicht die Fusion und Auswertung massiver Datenströme in Software-Anwendungen sowie den breiten Einsatz von Robotik. Hierbei werden Prozesse zunehmend automatisiert sowie schrittweise autonomisiert.

KI-Systeme revolutionieren die traditionellen Führungs- und Informationssysteme von Streitkräften. Die zunehmende Vernetzung ermöglicht hierbei das schrittweise Aufbrechen von Domänengrenzen mittels Multi-Domain-Operations. Dies bedeutet, dass die Domänen Land, See, Luft, Weltraum und Cyber-Raum zunehmend zusammenwirken und eine übergreifende Einsatzplanung und -führung ermöglicht wird. Darüber hinaus bieten neue Methoden der effektiven Datenverarbeitung weitaus effizientere Möglichkeiten im Bereich der strategischen Planung sowie zur verbesserten Aufklärung. Im Bereich der Software-Anwendungen ist ebenfalls die Relevanz der Cyber-Sicherheit und -Verteidigung hervorzuheben, da KI-Modelle sowohl beim Generieren von Schadsoftware als auch zur verbesserten Abwehr von Cyber-Angriffen zunehmend verwendet werden.

Der Einsatz von KI geht jedoch weit über den Software-Aspekt hinaus und betrifft auch grundlegende Veränderungen bei der Hardware inklusive Wartung und Logistik sowie unbemannte Systeme, beispielsweise zur Aufklärung, in Gefahrenbereichen und zur Minenräumung. Der mit Abstand umstrittenste Bereich ist jedoch jener der autonomen Waffensysteme. Die Entwicklungen schreiten gerade in diesem Bereich am rasantesten voran, wie die extrem kurzen Innovationszyklen im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verdeutlichen.

Entwicklungen im Gefechtsfeld

Der Kriegsschauplatz in der Ukraine entwickelt sich rasant. Innerhalb weniger Monate werden technologische Sprünge erzielt, die im Friedenszustand mehrere Jahre in Anspruch nehmen würden. Es werden dort Entwicklungen beobachtet, die erst in einem Jahrzehnt erwartet wurden, wie beispielsweise der weitreichende Einsatz unbemannter Systeme und eine gänzliche Transparenz des Gefechtsfelds, die das strategische Umfeld grundlegend verändert haben.

Mittels relativ günstiger Drohnen und Raketen schaffte es die Ukraine, die einst mächtige russische Panzerflotte auszuschalten sowie dessen Schwarzmeerflotte zu neutralisieren. Die Ukraine hat bereits Produktionskapazitäten für vier Millionen Drohnen jährlich, wobei der Großteil dieser Geräte nur wenige hundert Euro in der Herstellung kostet. Aufgrund der extrem hohen Produktionskapazitäten und der rapiden

Entwicklungszyklen, gibt es dort in kürzester Zeit enorme Technologiesprünge. Zu Beginn des Kriegs wurden vor allem ferngesteuerte Waffensysteme und Lenkflugkörper eingesetzt. Dies führte dazu, dass Russland und die Ukraine das elektromagnetische Spektrum im Gefechtsfeld nun durch Jamming und Spoofing dauerhaft stören. Dadurch wurden mobile Standortbestimmungen sowie Funk und andere Mittel der Kommunikation unbrauchbar. Dies wiederum führte zur Notwendigkeit, den Autonomiegrad von Waffensystemen zu erhöhen. Zunehmend automatisierte Systeme können auch ohne bestehende Kommunikationskanäle ihre Funktionen ausführen und haben zusätzlich Reaktionszeiten, die teilweise weit über das menschliche Vermögen hinausgehen.

Der Einsatz solcher autonomen Waffensysteme wirft natürlich eine Reihe ethischer Fragen auf, nicht zuletzt hinsichtlich einer Dehumanisierung von bewaffneten Konflikten. Einige vorwiegend kleine Staaten rufen daher im Rahmen der Vereinten Nationen schon seit mehreren Jahren zu einem umfangreichen Verbot von autonomen Waffensystemen, die nicht „in-the-Loop“ agieren, auf. Dies betrifft vor allem Systeme, die letale Funktionen ohne menschliches Zutun ausführen. Von den Befürwortern wird Costa Rica oftmals als Vorzeigemodell hergenommen, da der mittelamerikanische Staat der erste ist, der autonome Waffensysteme national gänzlich verboten hat. Zu erwähnen ist jedoch, dass Costa Rica selbst kein Militär besitzt und im Falle eines bewaffneten Angriffs auch durch die USA als vertraglicher Verbündeter mitverteidigt werden würde. Die USA lehnen jedoch wie alle großen Militärmächte ein umfassendes Verbot autonomer Systeme ab. Denn die derzeitigen Entwicklungen auf dem Gefechtsfeld bedeuten, dass In-the-Loop-Systeme zunehmend unbrauchbar werden und dass die einzige ethisch ebenfalls bedenkliche Alternative wäre, Menschen anstatt Maschinen an die Front zu schicken. Genau das passiert auch auf russischer Seite, wo in der Ukraine über 1000 Verluste von Soldatinnen bzw. Soldaten pro Tag verzeichnet werden.

Europas Aufholjagd

Dass die europäischen Streitkräfte zum Zweck der Landesverteidigung einen enormen Aufholbedarf haben, ist spätestens seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine weitläufig bekannt. Die Tatsache, dass Europa in mehreren emergenten Technologien ebenfalls hinterher-

hinkt, erschwert die Situation. Dies betrifft auch die Entwicklung von KI-Modellen und den dafür notwendigen Halbleitern.

Vorreiter in Forschung und Entwicklung militärischer KI-Systeme und Robotik sind weiterhin die USA und China, die sich in einem geopolitischen Wettrennen zur Vorherrschaft in Hochtechnologien befinden. Im Anwendungsbereich sind mittlerweile vor allem die Ukraine und Russland führend. Europa ist hierbei Nachläufer, was auch auf eine fragmentierte Verteidigungsindustrie europäischer Staaten zurückzuführen ist. Der in der neuen EU-Kommission etablierte Verteidigungskommissar soll dem entgegenwirken und die Zusammenarbeit der 27 EU-Mitgliedsstaaten vorantreiben. Gleichzeitig hat die Verteidigungsagentur der EU (EDA) 2024 die Autonomous Systems Community of Interest (ASCI) ins Leben gerufen. Die ASCI bündelt relevante Spezialistinnen und Spezialisten sowie Institutionen aller Mitgliedsstaaten aus den Bereichen Landesverteidigung, Forschung und Privatwirtschaft auf unterschiedlichen Ebenen, um die notwendigen Entwicklungen zu koordinieren und effektiv voranzutreiben. Dies soll die Zusammenarbeit zur Entwicklung gemeinsamer Systeme (Hardware) sowie Plattformen (Software) zur Unterstützung der Landesverteidigung ermöglichen. Des Weiteren soll die Entwicklung von weitgehend fehlenden ethischen und regulativen Rahmen forciert werden – inklusive der inhärenten Dual-use-Charakteristik von vielen KI-Anwendungen. Zwar ist die EU bereits Vorreiter im Bereich der KI-Regulierung mit dem AI Act, aber dieser nimmt die Bereiche der nationalen Sicherheit und der Landesverteidigung dezidiert aus.

Implikationen für Österreich

Auch Österreich muss sich diesen neuen Entwicklungen stellen. Die hochtechnologische und rasante Entwicklung von KI-Systemen und Robotik stellt eine Herausforderung dar, die von keinem europäischen Staat im Alleingang beherrscht werden kann. Die EU bietet einen geeigneten Rahmen für eine gesamtheitliche Entwicklung und Adressierung der Herausforderungen. Das Ambitionsniveau der Mitgliedsstaaten ist hoch. Hiervon kann auch Österreich profitieren, sowohl zur Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeiten und -kapazitäten als auch in der Mitwirkung von Forschung und Entwicklung und zur Schaffung von ausgewogenen ethischen Normen und Standards.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung hat zu diesem Zweck Anfang 2024 die erste Ressortstrategie zu KI verfügt, die eine schrittweise Implementierung von KI als Teil der digitalen Transformation der Streitkräfte sowie der Verwaltung des Ministeriums vorsieht. Dies geschieht im Rahmen eines zehnjährigen Umsetzungshorizonts. Auch der ethische Rahmen und eine bedachte Zertifizierung von KI-Systemen ist ein bedeutender Fokus. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit EU-Partnern im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, denn die Herausforderungen des neuen Gefechtsfeldes sowie des technologischen Umfelds disruptiver Technologien setzen eine breite und sektorenübergreifende Kooperation im europäischen Rahmen voraus.

Keynotes

- Künstliche Intelligenz ist ein bedeutender Faktor in der technologischen Transformation moderner Streitkräfte.
- Autonome Waffensysteme entwickeln sich angesichts des modernen Gefechtsfeldes in der Ukraine rasant voran.
- Die Entwicklungen im Bereich Künstlicher Intelligenz und Autonomie werfen komplexe ethische Fragen auf.
- Die EU-Mitgliedstaaten sind bestrebt, in diesem bedeutenden Technologiebereich aufzuholen und sich Fragen der Normierung und Regulierung zu stellen.



Aktuelle Cyberbedrohungen und österreichische Gegenmaßnahmen

Sylvia Mayer, Caroline Schmidt und Julian Vierlinger

Kriminalität und Konflikte weiten sich im und in den Cyberraum aus. Die Bedrohungslage wird komplexer, da Akteure wie Staaten, Hacktivisten und Cyberkriminelle zunehmend zusammenwirken. Angriffsformen umfassen Überlastungsangriffe (DDoS-Angriffe), Datendiebstahl und Desinformation. Neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) und Quantentechnologie steigern das Risiko: KI erleichtert präzisere Angriffe und Desinformation, während Quantencomputer künftige Verschlüsselungen brechen könnten. Gleichzeitig erhöhen monopolistische Strukturen und Lieferkettenrisiken die Verwundbarkeit. Gegenmaßnahmen in Österreich beruhen auf einem ganzheitlichen Ansatz der Vernetzung, Infrastruktursicherung und Bewusstseinsbildung. Dies stärkt die Resilienz gegen die dynamischen Herausforderungen im Cyberraum.

IKT-Systeme sind aus der Bandbreite menschlicher Aktivität nicht mehr wegzudenken. Digitale Identitäten und Prozesse verschmelzen mit der physischen Welt und große Teile einst physischer Realitäten verlagern sich in den Cyberraum. Damit weiten sich auch sicherheitsrelevante Phänomene wie Kriminalität und Konflikte auf den Cyberraum aus.

Neue Akteure, Handlungsmuster und Technologien

Die Bedrohungslage im Cyberraum befindet sich in Transformation – spezifisch durch das Verwischen von Grenzen zwischen Cyber-Akteuren, sich laufend verändernden Handlungsmustern und dem Aufkommen neuer Technologien. Traditionell wird im Cybersicherheitsraum von drei Akteuren gesprochen: Erstens Staaten, die ihre Cyberfähigkeiten im Sicherheitsbereich zur Verteidigung, aber auch für Spionage und Kriegsführung nutzen; zweitens der Cybersicherheits-Privatsektor, der seine Dienste kommerziell anbietet; und drittens Cyberkriminelle, die Cyber-Angriffe zur unrechtmäßigen Bereicherung nutzen.

Diese Abgrenzungen befinden sich in Auflösung: Der globale Schwarzmarkt für offensive Cyberaktivitäten wächst und wird von den verschiedenen Akteuren auch genützt. Diese Dynamiken erschweren die Attribuierung, die Bedrohungseinschätzung, und sie werfen zudem schwierige rechtliche und diplomatische Fragen auf.

Im Zuge der Nationalratswahl 2024 kam es in Österreich zu großflächigen, aber nur kurzfristigen Störungen im Cyberraum. Diese wurden durch gezielte Überlastungsangriffe gegen Webseiten (Distributed Denial of Service, DDoS) von Politik und kritischer Infrastruktur ausgelöst. Als Urheber wurden unterschiedliche pro-russische und pro-palästinensische Gruppen identifiziert: Sie hatten sich durch Angriffe im Vorfeld der Wahl eine erhöhte mediale Sichtbarkeit für ihre unterschiedlichen geopolitischen Anliegen versprochen.

So treten beispielsweise staatliche Akteure neben politisch oder ideologisch motivierten Privatpersonen (Hacktivisten) im Cyberraum auf. Beide Gruppen agieren grundsätzlich unabhängig, es werden aber auch immer wieder Überschneidungen beobachtet, bei denen staatliche Akteure Einfluss auf Aktionen von Hacktivisten nehmen. Staatliche

Akteure stellen in der Regel auf längerfristige Cyberspionageoperationen sowie schwerwiegende Cybersabotageangriffe beziehungsweise deren Vorbereitung ab. Mittel der Wahl bei Hacktivisten sind hingegen die angesprochenen DDoS-Angriffe. Diese werden ergänzt durch einfache Datendiebstähle (Hack-and-Leak) und das virtuelle Äquivalent von Graffiti (Defacement).

In der hacktivistischen Szene sind in den letzten Jahren tiefgreifende Veränderungen bei den Handlungsmustern zu beobachten. Ursprünglich waren deren Aktivitäten gegen einzelne Unternehmen gerichtet, um diese für vermeintliches politisches oder soziales Fehlverhalten zu bestrafen. Mit Beginn der Dekade hat sich die Zielauswahl jedoch gewandelt, und es werden nun vermehrt Einrichtungen angegriffen, deren Ausfall von vielen Personen wahrgenommen wird, was medienwirksam mit den eigenen Forderungen verknüpft werden kann. Es geht somit nicht mehr darum, Druck auf einzelne Unternehmen aufzubauen, sondern der Bevölkerung lästig zu fallen oder diese tiefergehend zu verunsichern. Die Absicht dabei ist es, auf diese Weise eine Verhaltensänderung der politisch Verantwortlichen herbeizuführen.

Im Bereich der neuen Technologien sind im Cybersicherheitsbereich besonders die Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) und der KI-gestützten Technologien zu berücksichtigen. Die wachsende Verfügbarkeit von KI, insbesondere etwa Large Language Models (LLM), kann Angriffe schneller, präziser, und skalierbarer machen. Besonders am Mensch-Maschine-Nexus stellen KIs zur Generierung von Bild und Ton eine zunehmende Bedrohung im Bereich Identitätsdiebstahl oder Desinformation dar.

Auch Quantentechnologien könnten, missbräuchlich eingesetzt, in absehbarer Zukunft eine ernste Bedrohung darstellen. Es wird erwartet, dass Quantencomputer, die um enorm höhere Rechenleistungen verfügen als herkömmliche Systeme, derzeit gängige kryptographische Standards obsolet machen könnten. Asymmetrische Verschlüsselungsprotokolle, auf denen sowohl das zivile Internet als auch die Sicherung von vertraulicher Behördenkommunikation beruht, könnten von Quantencomputern einfach geknackt werden. Davon abgesehen wird die Verschränkung von Quantencomputern und KI zu Herausforderungen führen.

Je monopolistischer der Markt um neue Technologien in Zukunft wird und damit einhergehend rarer die Möglichkeiten der Lieferkette werden, desto vulnerabler werden wir in Bezug auf die Cybersicherheit im Kontext mit neuen Technologien.

Gesamtgesellschaftlicher Ansatz zur Erhöhung der Cybersicherheit

Um flächendeckende Cybersicherheit zu garantieren, bedarf es eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes basierend auf Vernetzung, Infrastruktursicherung und Bewusstsein. Im Sinne der operativen Vernetzung müssen innerstaatliche, europäische und internationale Schaltstellen gepflegt werden, die Cyberbedrohungen früh erkennen, transversal kommunizieren und effizient abwehren. Da Angriffe staatlicher Akteure oftmals noch unbekannte Sicherheitslücken ausnützen, ist das internationale Teilen von Informationen essentieller Bestandteil wirksamer Abwehr. Strategien indes müssen unter Einbeziehung von Key-Stakeholdern aus Staat, Forschung, Privatsektor und besonders der kritischen Infrastruktur ausgearbeitet und auf dem aktuellen Stand gehalten werden.

In Österreich wird diese Vernetzung durch die Nationale Koordinierungsstruktur für die Cybersicherheit aktiv gelebt. Diese besteht aus den sicherheitsrelevanten Bundesministerien, also dem Bundeskanzleramt und den Bundesministerien für Inneres, für Landesverteidigung, und für europäische und internationale Angelegenheiten. Diese Struktur wird durch Partnerschaften mit dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft und der Forschung angereichert.

Bezüglich Infrastruktursicherung beruht Cybersicherheit auf der Verfügbarkeit und Anwendung von adäquaten Technologien und hoher Expertise. Dem Forschungs- und Bildungssektor kommt hier eine besondere Aufgabe zu, in der der Staat steuern und unterstützen kann.

Bewusstseinsbildung ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Auf der Mikro-Ebene müssen Cyberhygienestandards sowie die kognitive Resilienz gegen cyber-gestützte Manipulation bei jedem Individuum ankommen und gelebt werden. Ob in Bildungseinrichtungen, traditionellen Medien oder sozialen Netzwerken – durch niederschwellige

Informationsangebote müssen alle Bürgerinnen und Bürger hierzu abgeholt werden. Auf der Makro-Ebene ist die gesamte Gesellschaft als Produzentin und Konsumentin von Netzwerk- und Informationstechnologie dazu aufgefordert, Bewusstsein für den Wert der Sicherheit dieser Systeme zu pflegen.

Unter der Marke Cyber Security Center leistet die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) im Bereich der Bewusstseinsbildung einen wichtigen Beitrag. Durch Fachvorträge und Beratungsgespräche werden IT-Verantwortliche sensibilisiert und in eine Gemeinschaft eingebunden, um sich im Angriffsfall gegenseitig warnen und unterstützen zu können.

Keynotes

- Akteure wie Staaten, Hacktivisten und Cyberkriminelle agieren zunehmend vernetzt, wobei neue Technologien wie KI und Quantencomputer Cyberangriffe präziser und gefährlicher machen.
- Österreich setzt auf einen umfassenden Ansatz zur Cybersicherheit. Dazu gehören internationale Vernetzung, die Sicherung kritischer Infrastruktur und gesellschaftliche Sensibilisierung, um Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und abzuwehren.
- Zu den Gegenmaßnahmen in Österreich gehören die Vernetzung zwischen Staat, Forschung, Wirtschaft und internationalen Partnern zur Früherkennung und Abwehr von Bedrohungen. Weiters wird durch den Einsatz moderner Technologien und der Förderung von Expertise durch Bildung und Forschung Infrastruktursicherung betrieben.
- Durch Förderung von Cyberhygiene und Steigerung der Resilienz auf individueller und gesellschaftlicher Ebene soll ein Bewusstsein für die genannten Risiken und Bedrohungen geschaffen werden.



Verteidigungsforschung im Spannungsfeld von Innovation und Sicherheit

Christian Resch

Die Balance zwischen wissenschaftlichem Fortschritt und der Gewährleistung von Sicherheit erfordert ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein von Forscherinnen und Forschern einerseits und Institutionen andererseits. Ein umfassendes, interdisziplinäres und kooperatives Vorgehen kann dazu beitragen, die Risiken zu minimieren. In einer zunehmend komplexen sicherheitspolitischen Landschaft wird die Diskussion über Forschungssicherheit entscheidend für die Zukunft der Wissenschaft und die Sicherheit Europas sein.

Herausforderungen

In einer Welt, die von asymmetrischen Bedrohungen, Cyber-Angriffen und neuen sicherheitspolitischen Dynamiken geprägt ist, während die

konventionelle Kriegsführung als Instrument der Politik von Staaten auch in Europa zurückkehrt, steht die nationale Sicherheit vor einer Vielzahl an Herausforderungen. Gleichzeitig finden ständig Neuerungen und Entwicklungssprünge im Bereich Technologie statt, sodass es für Streitkräfte immer schwieriger wird, auf dem neuesten Stand zu bleiben und adäquate Verteidigungsinstrumente zu besitzen.

Die Verteidigungsforschung ist für das Österreichische Bundesheer (ÖBH) und damit auch für die Sicherheit Österreichs von wesentlicher Bedeutung. Die Bedürfnisse, die das ÖBH aufgrund seiner verfassungsmäßigen Aufgaben hat, sind weitreichend und erfordern, dass die Streitkräfte in Echtzeit auf Bedrohungen angemessen reagieren können. Dies verlangt nach wissenschaftlicher und technischer Unterstützung in verschiedenen Aufgabenbereichen wie der Fähigkeitsentwicklung und Beschaffung. Auch das Antizipieren zukünftiger Bedrohungen ist entscheidend.

Risikobewusstsein

Ein weiterer wichtiger Teil zur Stärkung der Verteidigungsforschung ist die Förderung der Sensibilität und Selbstregulierung der Wissenschaft im Hinblick auf forschungssicherheitsrelevante Fragestellungen. Im Wissenschaftssystem soll ein breiteres Bewusstsein für die Risiken, denen Forschung zunehmend ausgesetzt ist, geschaffen und verankert werden. Zu den Bedrohungen zählen insbesondere der Missbrauch von Forschung, ausländische Einflussnahme, das Ausspähen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Abfluss von Know-how und Technologie ins Ausland. Diese Herausforderungen erfordern nicht nur eine stärkere Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen und Sicherheitsbehörden, sondern auch eine aktive Mitgestaltung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, um potenzielle Risiken frühzeitig zu erkennen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Die Verantwortung für Forschungssicherheit liegt nicht nur bei den Institutionen, sondern auch bei den einzelnen Forscherinnen und Forschern. Sie müssen ein Bewusstsein für die möglichen Anwendungen ihrer Arbeit entwickeln und bereit sein, ethische Entscheidungen zu treffen. Um die Risiken in diesem Bereich effektiv zu steuern, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Forscherinnen und Forschern, Insti-

tutionen und Regierungen unerlässlich. Regulierungsbehörden sollten klare Richtlinien erlassen, die den Umgang mit spezifischen Materialien und Technologien regeln. Diese Richtlinien müssen flexibel genug sein, um technologische Entwicklungen zu berücksichtigen, gleichzeitig aber auch streng genug, um Sicherheitsrisiken zu minimieren.

Risikobewertung

Darüber hinaus sind die Herausforderungen in der Forschung noch vielschichtiger. Es ist notwendig, kontinuierlich zu evaluieren, um potenzielle Missbrauchsrisiken zu identifizieren und zu minimieren. Ein zentraler Aspekt der Forschungssicherheit ist die Risikobewertung. Institutionen sollten systematische Verfahren zur Identifizierung und Bewertung von Dual-Use-Risiken entwickeln. Dazu gehört die Einschätzung der potenziellen Anwendungen der Forschungsergebnisse sowie die Entwicklung gezielter Strategien, um einem möglichen Missbrauch entgegenzuwirken.

Verteidigungsforschungsstrategische Agenda

Die österreichische Verteidigungsforschungsstrategie 2032+ stellt ein umfassendes, langfristiges Konzept dar, das zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen beitragen soll. Ein interdisziplinärer und kooperativ-interoperabler Ansatz ist unverzichtbar. Besonders gemeinsame Forschungsprojekte von EU-Mitgliedsstaaten bieten Zugang zu Forschungs- und Entwicklungsergebnissen, die mit nationalen Ressourcen allein nicht zu erreichen wären. Verteidigungsforschungsinvestitionen führen nicht nur zu makroökonomischen Effekten, sondern auch zu positiven Spill-Over-Effekten in der zivilen Wirtschaft.

Im Kontext des kommenden Forschungsrahmenprogramms (FP 10) der Europäischen Union, das 2028 in Kraft tritt, ist eine zukunftsorientierte Gestaltung besonders wichtig. Der Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT) hat fünf zentrale Themenblöcke identifiziert, darunter die Verteidigungsforschung. In diesem Zusammenhang wird empfohlen, das FP 10-Budget auf 200 Milliarden Euro zu erhöhen, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den USA und China zu sichern. Ein zusätzlicher Sonderposten

sollte vorgesehen werden, um auf Krisensituationen angemessen reagieren zu können. Die geopolitischen Spannungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass die EU eine proaktive Sicherheitspolitik und Verteidigungsforschung benötigt. Die enge Abstimmung zwischen ziviler Sicherheits- und Verteidigungsforschung ist notwendig, wobei der Begriff „Dual Use“ im Forschungsbereich klar definiert und kommuniziert werden sollte. Forschungsvorhaben mit niedrigem Technology Readiness Level (TRL) sollten innerhalb des FP 10 gefördert werden, während für Projekte mit hohem TRL separate Instrumente für die Verteidigungsforschung einzurichten sind.

Zukunftsrobuster Ansatz

Ethische und rechtliche Überlegungen in der Verteidigungsforschung sind komplex und erfordern eine sorgfältige Abwägung zwischen Sicherheitsanforderungen und grundlegenden Werten. Ein transparenter und verantwortungsvoller Ansatz ist entscheidend, um sicherzustellen, dass Fortschritte in der Verteidigungsforschung im Einklang mit ethischen Grundsätzen und internationalem Recht stehen.

Um die grundlegende Sicherheit des Staates zu garantieren, muss bereits heute mit der Erforschung zukünftiger Gefahren begonnen werden.

Keynotes

- Forschungssicherheitsvorsorge wird entscheidend für die Zukunft der Wissenschaft und die Sicherheit Europas sein.
- Die geopolitischen Spannungen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass die EU eine proaktive Sicherheitspolitik und Verteidigungsforschung benötigt.
- Die österreichische Verteidigungsforschungsstrategie 2032+ will zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen im Bereich Verteidigungsforschungssicherheit beitragen.
- Die Balance zwischen Fortschritt und Sicherheit erfordert ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein von Forschern und Institutionen.

Autorinnen und Autoren

Dr. **Franco Algieri**, geboren 1961, ist Associate Professor für Internationale Beziehungen und Leiter des International Relations Departments an der Webster Vienna Private University. Zuvor war er Forschungsdirektor des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) und Senior Research Fellow am Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP) der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Oberst MMag. **Klaus Anderle**, geboren 1967, ist mit der Leitung der Abteilung Militärpolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung beauftragt. Von 2016 bis 2021 war er Leiter der österreichischen Militärvertretung bei der Europäischen Union und stellvertretender österreichischer Militärvertreter in Brüssel.

Silvia Angerbauer, BA MA, geboren 1968, ist Leiterin der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Zuvor war sie sicherheitspolitische Beraterin im Kabinett des Verteidigungsministers und Referatsleiterin für Vereinte Nationen und internationale Kooperationen in der Abteilung Militärpolitik des BMLV. Neben ihrer hauptamtlichen Funktion fungiert sie als Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen und ist in dieser Eigenschaft Beraterin für das gesamte Ressort sowie das Österreichische Bundesheer.

Mag. **Günther Barnet**, geboren 1967, ist in der Generaldirektion Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig. Neben seiner Tätigkeit zur Koordinierung gesamtstaatlicher sicherheitspolitischer Planungen leitet er eine Projektgruppe für regionale Sicherheitskooperationen.

Christoph Bilban, BA BA MA, geboren 1991, ist Forscher am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Konflikte im post-sowjetischen Raum mit Fokus auf den Südkaukasus und Osteuropa sowie die Außen- und Sicherheitspolitik Russlands.

Prof. Dr. **Hal Brands**, geboren 1983, ist Professor für Globale Angelegenheiten der School of Advanced International Studies (SAIS) der Johns Hopkins University und Fellow am American Enterprise Institute

(AEI). Neben seiner akademischen Tätigkeit berät er Regierungsbehörden und internationale Institutionen zu globalen Sicherheitsfragen. Als Autor zahlreicher Bücher, darunter „The Twilight Struggle“, analysiert er die US-Außenpolitik, geopolitische Strategien und die Herausforderungen durch Großmächte wie China und Russland.

Generalleutnant Mag. **Martin Dorfer**, geboren 1967, ist seit 2024 Leiter der Direktion 1 – Einsatz und Kommandant der Land- und Spezialeinsatzkräfte des Österreichischen Bundesheeres. Er durchlief in seiner Karriere zahlreiche Führungspositionen, darunter als Zugs- und Kompaniekommandant, Stabschef, Kommandant AUTCON und EUFOR und Leiter der Abteilung Rüstungspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung. Für seine Verdienste wurde er mehrfach ausgezeichnet, u. a. mit dem französischen „Ordre National du Mérite“ und dem ungarischen „Honours for the Alliance“.

Mag.^a **Jutta Edthofer**, MBA, geboren 1978, ist seit 2023 Abteilungsleiterin für Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt. Zuvor war sie seit 2003 im österreichischen Auswärtigen Dienst tätig, wo sie umfangreiche internationale Erfahrung durch Zuteilungen nach Brüssel, New York und dem Europäischen Auswärtigen Dienst sammelte.

Mag. **Moritz Ehrmann**, geboren 1981, ist Direktor des Austrian Centre for Peace (ACP) und leitet die Abteilung Konfliktlösung. Zuvor war er beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und als Diplomat des österreichischen Auswärtigen Dienstes tätig, zuletzt während der österreichischen OSZE-Präsidentschaft 2016/17. Seit 2018 engagiert er sich in der informellen internationalen Friedensmediation.

Mag.^a **Stephanie Fenkart**, MA, geboren 1985, ist seit 2016 Direktorin des Internationalen Instituts für den Frieden in Wien. Sie ist überdies Mitglied des Strategie- und Sicherheitspolitischen Beirates der Wissenschaftskommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung und Vorstandsvorsitzende des Balkan Forums in Pristina, Kosovo. Sie studierte Internationale Entwicklung an der Universität Wien und Menschenrechte an der Donauuniversität Krems.

Prof. Dr. **Peter Filzmaier**, geboren 1967, ist Professor für Politikwissenschaft an der Karl-Franzens-Universität Graz und der Universität für Weiterbildung Krems sowie geschäftsführender Gesellschafter des Instituts

für Strategieberatungen (ISA) in Wien. Weiters ist er politischer Analytiker des Österreichischen Rundfunks (ORF) sowie Kolumnist und Gastkommentator in diversen österreichischen Tageszeitungen. Filzmaiers Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Politik- und Wahlanalysen, Forschungen zu Mediendemokratien sowie Sicherheit und öffentliche Kommunikation.

Oberst des Generalstabsdienstes Mag. (FH) **Michael Grafl**, geboren 1981, ist Referatsleiter für Internationales Krisenmanagement in der Abteilung Militärpolitik. Nach seiner Ausmusterung an der Theresianischen Militärakademie 2005 in der Waffengattung Aufklärung absolvierte er den 21. Generalstabslehrgang.

Mag. **Günter Greimel**, geboren 1962, ist seit 2001 im Referat OSZE und Rüstungskontrolle der Abteilung Militärpolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig. Seine Schwerpunkte umfassen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nonproliferation von Massenvernichtungswaffen. Er ist als Mitglied der österreichischen Delegation bei allen relevanten nationalen und internationalen Foren im Themenbereich vertreten.

Dr. **Cengiz Günay**, geboren 1973, ist Direktor des Österreichischen Instituts für internationale Politik (OIIP) und Lektor am Institut für Politikwissenschaft, dem Institut für internationale Entwicklung sowie dem Institut für Orientalistik der Universität Wien. 2018/19 war er Visiting Fellow an der School of Advanced International Studies (SAIS) an der Johns Hopkins University in Washington, DC.

Mag. **Omar Haijawi-Pirchner**, BA MA, geboren 1980, ist seit 2021 Leiter der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN). Zuvor war er Leiter des Projektteams zur Reform des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, Leiter des Landeskriminalamts Niederösterreich und Leiter des Referats für grenz- und fremdenpolizeiliche Angelegenheiten im Stadtpolizeikommando Schwechat sowie stellvertretender Stadtpolizeikommandant.

Dr.ⁱⁿ **Ulrike Hartmann**, geboren 1962, leitet die Abteilung für wissenschaftliche Zusammenarbeit und interkulturellen/-religiösen Dialog im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA). Zuvor war sie von 2019 bis 2024 österreichische Botschafterin in Bosnien und Herzegowina, war von 2010 bis 2016 für den Hohen Reprä-

sentanten von Bosnien und Herzegowina tätig und fungierte von 2001 bis 2009 als stellvertretende österreichische Botschafterin in Belgrad.

Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Gudrun Harrer**, geboren 1959, ist Nahostexpertin und Leitende Redakteurin bei der Tageszeitung „Der Standard“. Sie unterrichtet Moderne Geschichte und Politik des Nahen Ostens an der Universität Wien und an der Diplomatischen Akademie Wien.

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. (FH) **Daniel Hikes-Wurm**, MAS MA, geboren 1980, ist in der Generaldirektion Verteidigungspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig. Er befasst sich u.a. mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Auswirkungen von Technologieentwicklungen sowie hybriden Bedrohungen.

Generalleutnant Mag. **Bruno Günter Hofbauer**, geboren 1967, ist stv. Generalstabschef, Leiter der Direktion Fähigkeiten und Grundsatzplanung sowie Fähigkeitsdirektor des Österreichischen Bundesheeres. Zuvor war er Leiter der Generalstabsabteilung und Kommandant der 3. Panzergrenadierbrigade.

Ass.-Prof. Dr. MMag. **Ralph Janik**, LL.M., geboren 1985, unterrichtet an der Sigmund-Freud-Privatuniversität Wien und ist externer Lehrbeauftragter u.a. an der Universität Wien und der Universität der Bundeswehr in München. Er ist überdies Mitglied des Strategie- und Sicherheitspolitischen Beirates der Wissenschaftskommission beim Bundesministerium für Landesverteidigung und Autor zahlreicher fach einschlägiger Publikationen.

Dr. **Arnold H. Kammel**, geboren 1981, ist seit 2022 Generalsekretär und seit 2020 verteidigungspolitischer Direktor des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Von 2018 bis 2019 war er Berater im Kabinett des Bundesministers für EU, Kunst, Kultur und Medien im Bundeskanzleramt. Davor war er von 2004 bis 2018 Research Fellow, Generalsekretär und Direktor des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES).

Dr.ⁱⁿ **Nargis Kassenova**, PhD, geboren 1974, ist seit 2018 Senior Fellow und Direktorin des Programms für Zentralasien am Davis Center for Russian and Eurasian Studies der Harvard University.

Ivan Krastev, geboren 1965, ist Vorsitzender des Centre for Liberal Strategies (CLS) in Sofia und ständiger Mitarbeiter am Institut für die

Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien. Er ist Vorstandsmitglied des European Council on Foreign Relations, der International Crisis Group und von GLOBSEC. Zudem ist er Redakteur bei der Financial Times und Autor zahlreicher facheinschlägiger Publikationen.

Mag. **Michael Kugler**, MAS, geboren 1970, ist seit 2017 stellvertretender Leiter der Abteilung für Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt. Zuvor war er Verbindungsbeamter des Bundesministeriums für Landesverteidigung in das Bundeskanzleramt und stellvertretender Leiter der EU-Abteilung der Militärvertretung Brüssel. Er absolvierte den 16. Generalstabslehrgang.

Sébastien Maillard, geboren 1972, ist Associate Fellow bei Chatham House und Sonderberater des Jacques-Delors-Instituts, wo er im Centre Grande Europe tätig ist. Zuvor leitete er das Jacques-Delors-Institut und war als Journalist für die Tageszeitung „La Croix“ tätig. Er ist Experte für EU-Angelegenheiten, lehrte an der Sciences Po und am Boston College und ist Autor diverser Publikationen über Europa.

Univ.-Prof. Mag. Dr. **Gerhard Mangott**, geboren 1966, ist Professor für Internationale Beziehungen und Sicherheit im post-sowjetischen Raum am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck und seit 1995 Lektor an der Diplomatischen Akademie Wien.

Ing.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Sylvia Mayer**, MA, ist seit 2023 die stellvertretende Direktorin und Leiterin der Abteilung Strategie, Grundsatz- und Stabsangelegenheiten der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN). Zuvor war sie seit 2012 im ehemaligen Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) tätig, wo sie zunächst im Bereich der Extremismusbekämpfung eingesetzt und danach mit dem Aufbau einer Organisationseinheit zum Schutz kritischer Infrastruktur und Cybersicherheit beauftragt wurde.

Dr.ⁱⁿ **Angela Meyer** ist Gründungsmitglied und Vorstandsvorsitzende des International Infrastructure Dialogue Centre (IDC) und ist an der Universität Wien tätig. Zudem ist sie affilierte Forscherin am Österreichischen Institut für internationale Politik (OIIP). Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Konflikte und Konfliktdynamiken sowie sicherheitspolitische Entwicklungen und regionale Sicherheitszusammenarbeit in Afrika.

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. **Camillo Nemec**, geboren 1965, ist Leiter des Referates Verteidigungspolitik in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Nach Absolvierung der Theresianischen Militärakademie und Auslandseinsätzen bei UNDOF, UNIKOM und ISAF war er von 2004 bis 2012 im Kabinett des Bundesministers für Landesverteidigung und von 2013 bis 2019 in der Abteilung Militärvertretung Brüssel tätig.

Peter Obinger MSc, geboren 1996, ist seit 2021 Referent in der Abteilung Wirtschaftspolitik der Wirtschaftskammer Österreich. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Inflation, Energie und Industriepolitik.

Mag. Dr. **Jan Pospisil**, geboren 1974, ist Associate Research Professor am Centre for Trust, Peace and Social Relations an der Coventry University und Co-Investigator der Peace and Conflict Resolution Evidence Platform, PeaceRep der University of Edinburgh. Zuvor war er Forschungsdirektor am Austrian Centre for Peace in Stadtschlaining, Researcher an der Edinburgh Law School und am Österreichischen Institut für Internationale Politik.

Tara Prägler, BA MA, geboren 1997, ist als Referentin für strategische Vorausschau in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie im Bundesministerium für Landesverteidigung tätig. Ihre beruflichen Tätigkeitsfelder liegen in den Bereichen Risiko- und Trendanalyse, ihre akademischen Themenschwerpunkte sind China und Europa.

Elisabeth Prosser, BSc MSc, geboren 1994, ist als Referentin in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung tätig. Davor betreute sie in der Militärdiplomatie als Länderreferentin Osteuropa, Westbalkan und 2022 die österreichische Präsidentschaft der Central European Defence Cooperation. 2024 absolvierte sie einen Auslandseinsatz in Bosnien und Herzegowina.

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Miriam Prys-Hansen** ist seit 2010 Lead Research Fellow am German Institute for Global and Area Studies (GIGA) und leitet dort den Forschungsschwerpunkt „Globale Ordnungen und Außenpolitik“. Sie ist außerdem Honorarprofessorin an der Leuphana Universität Lüneburg. Nach ihrer Promotion an der University of Oxford 2009 verbrachte sie ein Jahr als Post-Doktorandin an der ETH Zürich.

Vesna Pusić, geboren 1953, ist eine kroatische Politikerin, Soziologin und ehemalige Außenministerin (2011 bis 2016), die sich maßgeblich für Kroatiens EU-Beitritt einsetzte. Sie war Vorsitzende der Kroatischen Volkspartei (HNS) und engagiert sich für Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung und regionale Versöhnung. Zuvor lehrte sie als Professorin an der Universität Zagreb und kandidierte im Jahr 2016 für das Amt der UN-Generalsekretärin.

Oberstleutnant Mag. (FH) **Christian Resch**, MEng., geboren 1983, ist seit 2016 in der Abteilung Wissenschaft, Forschung und Entwicklung im Bundesministerium für Landesverteidigung tätig, wo er für europäische und internationale Forschungsprogramme zuständig ist. Er ist Mitglied im Science and Technology Advisory Board der Vereinten Nationen, sowie mehreren Expertengremien der EU-Kommission.

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Mag. Dr. **Bernhard Richter**, geboren 1969, ist Leiter des Referats Strategie in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Sein Tätigkeitsbereich umfasst die Zukunfts- und Trendanalyse. Er promovierte im Fachbereich Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Brigadier Dr. **Nikolaus Rottenberger**, BA MAIS, geboren 1970, ist Leiter der Abteilung Militärdiplomatie des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Zuvor war er Verteidigungsattaché in Italien sowie Albanien, Griechenland, Malta und Spanien mit Sitz in Rom.

Mag.^a **Caroline Schmidt** ist Programmdirektorin für die Umsetzung des EU-Cybersicherheitspakets 2020 und 2023 im Bundesministerium für Inneres. Zuvor war sie beim Europäischen Auswärtigen Dienst, beim International Centre for Migration Policy Development, dem Österreichischen Verwaltungsgerichtshof und internationalen Anwaltskanzleien tätig. Sie verfügt über Abschlüsse im Bereich internationale Sicherheit der Sciences Po in Paris, einen Forschungsmaster in Rechtswissenschaften der Universität Sorbonne und einen Abschluss der Rechtswissenschaften der Universität Graz.

Dr. **Waheguru Pal Singh Sidhu**, geboren 1960, ist Professor und leitet den Fachbereich Vereinte Nationen am Center for Global Affairs der New York University. Er verfügt über mehr als 30 Jahre pädagogische

und politische Erfahrung in den Bereichen Südasien, Massenvernichtungswaffen und regelbasierte internationale Ordnung. Er ist Autor zahlreicher fach einschlägiger Publikationen.

Dr. **Loïc Simonet** ist seit 2021 Forscher am Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP). Zuvor war er als Senior External Co-operation Officer mit dem Zuständigkeitsbereich NATO und EU im Generalsekretariat der OSZE und als politisch-militärischer Berater an die Ständigen Vertretung Frankreichs bei der OSZE tätig.

Mag. **Jan Sisko**, geboren 1983, ist seit 2011 im Bildungsministerium und seit 2019 in der Abteilung für Grundsatzangelegenheiten, überfachliche Kompetenzen und ganztägige Schulformen tätig. Zu seinen bisherigen Tätigkeiten zählt die Steuerung von Prozessen und Bereitstellung von Expertise in den Bereichen der (historisch-)politischen Bildung, sprachlichen Bildung (inkl. Minderheitenschulwesen), Umweltbildung für nachhaltige Entwicklung und ganztägige Schulformen.

Jeremy Shapiro ist Forschungsdirektor beim European Council on Foreign Relations und Spezialist für US-Außenpolitik und transatlantische Beziehungen. Zuvor war er Fellow bei Brookings und Berater des US-Außenministeriums mit Schwerpunkt auf Nordafrika, der Levante und der amerikanisch-europäischen Außenpolitik.

Johannes Späth, MA, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Internationale Politik (OIIP). Sein Arbeitsschwerpunkt liegt auf außenpolitischen Entscheidungsprozessen in autoritären Systemen, insbesondere in der MENA-Region.

Raphael Spötta, BA MA, geboren 1992, ist Referent und aktuell mit der Leitung des Referats Grundlagen, Innovation und Beratung der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie des Bundesministeriums für Landesverteidigung beauftragt. Sein Tätigkeitsbereich umfasst die sicherheits- und verteidigungspolitische Beratung sowie gesamtstaatliche Strategieentwicklung.

Ulf Steindl, MA MAIS, geboren 1991, ist seit 2022 Research Fellow am Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES). Der Fokus seiner Forschung liegt auf der Komplementarität von EU und NATO,

der Rüstungsindustriepolitik der EU und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).

Prof. Dr. **Stephan Stetter**, geboren 1972, ist seit 2008 Professor für Internationale Politik und Konfliktforschung an der Universität der Bundeswehr München und im akademischen Jahr 2024/25 Gastprofessor an der Universität Bologna. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der Entwicklung des internationalen politischen Systems, der Politik und Gesellschaft im Nahen Osten sowie der EU-Außenpolitik. Neben seiner akademischen Tätigkeit ist er in Wissenschaftstransfer und Projekten mit israelischen und palästinensischen NGOs aktiv.

David Song-Pehamberger, MAIS, geboren 1989, ist in der Abteilung Verteidigungspolitik und Strategie im Bundesministerium für Landesverteidigung tätig. Seine Themenschwerpunkte liegen auf den Bereichen Cyber, Künstliche Intelligenz und emergente Technologien.

Brigadier **Gerald Tatzgern**, BA MA, geboren 1967, ist Leiter der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität, des Menschenhandels und des grenzüberschreitenden Prostitutionshandels im österreichischen Bundeskriminalamt. Darüber hinaus lehrt er an diversen Universitäten und Organisationen wie UNODC, OSZE und FRONTEX und hat sich in wissenschaftlichen Arbeiten auf Themen wie Schlepperei, Menschenhandel und Kinderhandel spezialisiert.

Dr.ⁱⁿ **Teija Tiilikainen**, geboren 1964, ist seit 2019 Direktorin des Europäischen Exzellenzzentrums für die Bekämpfung hybrider Bedrohungen (Hybrid CoE) in Helsinki. Zuvor war sie Direktorin des Finnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (FIIA). Sie hatte zahlreiche Positionen an diversen Universitäten inne und ist Autorin zahlreicher akademischer Bücher und Artikel mit Schwerpunkt auf der EU und der europäischen Sicherheitspolitik.

Dr. **Erwin Toth**, BA MA, geboren 1976, ist in der Abteilung Militärpolitik tätig. Er ist zertifizierter Inspektor der internationalen Atomteststopp-Behörde (Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty Organization, CTBTO), Trainer und Vortragender bei internationalen Kursen im Rahmen der Inspektorenausbildung der CTBTO. Seine Schwerpunkte sind Nuklearwaffenpolitik, Rüstungskontrolle und Nonproliferation.

Sinan Ülgen, geboren 1966, ist Leiter des Think Tanks EDAM in Istanbul und Senior Fellow bei Carnegie Europe. Zuvor war er Diplomat im türkischen Auswärtigen Dienst. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen EU-Türkei-Beziehungen, Cybersicherheit und Globalisierung und er ist Autor zahlreicher facheinschlägiger Publikationen.

Brigadier Mag. **Ronald Vartok**, geboren 1966, ist mit der Leitung der Direktion Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen des Bundesministeriums für Landesverteidigung beauftragt. Zuvor war er von 2021 bis 2024 Leiter der Abteilung Militärpolitik im BMLV.

Dr. **Julian Vierlinger** ist Mitarbeiter der Programmdirektion für die Umsetzung des EU-Cybersicherheitspakets 2020 und 2023 im Bundesministerium für Inneres. Zudem hält er ein Fellowship am Robert Schuman Center for Advanced Studies (RSCAS) in Florenz. Er war und ist an zahlreichen internationalen Forschungsprojekten beteiligt. Er verfügt über Abschlüsse der Sciences Po in Paris, der American University of Beirut und promovierte 2024 am Europäischen Hochschulinstitut Florenz.

Dr.ⁱⁿ **Kira Vinke**, geboren 1988, ist Leiterin des Zentrums für Klima und Außenpolitik der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Sie ist Mitglied des Beirats der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung sowie in weiteren Beratungsgremien an der Schnittstelle von Klima- und Sicherheitspolitik aktiv. Von 2014 bis 2022 war sie am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) tätig.

Prof.ⁱⁿ **Tina Wakolbinger**, PhD, geboren 1979, arbeitet als Professorin für Supply Chain Services and Networks an der Wirtschaftsuniversität Wien. Sie leitet an der WU Wien das Forschungsinstitut für Supply Chain Management und steht dem Senat vor.

Em. Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Susanne Weigelin-Schwiedrzik**, geboren 1955, ist deutsche Sinologin und Expertin für Zeitgeschichte und Politik Chinas. 2022 wurde sie zur Vizepräsidentin des Rates der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Zuvor war sie Professorin für Sinologie an der Universität Wien.

Prof.ⁱⁿ **Ayşe Zarakol** ist Professorin für Internationale Beziehungen an der University of Cambridge und Fellow der British Academy. Zuletzt ist sie

Autorin von „Before the West: the Rise and Fall of Eastern World Orders“ (2022), das mit sechs internationalen Buchpreisen ausgezeichnet wurde.

Mag.^a **Shoura Zehetner-Hashemi**, geboren 1982, ist seit 2024 Mitglied der Geschäftsleitung von Amnesty International Österreich. Zuvor war sie von 2008 bis 2023 als Diplomatin des österreichischen Auswärtigen Dienstes tätig. Ab September 2022 dokumentierte sie die Ereignisse im Kontext der Protestbewegung „Frau, Leben, Freiheit“ im Iran und engagierte sich als Aktivistin. Sie studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien und Internationale Beziehungen an der Diplomatischen Akademie Wien.

Michael Zinkanell, MA, geboren 1990, ist seit 2023 der Direktor des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES). Zu seiner Expertise gehören die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Europäischen Union, die EU-Integration, geopolitische Entwicklungen sowie der Bereich der hybriden Bedrohungen.

